



**SPD**

**LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 13. JUNI 2015**

# **ANTRAGSBUCH**

## **TEIL 1**

### **MIT DEN EMPFEHLUNGEN DER ANTRAGSKOMMISSION**

*Die im Antragsbuch mit (K) gekennzeichneten Empfehlungen der  
Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen.*

Alle Anträge findet Ihr auch online unter  
<http://parteitag.spd.berlin>

**Leitantrag I**

1 **Antrag 01/I/2015**  
 2 **Landesvorstand, KDV Tempelhof-Schöneberg, KDV**  
 3 **Steglitz-Zehlendorf**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Starke Finanzen im Land und den Bezirken**

7

8 Die Finanzbeziehungen zwischen Berlin und seinen  
 9 Bezirken sind vor dem Hintergrund der schwierigen  
 10 Haushaltsgesamtsituation strukturell grundsätzlich als  
 11 ausgewogen und angemessen anzusehen. Insbesonde-  
 12 re ist das Instrument der Globalsumme als bezirkli-  
 13 ches Finanzierungssystem eine große Errungenschaft  
 14 der Verfassungs- und Verwaltungsreform der 1990er  
 15 Jahre und für die finanzielle Selbstständigkeit und Ei-  
 16 genverantwortlichkeit der Bezirke unverzichtbar. Das  
 17 System der bezirklichen Finanzierungssystematik muss  
 18 grundsätzlich der Anforderung einer politischen Steue-  
 19 rung und den dynamischen Änderungsprozessen einer  
 20 wachsenden Gesellschaft Rechnung tragen. Das Konne-  
 21 xitätsprinzips („Wer bestellt, soll auch zahlen“) ist strikt  
 22 einzuhalten: Das Land muss politische Vorgaben perso-  
 23 nell auch so ausstatten, dass ihre erfolgreiche Umset-  
 24 zung in den Bezirken abgesichert wird. Umgekehrt be-  
 25 deutet dies jedoch auch, dass Personal wegfällt bzw. ab-  
 26 zugeben ist, wenn Aufgaben wegfallen.

27

28 Berlin hat bereits große Fortschritte erzielt, aber auf-  
 29 grund seines hohen Schuldenstandes und der stark  
 30 fremdfinanzierten Einnahmestruktur muss der Konsoli-  
 31 dierungskurs in der Finanz- und Haushaltspolitik konse-  
 32 quent fortgeführt werden. Die weitere Schuldentilgung  
 33 ist dabei unerlässlich, um die jährliche Zinsbelastung  
 34 stetig zu mindern und somit vermehrt Handlungsspiel-  
 35 raum für Investitionen gewinnen zu können. Die heu-  
 36 te schon bestehenden Belastungen des Haushaltes bis  
 37 2020 bedingen trotz des zu verzeichnenden wirtschaft-  
 38 lichen Aufschwungs im Land Berlin eine kostenbewuss-  
 39 te Ausgabenpolitik und Ausgabensteuerung.

40

41 Zusätzlich zur Verfügung stehende Mittel müssen des-  
 42 halb vorwiegend investiv statt konsumtiv zum Wohle  
 43 des Landes Berlin eingesetzt werden. Nachhaltig aus-  
 44 geglichene Haushalte ohne Neuverschuldung sollen da-  
 45 bei seriöse Haushaltspolitik im Land Berlin auszeich-  
 46 nen, wobei gleichfalls politische Errungenschaften, de-  
 47 nen gesetzliche Verpflichtungen, politische Vereinba-  
 48 rungen und gesellschaftliche Erwartungen zugrunde  
 49 liegen (Kita-Ausbau, Angleichung der öffentlichen Ge-  
 50 hälter an die TdL als Beispiele), unbedingt zu erhalten  
 51 sind.

52

53 Es bedarf einer innovativen und proaktiven Finanzpo-  
 54 litik nach innen wie nach außen. Vor allem der Kon-

**Annahme in der Fassung der AK (K)**

Ä03 Treptow-Köpenick – Annahme (K)  
 Streichen des Wortes „personell“ in Zeile 22 und statt-  
 dessen Einfügen des Wortes „finanziell“

1 text der Bund-Länder-Finanzbeziehungen verlangt dem  
 2 Land und seinen Repräsentantinnen und Repräsentan-  
 3 ten dabei eine aktive Rolle ab. Kein Land ist so abhän-  
 4 gig von der Fremdfinanzierung durch Bund und Länder.  
 5 Folglich ist jede Entscheidung in diesem Kontext eine,  
 6 die vitale Interessen von Berlin berührt.

7  
 8 Auch wenn das Finanzierungsgefüge zwischen Haupt-  
 9 verwaltung und Bezirken lediglich sehr begrenzte Um-  
 10 verteilungsoptionen bietet, ist eine akzeptanzfähige  
 11 Verteilung und Zuweisung von Mitteln erforderlich. Es  
 12 gilt, die bezirkliche Selbstverwaltung und Gestaltungs-  
 13 fähigkeit trotz steigender Soziallasten in den Bezirks-  
 14 haushalten zu ermöglichen und abzusichern. Hierbei  
 15 kann das Ende 2014 eingerichtete Sondervermögen „In-  
 16 frastruktur der Wachsenden Stadt“ bedarfsgerecht ein-  
 17 gesetzt werden und zusätzliche Investitionsmittel auch  
 18 für die bezirkliche Infrastruktur bereitstellen. Allein in  
 19 2015 stehen in dem Sondervermögen fast 500 Millionen  
 20 Euro für den Neubau oder die Erweiterung von landes-  
 21 eigenen Schulen, Kitas, Sportanlagen oder sonstiger so-  
 22 zialer Infrastruktur zur Verfügung.

23  
 24 Um weiterhin einen Beitrag zur Attraktivität der wach-  
 25 senden Stadt Berlin im Sinne einer modernen, welt-  
 26 offenen und vor allem bürgerfreundlichen Stadt leis-  
 27 ten zu können, muss Berlin auch in Zukunft über eine  
 28 leistungsfähige Verwaltung verfügen. Die Verwaltun-  
 29 gen der Stadt müssen die ihnen zugewiesenen Aufga-  
 30 ben auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt  
 31 sowie dem demografischen Wandel, dem sich die Ver-  
 32 waltungen stellen müssen, langfristig bewältigen kön-  
 33 nen. Dafür benötigen sie eine angemessene qualitative  
 34 und quantitative Personalausstattung.

35  
 36 Dies werden wir auch im Dialog mit den Arbeitnehmer-  
 37 vertretungen des Landes Berlin sowie seinen Betrieben  
 38 und Gesellschaften sowie den Gewerkschaften weiter-  
 39 entwickeln und festigen.

40  
 41 ***Neue Philosophie: Wirtschaftlichkeit der Leistungser-  
 42 bringung und Eigenverantwortlichkeit der Bezirke***

43 Die Neujustierung des Finanzierungssystems für die Be-  
 44 zirke ist gegenwärtig ein zentrales Thema sowohl in der  
 45 politischen Debatte als auch der Fachdiskussionen in  
 46 den verschiedenen Bereichen der Verwaltung. Die Her-  
 47 ausforderungen der Umgestaltung liegen dabei vor al-  
 48 lem darin, die Bezirke in die Lage zu versetzen, die Lei-  
 49 stungserbringung unter den Maßstäben von Wirtschaft-  
 50 lichkeit, Qualität, Bürgernähe und Effizienz in größt-  
 51 möglicher Eigenverantwortlichkeit zu steuern. Das er-  
 52 fordert die Ausrichtung des Finanzierungssystems auf  
 53 Transparenz, frühzeitige Einbindung der Bezirke und  
 54 Flexibilität bei den Herausforderungen einer wachsen-  
 55 den und sich verändernden Metropole auf der Basis ver-  
 56 lässlicher Daten.

57  
 58 Entscheidungen zur lokalen Gestaltung und kommunal-  
 59 en Daseinsvorsorge müssen vor allem dort getroffen

1 werden, wo sie die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Le-  
 2 bensumfeld erreichen. Verantwortung vor Ort, die unse-  
 3 rem Globalsummensystem gerecht wird, muss die Auf-  
 4 gabenverteilung zwischen Bezirken und Land prägen.  
 5 Damit die öffentlichen Leistungen auf Landes- und Be-  
 6 zirksebene aber trotz rückläufiger Ressourcen und einer  
 7 schwierigen Haushaltslage dauerhaft in den erforderli-  
 8 chen Quantitäten, Qualitäten und Fristen erbracht wer-  
 9 den können, ist eine aufgabenkritische Reform dieser  
 10 Leistungen erforderlich.

11  
 12 Die Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) ist maßgebliches  
 13 Instrument zur Erfassung der Kostenstruktur und zur  
 14 Mengenerfassung und wird beibehalten und weiterent-  
 15 wickelt. Die KLR soll weiterhin als Verteilungsmechanis-  
 16 mus für die Globalsumme dienen. Die Leistungserbrin-  
 17 gung muss allerdings neben den Kosten um einen Qua-  
 18 litätsbegriff erweitert werden. Dabei zeigt sich die KLR  
 19 als wenig bis gar nicht geeignet, Qualität zu messen.  
 20 Hierzu müssen andere Instrumente entwickelt werden,  
 21 die den Ansprüchen an eine Qualitätsmessung gerecht  
 22 werden. Die Instrumente zur Erstellung von Kriterien  
 23 sollen dabei durch Einbindung von externen Sachver-  
 24 ständigen mit begleitet werden.

25  
 26 Nach vielen Jahren des Sparens sind weite Teile der Be-  
 27 zirksverwaltungen an dem Punkt angekommen, an dem  
 28 weitere einseitige Sparbemühungen nicht nur zu mas-  
 29 siven Einschnitten bei der Leistungserbringung führen,  
 30 sondern im Ergebnis deutlich höhere Kosten zu Lasten  
 31 des Landeshaushalts verursachen. Jedoch steckt in der  
 32 Kosten-Leistungs-Rechnung das Potenzial von einem  
 33 reinen Sparinstrument zu einem echten Wirtschaft-  
 34 lichkeitsinstrument reformiert zu werden, das Anreize  
 35 setzt, mit den eingesetzten öffentlichen Mitteln mög-  
 36 lichst effizient umzugehen.

37  
 38 Die KLR erfasst die Bedarfe in einer sich ändernden Stadt  
 39 nur teilweise. So ändern sich die Mengen nur, wenn tat-  
 40 sächlich Leistungen erbracht werden. In manchen Pro-  
 41 dukten bzw. bei manchen Leistungen der Bezirke stei-  
 42 gen die Mengen aber nicht, auch wenn durch Verände-  
 43 rungen in der Bevölkerung steigender Bedarf zu vermu-  
 44 ten ist: z.B. Angebotsstunden in Jugendfreizeiteinrich-  
 45 tungen, Seniorenklubs oder Musikschulen. Mengenän-  
 46 derungen oder Begrenzungen müssen durch andere In-  
 47 strumente erreicht werden. Wir bekennen uns zum Er-  
 48 halt der dezentralen sozialen Infrastruktur in den Berli-  
 49 ner Bezirken.

50  
 51 Gerade weil es sehr unterschiedliche Wahrnehmungen  
 52 davon gibt, ob das System der Budgetierung und KLR  
 53 ausreichend Spielräume für dezentrale Schwerpunkt-  
 54 setzungen in der Bezirken ermöglicht, sollte die Finan-  
 55 zierung von innovativen Projekten in den Bezirken – vor  
 56 allem im Bereich der Bildungs-, Jugend- und Sozialpo-  
 57 litik – gesondert gefördert werden. Denkbar wäre zum  
 58 Beispiel, dass ein revolvierender Innovationsfonds für  
 59 Effizienzprojekte geschaffen wird, der gegen Vorlage ei-

1 nes Projektplans mit Angaben zu Aufwand und Ertrag  
 2 eines Vorhabens Mittel für die Bezirke zur Verfügung  
 3 stellt. Erhoffte Rückflüsse oder Einsparungen würden  
 4 zwischen dem Fonds und dem jeweiligen Bezirk aufge-  
 5 teilt. Der Fonds würde sich damit zumindest teilweise  
 6 selbst refinanzieren.

7  
 8 Die Weiterentwicklung der Systematik der Finanzzu-  
 9 weisungen verlangt nach der Herstellung einer nach-  
 10 vollziehbaren Verbindung zwischen dem Bezirksplaf-  
 11 fond und dem Produktsummenbudget. Der Bezirks-  
 12 plafond muss sich auf der Grundlage der Aufgaben  
 13 der Bezirksverwaltungen unter Beachtung betriebs-  
 14 wirtschaftlicher Erfordernisse, d.h. an einem mittleren  
 15 Ressourcenverbrauch orientiert, bilden. Die Plafondbil-  
 16 dung folgt dem Prinzip Menge x Preis mit dem Ziel,  
 17 dass die Leistungserbringung durch die Bezirke insge-  
 18 samt ausreichend finanziert ist. Die Aufteilung des Be-  
 19 zirksplafonds erfolgt unter den Bedingungen betriebs-  
 20 wirtschaftlicher Anreizwirkungen, ohne dass das Glo-  
 21 balsummenprinzip und das Verteilsystem der Global-  
 22 summe auf die Bezirke aufgehoben wird.

23  
 24 Der Senat soll die Bezirke bei der Plafondbildung früh-  
 25 zeitig einbinden, damit beizeiten auf sich verändernde  
 26 Rahmenbedingungen reagiert und in Folge notwendige  
 27 Maßnahmen ergriffen werden können.

28  
 29 Es erfolgt eine produktbezogene Plafondfortschrei-  
 30 bung. Der Senat und die Bezirke einigen sich auf einen  
 31 Katalog derjenigen relevanten Produkte, in denen sich  
 32 die wachsende Stadt voraussichtlich maßgeblich wider-  
 33 spiegelt: Das Ergebnis sind Planmengenprodukte mit  
 34 Controlling. Das bedeutet, dass die tatsächliche Men-  
 35 genentwicklung Gegenstand der Basis Korrektur ist.

36  
 37 Auslagerungen von bezirklichen Aufgaben an Dritte  
 38 sind Ausnahmen und müssen sich prinzipiell an der  
 39 Qualität der Dienstleistungen, an wirtschaftlichen so-  
 40 wie sozialen Kriterien orientieren. Auslagerungen dür-  
 41 fen nur unter bestimmten und eng gesteckten Krite-  
 42 rien erfolgen. Diese sind: Qualitätsstandards, Tarifbin-  
 43 dung, Umweltstandards, Klares Qualitätsmanagement  
 44 und Controlling. Die parlamentarische und staatliche  
 45 Kontrolle und Steuerung der Aufgabenerfüllung muss  
 46 dabei stets gewährleistet bleiben.

47  
 48 Die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes in der  
 49 wachsenden Metropole Berlins muss durch eine ent-  
 50 sprechende Fortschreibung des Personalbedarfs gesi-  
 51 chert werden. Die politische Entscheidung zu 20.000  
 52 Vollzeitstellen für die Bezirke bezog sich auf die Aus-  
 53 gangslage und die Umstände im Jahr 2011 und spiegelt  
 54 die aktuellen Entwicklungen (wachsende Stadt, demo-  
 55 grafischer Wandel) nicht mehr wider. Der Personalbe-  
 56 darf muss vor diesem Hintergrund bis zu den Haushalts-  
 57 beratungen für den Doppelhaushalt 2016/2017 kurzfris-  
 58 tig fortgeschrieben werden. Dazu sind die Bereiche der  
 59 wachsenden Stadt zu identifizieren, in denen aufgrund

1 des Verlaufs und der Prognosen zu Mengen- und Aus-  
 2 gabenentwicklung bei den Dienstleistungen (Produk-  
 3 ten) im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung  
 4 Bedarf festgestellt werden kann. Als wichtigste Vor-  
 5 aussetzung für eine angemessene Personalpolitik muss  
 6 die Finanzmittelzuweisung konsequent an die Aufga-  
 7 ben der Verwaltung und an einen betriebswirtschaftlich  
 8 vertretbaren Ressourceneinsatz gebunden werden. Da-  
 9 durch kann langfristig die Aufhebung der Trennung von  
 10 Personalbestandsplanung und Finanzmittelzuweisung  
 11 erreicht werden. Die Höhe der pro Bezirk wirtschaft-  
 12 lich zu beschäftigenden Beschäftigtenzahlen sollte von  
 13 den Bezirksämtern eigenständig im Rahmen der Glo-  
 14 balsumme festgelegt werden können. Anhand der Wirt-  
 15 schaftlichkeit von Leistungen, gemessen an den Produk-  
 16 ten, kann eine gesamtstädtische Überwachung bezirk-  
 17 licher Entscheidungen erfolgen.

- 19 • Die Beschränkungen im Bereich der dezentralen  
 20 Personalentwicklung sind aufzuheben (bspw. För-  
 21 derung der Durchlässigkeit bei den Laufbahnen  
 22 etc.)
- 23 • Schaffung von guten Arbeitsbedingungen im Öff-  
 24 fentlichen Dienst Berlins und vorausschauende Per-  
 25 sonalplanung und -entwicklung. Berlin soll vorbild-  
 26 licher Arbeitgeber sein und das Leitbild und den In-  
 27 dex „Gute Arbeit“ einführen.
- 28 • Bis Ende 2015 wird das Projekt zur Etablierung der  
 29 strategischen Personalbedarfsplanung begonnen  
 30 und eine Servicestelle eingerichtet. Die Bezirke wer-  
 31 den finanziell und konzeptionell bei der Umsetzung  
 32 umfassender bezirklicher Personalentwicklungs-  
 33 und Rekrutierungskonzepte unterstützt. Es wird  
 34 die Einrichtung einer turnusmäßig tagenden Ar-  
 35beitsgruppe „Personalentwicklung“ empfohlen,  
 36 in der Vertreterinnen und Vertreter des Landes  
 37 und der Bezirke an der Entwicklung und Um-  
 38 setzung von Personalentwicklungsmaßnahmen  
 39 zusammenwirken.
- 40 • Im Hinblick auf den sich abzeichnenden Personal-  
 41 bedarf bis zum Ende dieses Jahrzehnts wird unver-  
 42 züglich eine qualitative und quantitative Personal-  
 43 entwicklung eingeleitet mit der kurzfristigen Maß-  
 44 nahme der unbefristeten Übernahme aller geeig-  
 45 neten ausgebildeten Nachwuchskräfte. Dazu ge-  
 46 hört auch die Förderung der bedarfsgerechten Aus-  
 47 bildung ohne einschränkende Rahmenbedingun-  
 48 gen.
- 49 • Erzwungene Fremdvergaben von Dienstleistungen  
 50 in den Bezirken sind kritisch unter dem Aspekt  
 51 der Daseinsvorsorge und der Wirtschaftlichkeit zu  
 52 überprüfen.
- 53 • Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeord-  
 54 netenhauses von Berlin sowie des Senats werden  
 55 aufgefordert, sich vertieft mit der personellen Si-  
 56 tuation und der Personalentwicklung in den Betei-  
 57 ligungsunternehmen des Landes Berlin auseinan-  
 58 derzusetzen und Vorschläge – analog zu den in die-  
 59 sem Bericht genannten Maßnahmen für die Per-

1 sonalentwicklung in der Berliner Verwaltung – zu  
 2 Darüber hinaus werden sie aufgefordert, sich ge-  
 3 gegen Ausgliederungen von Personal aus den Beteili-  
 4 gungsunternehmen des Landes Berlin einzusetzen.  
 5  
 6 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats wer-  
 7 den aufgefordert, basierend auf der Beschlusslage  
 8 des Abgeordnetenhauses und dieses Antrages, bis  
 9 Ende 2015 die „Handlungsfelder sozialdemokratischer  
 10 Personalpolitik für die Bezirke“ durch konkrete Ent-  
 11 scheidungen umzusetzen.  
 12

### Änderungsanträge zum Antrag 01/I/2015 Starke Finanzen im Land und den Bezirken

13 **Ä01 zum Antrag 01/I/2015**  
 14 **AfA-Landesvorstand**  
 15 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 16  
 17 **Seite 1, Zeile 6, Einfügen**  
 18 Seite1, Nach Zeile 4 neu einfügen:  
 19  
 20 **Die Berliner SPD wagt den Neuanfang in der Haushalts-**  
 21 **politik**  
 22 Nach mehr als einem Jahrzehnt Konsolidierungspolitik  
 23 muss eine schonungslose Bilanz gezogen werden.  
 24 Wir brauchen den Mut zur Entscheidung für einen wirk-  
 25 lichen Neuanfang  
 26 Die Ausgaben des Landes Berlin 2011 gegenüber 2001  
 27 (preisbereinigt) um 4,325 Mrd. € bzw. um 26,85 % (d.h.  
 28 über ein Viertel!) gesenkt. Die Berliner Gesamtausga-  
 29 ben pro Einwohner mit 6.544 € liegen nicht nur hin-  
 30 ter denen der Stadtstaaten Hamburg (7.169 €) und Bre-  
 31 men (6.773 €), sondern erreichen auch nach Bereini-  
 32 gung um den Stadtstaatenbonus (Faktor 1,35) mit 4.847  
 33 € gerade das Niveau der Flächenstaaten mit den nied-  
 34 rigsten Pro-Kopf-Ausgaben (Niedersachsen, Schleswig-  
 35 Holstein und Baden-Württemberg mit Ausgaben zwis-  
 36 schen 4.772 € und 4.795 €).  
 37  
 38 Die Folgen einer solchen Ausgabenkürzungspolitik ha-  
 39 ben tiefe Spuren in der Stadt hinterlassen.  
 40  
 41 • Eine Folge ist der Investitionsstau, der kaum zu be-  
 42 ziffern ist. Je genauer man auf die verschiedenen  
 43 Bereiche schaut, umso größer wird die Zahl: ob bei  
 44 der BVG, den Wasserbetrieben, bei den Kranken-  
 45 häusern, in den Bezirken, bei den Kinder- und Ju-  
 46 gendeinrichtungen und bei den Straßen.  
 47  
 48 • Der Stellenabbau im Landesdienst ist nicht mehr  
 49 zu verantworten: Seit 1991 sank die Zahl der Be-  
 50 schäftigten von 207.151 Beschäftigten auf 106.093  
 51 im Jahre 2012 (d.h. ca. 51,2 %). Verbunden damit  
 52 sind ei-ne weitreichende Arbeitsverdichtung, Aus-

Ablehnung (K)

- 1 gliederungen und Schaffung von Niedriglohnsektoren bzw. tarifvertragsfreien Zonen.  
2  
3
- 4 • Berlin ist die Hauptstadt prekärer Beschäftigung,  
5 der Armut und der Kinderarmut. Über 560.000 Berlinerinnen und Berliner leben von „Hartz IV“ (BA-Statistik 08/2014).  
6  
7
- 8  
9 Trotz aller Kürzungen erhöhte sich seit 1999 bis 2014 der  
10 Schuldenstand um fast 30 Mrd. Euro, während im gleichen Zeitraum die Zinszahlungen um 36 Mrd. Euro betrugen. Das heißt politisch, Berlin ist schon in der Schuldenfalle.  
11  
12 Und weitere Haushaltsrisiken drohen. Im Rahmen der  
13 Föderalismusreform III wird über 25 bis 35 % der Einnahmen des Landes Berlin verhandelt.  
14  
15  
16  
17
- 18 Deshalb wird sich Berlin im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für folgende Forderungen einsetzen:  
19  
20  
21
- 22 1. An dem Prinzip des Grundgesetzes festzuhalten,  
23 gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen, im Rahmen seiner staatlichen Ordnung als einheitlichen „demokratischen, sozialen Rechts- und Bundesstaat“, und jeder Form des Wettbewerbsföderalismus eine Absage zu erteilen.  
24  
25  
26  
27
  - 28 2. Länder und Kommunen in die Lage zu versetzen, die öffentlichen Aufgaben aus dem öffentlichen Haushalt zu finanzieren  
29  
30
  - 31 3. Den aufgelaufenen Investitionsstau abzubauen
  - 32 4. Die Knebelung der Länder durch die Schuldenbremse und fehlenden Steuereinnahmen zu beenden.  
33
  - 34 5. Plänen, die vorsehen für Berlin einen Sonderstatus zu verwirklichen und direkt der Bundesregierung zu unterstellen, eine Absage zu erteilen.  
35  
36
- 37  
38 Berlin lebt von der Substanz, die Substanz ist bedroht.  
39 Wir stehen vor enormen Einbrüchen, die weder die Stadt noch ihre Bürgerinnen und Bürger akzeptieren können.  
40  
41  
42
- 43 Das Land und seine Bezirke, die Bürger und Bürgerinnen brauchen den Kurswechsel in der Finanzpolitik.  
44  
45
- 46 Deshalb wird sich Berliner SPD für folgende Forderungen einsetzen:  
47
- 48 • Erarbeitung eines langfristigen Planes, um den Investitionsstau abzubauen.  
49
  - 50 • Personaleinstellungen statt Personalabbau
  - 51 • Stopp von Ausgründungen und Rückführung der ausgegründeten Betriebe  
52
  - 53 • Rückführungen aller tarifvertragsfreien Zonen in den TVöD.  
54  
55



<p>1 <b>Ä02 zum Antrag 01/1/2015</b>                  2 <b>AfA-Landesvorstand</b>                  3 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>                  4                  5 <b>Seite 1, Zeile 11, Ändern</b>                  6 Seite 1: Änderungsantrag in Zeile 11:                  7 Statt: ausgewogen und angemessen anzusehen.                  8 Neu einsetzen: geprägt von dieser Gesamtsituation.                  9 Das Land und seine Bezirke sind unterfinanziert.</p>	<p><b>Ablehnung (K)</b></p>
<p>10 <b>Ä06 zum Antrag 01/1/2015</b>                  11 <b>AfA-Landesvorstand</b>                  12 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>                  13                  14 <b>Seite 1, Zeile 15, Einfügen</b>                  15 Seite 1: Nach Zeile 15 wird eingefügt:                  16 „Die Gestaltungskraft der Bezirke kann sich bei der                  17 gegebenen restriktiven Entwicklung der zugewiesenen                  18 Globalsummen allerdings nur noch bei der Verwal-                  19 tung und Verteilung des Mangels entfalten. Gleichzeitig                  20 bewirkt das Instrument der Globalzuweisungen, dass                  21 sich der Unmut der Bevölkerung wegen der Leistungs-                  22 kürzungen gegen die Bezirke und nicht gegen die für                  23 die Ausgabenkürzungen verantwortliche Landesebene                  24 richtet.“</p>	<p><b>Ablehnung (K)</b></p>
<p>25 <b>Ä03 zum Antrag 01/1/2015</b>                  26 <b>KDV Treptow-Köpenick</b>                  27 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>                  28                  29 <b>Seite 1, Zeile 22, Streichen</b>                  30 Streichen des Wortes „personell“ in Zeile 22 und statt-                  31 dessen Einfügen des Wortes „finanziell“                  32                  33 <b>Begründung</b>                  34 Der Leitantrag unterstützt durchgängig die Stärkung                  35 der Gesamtverantwortung der Bezirke.                  36 Er fordert in konsequenter Weise eine globale Finanz-                  37 ausstattung einschließlich der Finanzen für das Perso-                  38 nal und eine eigenverantwortliche Entscheidung über                  39 dessen Verwendung.                  40 (sh. z.B. Seite 5 Zeilen 1 – 5)                  41 In diesem Kontext passt es nicht, einzelfallbezogen                  42 Vorgaben über das Geben und Nehmen von Perso-                  43 nal(stellen) aufzunehmen.                  44 Eine zentral erforderliche Steuerung hat ausschließlich                  45 über die Finanzzuweisung zu erfolgen.</p>	<p><b>Annahme (K)</b></p>

<p>1 <b>Ä04 zum Antrag 01/1/2015</b>                  2 <b>KDV Treptow-Köpenick</b>                  3 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>                  4                  5 <b>Seite 1, Zeile 23, Einfügen</b>                  6                  7 • Einfügen in Zeile 23 nach dem Wort „auszustatten,“                  8 die Wörter „insbesondere auch personell, ...“                  9 <b>Begründung</b>                  10 Der Leitantrag unterstützt durchgängig die Stärkung                  11 der Gesamtverantwortung der Bezirke.                  12 Er fordert in konsequenter Weise eine globale Finanz-                  13 ausstattung einschließlich der Finanzen für das Perso-                  14 nal und eine eigenverantwortliche Entscheidung über                  15 dessen Verwendung.                  16 (sh. z.B. Seite 5 Zeilen 1 – 5)                  17 In diesem Kontext passt es nicht, einzelfallbezogen                  18 Vorgaben über das Geben und Nehmen von Perso-                  19 nal(stellen) aufzunehmen.                  20 Eine zentral erforderliche Steuerung hat ausschließlich                  21 über die Finanzzuweisung zu erfolgen.</p>	<p><b>Ablehnung (K)</b></p>
--	-----------------------------

<p>22 <b>Ä05 zum Antrag 01/1/2015</b>                  23 <b>KDV Treptow-Köpenick</b>                  24 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>                  25                  26 <b>Seite 1, Zeile 25, Streichen</b>                  27 Streichen des Wortes „Personal“ in Zeile 25 und statt-                  28 dessen Einfügen des Wortes „Finanzmittel“                  29                  30 <b>Begründung</b>                  31 Der Leitantrag unterstützt durchgängig die Stärkung                  32 der Gesamtverantwortung der Bezirke.                  33 Er fordert in konsequenter Weise eine globale Finanz-                  34 ausstattung einschließlich der Finanzen für das Perso-                  35 nal und eine eigenverantwortliche Entscheidung über                  36 dessen Verwendung.                  37 (sh. z.B. Seite 5 Zeilen 1 – 5)                  38 In diesem Kontext passt es nicht, einzelfallbezogen                  39 Vorgaben über das Geben und Nehmen von Perso-                  40 nal(stellen) aufzunehmen.                  41 Eine zentral erforderliche Steuerung hat ausschließlich                  42 über die Finanzzuweisung zu erfolgen.</p>	<p><b>Ablehnung (K)</b></p>
--	-----------------------------

<p>1 <b>Ä07 zum Antrag 01/1/2015</b>                  2 <b>AfA-Landesvorstand</b>                  3 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>                  4                  5 <b>Seite 1, Zeile 27-38, Streichen</b>                  6 Seite 1 Zeilen 27 bis 38 ersatzlos streichen</p>	<p><b>Ablehnung (K)</b></p>
<p>7 <b>Ä08 zum Antrag 01/1/2015</b>                  8 <b>AfA-Landesvorstand</b>                  9 <b>Der möge beschließen:</b>                  10                  11 <b>Seite 1, Zeile 40-50, Ändern</b>                  12 <b>Seite 1: Zeilen 40 bis 50 sind zu ersetzen durch:</b>                  13                  14 <b>Die Berliner SPD steht für die öffentliche Daseinsvorsor-</b>                  15 <b>ge:</b>                  16 Öffentliche Daseinsvorsorge ist der zentrale Pfeiler des                  17 Sozialstaats, erkämpft von der Arbeiterbewegung. Nach                  18 1945 wurde das Sozialstaatsprinzip im Grundgesetz in                  19 Art. 20 GG verankert. Nur die öffentliche Daseinsvor-                  20 sorge, voll finanziert aus dem öffentlichen Haushalt                  21 und unter staatlicher Verantwortung, kann allen Bür-                  22 gern und Bürgerinnen das Recht auf Zugang zur quali-                  23 fizierten Gesundheitsversorgung, Bildung, Nahverkehr,                  24 Wohnung, Wasser, Energie ... garantieren. Sie ist des-                  25 halb eine Voraussetzung für die Erfüllbarkeit des So-                  26 zialstaatsprinzips. Das Grundgesetz verfolgte bewusst                  27 das Ziel, bestimmte Bereiche, die lebensnotwendig für                  28 die Bürger und Bürgerinnen sind, dem kapitalistischen                  29 Markt und dem Wettbewerb zu entziehen. Diese Berei-                  30 che gehören keinesfalls in private Hand, die immer der                  31 Logik der Renditeerzielung folgen muss. Daraus erge-                  32 ben sich folgende Schlussfolgerungen:                  33                  34 • Öffentliche Daseinsvorsorge ist unvereinbar                  35 mit Privatisierungen, Teilprivatisierungen und                  36 Ausgründungen.                  37                  38 • Eine Rekommunalisierung bereits verkaufter Un-                  39 ternehmen durch das Land muss der Öffentlichen Da-                  40 seinsvorsorge dienen – nicht der Sanierung der                  41 öffentlichen Haushalte.                  42                  43 • Eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen                  44 Betriebe und Dienste aus dem öffentlichen Haus-                  45 halt erfolgt, um die Öffentliche Daseinsvorsorge zu                  46 sichern.                  47                  48 • Jede Formen privater Kapitalbeteiligung an Pla-                  49 nung, Finanzierung und Betrieb von Infrastruktu-                  50 ren und Leistungen der öffentlichen Hand durch                  51 die Einführung von ÖPP (Öffentliche Private Part-                  52 nerschaft, „public-private-partnership“) ist unver-                  53 einbar mit der Öffentlichen Daseinsvorsorge.                  54</p>	<p><b>Ablehnung (K)</b></p>

1 Wir brauchen die sofortige öffentliche Investitionsof-  
 2 fensive zur Rettung und Wiederherstellung der öffent-  
 3 lichen und sozialen Infrastruktur Berlins und seiner Be-  
 4 zirke, von Straßen, ÖPNV, Krankenhäusern und Schulen  
 5 ... finanziert durch den öffentlichen Haushalt.  
 6 Deshalb wird die Berliner SPD Elemente eines Aktions-  
 7 programms zur Wiederherstellung und Verteidigung  
 8 der Öffentlichen Daseinsvorsorge entwickeln.  
 9 Politische Errungenschaften, denen gesetzliche Ver-  
 10 pflichtungen, politische Vereinbarungen und gesell-  
 11 schaftliche Erwartungen zugrunde liegen (Kita-Ausbau,  
 12 Angleichung der öffentlichen Gehälter an die TdL als  
 13 Beispiele), sind unbedingt zu erhalten.

14 **Ä09 zum Antrag 01/I/2015**  
 15 **AfA-Landesvorstand**  
 16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

17  
 18 **Seite 4, Zeile 32-41, Ändern**  
 19 **Seite 4 Zeile 32 bis 41 ersetzen durch:**

20  
 21 Die SPD spricht sich grundsätzlich gegen Auslagerun-  
 22 gen von bezirklichen und Landesaufgaben an Dritte aus.  
 23 Sie tritt für einen Prozess der Reintegration ausgeglie-  
 24 delter Bereiche in das Land Berlin und seiner Bezirke ein.

Ablehnung (K)

25 **Ä10 zum Antrag 01/I/2015**  
 26 **AfA-Landesvorstand**  
 27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28  
 29 **Seite 4, Zeile 37, Ändern**  
 30 Seite 4 Zeile 37: Das Wort „Tarifbindung“ ersetzen  
 31 durch: „Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes“

Ablehnung (K)

32 **Ä11 zum Antrag 01/I/2015**  
 33 **AfA-Landesvorstand**  
 34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

35  
 36 **Seite 6, Zeile 1, Einfügen**  
 37 **Seite 6 Zeile nach Zeile 1 Einfügen**

38  
 39 Um dafür ein erstes Zeichen zu setzen, werden die SPD-  
 40 Mitglieder im Senat und die Abgeordnetenhausfraktion  
 41 aufgefordert, sich einzusetzen  
 42 • für die sofortige Rückabwicklung der neugegründe-  
 43 ten Tochter „therapeutische Dienste GmbH“ bei Vi-  
 44 vantes  
 45 • dafür, dass die vom Aufsichtsrat beschlossene Über-  
 46 leitung nach § 613 BGB von 700 Mitarbeiter in die  
 47 Vivantes Service GmbH nicht umgesetzt wird  
 48 • dafür, dass Tarifverhandlungen bei Vivantes für ei-  
 49 nen Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes für alle

Ablehnung (K)

- 1 aufgenommen werden.
  - 2 • und für die Erstellung eines Zeitplans für die Reinte-
  - 3 gration der ausgegliederten CFM in die Charite und
  - 4 dafür Sorge zu tragen, dass sofort Tarifverhandlun-
  - 5 gen aufgenommen werden.
  - 6
-

Leitantrag II

1 **Antrag 02/I/2015**

2 **Landesvorstand, FA Strategien gegen rechts**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Strategien gegen rechts in einer Stadt der Vielfalt**

6 Mit diesem Antrag verständigen wir uns als Berliner SPD  
7 auf grundsätzliche und nachhaltige Strategien gegen  
8 rechts und für eine Stadt der Vielfalt, die auf einer um-  
9 fassenden Lageanalyse zur Berliner Situation fußen. Dab-  
10 ei ist eine menschenrechtsorientierte Demokratieför-  
11 derung als langfristig angelegte Querschnittsaufgabe  
12 in allen Lebensbereichen unser Schwerpunkt.

13

14 Seit über 150 Jahren tritt die Sozialdemokratie für so-  
15 zialen und demokratischen Fortschritt, Menschenrech-  
16 te und die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft  
17 ein. Unsere Grundsätze hießen und heißen dabei: Frei-  
18 heit, Gerechtigkeit und Solidarität. Der Kampf für die-  
19 se Grundwerte war immer wieder von Auseinandersetz-  
20 ungen mit reaktionären Strömungen geprägt; unter  
21 den Opfern des nationalsozialistischen Terrorregimes  
22 waren auch viele Sozialdemokrat\*innen.

23

24 Menschenfeindlichkeit und Hass gehören leider immer  
25 noch zu unserer Gesellschaft. Das lange nicht aufgeflo-  
26 gene Morden des Netzwerkes „Nationalsozialistischer  
27 Untergrund“ (NSU) aber auch Aufmärsche von Rechts-  
28 populist\*innen, Rassist\*innen und Neonazis führen sie  
29 uns drastisch vor Augen. Die Bedrohungen sind in un-  
30 serem Alltag präsent: in Form von Diskriminierung, bei-  
31 spielsweise in Schulen, Betrieben, Vereinen oder Behör-  
32 den aber auch in Form von Anschlägen – auch auf Ein-  
33 richtungen unserer sozialdemokratischen Familie.

34

35 Die Erfahrung vieler Menschen – ohne, aber auch mit  
36 Migrationshintergrund – abgehängt zu sein, gepaart  
37 mit verbreiteten Ressentiments bedroht unser Ziel ei-  
38 ner freiheitlichen, demokratischen, pluralistischen, of-  
39 fenen und inklusiven Gesellschaft. Die sich deshalb aus-  
40 breitende Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz  
41 bietet einen Nährboden für Hassideologien. Wir dürfen  
42 sie nicht ignorieren, sondern müssen uns für Teilhabe  
43 für jede\*n einsetzen und von der Demokratie Enttäusch-  
44 te zurück gewinnen.

45

46 Wir stehen an der Seite der Betroffenen rechter Ge-  
47 walt, der Flüchtlinge und der Engagierten für eine  
48 Stadt der Vielfalt – gegen Antisemitismus, Rassismus,  
49 Homophobie, Transphobie, Antiziganismus, Islamfeind-  
50 lichkeit und anderen menschenfeindlichen Einstellun-  
51 gen und Bestrebungen. Wir müssen und werden die  
52 menschenrechtlichen, demokratischen und freiheitli-  
53 chen Errungenschaften unseres Gemeinwesens vertei-  
54 digen, gewährleisten und weiterentwickeln.

55 Insofern geht es uns darum, für die Werte und Normen  
56 zu streiten, für welche Sozialdemokrat\*innen in den ver-  
57 gangen 150 Jahren gekämpft und Opfer gebracht haben.

**Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Strategien gegen rechts in einer Stadt der Vielfalt**

Mit diesem Antrag verständigen wir uns als Berliner SPD  
auf grundsätzliche und nachhaltige Strategien gegen  
rechts und für eine Stadt der Vielfalt, die auf einer um-  
fassenden Lageanalyse zur Berliner Situation fußen. Dab-  
ei ist eine menschenrechtsorientierte Demokratieför-  
derung als langfristig angelegte Querschnittsaufgabe  
in allen Lebensbereichen unser Schwerpunkt.

Seit über 150 Jahren tritt die Sozialdemokratie für so-  
zialen und demokratischen Fortschritt, Menschenrech-  
te und die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft  
ein. Unsere Grundsätze hießen und heißen dabei: Frei-  
heit, Gerechtigkeit und Solidarität. Der Kampf für die-  
se Grundwerte war immer wieder von Auseinandersetz-  
ungen mit reaktionären Strömungen geprägt; unter  
den Opfern des nationalsozialistischen Terrorregimes  
waren auch viele Sozialdemokrat\*innen.

Menschenfeindlichkeit und Hass gehören leider immer  
noch zu unserer Gesellschaft. Das lange nicht aufgeflo-  
gene Morden des Netzwerkes „Nationalsozialistischer  
Untergrund“ (NSU) aber auch Aufmärsche von Rechts-  
populist\*innen, Rassist\*innen und Neonazis führen sie  
uns drastisch vor Augen. Die Bedrohungen sind in un-  
serem Alltag präsent: in Form von Diskriminierung, bei-  
spielsweise in Schulen, Betrieben, Vereinen oder Behör-  
den aber auch in Form von Anschlägen – auch auf Ein-  
richtungen unserer sozialdemokratischen Familie.

Die Erfahrung vieler Menschen – ohne, aber auch mit  
Migrationshintergrund – abgehängt zu sein, gepaart  
mit verbreiteten Ressentiments bedroht unser Ziel ei-  
ner freiheitlichen, demokratischen, pluralistischen, of-  
fenen und inklusiven Gesellschaft. Die sich deshalb aus-  
breitende Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz  
bietet einen Nährboden für Hassideologien. Wir dürfen  
sie nicht ignorieren, sondern müssen uns für Teilhabe  
für jede\*n einsetzen und von der Demokratie Enttäusch-  
te zurück gewinnen.

Wir stehen an der Seite der Betroffenen rechter Ge-  
walt, der Flüchtlinge und der Engagierten für eine  
Stadt der Vielfalt – gegen Antisemitismus, Rassismus,  
Homophobie, Transphobie, Antiziganismus, Islamfeind-  
lichkeit und anderen menschenfeindlichen Einstellun-  
gen und Bestrebungen. Wir müssen und werden die  
menschenrechtlichen, demokratischen und freiheitli-  
chen Errungenschaften unseres Gemeinwesens vertei-  
digen, gewährleisten und weiterentwickeln.

Insofern geht es uns darum, für die Werte und Normen  
zu streiten, für welche Sozialdemokrat\*innen in den ver-  
gangenen 150 Jahren gekämpft und Opfer gebracht haben.

1 Dieser Kampf bleibt unsere dauernde Verpflichtung und  
 2 gibt uns Kraft, Orientierung und Zuversicht, wenn wir  
 3 uns den wandelnden Herausforderungen stellen.

4

5 **1. Institutionen für die Vielfalt – gegen institutionelle**  
 6 **Diskriminierung und Rassismus**

7 **Ein Leitbild für die Stadt der Vielfalt**

8 Unser Anspruch ist eine gelebte Stadt der Vielfalt. Zu ihr  
 9 gehört unweigerlich eine weltoffene Verwaltung mit ein-  
 10 nem diskriminierungsfreien Umgang. Wir fordern die  
 11 Erarbeitung eines entsprechenden Leitbildes, das insbe-  
 12 sondere die Verwaltung auf Berliner Landes- und Be-  
 13 zirksebene einschließt, sich aber auch an Vereine, Ver-  
 14 bände, Unternehmen, Bildungs-, Erziehungs- und Ge-  
 15 sundheitseinrichtungen und Parteien richtet.

16

17 Wir begrüßen den Beschluss des Berliner Abgeordne-  
 18 tenhauses zur Umsetzung der Konsens-Empfehlungen  
 19 des NSU-Untersuchungsausschusses, die Lehren aus  
 20 der NSU-Mord- und Anschlagsserie in Berlin vollstän-  
 21 dig umzusetzen. Zentral sind dabei die Sensibilisie-  
 22 rung aller Beteiligten und die Stärkung der Opferrech-  
 23 te. Zusätzlich müssen die umfassenden Forderungen  
 24 der SPD-Bundestagsfraktion umgesetzt werden. Dane-  
 25 ben müssen internationale Erfahrungen – wie aus dem  
 26 McPherson-Report – aber auch regionale Erfahrungen  
 27 einfließen.

28

29 **Untersuchung diskriminierender Verfahren und Struk-**  
 30 **turen in der Berliner Verwaltung**

31 Die Voraussetzungen für langfristige, zielgerichtete  
 32 Maßnahmen sind detaillierte Kenntnisse über das po-  
 33 tenzielle Diskriminierungsrisiko durch Praktiken und  
 34 Verfahren in der Berliner Verwaltung:

- 35 • Die Verfahren der Verwaltungen und der ihr nach-  
 36 geordneten Behörden in Berlin sollen regelmäßig  
 37 wissenschaftlich auf ihr Diskriminierungsmuster  
 38 untersucht werden.
- 39 • Die zentralen Ergebnisse müssen dem Abgeordne-  
 40 tenhaus jeweils zur Mitte der Wahlperiode in Form  
 41 eines Berichtes vorgelegt werden.
- 42 • Die Ausländerbehörde wollen wir zu einem Landes-  
 43 amt für Einwanderung weiterentwickeln mit einem  
 44 Leitbild für Willkommenskultur.

45

46 **Diversity-Strategie und Strategie der interkulturellen**  
 47 **Öffnung**

48 Die bestehenden Berliner Ansätze zur interkulturellen  
 49 Öffnung der Verwaltung sollen innerhalb einer res-  
 50 sortübergreifenden Gesamtstrategie gebündelt und ge-  
 51 zielt fortgesetzt werden. Dazu gehören auch präventive  
 52 Diversity-Strategien, wie z.B. anonymisierte Bewer-  
 53 bungsverfahren und Empowermentangebote. Die Ge-  
 54 samtstrategie wird von einer Stabsstelle zusammen mit  
 55 allen Senatsverwaltungen erarbeitet.

56

57 **Beschwerdestrukturen ausbauen und stärken**

58 Die Angebote der Antidiskriminierungs- und Opferbera-  
 59 tungsstellen müssen verstetigt und ausgebaut werden,

Dieser Kampf bleibt unsere dauernde Verpflichtung und  
 gibt uns Kraft, Orientierung und Zuversicht, wenn wir  
 uns den wandelnden Herausforderungen stellen.

4

5 **1. Institutionen für die Vielfalt – gegen institutionelle**  
 6 **Diskriminierung und Rassismus**

7 **Ein Leitbild für die Stadt der Vielfalt**

8 Unser Anspruch ist eine gelebte Stadt der Vielfalt. Zu ihr  
 9 gehört unweigerlich eine weltoffene Verwaltung mit ein-  
 10 nem diskriminierungsfreien Umgang. Wir fordern die  
 11 Erarbeitung eines entsprechenden Leitbildes, das insbe-  
 12 sondere die Verwaltung auf Berliner Landes- und Be-  
 13 zirksebene einschließt, sich aber auch an Vereine, Ver-  
 14 bände, Unternehmen, Bildungs-, Erziehungs- und Ge-  
 15 sundheitseinrichtungen und Parteien richtet.

16

17 Wir begrüßen den Beschluss des Berliner Abgeordne-  
 18 tenhauses zur Umsetzung der Konsens-Empfehlungen  
 19 des NSU-Untersuchungsausschusses, die Lehren aus  
 20 der NSU-Mord- und Anschlagsserie in Berlin vollstän-  
 21 dig umzusetzen. Zentral sind dabei die Sensibilisie-  
 22 rung aller Beteiligten und die Stärkung der Opferrech-  
 23 te. Zusätzlich müssen die umfassenden Forderungen  
 24 der SPD-Bundestagsfraktion umgesetzt werden. Dane-  
 25 ben müssen internationale Erfahrungen – wie aus dem  
 26 McPherson-Report – aber auch regionale Erfahrungen  
 27 einfließen.

28

29 **Untersuchung diskriminierender Verfahren und Struk-**  
 30 **turen in der Berliner Verwaltung**

31 Die Voraussetzungen für langfristige, zielgerichtete  
 32 Maßnahmen sind detaillierte Kenntnisse über das po-  
 33 tenzielle Diskriminierungsrisiko durch Praktiken und  
 34 Verfahren in der Berliner Verwaltung:

- 35 • Die Verfahren der Verwaltungen und der ihr nach-  
 36 geordneten Behörden in Berlin sollen regelmäßig  
 37 wissenschaftlich auf ihr Diskriminierungsmuster  
 38 untersucht werden.
- 39 • Die zentralen Ergebnisse müssen dem Abgeordne-  
 40 tenhaus jeweils zur Mitte der Wahlperiode in Form  
 41 eines Berichtes vorgelegt werden.
- 42 • Die Ausländerbehörde wollen wir zu einem Landes-  
 43 amt für Einwanderung weiterentwickeln mit einem  
 44 Leitbild für Willkommenskultur.

45

46 **Diversity-Strategie und Strategie der interkulturellen**  
 47 **Öffnung**

48 Die bestehenden Berliner Ansätze zur interkulturellen  
 49 Öffnung der Verwaltung sollen innerhalb einer res-  
 50 sortübergreifenden Gesamtstrategie gebündelt und ge-  
 51 zielt fortgesetzt werden. Dazu gehören auch präventive  
 52 Diversity-Strategien, wie z.B. anonymisierte Bewer-  
 53 bungsverfahren und Empowermentangebote. Die Ge-  
 54 samtstrategie wird von einer Stabsstelle zusammen mit  
 55 allen Senatsverwaltungen erarbeitet.

56

57 **Beschwerdestrukturen ausbauen und stärken**

58 Die Angebote der Antidiskriminierungs- und Opferbera-  
 59 tungsstellen müssen verstetigt und ausgebaut werden,

1 da sie z.T. an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Als Anlauf-  
 2 und Vermittlungsstelle steht weiterhin die „Landesstel-  
 3 le für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ be-  
 4 reit.

5  
 6 Wir brauchen daneben eine bezirksübergreifende unab-  
 7 hängige Beschwerdestelle, die das Angebot der profes-  
 8 sionellen (projektorientierten) Opferberatung ergänzt.  
 9 Es wird eine niedrigschwellige Ombudsstelle für Bür-  
 10 ger\*innen und eine Anlaufstelle für Angehörige der Be-  
 11 hörden sein – außerhalb der Exekutive. Ihre Mitglieder  
 12 werden vom Parlament berufen und ausgestattet.

13  
 14 **Aus- und Fortbildung**

15 Die Aus- und Fortbildung für die Aufgaben in einer viel-  
 16 fältigen Gesellschaft muss reformiert werden. In der  
 17 Berliner Verwaltung gibt es erfolgreiche Ansätze, auf  
 18 denen aufgebaut werden kann. Besonders Diversity-  
 19 Trainings sind gefragt, um gegenüber Phänomenen  
 20 von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)  
 21 zu sensibilisieren. Diese Angebote müssen in allen Re-  
 22 geleinrichtungen verpflichtend sein, aber auch – zum  
 23 Beispiel in der Polizeiausbildung – prüfungsrelevant  
 24 werden. Die Fortbildungsangebote müssen sich dezi-  
 25 diert auch an die behördliche Führungsebene richten.  
 26 In der Beamt\*innenlaufbahn müssen diese Qualifikatio-  
 27 nen besonders berücksichtigt werden.

28  
 29 **Reform der polizeilichen Erfassung**

30 Die kriminologische Erfassung in der Polizeilichen  
 31 Kriminalstatistik muss überprüft werden, damit sie  
 32 antisemitische, antiziganistische, homophobe, islam-  
 33 feindliche, neonazistische, rassistische und andere  
 34 gruppenbezogen-menschenfeindliche Tathintergrün-  
 35 de besser dokumentieren kann. Sie muss reformiert  
 36 und – wie bei den Todesopfern durch rechte Gewalt  
 37 – ggf. korrigiert werden. In diesem Sinne muss das  
 38 Konzept „Politisch motivierte Kriminalität“ überarbei-  
 39 tet werden. Parallel dazu muss sich das Land Berlin  
 40 bundesweit dafür einsetzen, dass die Standards ent-  
 41 sprechend angepasst werden. Ausgrenzende Sprache  
 42 und irreführende Begriffe – wie etwa die Bezeichnung  
 43 „Fremdenfeindlichkeit“ oder das Wort „Rasse“ – müs-  
 44 sen aus dem Dienstgebrauch verschwinden und durch  
 45 konkretisierende Begriffe ersetzt werden.

46  
 47 **Deradikalisierung im Justizvollzug**

48 Resozialisierung bleibt bei allen Schwierigkeiten in der  
 49 Praxis, die wir kennen, ein Ziel des Justizvollzuges. Da-  
 50 zu gehört der Aspekt der Deradikalisierung bei Straftä-  
 51 ter\*innen mit politischer Motivation. Wir wollen des-  
 52 halb die Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich stär-  
 53 ken und fördern Verknüpfungen mit Projekten der De-  
 54 radikalisierung und Ausstiegsarbeit.

55  
 56 **Gestärkter Opferschutz**

57 Der Opferschutz muss einen höheren Stellen-  
 58 wert bekommen. Zur Stärkung des Opferschutzes  
 59 ist der gemeinsame Beschluss aller Fraktionen

da sie z.T. an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Als Anlauf-  
 und Vermittlungsstelle steht weiterhin die „Landesstel-  
 le für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ be-  
 reit.

Wir brauchen daneben eine bezirksübergreifende unab-  
 hängige Beschwerdestelle, die das Angebot der profes-  
 sionellen (projektorientierten) Opferberatung ergänzt.  
 Es wird eine niedrigschwellige Ombudsstelle für Bür-  
 ger\*innen und eine Anlaufstelle für Angehörige der Be-  
 hörden sein – außerhalb der Exekutive. Ihre Mitglieder  
 werden vom Parlament berufen und ausgestattet.

**Aus- und Fortbildung**

Die Aus- und Fortbildung für die Aufgaben in einer viel-  
 fältigen Gesellschaft muss reformiert werden. In der  
 Berliner Verwaltung gibt es erfolgreiche Ansätze, auf  
 denen aufgebaut werden kann. Besonders Diversity-  
 Trainings sind gefragt, um gegenüber Phänomenen  
 von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)  
 zu sensibilisieren. Diese Angebote müssen in allen Re-  
 geleinrichtungen verpflichtend sein, aber auch – zum  
 Beispiel in der Polizeiausbildung – prüfungsrelevant  
 werden. Die Fortbildungsangebote müssen sich dezi-  
 diert auch an die behördliche Führungsebene richten.  
 In der Beamt\*innenlaufbahn müssen diese Qualifikatio-  
 nen besonders berücksichtigt werden.

**Reform der polizeilichen Erfassung**

Die kriminologische Erfassung in der Polizeilichen  
 Kriminalstatistik muss überprüft werden, damit sie  
 antisemitische, antiziganistische, homophobe, islam-  
 feindliche, neonazistische, rassistische und andere  
 gruppenbezogen-menschenfeindliche Tathintergrün-  
 de besser dokumentieren kann. Sie muss reformiert  
 und – wie bei den Todesopfern durch rechte Gewalt  
 – ggf. korrigiert werden. In diesem Sinne muss das  
 Konzept „Politisch motivierte Kriminalität“ überarbei-  
 tet werden. Parallel dazu muss sich das Land Berlin  
 bundesweit dafür einsetzen, dass die Standards ent-  
 sprechend angepasst werden. Ausgrenzende Sprache  
 und irreführende Begriffe – wie etwa die Bezeichnung  
 „Fremdenfeindlichkeit“ oder das Wort „Rasse“ – müs-  
 sen aus dem Dienstgebrauch verschwinden und durch  
 konkretisierende Begriffe ersetzt werden.

**Deradikalisierung im Justizvollzug**

Resozialisierung bleibt bei allen Schwierigkeiten in der  
 Praxis, die wir kennen, ein Ziel des Justizvollzuges. Da-  
 zu gehört der Aspekt der Deradikalisierung bei Straftä-  
 ter\*innen mit politischer Motivation. Wir wollen des-  
 halb die Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich stär-  
 ken und fördern Verknüpfungen mit Projekten der De-  
 radikalisierung und Ausstiegsarbeit.

**Gestärkter Opferschutz**

Der Opferschutz muss einen höheren Stellen-  
 wert bekommen. Zur Stärkung des Opferschutzes  
 ist der gemeinsame Beschluss aller Fraktionen



1 im Abgeordnetenhaus zur Umsetzung des NSU-  
2 Untersuchungsausschuss-Konsenses auf Bundesebene  
3 zügig umzusetzen.

4  
5 Darüber hinaus bedarf es folgender konkreter Maßnah-  
6 men:

- 7 • Familienkontaktbeamt\*innen, die speziell geschult  
8 sind und mit Opfern sowie deren Angehörigen kom-  
9 munizieren, muss es in jeder Polizeidienststelle ge-  
10 ben.
- 11 • Opferzeug\*innen (bzw. die Geschädigten) werden  
12 von der Polizei über Verfahrensabläufe besser infor-  
13 miert.
- 14 • Die Vorkehrungen zum Schutz von Zeug\*innen (sog.  
15 „Kleiner Zeugenschutz“) werden bei Fällen rechter  
16 Gewalt verbindlich angewendet.
- 17 • In Fällen rechter Gewalt wird seitens der Polizei  
18 auf das spezifische Fachberatungsangebot hinge-  
19 wiesen.
- 20 • Sensibler Umgang mit Opfern rechter Gewalt sowie  
21 von rechter Gewalt bedrohten Personen wird Ge-  
22 genstand der Aus- und Fortbildung.
- 23 • Betroffene (Privatpersonen, Organisationen und  
24 Geschäftsleute) dürfen nicht ihren Versicherungs-  
25 schutz verlieren.
- 26 • Ein Sicherheitsfonds muss eingerichtet werden.  
27 (Dieser soll z.B. bei der Finanzierung von Sicher-  
28 heitsmaßnahmen helfen, die vom Landeskriminal-  
29 amt empfohlen wurden.)
- 30 • Ein Verbandsklagerecht bei politisch motivierten  
31 Straftaten und Hasskriminalität muss eingeführt  
32 werden.
- 33 • Ein Bleiberecht für Opfer von Hasskriminalität oh-  
34 ne gesicherten Aufenthaltsstatus muss geschaffen  
35 und gesichert werden.
- 36 • Eine Prüfung, inwieweit der Schutz des persön-  
37 lichen Wohnumfelds von Betroffenen im Genehmi-  
38 gungsprozess von Demonstrationen gestärkt wer-  
39 den kann.

40  
41 **Kein „Racial Profiling“ zulassen**  
42 „Racial Profiling“ ist rechtswidrig und nicht mit dem  
43 Grundgesetz vereinbar. Zur Verminderung des Diskrimi-  
44 nierungsrisikos bestimmter polizeilicher Praktiken soll  
45 ein Antidiskriminierungskonzept für die Arbeit der Po-  
46 lizei erarbeitet werden. Dieses soll sich an den Empfeh-  
47 lungen der Agentur der Europäischen Union für Grund-  
48 rechte orientieren, wonach z.B. Polizist\*innen jede Kon-  
49 trolle einer Person auf einem Kontrollformular festhal-  
50 ten und ihre Auswahlkriterien dokumentieren.

51  
52 **Ein Landesantidiskriminierungsgesetz**  
53 Das bundesrechtliche Antidiskriminierungsgesetz  
54 deckt viele Bereiche nicht ab. Bestehende Schutzlücken  
55 des bundesrechtlichen Antidiskriminierungsgesetzes  
56 müssen durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz  
57 geschlossen werden, das sowohl die schützenden als  
58 auch die fördernden Maßnahmen umfassen soll.  
59 Es muss die Bereiche Bildung, Gesundheit, Vergaberecht

im Abgeordnetenhaus zur Umsetzung des NSU-  
Untersuchungsausschuss-Konsenses auf Bundesebene  
zügig umzusetzen.

Darüber hinaus bedarf es folgender konkreter Maßnah-  
men:

- Familienkontaktbeamt\*innen, die speziell geschult  
sind und mit Opfern sowie deren Angehörigen kom-  
munizieren, muss es in jeder Polizeidienststelle ge-  
ben.
- Opferzeug\*innen (bzw. die Geschädigten) werden  
von der Polizei über Verfahrensabläufe besser infor-  
miert.
- Die Vorkehrungen zum Schutz von Zeug\*innen (sog.  
„Kleiner Zeugenschutz“) werden bei Fällen rechter  
Gewalt verbindlich angewendet.
- In Fällen rechter Gewalt wird seitens der Polizei  
auf das spezifische Fachberatungsangebot hinge-  
wiesen.
- Sensibler Umgang mit Opfern rechter Gewalt sowie  
von rechter Gewalt bedrohten Personen wird Ge-  
genstand der Aus- und Fortbildung.
- Betroffene (Privatpersonen, Organisationen und  
Geschäftsleute) dürfen nicht ihren Versicherungs-  
schutz verlieren.
- Ein Sicherheitsfonds muss eingerichtet werden.  
(Dieser soll z.B. bei der Finanzierung von Sicher-  
heitsmaßnahmen helfen, die vom Landeskriminal-  
amt empfohlen wurden.)
- Ein Verbandsklagerecht bei politisch motivierten  
Straftaten und Hasskriminalität muss eingeführt  
werden.
- Ein Bleiberecht für Opfer von Hasskriminalität oh-  
ne gesicherten Aufenthaltsstatus muss geschaffen  
und gesichert werden.
- Eine Prüfung, inwieweit der Schutz des persön-  
lichen Wohnumfelds von Betroffenen im Genehmi-  
gungsprozess von Demonstrationen gestärkt wer-  
den kann.

**Kein „Racial Profiling“ zulassen**  
„Racial Profiling“ ist rechtswidrig und nicht mit dem  
Grundgesetz vereinbar. Zur Verminderung des Diskrimi-  
nierungsrisikos bestimmter polizeilicher Praktiken soll  
ein Antidiskriminierungskonzept für die Arbeit der Po-  
lizei erarbeitet werden. Dieses soll sich an den Empfeh-  
lungen der Agentur der Europäischen Union für Grund-  
rechte orientieren, wonach z.B. Polizist\*innen jede Kon-  
trolle einer Person auf einem Kontrollformular festhal-  
ten und ihre Auswahlkriterien dokumentieren.

**Ein Landesantidiskriminierungsgesetz**  
Das bundesrechtliche Antidiskriminierungsgesetz  
deckt viele Bereiche nicht ab. Bestehende Schutzlücken  
des bundesrechtlichen Antidiskriminierungsgesetzes  
müssen durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz  
geschlossen werden, das sowohl die schützenden als  
auch die fördernden Maßnahmen umfassen soll.  
Es muss die Bereiche Bildung, Gesundheit, Vergaberecht

1 und Soziales einbeziehen und den Zugang zu öffent-  
2 lichen Gütern und Dienstleistungen sowie allgemeine  
3 Verwaltungsverfahren absichern.

4

5 **Kontinuierliche Weiterentwicklung**

6 Die SPD setzt sich für die Einsetzung einer Enquete-  
7 Kommission des Abgeordnetenhauses 'für Vielfalt – ge-  
8 gen institutionelle Diskriminierung' ein.

9

10 **2. Demokratiefördernde Arbeit stärken – Präventiv han-  
11 deln**

12

13 **Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe**

14 Demokratiefördernde Arbeit findet in allen Lebensbe-  
15 reichen statt. Deshalb sind Kita, Schule, Jugendeinrich-  
16 tungen, Kinder- und Jugendverbände sowie andere Orte  
17 des Lebens und Lernens wichtige Ansatzpunkte. Ebenso  
18 gilt es, Menschen im Wohnumfeld, im Kiez, am Arbeits-  
19 platz, im Sportverein, in Freizeiteinrichtungen oder im  
20 öffentlichen Nahverkehr zu erreichen.

21

22 Insbesondere zivilgesellschaftliche demokratiefördernde  
23 Arbeit muss gewürdigt und unterstützt werden.  
24 Es handelt sich um eine Querschnittsaufgabe, aus der  
25 Querschnittsverantwortung erwächst und die über alle  
26 Ressorts und Zuständigkeiten hinweg von Belang ist.

27

28 **Demokratiefördernde Arbeit bei Kindern und Jugendli-  
29 chen**

30 Das Erleben der Selbstwirksamkeit im eigenen Umfeld  
31 ist der verlässlichste Türöffner zu Partizipation und de-  
32 mokratischem Bewusstsein. Demokratiebildung muss  
33 im Kindergarten beginnen, in der Schule fortgeführt  
34 und in Kinder- und Jugendeinrichtungen gelebt werden.

35

- 36 • Demokratiebildung, Kinder- und Menschenrechts-  
37 bildung und Umgang mit Vielfalt (Diversity) müs-  
38 sen verbindlicher und prüfungsrelevanter Teil der  
39 Aus- und Fortbildung von Kita-Erzieher\*innen, Leh-  
40 rer\*innen, und Mitarbeiter\*innen in der Kinder-  
41 und Jugendarbeit werden. Auch ehrenamtliche Ju-  
42 gendleiter\*innen und Sporttrainer\*innen müssen  
43 Zugang zu entsprechenden Fortbildungsangeboten  
44 erhalten. Diese sollten noch systematischer entwi-  
45 ckelt und strukturell verankert werden.
- 46 • Die Aufnahme von Demokratiebildung als über-  
47 greifendes Thema in die neuen Rahmenlehrpläne  
48 für die Sekundarstufe ist ein wichtiger Schritt. Der  
49 Erwerb von Demokratie- und Diversitykompeten-  
50 zen muss als übergreifendes Thema auch in die  
51 Rahmenpläne der Grundschulen integriert werden.  
52 Darüber hinaus muss ein eigenständiger Politikun-  
53 terricht ab Klasse 5 eingeführt werden.
- 54 • Mitbestimmungsgremien müssen gestärkt wer-  
55 den: Schon in der Kita müssen Kinder in geeigneter  
56 Form in Entscheidungen eingebunden werden. Da-  
57 bei sollen die methodischen Ansätze im Berliner Bil-  
58 dungsprogramm stärker genutzt werden. Klassen-  
59 räte und Schülerparlamente sind zu stärken.

und Soziales einbeziehen und den Zugang zu öffent-  
lichen Gütern und Dienstleistungen sowie allgemeine  
Verwaltungsverfahren absichern.

**Kontinuierliche Weiterentwicklung**

Die SPD setzt sich für die Einsetzung einer Enquete-  
Kommission des Abgeordnetenhauses 'für Vielfalt – ge-  
gen institutionelle Diskriminierung' ein.

**2. Demokratiefördernde Arbeit stärken – Präventiv han-  
deln**

**Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe**

Demokratiefördernde Arbeit findet in allen Lebensbe-  
reichen statt. Deshalb sind Kita, Schule, Jugendeinrich-  
tungen, Kinder- und Jugendverbände sowie andere Orte  
des Lebens und Lernens wichtige Ansatzpunkte. Ebenso  
gilt es, Menschen im Wohnumfeld, im Kiez, am Arbeits-  
platz, im Sportverein, in Freizeiteinrichtungen oder im  
öffentlichen Nahverkehr zu erreichen.

Insbesondere zivilgesellschaftliche demokratiefördernde  
Arbeit muss gewürdigt und unterstützt werden.  
Es handelt sich um eine Querschnittsaufgabe, aus der  
Querschnittsverantwortung erwächst und die über alle  
Ressorts und Zuständigkeiten hinweg von Belang ist.

**Demokratiefördernde Arbeit bei Kindern und Jugendli-  
chen**

Das Erleben der Selbstwirksamkeit im eigenen Umfeld  
ist der verlässlichste Türöffner zu Partizipation und de-  
mokratischem Bewusstsein. Demokratiebildung muss  
im Kindergarten beginnen, in der Schule fortgeführt  
und in Kinder- und Jugendeinrichtungen gelebt werden.

- Demokratiebildung, Kinder- und Menschenrechts-  
bildung und Umgang mit Vielfalt (Diversity) müs-  
sen verbindlicher und prüfungsrelevanter Teil der  
Aus- und Fortbildung von Kita-Erzieher\*innen, Leh-  
rer\*innen, und Mitarbeiter\*innen in der Kinder-  
und Jugendarbeit werden. Auch ehrenamtliche Ju-  
gendleiter\*innen und Sporttrainer\*innen müssen  
Zugang zu entsprechenden Fortbildungsangeboten  
erhalten. Diese sollten noch systematischer entwi-  
ckelt und strukturell verankert werden.
- Die Aufnahme von Demokratiebildung als über-  
greifendes Thema in die neuen Rahmenlehrpläne  
für die Sekundarstufe ist ein wichtiger Schritt. Der  
Erwerb von Demokratie- und Diversitykompeten-  
zen muss als übergreifendes Thema auch in die  
Rahmenpläne der Grundschulen integriert werden.  
Darüber hinaus muss ein eigenständiger Politikun-  
terricht ab Klasse 5 eingeführt werden.
- Mitbestimmungsgremien müssen gestärkt wer-  
den: Schon in der Kita müssen Kinder in geeigneter  
Form in Entscheidungen eingebunden werden. Da-  
bei sollen die methodischen Ansätze im Berliner Bil-  
dungsprogramm stärker genutzt werden. Klassen-  
räte und Schülerparlamente sind zu stärken.

- 1 • Historische und politische Bildung muss besser aus-  
 2 gestattet werden und sich auf die Pluralität der Ge-  
 3 sellschaft beziehen. Das gilt insbesondere für die  
 4 Landeszentrale für Politische Bildung.  
 5 • Kinder- und Jugendfreizeitzentren sollen Orte sein,  
 6 an denen Partizipation gelebt und greifbar gemacht  
 7 wird. Ein Schwerpunkt muss die Auseinanderset-  
 8 zung mit Alltagsrassismus und Gruppenbezogener  
 9 Menschenfeindlichkeit (GMF) sein. Wir brauchen  
 10 ein Best-Practice-Netzwerk in Berlin, das bezirks-  
 11 übergreifend Kompetenzen und Erfahrungen bün-  
 12 delt und für alle nutzbar macht. Einrichtungen wie  
 13 Kinder- und Jugendbüros oder Bezirksjugendringe  
 14 nehmen dabei eine wichtige Rolle ein, weil sie mit  
 15 den Kindern und Jugendlichen arbeiten und nicht  
 16 nur für sie.  
 17 • Kinder- und Jugendbeteiligung, insbesondere die  
 18 Jugendverbandsarbeit muss gestärkt und finanzia-  
 19 ell ausreichend ausgestattet werden. Ein gutes Bei-  
 20 spiel sind die Kinder- und Jugendparlamente in eini-  
 21 gen Bezirken. Auch der Jugenddemokratiefonds ist  
 22 zu stärken. Ein Schwerpunkt ist die stärkere Beteili-  
 23 gung von jungen Migrant\*innen.

24  
 25 **Die Kooperation zwischen Regeleinrichtungen und den**  
 26 **zahlreichen projektfinanzierten demokratiefördernden**  
 27 **Angeboten muss verbessert werden.**

- 28 • Die Zielgruppen in den Regeleinrichtungen müs-  
 29 sen umfangreicher über bestehende Angebote in-  
 30 formiert und (Kooperations-) Hindernisse abgebaut  
 31 werden.  
 32 • Regeleinrichtungen benötigen Personal und Frei-  
 33 räume, um diese Kooperationen auch leisten zu  
 34 können.  
 35 • Stärker als bisher sollen dauerhaft notwendige pro-  
 36 jektfinanzierte Aufgaben und Leistungen in eine  
 37 Regelfinanzierung überführt werden.  
 38

39 **Demokratie im Betrieb**

40 Demokratische Beteiligung setzt voraus, dass Men-  
 41 schen sich politisch engagieren können. Da Arbeit und  
 42 Ausbildung im Leben der meisten Menschen einen  
 43 großen Raum einnehmen, ist demokratische Beteili-  
 44 gung im Bereich Arbeit und Ausbildung besonders zen-  
 45 tral.  
 46

- 47 • Die Förderung von demokratischem politischem  
 48 Engagement sollte mit Eintritt ins Ausbildungs- oder  
 49 Arbeitsleben nicht stecken bleiben. Um in Organi-  
 50 sationen mitzuwirken und demokratisches Engage-  
 51 ment zu leben, brauchen wir einen erweiterten  
 52 Freistellungsanspruch von der Arbeit bzw.  
 53 von der Ausbildung nach Betriebsverfassungsgesetz  
 54 (BetrVG), Personalvertretungsgesetz (PersVG)  
 55 oder Landesschul- und Hochschulgesetzen.  
 56 • Ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen in  
 57 den Bereichen muss freigestellt werden. Ein Ju-  
 58 gendleiterfreistellungsgesetz, durch das in anderen  
 59 Bundesländern (z.B. Rheinland-Pfalz) ehrenamtli-

- Historische und politische Bildung muss besser aus-  
 gestattet werden und sich auf die Pluralität der Ge-  
 sellschaft beziehen. Das gilt insbesondere für die  
 Landeszentrale für Politische Bildung.  
 • Kinder- und Jugendfreizeitzentren sollen Orte sein,  
 an denen Partizipation gelebt und greifbar gemacht  
 wird. Ein Schwerpunkt muss die Auseinanderset-  
 zung mit Alltagsrassismus und Gruppenbezogener  
 Menschenfeindlichkeit (GMF) sein. Wir brauchen  
 ein Best-Practice-Netzwerk in Berlin, das bezirks-  
 übergreifend Kompetenzen und Erfahrungen bün-  
 delt und für alle nutzbar macht. Einrichtungen wie  
 Kinder- und Jugendbüros oder Bezirksjugendringe  
 nehmen dabei eine wichtige Rolle ein, weil sie mit  
 den Kindern und Jugendlichen arbeiten und nicht  
 nur für sie.  
 • Kinder- und Jugendbeteiligung, insbesondere die  
 Jugendverbandsarbeit muss gestärkt und finanzia-  
 ell ausreichend ausgestattet werden. Ein gutes Bei-  
 spiel sind die Kinder- und Jugendparlamente in eini-  
 gen Bezirken. Auch der Jugenddemokratiefonds ist  
 zu stärken. Ein Schwerpunkt ist die stärkere Beteili-  
 gung von jungen Migrant\*innen.

Die **Kooperation zwischen Regeleinrichtungen und den**  
**zahlreichen projektfinanzierten demokratiefördernden**  
**Angeboten muss verbessert werden.**

- Die Zielgruppen in den Regeleinrichtungen müs-  
 sen umfangreicher über bestehende Angebote in-  
 formiert und (Kooperations-) Hindernisse abgebaut  
 werden.  
 • Regeleinrichtungen benötigen Personal und Frei-  
 räume, um diese Kooperationen auch leisten zu  
 können.  
 • Stärker als bisher sollen dauerhaft notwendige pro-  
 jektfinanzierte Aufgaben und Leistungen in eine  
 Regelfinanzierung überführt werden.

**Demokratie im Betrieb**

Demokratische Beteiligung setzt voraus, dass Men-  
 schen sich politisch engagieren können. Da Arbeit und  
 Ausbildung im Leben der meisten Menschen einen  
 großen Raum einnehmen, ist demokratische Beteili-  
 gung im Bereich Arbeit und Ausbildung besonders zen-  
 tral.

- Die Förderung von demokratischem politischem  
 Engagement sollte mit Eintritt ins Ausbildungs- oder  
 Arbeitsleben nicht stecken bleiben. Um in Organi-  
 sationen mitzuwirken und demokratisches Engage-  
 ment zu leben, brauchen wir einen erweiterten Frei-  
 stellungsanspruch von der Arbeit bzw. von der Aus-  
 bildung für **Betriebsräte, Personalräte und Mitarbei-**  
**tervertretungen.**  
 • Ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen in  
 den Bereichen muss freigestellt werden. Ein Ju-  
 gendleiterfreistellungsgesetz, durch das in anderen  
 Bundesländern (z.B. Rheinland-Pfalz) ehrenamtli-  
 ches Engagement bereits anerkannt wird, muss es

- 1 ches Engagement bereits anerkannt wird, muss es  
 2 auch in Berlin geben.  
 3 • Jugendlichen in außerbetrieblichen Ausbildungen  
 4 muss die Gründung von Interessenvertretungen er-  
 5 möglicht werden-außerhalb des Berufsbildungsge-  
 6 setzes (BBiG) und des Betriebsverfassungsgesetzes  
 7 (BetrVG).  
 8 • Wir brauchen flächendeckend Betriebsvereinba-  
 9 rungen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz.  
 10 Hier können und sollen städtische Betriebe wie die  
 11 BSR als strukturelle Vorbilder dienen, die den Kampf  
 12 gegen Diskriminierung sowohl im Betrieb als auch  
 13 in der Gesellschaft auf die Agenda gehoben haben.  
 14 • Zur Stärkung von Demokratie im Betrieb wird die  
 15 Berliner SPD die Zusammenarbeit mit den Gewerk-  
 16 schaften intensivieren.

17  
 18 **Lokale Bündnisse für Demokratie und Vielfalt**

19 Viele lokale Bündnisse leisten einen fundamentalen  
 20 Beitrag zu Demokratie und Vielfalt. Demokratische Par-  
 21 teien und politisch Verantwortliche müssen diese Bünd-  
 22 nisse und die in ihnen ehrenamtlich Engagierten im Sin-  
 23 ne einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung aktiv  
 24 unterstützen.

25  
 26 Lokale Vernetzung ist die Basis für einen effektiven ur-  
 27 sachenorientierten Kampf gegen rechts, zur Unterstüt-  
 28 zung von Flüchtlingen und zur Beteiligung. Beispiels-  
 29 weise können so Gewerbetreibende oder andere wichti-  
 30 ge Akteur\*innen erreicht werden. Nachbarschaftsinitia-  
 31 tiven, Quartiersmanagements/-räte und Sozialraum-  
 32 AGs sollten als lokale Expert\*innen-Drehscheiben ein-  
 33 gebunden werden.

34  
 35 Wir brauchen Strukturen für bürgerschaftliches Enga-  
 36 gement für Demokratie und Vielfalt überall in der Stadt.  
 37 Der Aufbau und die Unterstützung bzw. Verstetigung  
 38 entsprechender lokaler Strukturen soll in der Landes-  
 39 konzeption „Demokratie, Vielfalt, Respekt“ des Senats  
 40 verankert werden. Das gilt insbesondere für die Kieze, in  
 41 denen es keine „Partnerschaften für Demokratie“ (ehe-  
 42 mals Lokale Aktionspläne) aus dem Bundesprogramm  
 43 „Demokratie leben!“ gibt.

44  
 45 Engagement und Aktionen müssen unbürokratisch  
 46 möglich sein. Dazu sind kurzfristig Finanzmittel aus Ak-  
 47 tionsfonds, z.B. für Flyer und Feste, notwendig. Die ent-  
 48 sprechenden Aktionsfonds der „Partnerschaften für De-  
 49 mokratie“ sind vom Land so mitzufinanzieren, dass die  
 50 notwendige Kofinanzierung gewährleistet ist.

51  
 52 Um politikdistanzierte Bürger\*innen zu erreichen, brau-  
 53 chen wir Modellprojekte, in denen kiezbezogen aktivie-  
 54 rende niedrigschwellige Befragungen erprobt werden.

55  
 56 **Weiterentwicklung Landeskonzepktion und Landespro-  
 57 gramm**

58 Auf der Landesebene sind die „Berliner Landeskonzep-  
 59 tion Vielfalt, Demokratie, Respekt“ sowie vor allem das

auch in Berlin geben.

- Jugendlichen in außerbetrieblichen Ausbildungen muss die Gründung von Interessenvertretungen ermöglicht werden-außerhalb des Berufsbildungsge-  
 setzes (BBiG) und des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG).
- Wir brauchen flächendeckend **Betriebs- und Dienst-  
 vereinbarungen** gegen Diskriminierung am Arbeits-  
 platz. Hier können und sollen städtische Betriebe  
 wie die BSR als strukturelle Vorbilder dienen, die  
 den Kampf gegen Diskriminierung sowohl im Be-  
 trieb als auch in der Gesellschaft auf die Agenda ge-  
 hoben haben.
- Zur Stärkung von Demokratie im Betrieb wird die  
 Berliner SPD die Zusammenarbeit mit den Gewerk-  
 schaften intensivieren.

17  
 18 **Lokale Bündnisse für Demokratie und Vielfalt**

19 Viele lokale Bündnisse leisten einen fundamentalen  
 20 Beitrag zu Demokratie und Vielfalt. Demokratische Par-  
 21 teien und politisch Verantwortliche müssen diese Bünd-  
 22 nisse und die in ihnen ehrenamtlich Engagierten im Sin-  
 23 ne einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung aktiv  
 24 unterstützen.

25  
 26 Lokale Vernetzung ist die Basis für einen effektiven ur-  
 27 sachenorientierten Kampf gegen rechts, zur Unterstüt-  
 28 zung von Flüchtlingen und zur Beteiligung. Beispiels-  
 29 weise können so Gewerbetreibende oder andere wichti-  
 30 ge Akteur\*innen erreicht werden. Nachbarschaftsinitia-  
 31 tiven, Quartiersmanagements/-räte und Sozialraum-  
 32 AGs sollten als lokale Expert\*innen-Drehscheiben ein-  
 33 gebunden werden.

34  
 35 Wir brauchen Strukturen für bürgerschaftliches Enga-  
 36 gement für Demokratie und Vielfalt überall in der Stadt.  
 37 Der Aufbau und die Unterstützung bzw. Verstetigung  
 38 entsprechender lokaler Strukturen soll in der Landes-  
 39 konzeption „Demokratie, Vielfalt, Respekt“ des Senats  
 40 verankert werden. Das gilt insbesondere für die Kieze, in  
 41 denen es keine „Partnerschaften für Demokratie“ (ehe-  
 42 mals Lokale Aktionspläne) aus dem Bundesprogramm  
 43 „Demokratie leben!“ gibt.

44  
 45 Engagement und Aktionen müssen unbürokratisch  
 46 möglich sein. Dazu sind kurzfristig Finanzmittel aus Ak-  
 47 tionsfonds, z.B. für Flyer und Feste, notwendig. Die ent-  
 48 sprechenden Aktionsfonds der „Partnerschaften für De-  
 49 mokratie“ sind vom Land so mitzufinanzieren, dass die  
 50 notwendige Kofinanzierung gewährleistet ist.

51  
 52 Um politikdistanzierte Bürger\*innen zu erreichen, brau-  
 53 chen wir Modellprojekte, in denen kiezbezogen aktivie-  
 54 rende niedrigschwellige Befragungen erprobt werden.

55  
 56 **Weiterentwicklung Landeskonzepktion und Landespro-  
 57 gramm**

58 Auf der Landesebene sind die „Berliner Landeskonzep-  
 59 tion Vielfalt, Demokratie, Respekt“ sowie vor allem das

1 „Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus,  
2 Rassismus und Antisemitismus“ Schlüsselinstrumente  
3 zur Stärkung demokratiefördernder Arbeit.

- 4 • Als lernende Konzepte müssen sie regelmäßig eva-  
5 luiert und weiterentwickelt werden. Dabei sind be-  
6 stehende Kompetenznetzwerke, wie z.B. das „Berli-  
7 ner Beratungsnetzwerk“ einzubeziehen.
- 8 • Es müssen Zielformulierungen und -  
9 vereinbarungen qualitativer Natur im Dialog  
10 mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden, die  
11 die lokale Kompetenzbündelung fördern und die  
12 Evaluation verbessern.
- 13 • Lebensbereiche beschränken sich nicht auf einen  
14 Kiez oder ein Bezirk – zugleich muss die Arbeit vor  
15 Ort angebunden sein. Diese sozialräumliche Orien-  
16 tierung verlangt eine enge überbezirkliche Zusam-  
17 menarbeit (wie bei den Berliner Registern) auch auf  
18 der Landesebene.
- 19 • Die Sichtbarkeit demokratiefördernder Angebote  
20 ist zu erhöhen.

21  
22 Träger\*innen und die Projektpartner\*innen, die demo-  
23 kratiefördernd arbeiten, sind auf Vertrauen angewie-  
24 sen. Wir lehnen es ab, sie unter den Generalverdacht der  
25 Demokratiefeindlichkeit zu stellen.

26  
27 Ein gezielter Kampf gegen rechts ist nur dann möglich,  
28 wenn eine präzise Situationsbeschreibung und -analyse  
29 vorliegt. Eine nichtstaatliche Dokumentation von Vor-  
30 fällen in Form von Registerstellen muss in allen Berliner  
31 Bezirken stattfinden. Bezirke ohne Registerstellen wer-  
32 den angeregt, eine solche einzurichten und dafür auf  
33 die im Berliner Landesprogramm vorgesehenen Mittel  
34 zurückzugreifen.

### 35 **Finanzielle Absicherung**

36 Demokratiefördernde Arbeit ist eine politische Quer-  
37 schnittsaufgabe, die sich auch in gesicherten Budgets  
38 niederschlagen muss. Nur so können Haupt- und Ehren-  
39 amtliche vor Ort den Kampf gegen menschenfeindliche  
40 Einstellungen ohne existenzielle Nöte aufnehmen. Des-  
41 halb dürfen die vergleichsweise bescheidenen Aufwen-  
42 dungen hierfür keinesfalls angetastet werden.

43  
44 Belastbare Strukturen brauchen belastbare Bedingun-  
45 gen, vor allem Planungssicherheit.

- 46 • Zur Bewältigung der aktuellen, vielfältigen und zu-  
47 nehmenden Herausforderungen muss der Ansatz  
48 für das Landesprogramm signifikant erhöht wer-  
49 den.
- 50 • Unverzichtbare Regel-/Daueraufgaben wie insbe-  
51 sondere die Mobile Beratung, Dokumentation mit  
52 verbundener Bildungsarbeit sowie die Opferbera-  
53 tung müssen verstetigt werden.
- 54 • Auch Deradikalisierung und Ausstiegsberatung ver-  
55 stehen wir als Landesaufgabe.

56  
57  
58 Demokratiefördernde Arbeit kann langfristig nur mit ei-  
59 ner Politik der Teilhabe von Erfolg gekrönt sein. Keine Re-

„Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus,  
Rassismus und Antisemitismus“ Schlüsselinstrumente  
zur Stärkung demokratiefördernder Arbeit.

- Als lernende Konzepte müssen sie regelmäßig eva-  
luiert und weiterentwickelt werden. Dabei sind be-  
stehende Kompetenznetzwerke, wie z.B. das „Berli-  
ner Beratungsnetzwerk“ einzubeziehen.
- Es müssen Zielformulierungen und -  
vereinbarungen qualitativer Natur im Dialog  
mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden, die  
die lokale Kompetenzbündelung fördern und die  
Evaluation verbessern.
- Lebensbereiche beschränken sich nicht auf einen  
Kiez oder ein Bezirk – zugleich muss die Arbeit vor  
Ort angebunden sein. Diese sozialräumliche Orien-  
tierung verlangt eine enge überbezirkliche Zusam-  
menarbeit (wie bei den Berliner Registern) auch auf  
der Landesebene.
- Die Sichtbarkeit demokratiefördernder Angebote  
ist zu erhöhen.

Träger\*innen und die Projektpartner\*innen, die demo-  
kratiefördernd arbeiten, sind auf Vertrauen angewie-  
sen. Wir lehnen es ab, sie unter den Generalverdacht der  
Demokratiefeindlichkeit zu stellen.

Ein gezielter Kampf gegen rechts ist nur dann möglich,  
wenn eine präzise Situationsbeschreibung und -analyse  
vorliegt. Eine nichtstaatliche Dokumentation von Vor-  
fällen in Form von Registerstellen muss in allen Berliner  
Bezirken stattfinden. Bezirke ohne Registerstellen wer-  
den angeregt, eine solche einzurichten und dafür auf  
die im Berliner Landesprogramm vorgesehenen Mittel  
zurückzugreifen.

### **Finanzielle Absicherung**

Demokratiefördernde Arbeit ist eine politische Quer-  
schnittsaufgabe, die sich auch in gesicherten Budgets  
niederschlagen muss. Nur so können Haupt- und Ehren-  
amtliche vor Ort den Kampf gegen menschenfeindliche  
Einstellungen ohne existenzielle Nöte aufnehmen. Des-  
halb dürfen die vergleichsweise bescheidenen Aufwen-  
dungen hierfür keinesfalls angetastet werden.

Belastbare Strukturen brauchen belastbare Bedingun-  
gen, vor allem Planungssicherheit.

- Zur Bewältigung der aktuellen, vielfältigen und zu-  
nehmenden Herausforderungen muss der Ansatz  
für das Landesprogramm signifikant erhöht wer-  
den.
- Unverzichtbare Regel-/Daueraufgaben wie insbe-  
sondere die Mobile Beratung, Dokumentation mit  
verbundener Bildungsarbeit sowie die Opferbera-  
tung müssen verstetigt werden.
- Auch Deradikalisierung und Ausstiegsberatung ver-  
stehen wir als Landesaufgabe.

Demokratiefördernde Arbeit kann langfristig nur mit ei-  
ner Politik der Teilhabe von Erfolg gekrönt sein. Keine Re-

1 paraturarbeit ist gefragt, sondern gesamtgesellschaftliche Anstrengungen. Nur so kann ein demokratisches Gemeinwesen gesichert werden.

2

3  
4  
5 **3. Eine Partei für die Vielfalt**

6 Die Sozialdemokratie richtet sich seit jeher dagegen, dass Menschen benachteiligt und ausgegrenzt werden. Immer wieder zog sie klare Linien gegen demokratiegefährdende und menschenfeindliche Einstellungen. In dieser Tradition handelt auch heute die Berliner SPD. Wir arbeiten als Partei aktiv an der Stadt der Vielfalt mit und sind zugleich ein Teil von ihr.

7

8  
9  
10  
11  
12  
13  
14 **Zeichen setzen für ein vielfältiges Berlin**

15

- 16 • In den Bezirksverordnetenversammlungen und dem Abgeordnetenhaus gilt für uns weiterhin: Es darf keinerlei Kooperation mit neonazistischen und rechtspopulistischen Parteien geben!
- 17 • Die Berliner SPD setzt sich für eine Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes mit dem Ziel der Stärkung der Integrationsausschüsse in den Bezirksverordnetenversammlungen ein. So soll klargestellt werden, dass die Integrationsausschüsse die im Partizipations- und Integrationsgesetz genannten Ziele und Grundsätze verfolgen.
- 18 • Als Partei sind wir eine gesellschaftliche Akteurin, die in und über die Parlamente sowie Regierungen hinaus wirken kann. Die Betroffenen von Diskriminierung können auf unsere Solidarität zählen. Sowohl die Betroffenen als auch die gegen Diskriminierung Engagierten in und außerhalb der SPD werden bei uns stets Gehör finden.
- 19 • Demokratische Parteien dürfen keinen neonazistischen und menschenfeindlich eingestellten Parteien, Organisationen, Gruppen oder Personen das Wort oder den öffentlichen Raum überlassen. Die Berliner SPD setzt deshalb auf Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen dagegen Zeichen. Wir solidarisieren uns mit denen, die für ein vielfältiges Berlin demonstrieren – gegen Neonazis und neurechte Populist\*innen, aber auch gegen nichtdeutsch-völkische Nationalist\*innen sowie politische Ideolog\*innen, die Demokratie- und Menschenfeindlichkeit religiös begründen – und arbeiten aktiv in Bündnissen mit.
- 20 • Gleichzeitig dürfen wir nicht leichtfertig öffentlichen Raum für zivilgesellschaftliche und demokratischere Nutzungen aufgeben: Die Möglichkeiten von Gegenprotest, Auflagen etc. müssen genutzt werden. Das Verbot von politischen Veranstaltungen in Rathäusern sollte deshalb nur die Ultima Ratio sein, behindert es doch die demokratische Arbeit vor Ort.
- 21 • Wir fragen uns stets selbst, wie wir unseren Einsatz für ein vielfältiges Berlin weiterentwickeln können. Weil wir selbst ein Teil dieser Stadt sind, möchten wir unsere Ansprüche auch in der eigenen Partei verwirklichen.

paraturarbeit ist gefragt, sondern gesamtgesellschaftliche Anstrengungen. Nur so kann ein demokratisches Gemeinwesen gesichert werden.

2

3  
4  
5 **3. Eine Partei für die Vielfalt**

6 Die Sozialdemokratie richtet sich seit jeher dagegen, dass Menschen benachteiligt und ausgegrenzt werden. Immer wieder zog sie klare Linien gegen demokratiegefährdende und menschenfeindliche Einstellungen. In dieser Tradition handelt auch heute die Berliner SPD. Wir arbeiten als Partei aktiv an der Stadt der Vielfalt mit und sind zugleich ein Teil von ihr.

7

8  
9  
10  
11  
12  
13  
14 **Zeichen setzen für ein vielfältiges Berlin**

15

- 16 • In den Bezirksverordnetenversammlungen und dem Abgeordnetenhaus gilt für uns weiterhin: Es darf keinerlei Kooperation mit neonazistischen und rechtspopulistischen Parteien geben!
- 17 • Die Berliner SPD setzt sich für eine Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes mit dem Ziel der Stärkung der Integrationsausschüsse in den Bezirksverordnetenversammlungen ein. So soll klargestellt werden, dass die Integrationsausschüsse die im Partizipations- und Integrationsgesetz genannten Ziele und Grundsätze verfolgen.
- 18 • Als Partei sind wir eine gesellschaftliche Akteurin, die in und über die Parlamente sowie Regierungen hinaus wirken kann. Die Betroffenen von Diskriminierung können auf unsere Solidarität zählen. Sowohl die Betroffenen als auch die gegen Diskriminierung Engagierten in und außerhalb der SPD werden bei uns stets Gehör finden.
- 19 • Demokratische Parteien dürfen keinen neonazistischen und menschenfeindlich eingestellten Parteien, Organisationen, Gruppen oder Personen das Wort oder den öffentlichen Raum überlassen. Die Berliner SPD setzt deshalb auf Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen dagegen Zeichen. Wir solidarisieren uns mit denen, die für ein vielfältiges Berlin demonstrieren – gegen Neonazis und neurechte Populist\*innen, aber auch gegen nichtdeutsch-völkische Nationalist\*innen sowie politische Ideolog\*innen, die Demokratie- und Menschenfeindlichkeit religiös begründen – und arbeiten aktiv in Bündnissen mit.
- 20 • Gleichzeitig dürfen wir nicht leichtfertig öffentlichen Raum für zivilgesellschaftliche und demokratischere Nutzungen aufgeben: Die Möglichkeiten von Gegenprotest, Auflagen etc. müssen genutzt werden. Das Verbot von politischen Veranstaltungen in Rathäusern sollte deshalb nur die Ultima Ratio sein, behindert es doch die demokratische Arbeit vor Ort.
- 21 • Wir fragen uns stets selbst, wie wir unseren Einsatz für ein vielfältiges Berlin weiterentwickeln können. Weil wir selbst ein Teil dieser Stadt sind, möchten wir unsere Ansprüche auch in der eigenen Partei verwirklichen.

1  
 2 **Grenzen abstecken – Definitionen klären**  
 3 Wir stehen als Partei für demokratische Grundwerte  
 4 ein. Diese leben wir in unserer alltäglichen Arbeit. Mit  
 5 dem Parteibeitritt bekennen sich alle Mitglieder dazu.  
 6 Weil wir noch keine diskriminierungsfreie Gesellschaft  
 7 erreicht haben, kann auch die SPD nicht gänzlich frei  
 8 von Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeind-  
 9 lichkeit sein.  
 10 Wir werden sie und jegliche Sympathie für sie aber kei-  
 11 nesfalls tolerieren. Menschenfeindliche Einstellungen  
 12 haben keinen Platz in der SPD. Sie sind eine unmittel-  
 13 bare Schädigung der Partei. Gegen Personen, die men-  
 14 schenfeindliche Einstellungen vertreten, wird ein Par-  
 15 teiausschlussverfahren eingeleitet.  
 16 Um zukünftig hierbei noch klarer die Grenzen zu ziehen,  
 17 sollten Rassismus, Antisemitismus und andere Phä-  
 18 nomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit für  
 19 die Partei definiert werden.  
 20  
 21 **Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlich-**  
 22 **keit in der Einwanderungsgesellschaft**  
 23 Zu einer vielfältigen Gesellschaft und Gleichbe-  
 24 rechtigung gehört, dass Ungleichheitsvorstellungen  
 25 ohne Unterschiede gleich behandelt werden. Die  
 26 Abgrenzung des SPD Parteivorstandes gegenüber  
 27 den nationalistischen, völkischen „Grauen Wölfen“  
 28 (in Form der Organisation „Föderation der Türkisch-  
 29 Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“  
 30 [ADÜTDF] in Deutschland) ist ein erster richtiger  
 31 Schritt, der durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse konse-  
 32 quent weiter gegangen werden muss.  
 33  
 34 Diese Phänomene klar zu benennen, gehört zur Debat-  
 35 te über unsere Vision einer Stadt der Vielfalt. Diese Dis-  
 36 kussion möchten wir von der Landesebene auch in die  
 37 Bundespartei tragen.  
 38  
 39 **Studien durchführen**  
 40 Als demokratische Partei legen wir uns ein außerordent-  
 41 liches Maß an Sensibilität gegenüber Diskriminierung  
 42 auf. Wir machen eine Studie zu Diskriminierungsmus-  
 43 tern und Demokratiepotehtialen in der Berliner SPD – z.  
 44 B. in Form einer wissenschaftlichen (Abschluss-)Arbeit.  
 45 Auf dieser Basis können wir Vorurteile noch besser an-  
 46 gehen.  
 47  
 48 **Innerparteiliche Bildungsarbeit**  
 49 Wir brauchen innerparteiliche Bildungsangebote, die  
 50 die Sensibilität gegenüber Diskriminierung in Gesell-  
 51 schaft und auch Partei steigern. Die Bildungsarbeit  
 52 muss auch Räume schaffen, in denen geschützt reflek-  
 53 tiert werden kann. Der Landesvorstand wird aufgefor-  
 54 dert, hierzu ein zielgruppenspezifisches Bildungspro-  
 55 gramm zu entwickeln.  
 56  
 57 **Ansprechpartner\*innen für Betroffene und Engagierte**  
 58 Von Diskriminierung Betroffene und auf diesem Feld  
 59 Engagierte sollen darüber informiert werden, wo sie

**Grenzen abstecken – Positionen klären**  
 Wir stehen als Partei für demokratische Grundwerte  
 ein. Diese leben wir in unserer alltäglichen Arbeit. Mit  
 dem Parteibeitritt bekennen sich alle Mitglieder dazu.  
 Weil wir noch keine diskriminierungsfreie Gesellschaft  
 erreicht haben, kann auch die SPD nicht gänzlich frei  
 von Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeind-  
 lichkeit sein.  
 Wir werden sie und jegliche Sympathie für sie aber kei-  
 nesfalls tolerieren. Menschenfeindliche Einstellungen  
 haben keinen Platz in der SPD. Sie sind eine unmittel-  
 bare Schädigung der Partei.

**Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlich-**  
**keit in der Einwanderungsgesellschaft**  
 Zu einer vielfältigen Gesellschaft und Gleichbe-  
 rechtigung gehört, dass Ungleichheitsvorstellungen  
 ohne Unterschiede gleich behandelt werden. Die  
 Abgrenzung des SPD Parteivorstandes gegenüber  
 den nationalistischen, völkischen „Grauen Wölfen“  
 (in Form der Organisation „Föderation der Türkisch-  
 Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“  
 [ADÜTDF] in Deutschland) ist ein erster richtiger  
 Schritt, der durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse konse-  
 quent weiter gegangen werden muss.  
 Diese Phänomene klar zu benennen, gehört zur Debat-  
 te über unsere Vision einer Stadt der Vielfalt. Diese Dis-  
 kussion möchten wir von der Landesebene auch in die  
 Bundespartei tragen.

**Studien durchführen**  
 Als demokratische Partei legen wir uns ein außerordent-  
 liches Maß an Sensibilität gegenüber Diskriminierung  
 auf. Wir machen eine Studie zu Diskriminierungsmus-  
 tern und Demokratiepotehtialen in der Berliner SPD – z.  
 B. in Form einer wissenschaftlichen (Abschluss-)Arbeit.  
 Auf dieser Basis können wir Vorurteile noch besser an-  
 gehen.

**Innerparteiliche Bildungsarbeit**  
 Wir brauchen innerparteiliche Bildungsangebote, die  
 die Sensibilität gegenüber Diskriminierung in Gesell-  
 schaft und auch Partei steigern. Die Bildungsarbeit  
 muss auch Räume schaffen, in denen geschützt reflek-  
 tiert werden kann. Der Landesvorstand wird aufgefor-  
 dert, hierzu ein zielgruppenspezifisches Bildungspro-  
 gramm zu entwickeln.

**Ansprechpartner\*innen für Betroffene und Engagierte**  
 Von Diskriminierung Betroffene und auf diesem Feld  
 Engagierte sollen darüber informiert werden, wo sie

1 sich hinwenden können. Dabei geht es auch darum, die  
2 bestehenden Möglichkeiten –wie Arbeitsgemeinschaften – zu bewerben. Wir ermutigen zugleich Menschen,  
3 sich des Themas anzunehmen.  
4

5  
6 **Interkulturelle Öffnung der Partei voranbringen**

7 Die vom Landesparteitag beschlossene Projektgruppe,  
8 die weitere Vorschläge zur interkulturellen Öffnung der  
9 SPD erarbeiten soll, ist ein wichtiger Schritt für die Sozialdemokratie auf dem Weg, die gesellschaftliche Realität in den eigenen Reihen abzubilden. Dazu gehört insbesondere die Aufforderung an die Bezirke, bei Kandidaturen und bezogen auf die Mitgliedschaft das Thema Vielfalt stärker zu berücksichtigen.  
12

13  
14  
15  
16 **Kontinuierliche Arbeit sicherstellen**

17 Innerhalb der Berliner SPD stellt der Fachausschuss  
18 Strategien gegen rechts eine kontinuierliche Arbeit sicher. Er bringt dafür praktische Erfahrungen, Fachexpertise und die parlamentarische Arbeit zusammen. So bündelt er zivilgesellschaftliche Ideen und kommt mit Akteur\*innen auf diesem Feld ins Gespräch. Als Berliner SPD behandeln wir die Querschnittsaufgaben Kampf gegen rechts und Demokratieförderung als eigenen Politikbereich.  
25

26

sich hinwenden können. Dabei geht es auch darum, die bestehenden Möglichkeiten –wie Arbeitsgemeinschaften – zu bewerben. Wir ermutigen zugleich Menschen, sich des Themas anzunehmen.

**Interkulturelle Öffnung der Partei voranbringen**

Die vom Landesparteitag beschlossene Projektgruppe, die weitere Vorschläge zur interkulturellen Öffnung der SPD erarbeiten soll, ist ein wichtiger Schritt für die Sozialdemokratie auf dem Weg, die gesellschaftliche Realität in den eigenen Reihen abzubilden. Dazu gehört insbesondere die Aufforderung an die Bezirke, bei Kandidaturen und bezogen auf die Mitgliedschaft das Thema Vielfalt stärker zu berücksichtigen.

**Kontinuierliche Arbeit sicherstellen**

Innerhalb der Berliner SPD stellt der Fachausschuss Strategien gegen rechts eine kontinuierliche Arbeit sicher. Er bringt dafür praktische Erfahrungen, Fachexpertise und die parlamentarische Arbeit zusammen. So bündelt er zivilgesellschaftliche Ideen und kommt mit Akteur\*innen auf diesem Feld ins Gespräch. Als Berliner SPD behandeln wir die Querschnittsaufgaben Kampf gegen rechts und Demokratieförderung als eigenen Politikbereich.

**Änderungsanträge zum Antrag 02/I/2015 Strategien gegen rechts in einer Stadt der Vielfalt**

27 **Ä03 zum Antrag 02/I/2015**

28 **KDV Treptow-Köpenick**

29 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

30

31 **Seite 9, Zeile 25, Einfügen**

32 **Der Antrag wird um folgenden Absatz ergänzt:**

33 (Einzufügen in Kapitel 3 „Eine Partei für die Vielfalt“,  
34 Punkt „Zeichen setzen für ein vielfältiges Berlin“ auf Seite 9 nach Zeile 25 (alt: Zeile 336))

- 36 • Die Berliner SPD setzt sich für eine Änderung des  
37 Bezirksverwaltungsgesetzes mit dem Ziel der Stärkung der Integrationsausschüsse in den Bezirksverordnetenversammlungen ein. So sollte klargestellt werden, dass die Integrationsausschüsse die im Partizipations- und Integrationsgesetz genannten Ziele und Grundsätze verfolgen.  
42

43

44

45 **Begründung**

46 Mit dem Partizipations- und Integrationsgesetz des  
47 Landes wurde die Einrichtung eines Integrationsausschusses in jeder Bezirksverordnetenversammlung verpflichtend. Dieser Ausschuss beschäftigt sich nicht nur mit wesentlichen Belangen, die Auswirkungen auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund haben – er soll auch wesentliche Impulse für die

**Erledigt (K)**

(bereits enthalten)



1 Integrationspolitik leisten. Dieser gesetzliche Auftrag  
 2 des Integrationsausschusses kann insbesondere durch  
 3 Rechtsextreme unterlaufen werden, die gezielt die  
 4 Tätigkeit des Ausschusses stören oder unterlaufen.  
 5 Die Klarstellung im Bezirksverwaltungsgesetz, dass  
 6 der Integrationsausschuss nicht nur aufgrund des Ge-  
 7 setzes eingerichtet wurde, sondern auch die Ziele des  
 8 Partizipations- und Integrationsgesetzes verfolgt, soll  
 9 die Möglichkeit eröffnen mit Mitteln der Geschäftsord-  
 10 nung der BVV Störversuche innerhalb des Ausschusses  
 11 zu unterbinden.

12 **Ä05 zum Antrag 02/I/2015**  
 13 **KDV Spandau**  
 14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 15  
 16 **Seite 14, Zeile 16, Ändern**  
 17 **Seite 14 Zeile 16 (Ursprungsfassung Zeile 15):**  
 18 Ersetzung des Wortes „Gerechtigkeit“ durch das Wort  
 19 „Gleichheit“

Ablehnung (K)

20 **Ä01 zum Antrag 02/I/2015**  
 21 **Abt. 2 | Tempelhof-Schöneberg**  
 22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 23  
 24 **Seite 19, Zeile 54, Ändern**  
 25 **Ersetze auf Seite 19 Zeile 54**  
 26 „nach Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), Personalver-  
 27 tretungsgesetz (PersVG) oder Landesschul- und Hoch-  
 28 schulgesetzen.“ durch  
 29 „für Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertre-  
 30 tungen.“  
 31  
 32 Begründung: Durch Nennung der Zielgruppen statt der  
 33 Rechtsgrundlagen für Freistellungsansprüche werden  
 34 sämtliche Vertretungen von ArbeitnehmerInnen adres-  
 35 siert, insbesondere auch die Mitarbeitervertretungen  
 36 kirchlicher ArbeitgeberInnen.

Annahme (K)

37 **Ä02 zum Antrag 02/I/2015**  
 38 **Abt. 2 | Tempelhof-Schöneberg**  
 39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 40  
 41 **Seite 20, Zeile 8, Ändern**  
 42 **Ersetze auf Seite 20 Zeile 8:**  
 43 „Betriebsvereinbarungen“ durch „Betriebs- und Dienst-  
 44 vereinbarungen“  
 45  
 46 Begründung: Bei der als Beispiel angeführten BSR wer-  
 47 den nicht Betriebsvereinbarungen, sondern Dienstver-  
 48 einbarungen abgeschlossen.

Annahme (K)

<p>1 <b>Ä04 zum Antrag 02/1/2015</b>  2 <b>KDV Treptow-Köpenick</b>  3 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>  4  5 <b>Seite 24, Zeile 6, Ändern</b>  6 <b>Änderung der Überschrift</b>  7 Die Überschrift Zeile 6 Seite 24 (alt: Zeile 405) ist zu ändern in:  8  9  10 Interkulturelle Kompetenzen der Partei entwickeln  11  12 <b>Begründung</b>  13 Unter Interkultureller Öffnung wird eine Strategie  14 der Organisationsentwicklung verstanden, die auf  15 die kulturelle Vielfalt angemessen reagieren soll. Die  16 interkulturelle Öffnung und die damit einhergehende  17 angemessene Reaktion wird aber häufig durch Verwal-  18 tung und Institutionen falsch interpretiert und umge-  19 setzt. Interkulturelle Öffnung wird dabei vordringlich  20 mit der Erhöhung des Mitarbeiter_innenanteils mit  21 Migrationshintergrund gleichgesetzt. Bei insgesamt  22 186 Nationalitäten in Berlin ist es schwierig davon  23 auszugehen, dass automatisch jede Person mit Migra-  24 tionshintergrund die kulturellen Kompetenzen und ein  25 kulturelles Verständnis für alle anderen Nationalitäten  26 und Kulturen mitbringt. (Bsp. Versteht eine Österrei-  27 cherin einen Indonesier besser, als eine Deutsche mit  28 Erfahrungen in Indonesien/ dem südostasiatischen  29 Raum?) Wie im PartIntG definiert ist: „Interkulturelle  30 Kompetenz [] eine auf Kenntnissen über kulturell  31 geprägte Regeln, Normen, Wertehaltungen und Sym-  32 bole beruhende Form der fachlichen und sozialen  33 Kompetenz.“ Der deutliche Fokus in der SPD muss auf  34 der Entwicklung der interkulturellen Kompetenzen  35 liegen, welche die individuellen, vielfältigen Persön-  36 lichkeitsmerkmale einer jeden Person unabhängig von  37 Migrationshintergrund oder anderen Charakteristika  38 besser verstehen und gewinnbringend nutzen kann.</p>	<p><b>Ablehnung (K)</b></p>
<p>39 <b>Ä06 zum Antrag 02/1/2015</b>  40 <b>KDV Tempelhof-Schöneberg</b>  41 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>  42  43 <b>Seite 27, Zeile 23, Streichen</b>  44 <b>Seite 23, Zeile 27 (alt: Vierter Absatz, Zeile 26)</b>  45 Streichung: „Das Gefühl“  46 Ersetzen durch: „Die Erfahrung“</p>	<p><b>Erledigt (K)</b></p> <p>Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf die Ursprungsfassung des Fachausschusses und ist bereits in der Fassung des Landesvorstandes enthalten.</p>

<p>1 <b>Ä07 zum Antrag 02/1/2015</b>                  2 <b>KDV Tempelhof-Schöneberg</b>                  3 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>                  4                  5 <b>Seite 27, Zeile 36, Ändern</b>                  6 <b>Seite 27, Zeile 36 (alt: Fünfter Absatz, Zeile 34)</b>                  7 Ergänzung des Wortes nach „Homophobie“: „Transpho-                  8 bie“                  9</p>	<p><b>Erledigt (K)</b></p> <p>Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf die Ursprungsfassung des Fachausschusses und ist bereits in der Fassung des Landesvorstandes enthalten.</p>
<p>10 <b>Ä08 zum Antrag 02/1/2015</b>                  11 <b>KDV Friedrichshain-Kreuzberg</b>                  12 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>                  13                  14 <b>Seite 30, Zeile 23, Ändern</b>                  15                  16 • Eine Prüfung, inwieweit der Schutz des persönli-                  17 chen Wohnumfelds von Betroffenen im Genehmi-                  18 gungsprozess von Demonstrationen gestärkt wer-                  19 den kann.                  20</p>	<p><b>Erledigt (K)</b></p> <p>Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf die Ursprungsfassung des Fachausschusses und ist bereits in der Fassung des Landesvorstandes enthalten. (KDV Friedrichshain-Kreuzberg hat die Ursprungsfassung mit dieser Änderung, die bereits in der Fassung des Landesvorstandes enthalten ist beschlossen)</p>
<p>21 <b>Ä09 zum Antrag 02/1/2015</b>                  22 <b>KDV Spandau</b>                  23 <b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>                  24                  25 <b>Seite 36, Zeile 22, Streichen</b>                  26 <b>Seite 36, Zeile 22 (Ursprungsfassung Zeile 383 – 389)</b>                  27 Streichung des Absatzes „Studien durchführen – mutig                  28 Vorangehen“                  29</p>	<p><b>Erledigt (K)</b></p> <p>Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf die Ursprungsfassung des Fachausschusses und ist bereits in der Fassung des Landesvorstandes enthalten.</p>

Resolution

1 **Antrag 03/1/2015**  
 2 **Landesvorstand**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5 **Berlin – die Stadt der Willkommenskultur!**  
 6 Die Welt erlebt die größte Flüchtlingsbewegung seit  
 7 dem Zweiten Weltkrieg. Mehr als 50 Millionen Men-  
 8 schen sind auf der Flucht vor Krieg und Terror. Ihre Leben  
 9 sind bedroht. Vor allem in Syrien und Staaten Afrikas  
 10 finden blutige Auseinandersetzungen statt. Ein Groß-  
 11 teil der Flüchtlinge ist im eigenen Land oder Nachbar-  
 12 ländern auf der Flucht, nur ein kleinerer Teil schafft es  
 13 unter Einsatz des eigenen Lebens nach Europa.  
 14  
 15 Im Zuge der Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien  
 16 vor gut zwanzig Jahren haben Deutschland und auch  
 17 Berlin schon deutlich größere Flüchtlingsströme bewäl-  
 18 tigt als in diesen Jahren. Daraus können und müssen wir  
 19 auch lernen.  
 20  
 21 Die Frage der Unterbringung von Geflüchteten besitzt  
 22 auch in der Wahrnehmung der Berlinerinnen und Berli-  
 23 ner höchste Priorität. Rechtsradikale und Rechtspopulis-  
 24 ten nutzen dabei gezielt Unwissenheit und Vorbehalte  
 25 vor Ort, um gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte zu  
 26 mobilisieren.  
 27  
 28 Wir sind stolz darauf, dass die gesellschaftliche Akzep-  
 29 tanz für Flüchtlinge insgesamt sehr groß ist. Die unter-  
 30 stützenden Initiativen vor Ort, die Willkommensbünd-  
 31 nisse und die demokratischen Parteien, allen voran die  
 32 SPD, haben gemeinsam bewiesen, dass die Willkom-  
 33 menskultur in Berlin nicht so leicht zu brechen ist.  
 34  
 35 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Ber-  
 36 lin stehen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt  
 37 und Solidarität in unserem Land – und zwar aller Men-  
 38 schen, die hier leben! Wir stehen fest zu unseren Prin-  
 39 zipien einer humanitären Flüchtlingspolitik. Das im  
 40 Grundgesetz festgehaltene Recht auf Asyl ist unantast-  
 41 bar!  
 42  
 43 Um unseren positiven, weltoffenen Geist auch in Zu-  
 44 kunft zu erhalten, werden wir auch weiterhin für bes-  
 45 sere Lebensbedingungen für Asylsuchende und Flücht-  
 46 linge und eine gelebte Willkommenskultur in allen Be-  
 47 zirken kämpfen und dabei die Berlinerinnen und Ber-  
 48 liner informieren und einbeziehen. Wir begrüßen da-  
 49 her ausdrücklich den Senatsbeschluss vom Januar 2015,  
 50 in dem Verbesserungen in der Flüchtlingspolitik be-  
 51 schlossen wurden. Auch das Integrationspapier der  
 52 SPD-Abgeordnetenhausfraktion vom Januar 2015 zeigt  
 53 wichtige Fortschritte auf.  
 54  
 55 Wir sind jedoch überzeugt, dass unsere Bemühungen  
 56 noch weiter gehen müssen und bekennen uns daher  
 57 ausdrücklich zu den Landesparteitagsbeschlüssen der  
 58 vergangenen Jahre zum Themenfeld Flüchtlingspolitik

Annahme (K)

1 und fordern deren zügige Umsetzung.

2

3 **1. Lebensbedingungen der Asylsuchenden und Flücht-**  
4 **linge verbessern**

5

6 • **Unterbringung**

7 Wir begrüßen ausdrücklich die Bemühungen des Senats  
8 und des Abgeordnetenhauses für erheblichen Ausbau  
9 der Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen zu sor-  
10 gen, um alle ankommenden Asylsuchenden und Flücht-  
11 lingen mit einer angemessenen Unterbringung zu ver-  
12 sorgen.

13

14 Die Kapazitätssteigerung darf dabei nicht zu einer (wei-  
15 teren) Absenkung der Qualitätsstandards führen!

16

17 Unsere bevorzugte Unterbringungsform für Asylsu-  
18 chende und Flüchtlinge ist und bleibt die dezentrale  
19 Unterbringung in Wohnungen. Damit diese Forderung  
20 auch realistisch umsetzbar ist, brauchen wir u.a. ei-  
21 nen koordinierten Gesamtplan für die Unterbringung  
22 von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, in dem  
23 auch die Erhöhung der entsprechenden Kontingente bei  
24 städtischen Wohnungsbaugesellschaften und öffentli-  
25 cher Appell an die Vermieterinnen und Vermieter vor-  
26 gesehen ist.

27

28 Die Unterbringung in Sporthallen und Traglufthallen  
29 lehnen wir grundsätzlich ab.

30

31 Bei den Gemeinschaftsunterkünften sehen wir es als  
32 zwingend notwendig an, dass einheitliche, befristete,  
33 nicht-verhandelbare Verträge mit den Betreibern einge-  
34 setzt werden, die von regelmäßigen Qualitätskontrol-  
35 len und einem selbstverständlichem Zugangsrecht für  
36 die Kontrolleure begleitet werden. Wir fordern dazu auf,  
37 wo immer es möglich ist, nicht kommerzielle und be-  
38 währte Betreiber zu wählen, z.B. aus der Wohlfahrts-  
39 pflege.

40

41 • **Bildung**

42 Die Beschulung von asylsuchenden Schulpflichtigen in  
43 Regelschulen ist für die SPD eine Selbstverständlichkeit.  
44 Sie muss durch geeignete Konzepte für die Umsetzung  
45 der Willkommensklassen gestützt werden, damit die  
46 Schulpflichtigen während ihrer Zeit in Willkommens-  
47 klassen Kontinuität und eine angemessene Begleitung  
48 erfahren. Dies ist nur mit ausreichendem, pädagogisch  
49 qualifiziertem Personal umzusetzen.

50

51 Damit die Kinder möglichst früh in Kontakt mit ihrer  
52 Umgebung und der deutschen Sprache kommen ist die  
53 angemessene Bereitstellung von Kindergartenplätzen  
54 für asylsuchende Kinder in allen Bezirken umzusetzen.

55

56 Es ist jedoch auch notwendig, dass die Bildungsangebo-  
57 te für erwachsene Asylsuchenden und Flüchtlinge kon-  
58 tinuierlich ausgebaut werden. Dazu gehört auch die Er-  
59 möglichung der Sprachförderung für alle Asylsuchen-

1 den und Flüchtlinge durch das Land Berlin (solange die  
2 Finanzierung durch den Bund nicht geklärt ist). Wir be-  
3 grüßen die Anstrengungen der Senatsverwaltung für  
4 Integration, Arbeit und Frauen möglichst viele Plätze für  
5 Sprachkurse für diese Zielgruppe an Volkshochschulen  
6 einzurichten. Die Anerkennung von ausländischen Be-  
7 rufabschlüssen muss zudem beschleunigt und prakti-  
8 kabler gestaltet werden.

9

10 • **Gesundheit**

11 Die Gesundheitsversorgung der Asylsuchenden und  
12 Flüchtlinge darf nicht an den bürokratischen Hür-  
13 den scheitern. Das neu einzuführende gesundheitliche  
14 Chipkartensystem soll sich nach dem "Bremer Modell"  
15 richten. Für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus  
16 wollen wir nach dem Münchener Vorbild den Zugang  
17 zur medizinischen Notversorgung vereinfachen.

18

19 Der Umfang der gesundheitlichen Versorgung für Asyl-  
20 suchende und Flüchtlinge muss vor allem im Bereich  
21 der therapeutischen Betreuung für Traumatisierte so-  
22 wie beim Impfschutz für Kinder und Jugendliche ver-  
23 bessert werden.

24

25 • **Arbeit**

26 Arbeit ist ein Schlüsselbaustein für erfolgreiche Integra-  
27 tion und Teilhabe und soll daher möglichst zeitnah nach  
28 der Ankunft in Deutschland ermöglicht werden. Daher  
29 begrüßen wir ausdrücklich die gesetzlichen Neuerun-  
30 gen auf der Bundesebene, die den Zugang zum Arbeits-  
31 markt bereits nach drei Monaten und die Abschaffung  
32 der Vorrangprüfung nach 15 Monaten ermöglichen. Wir  
33 begrüßen die Maßnahmen des Senats zur Unterstüt-  
34 zung der Integration geflüchteter Menschen in Ausbil-  
35 dung und Arbeit.

36

37 Wir begrüßen es, dass Asylsuchende die Möglichkeit ha-  
38 ben, sich in den Jobcentern beraten zu lassen.

39 Diese Maßnahmen müssen jedoch durch weitere be-  
40 gleitet werden, damit sie ihre Wirksamkeit entfalten.  
41 Daher unterstützen wir ausdrücklich die Forderung des  
42 Rats der Bürgermeister nach einer Verstärkung von "Ar-  
43 rivo Berlin" und weiteren analogen Projekten. Es ist  
44 auch notwendig, dass die asylsuchenden Auszubilden-  
45 den die Aufenthaltsdauer für die gesamte Dauer der  
46 Ausbildung gewährleistet wird, um den Betrieben Si-  
47 cherheit zu gewährleisten.

48

49 • **Ausländerbehörde**

50 Die Ausländerbehörde soll künftig ihren Ermessenspiel-  
51 raum nutzen, um im Sinne der Bleiberechtssuchenden  
52 zu entscheiden – keineswegs, um den Ermessenspiel-  
53 raum möglichst restriktiv auszunutzen, wie in der Ver-  
54 gangenheit üblicherweise praktiziert. Im Sinne ihrer  
55 Rolle als Willkommensbehörde, soll das Vorgehen der  
56 Ausländerbehörde bei der Ermöglichung der Integrati-  
57 on von Geduldeten in die Gesellschaft geprüft werden.

58

59 Mittelfristig muss die Ausländerbehörde kontinuierlich

1 zu einer Willkommensbehörde ausgebaut werden. Da-  
2 zu gehört neben einer entsprechenden Umbenennung  
3 auch eine Verlagerung der Zuständigkeit ins Ressort In-  
4 tegration und eine entsprechende personelle Ausstat-  
5 tung.

6  
7 **2. Kommunikation und Zusammenarbeit von Land und**  
8 **Bezirken stärken**

9  
10 • **Kommunikation Land-Bezirke**

11 Die Behörden des Landes und der Bezirke können die  
12 große Aufgabe der angemessenen Flüchtlingsversor-  
13 gung nur gemeinsam stemmen. Um die vollkommen  
14 unzureichende Kommunikation zwischen Land und Be-  
15 zirken zu verbessern, erwarten wir vom zuständigen Se-  
16 nator für Gesundheit und Soziales endlich die Vorla-  
17 ge und Einhaltung eines Kommunikationskonzeptes für  
18 die Information und frühzeitige Einbeziehung der Bezir-  
19 ke, eine angemessene personelle Ausstattung des LA-  
20 GeSo und der entsprechenden bezirklichen Einrichtungen.  
21 Darüber hinaus fordern wir zügig die Einrichtung  
22 einer zentralen Steuerungsrunde für Flüchtlingspolitik  
23 und einer Ombudsstelle auf Landesebene.

24  
25 • **Kommunikation innerhalb der Partei**

26 Es ist entscheidend, dass die SPD Berlin im Hinblick auf  
27 eine solidarische und menschenwürdige Flüchtlings-  
28 politik weiterhin so geschlossen agiert und sich dem  
29 Rechtspopulismus entgegen stellt, egal wo in Berlin er  
30 sich manifestiert.

31  
32 Mit dem Runden Tisch Flüchtlinge haben wir ein offe-  
33 nes Gremium eingerichtet, in dem wir Akteure vernet-  
34 zen, innerparteiliche Bildung planen und uns über gute  
35 Beispiele der Integration von Flüchtlingen austauschen.

36  
37 • **Stärkung der Unterstützungsinitiativen**

38 Wir begrüßen, dass sich die Zivilgesellschaft stark ei-  
39 geninitiativ gegen rechte Hassparolen stellt, offen Zivil-  
40 courage zeigt und die Arbeit für angenommene und hier  
41 lebende Flüchtlinge unterstützen will.

42 Um das Engagement der Ehrenamtlichen angemessen  
43 zu unterstützen und zu fördern, halten wir die Einrich-  
44 tung von Koordinierungsstellen für Ehrenamtliche auf  
45 der Bezirksebene für entscheidend. Außerdem sollen  
46 die Kooperationen zwischen Land, Betreiber und Un-  
47 terstützerinitiativen auch vertraglich festgehalten sein,  
48 um die Kooperationen zu festigen und angemessen zu  
49 würdigen.

50  
51 Dabei ist klar, dass gesetzlich garantierte Leistungen für  
52 geflüchtete Menschen jederzeit staatlich erbracht wer-  
53 den müssen. Einzelfälle, in denen dies nur durch ehren-  
54 amtliche Initiativen gewährleistet werden konnte und  
55 kann, werden wir nicht länger hinnehmen.

56  
57 **3. Strategien gegen rechts**

58  
59 Neben der Stärkung der Institutionen des Landes Berlin,

1 die die institutionelle Diskriminierung und Rassismus  
2 verhindern sollen und der Öffnung unserer eigenen Par-  
3 tei für die Vielfalt unserer Gesellschaft halten wir gera-  
4 de den Aspekt der demokratiefördernden Arbeit für den  
5 entscheidenden Aspekt im Kampf gegen gruppenbezo-  
6 gene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

7  
8 Die Demokratieförderung ist eine gesamtgesellschaft-  
9 liche Aufgabe. Sie muss in Schulen und Jugendeinrich-  
10 tungen aber auch in Betrieben umgesetzt werden. Vor  
11 allem setzt die SPD ein Zeichen durch die Stärkung lo-  
12 kaler Bündnisse für Demokratie und Vielfalt und indem  
13 für eine finanzielle Absicherung der demokratiefördern-  
14 den Arbeit gesorgt wird.

15  
16 **Wir setzen Zeichen! Berlin ist weltoffen und tolerant.**

17  
18 Wir bleiben unseren Prinzipien treu:  
19 Neonazis und Rechtspopulisten sind für uns keine Ge-  
20 sprächspartner.

21 Die SPD setzt sich auch weiterhin auf Kundgebungen  
22 und Demonstrationen friedlich für das vielfältige Berlin  
23 ein. Wir solidarisieren uns mit denen, die für ein vielfäl-  
24 tiges Berlin kämpfen.

25 Menschenfeinde und Neonazis lassen wir keinen Raum!  
26 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – das sind die  
27 Grundwerte der SPD. Seit mehr als 150 Jahren.

28 Berlin und die Berliner SPD sind und bleiben bunt,  
29 weltoffen und tolerant.

30



## Flüchtlings- / Asylpolitik

1 **Antrag 04/I/2015**

2 **KDV Lichtenberg**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Willkommen in Berlin bzw. Deutschland**

7 **1. Allgemeine Situation von Flüchtlingen weltweit und**  
8 **in Deutschland**

9 Immer mehr Menschen fliehen aus ihren Heimatländern und suchen in Deutschland und Europa Zuflucht. Dass dabei in jüngster Zeit unzählige Menschen im Mittelmeer ertrunken sind, ist für uns ein unhaltbarer Zustand, der sofort beendet werden muss.

14 Für die SPD ist klar, dass wir Menschen in Not, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, bei uns aufnehmen. Während der letzten Jahre sind die Flüchtlingszahlen, resultierend aus den kriegerischen Konflikten in der Welt stark angestiegen (circa 200.000 Asylanträgen im Jahr 2014), sie sind aber noch lange nicht auf dem Niveau von 1992 (ca. 440.000 Asylanträge). Im internationalen Vergleich mit anderen Staaten nimmt die Bundesrepublik Deutschland sogar deutlich weniger geflüchtete Menschen auf.

24 Die Hauptursache der Flucht ist die steigende Anzahl von gewalttätigen Konflikten in der Welt. Allein in Syrien sind über drei Millionen Menschen auf der Flucht. Weltweit verzeichnet das UN-Flüchtlingshilfswerk fast 60 Millionen Flüchtlinge. Die meisten von ihnen kommen in den armen Nachbarländern unter. Im Libanon sind eine Millionen Flüchtlinge untergebracht, das heißt, auf einen Flüchtling kommen sechs Einwohnerinnen und Einwohner. In Deutschland ist es ein Flüchtling auf 400 Bundesbürgerinnen und -bürger. Eines der ärmsten Länder der Welt, Äthiopien, nimmt dreimal so viele Flüchtlinge auf wie Deutschland.

36 Wir müssen daher noch stärker als bisher unserer globalen Verantwortung gerecht werden. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, dürfen wir nicht mit Misstrauen begegnen, sondern sie brauchen unsere Solidarität.

41 Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik müssen in der Flüchtlingspolitik stärker als bisher gemeinsam handeln. Die Probleme bei der Unterbringung von Flüchtlingen dürfen von der Bundes- über die Landesebene nicht auf die Kommunalebene abgewälzt werden. Daher muss der Bund die Kommunen und Länder finanziell so ausstatten, dass Unterbringung von Flüchtlingen gewährleistet ist. Weiterhin müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam prüfen, welche Liegenschaften vor Ort für die Unterbringung von Flüchtlingen geeignet sind.

52

53 **2. Keine Einschränkungen des Grundrechts auf Asyl**

54 Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und fordern, dass alle Menschen, die hier Schutz suchen, ein faires und schnelles Asylverfahren erhalten. Dabei muss 56 Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen. Jeder Mensch

Erledigt bei Annahme der Resolution 03/I/2015 (K)

1 muss die Chance erhalten, dass seine oder ihre indivi-  
 2 duelle Situation geprüft wird und auf dieser Grundlage  
 3 über den Asylantrag entschieden wird.  
 4 Weiterhin fordern wir, dass im Ausland erworbene  
 5 Berufs- und Schulabschlüsse anerkannt werden und  
 6 Flüchtlinge schneller als bisher eine Arbeitserlaubnis er-  
 7 halten. Flüchtlinge müssen die Möglichkeit haben, hier  
 8 zu arbeiten und ihrem Beruf nachzugehen. Das ist eine  
 9 Chance sowohl für die Flüchtlinge, als auch für die Ge-  
 10 sellschaft. Jugendliche Flüchtlinge, die in Deutschland  
 11 eine Ausbildung begonnen haben oder einen Schulab-  
 12 schluss machen, müssen die Chance erhalten, die be-  
 13 gonnene Ausbildung zu beenden, unabhängig davon ob  
 14 dem Antrag auf Asyl stattgegeben worden ist.  
 15 Darüber hinaus fordern wir die bundesweite Abschaf-  
 16 fung der Residenzpflicht. Es gibt keine Gründe, wieso  
 17 wir einerseits die europäische Freizügigkeit loben, an-  
 18 dererseits die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen auf  
 19 Gemeindegebiete einschränken.

20

### 21 **3. Flüchtlingspolitik der Europäischen Union**

22 Wir wollen keine „Festung Europa“. Im letzten Jahr star-  
 23 ben allein im Mittelmeer mehrere Tausend Flüchtlin-  
 24 ge bei dem Versuch, Europa zu erreichen. In den letz-  
 25 ten Wochen sind weitere 1.500 Flüchtlinge während der  
 26 Überfahrt nach Europa ertrunken. Die EU und ihre Mit-  
 27 gliedstaaten müssen noch mehr Maßnahmen ergrei-  
 28 fen, damit kein Mensch sein Leben riskieren muss, um  
 29 in Europa Schutz zu finden.

30 Bei allen Maßnahmen der EU-Grenzsicherung muss der  
 31 Mensch mit seinem Anspruch auf Würde und Sicherheit  
 32 im Mittelpunkt stehen. Die EU muss daher mit ausgebil-  
 33 deten Mitarbeitern Rettungsmaßnahmen von Flücht-  
 34 lingen noch aktiver unterstützen und die Aufgaben der  
 35 ausgelaufenen Rettungsaktion Mare Nostrum im vollen  
 36 Umfang fortsetzen. Hierzu bedarf es auch einer besse-  
 37 ren finanziellen Ausstattung der Maßnahmen durch die  
 38 Mitgliedstaaten.

39 Wir benötigen die Schaffung mehr legaler Wege, nach  
 40 Europa zu kommen. Bereits vorhandene Maßnahmen,  
 41 wie die Ausstellung humanitärer Visa für Menschen  
 42 aus Krisengebieten, müssen stärker genutzt werden.  
 43 Neue Instrumente müssen geprüft werden, wie zum  
 44 Beispiel die Nutzung des Botschaftsverfahrens, das es  
 45 Flüchtlingen ermöglicht, bereits in den Botschaften der  
 46 Herkunfts- oder Durchreisestaaten einen Asylantrag zu  
 47 stellen.

48 Das derzeit geltende „Dublin-System“, das besagt, dass  
 49 Flüchtlinge dort Asyl beantragen müssen, wo sie erst-  
 50 mals europäischen Boden betreten, muss überarbeitet  
 51 werden. Die derzeitige Situation führt zu einer Über-  
 52 lastung der Aufnahmekapazitäten der Länder an den  
 53 EU-Außengrenzen. Oft mit der Konsequenz, dass Flücht-  
 54 linge dort unter teils menschenunwürdigen Bedingun-  
 55 gen untergebracht werden. Wir fordern daher einen fai-  
 56 ren Verteilungsschlüssel, so dass die EU-Staaten je nach  
 57 wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Bevölkerungs-  
 58 gröÙe Flüchtlinge aufnehmen.

59 Flüchtlingspolitik muss auch immer Hand in Hand mit

1 einer europäischen Außen- und Entwicklungspolitik  
 2 einhergehen, die dazu beiträgt, dass Staaten und Ge-  
 3 sellschaften stabilisiert werden, Armut bekämpft wird  
 4 und den Menschen vor Ort Lebensperspektiven eröffnet  
 5 werden.

6

7 **4. Flüchtlingspolitik in Berlin**

8 Die Anzahl der untergebrachten Flüchtlinge ist in den  
 9 Bezirken nach wie vor höchst unterschiedlich und  
 10 schwankt (Stand Januar 2015) von knapp 2.000 in Lich-  
 11 tenberg bis weniger als 400 in Neukölln. Weil wir Flücht-  
 12 lingen mehr bieten wollen als nur Unterkünfte, spielen  
 13 schulische, kulturelle und soziale Angebote im Umfeld,  
 14 aber auch die Erreichbarkeit von Behörden eine wichti-  
 15 ge Rolle. Wir wollen deshalb, dass die Flüchtlinge dezen-  
 16 tral untergebracht werden. Wir unterstützen ausdrück-  
 17 lich Modellprojekte zur Unterbringung wie das geplan-  
 18 te „Integrationshaus“ in der Konrad-Wolf-Str.

19 Eine Konzentration von Flüchtlingsheimen in Gewerbe-  
 20 gebieten und in Randlagen, lehnen wir ab. Wir fordern  
 21 daher, dass es in Berlin zwischen den Bezirken eine so-  
 22 lidarische Verteilung der Flüchtlinge gibt. Nur so kann  
 23 sichergestellt werden, dass die Bezirke diese Herausfor-  
 24 derung meistern und die Menschen vor Ort für steigen-  
 25 de Flüchtlingszahlen sensibilisiert werden können.

26 Daher ist es besonders wichtig, dass das Landesamt  
 27 für Gesundheit und Soziales zeitnah und transparent  
 28 mit den Bezirken, die Anwohnerinnen und Anwohner  
 29 über die Unterbringung von Flüchtlingen informiert. In  
 30 der Vergangenheit ist es viel zu oft dazu gekommen,  
 31 dass Bezirk und Menschen vor Ort viel zu kurzfristig von  
 32 neuen Flüchtlingsunterkünften erfahren. Das macht es  
 33 deutlich schwieriger, um in der Bevölkerung hierfür zu  
 34 werben und sie in den Prozess einzubeziehen. Daher  
 35 fordern wir, dass ein Runder Tisch Flüchtlingsunterbrin-  
 36 gung eingerichtet wird, an dem neben Senat und die Be-  
 37 zirke auch Betreiber von Flüchtlingsunterkünften teil-  
 38 nehmen.

39 Bei Diskussions- und Informationsveranstaltungen in  
 40 den Bezirken sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
 41 des Landesamts für Gesundheit und Soziales vor Ort  
 42 sein, sodass die Bedenken und Probleme aus den unter-  
 43 schiedlichsten Kiezen auch in der zentralen Landesstelle  
 44 gebündelt und für zukünftige Verfahren berücksichtigt  
 45 werden können.

46 Wir lehnen es ab, wenn Flüchtlingsunterkünfte nur  
 47 am Rand der Stadt errichtet werden und es damit zu  
 48 einer weiteren Ausgrenzung kommt. Neue Standorte  
 49 für Flüchtlingsunterkünfte müssen so geplant werden,  
 50 dass eine Beschulung der Kinder in den Regelschulen  
 51 möglich ist, es eine gute Anbindung an den öffentlichen  
 52 Personennahverkehr gibt und eine soziale Infrastruk-  
 53 tur im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften vorhanden  
 54 ist. Außerdem wenden wir uns gegen eine Massenun-  
 55 terbringung von Flüchtlingen in Traglufthallen. Die be-  
 56 helfsmäßige Unterbringung in Turnhallen darf nur ei-  
 57 ne Zwischenlösung sein und muss schnellstens beendet  
 58 werden. Wenn wir Flüchtlinge konsequent integrieren  
 59 und nicht weiter separieren wollen, dann müssen wir

1 uns noch stärker als bisher dafür einsetzen, dass Flücht-  
 2 lingen dezentral in Wohnungen untergebracht werden.  
 3 Weiterhin fordern wir, dass Flüchtlinge schneller als bis-  
 4 her Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erhalten.  
 5 Die bundesweit geplante und vom Land Berlin unter-  
 6 stützte Gesundheitskarte ist ein richtiger Schritt da-  
 7 zu. Sie ist unbürokratisch und soll das Schlange-Stehen  
 8 für die Behandlungsscheine ersetzen. Wir fordern zu-  
 9 dem die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass  
 10 eine schnelle Erstuntersuchung möglich ist, Angebote  
 11 für Impfungen zu unterbreitet werden und ausreichend  
 12 psychologische Betreuung angeboten werden kann.  
 13 Eine Meldung bei den Behörden über den Aufenthalts-  
 14 status der Patienten hat nur anonymisiert zu erfolgen,  
 15 z.B. durch einen anonymen Krankenschein.  
 16 Weiterhin muss Flüchtlingen die Mobilität in der Stadt  
 17 gewährleistet werden, indem sie die Angebote der BVG  
 18 kostenlos nutzen können. Das ist einerseits wichtig, um  
 19 Behördengänge oder Arztbesuche abzusichern, ande-  
 20 rererseits aber auch, um am gesellschaftlichen Leben teil-  
 21 nehmen zu können. Das bisherige Verfahren der Ausga-  
 22 be von Fahrscheinen durch das Landesamt für Gesund-  
 23 heit und Soziales ist entsprechend umzustellen.  
 24 Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass Deutschkur-  
 25 se vor Ort in den Unterkünften stattfinden und bei-  
 26 spielsweise in Zusammenarbeit mit der IHK Praktika  
 27 und Ausbildungsplätze für Flüchtlinge zu Verfügung ge-  
 28 stellt werden.

29

30 **5. Flüchtlinge sind in Berlin bzw. in Deutschland will-**  
 31 **kommen**

32 In Lichtenberg sind Flüchtlinge willkommen und blei-  
 33 ben es auch. Wir werden unseren Beitrag leisten und  
 34 Flüchtlinge im Bezirk unterbringen und hierfür geeig-  
 35 neten Wohnraum zur Verfügung stellen, sowie die Will-  
 36 kommenskultur weiter ausbauen. Anwohnerinnen und  
 37 Anwohner wollen wir frühzeitig mit einbeziehen, wenn  
 38 neue Flüchtlingsunterkünfte gebraucht werden und  
 39 mit ihnen in einen Dialog treten, um ihre Vorbehalte ge-  
 40 genüber Flüchtlingen abzubauen. Wir wenden uns ganz  
 41 entschieden, gegen rechtsextreme und fremdenfeindli-  
 42 che Stimmungsmache. Wir stehen für ein weltoffenes  
 43 und tolerantes Lichtenberg.

44 Viele Menschen wollen Flüchtlinge aktiv unterstützen,  
 45 ehrenamtliche Arbeit leisten oder Sachspenden ab-  
 46 geben. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur  
 47 Willkommenskultur im Bezirk. Wir möchten daher die  
 48 Betreiber von Flüchtlingsunterkünften und Freiwillige  
 49 stärken und die soziale Infrastruktur in der unmittel-  
 50 baren Umgebung von Flüchtlingsunterkünften, wie  
 51 beispielsweise Stadtteilzentren und Jugendfreizeit-  
 52 einrichtungen, ausbauen, sowie Patenschaftsprojekte  
 53 ins Leben rufen. Weiterhin setzen wir uns für eine  
 54 Beschulung der Flüchtlingskinder in den Lichtenberger  
 55 Regelschulen ein und wollen, dass kulturelle und  
 56 Sportangebote im Bezirk, Flüchtlingen kostenlos zur  
 57 Verfügung gestellt werden. Auch weiterführende  
 58 Sprachkurse müssen durch die Volkshochschule ange-  
 59 boten werden. Für die Umsetzung dieser Maßnahmen

1 soll eine zentrale Koordinierungsstelle im Bezirksamt  
2 geschaffen werden und wir fordern eine Anhebung der  
3 Ausstattung der Stadtteilzentren durch das Land Berlin  
4 in unmittelbarer Umgebung der Flüchtlingsunterkün-  
5 te.  
6

7 **Antrag 05/I/2015**  
8 **KDV Lichtenberg**  
9 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10  
11 **Flüchtlingspolitik: bessere Kommunikation zwischen**  
12 **Senat und Bezirken!**

13 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-  
14 tenhauses und des Senats werden ersucht, sich dafür  
15 einzusetzen, dass die Kommunikation zwischen Senat,  
16 Bezirken sowie Anwohnerinnen und Anwohnern vor  
17 Ort in Fragen der Flüchtlingspolitik dauerhaft verbes-  
18 sert wird. Dazu sollen folgende Maßnahmen eingeleitet  
19 werden:

- 20 • Die zuständige Senatsverwaltung informiert fort-  
21 laufend und transparent über die Entwicklung  
22 der Flüchtlingszahlen und die Schwerpunkte der  
23 Flüchtlingspolitik in Berlin. Dazu gehören leicht zu-  
24 gängliche Informationen im Internet und die Prä-  
25 senz von Verantwortlichen des Senats und des Lan-  
26 desamtes für Gesundheit und Soziales vor Ort.
- 27 • Die in den kommenden Monaten auf die Bezirke zu-  
28 kommenden Herausforderungen in Bezug auf die  
29 Unterbringung von Flüchtlingen und die Zurverfü-  
30 gungstellung von Liegenschaften werden den Be-  
31 zirksämtern möglichst frühzeitig und fortlaufend  
32 mitgeteilt.
- 33 • Die zuständige Senatsverwaltung schafft eine zen-  
34 trale Anlaufstelle, an die sich die Bürgerinnen und  
35 Bürger mit Fragen zur Flüchtlingspolitik und zur Un-  
36 terbringung von Flüchtlingen in den Bezirken wen-  
37 den können.
- 38 • Auch den Bezirken wird ermöglicht, solche Anlauf-  
39 stellen zu schaffen, die zusätzlich spendenbezoge-  
40 ne Fragen beantworten können. Die Bezirke erhal-  
41 ten die für diesen Zweck notwendigen personellen  
42 und finanziellen Mittel.
- 43 • Die genannten Anlaufstellen sind so zu konzipie-  
44 ren, dass sich auch Flüchtlinge mit entsprechenden  
45 Fragen an sie wenden können.

46  
47

Erledigt bei Annahme der Resolution 03/I/2015 (K)

1 **Antrag 06/1/2015**  
 2 **AG Migration und Vielfalt**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4  
 5 **Berliner Erklärung zur Einwanderungsdebatte**

6 Deutschland ist das zweitbeliebteste Einwanderungs-  
 7 land in der Welt. Mehr als 1,2 Millionen Menschen ka-  
 8 men 2013 nach Deutschland, um hier zu leben und zu ar-  
 9 beiten. Die meisten von ihnen sind gut ausgebildet und  
 10 bereichern Deutschland kulturell und tragen zum Wohl-  
 11 stand hierzulande bei. Doch aktuell fühlt sich die Politik  
 12 – auch die SPD – aufgrund der Pegida-Demonstrationen  
 13 gezwungen, das Zuwanderungsgesetz zu reformieren  
 14 bzw. ein neues Gesetz zu schaffen. Diese Reformierung  
 15 soll nach dem Punktesystem nach kanadischem Vorbild  
 16 geschehen.

17  
 18 Hohe Zustimmungswerte für einen "marktförmigen  
 19 Extremismus" zeigen uns, dass die Strategie der letz-  
 20 ten Jahre, mit ökonomischen Argumentationen rassis-  
 21 tischen Auswüchsen zu entgegen, wenig gebracht hat.  
 22 Weder die Debatten um mangelnde Fachkräfte, noch  
 23 Diskussionen, was uns Ausländer monetär einbringen,  
 24 sind der richtige Weg. Wer den Pegidas in Deutsch-  
 25 land entgegen will, stelle sich lieber hinter die Gegen-  
 26 demonstrantinnen und -demonstranten. Damit wäre  
 27 deutlich mehr gewonnen, als abstrakte Diskussionen  
 28 über Gesetze, die den Eindruck vermitteln, man müss-  
 29 te auf Ressentiments mit Verständnis reagieren.

30  
 31 Wir lehnen diese Ökonomisierung der Zuwanderung ab  
 32 und sind überzeugt davon, dass bestehende Regelun-  
 33 gen der Einwanderung wie das Zuwanderungsgesetz  
 34 von 2005, welches die SPD durchgesetzt hat, und die  
 35 entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente  
 36 liberaler und nicht strikter gestaltet werden müssten,  
 37 um die Einwanderung nach Deutschland zu regeln. In  
 38 diesem Zusammenhang ist es beispielsweise Deutsch-  
 39 land im Juli 2013 gelungen, eine Beschäftigungsverord-  
 40 nung (§ 6 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 BeschV) zu erlassen, die  
 41 auch nun erstmals Fachkräften ohne akademischen Ab-  
 42 schluss den Arbeitsmarkt geöffnet hat.

43  
 44 Deshalb gilt für uns grundsätzlich:

- 45 1. Keine Ökonomisierung der Einwanderung: Der  
 46 Wert eines Menschen bemisst sich nicht nach  
 47 seinem wirtschaftlichen Nutzen. Der Mensch ist  
 48 ein Selbstzweck und darf nicht als ein Mittel zu  
 49 einem Zweck gesehen werden.
- 50 2. Asyl- und Flüchtlingspolitik beim Thema Einwan-  
 51 derung mitdenken: Asyl ist ein Menschenrecht und  
 52 darf nicht weiter ausgehöhlt werden.
- 53 3. Bei den weiteren Debatten – gerade wenn es um ein  
 54 Punktesystem gehen sollte – muss eine Quote für  
 55 Einwanderung jenseits von Qualifikationspunkten  
 56 mitbedacht werden.
- 57 4. Regelungen zur Einwanderung müssen gelockert  
 58 werden – insbesondere muss Deutschland die

Erledigt bei Annahme Antrag 186/1/2015 (K)

1 Sprachtests für nachziehende Ehepartner abschaf-  
 2 fen, die nicht mit Europarecht zu vereinbaren sind.  
 3 5. Aufgrund der Debattenlage sind wir skeptisch be-  
 4 züglich neuer Gesetzesvorhaben und fordern die  
 5 SPD Bundestagsfraktion auf, die Punkte 1 bis 4 zu  
 6 forcieren.

7  
 8 Falls sich – wider Erwarten – die Möglichkeit von ernst-  
 9 haften und fortschrittlichen Reformen ergeben sollten,  
 10 sollten Vorschläge Berücksichtigung finden:

11  
 12 **Ein Staatsangehörigkeitsrecht, das „Herzlich Willkommen“ sagt**

13  
 14 Im Jahr 2013 hat die „Blue Card“ ganze 1.193 Menschen  
 15 nach Deutschland gelockt. Die Anstrengungen der letz-  
 16 ten Jahre, gerade unter sozialdemokratischer Verant-  
 17 wortung, scheinen kaum zu wirken. Die Attraktivität  
 18 Deutschlands leidet unter mangelnden Willkommens-  
 19 zeichen. Große Symbolkraft kann das Staatsangehörig-  
 20 keitsrecht entfalten, dass signalisieren könnte: „bei uns  
 21 zählt der gesamte Mensch, wir wollen nicht nur Deine  
 22 Arbeitskraft“. Eine wichtige Stellschraube ist dabei, die  
 23 Aufenthaltsdauer, die für den Erwerb der Staatsange-  
 24 hörigkeit notwendig ist. Wer in den letzten vier Jahren  
 25 drei Jahre in Deutschland gelebt hat, soll das Recht auf  
 26 Einbürgerung erhalten. Nach dem Vorbild Kanadas. Die  
 27 Mehrstaatigkeit ist dabei ein selbstverständliches wei-  
 28 teres Zeichen für ein modernes Staatsangehörigkeits-  
 29 recht.

30  
 31 **Enquete Kommission „Deutschland. Eins in der Viel-  
 32 falt.“**

33 Die Debatten um Migration und Integration führten in  
 34 den letzten Jahren zu starken Erregungswellen. Trieb-  
 35 kraft dieser Diskussionen, die auch zu einer Zerreißpro-  
 36 be für den Zusammenhalt werden können, sind Bauch-  
 37 gefühle, die mit Sachargumenten schwer zu begegnen  
 38 sind. Es bedarf einer gesellschaftlichen Debatte um die  
 39 Vielfalt in unserem Land. Einen wichtigen Beitrag da-  
 40 zu kann eine Enquete Kommission leisten. Die Ängs-  
 41 te werden wir nicht wegdiskutieren können. Es kommt  
 42 darauf an, dass wir durch eine stringente Erzählung die  
 43 Ängste durch positive Gefühle überlagern.

44  
 45 **Jährlich 40.000 Flüchtlingen Deutschland zur Heimat  
 46 machen**

47 Überlagert wurden die Diskussionen über ein mög-  
 48 liches Einwanderungsgesetz durch reine Überlegungen  
 49 zur Erleichterung der Einwanderung von Fachkräften.  
 50 Vor dem Hintergrund negativer Nützlichkeitsdiskurse  
 51 ist es wichtig, deutlich zu machen, dass wir Sozialdemo-  
 52 kratinnen und Sozialdemokraten das Thema Migration  
 53 ganzheitlich betrachten. Deshalb haben wir auch im  
 54 Koalitionsvertrag das Bekenntnis zu Resettlement-  
 55 Programmen durchgesetzt. Wir wollen das Programm,  
 56 dass wir mit syrischen Flüchtlingen begonnen haben,  
 57 verstetigen und ein Kontingent von jährlich mindestens  
 58 40.000 für ein Resettlement-Programm festlegen.

59

1 **Antrag 07/I/2015**

2 **KDV Mitte**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Vernetzungsmöglichkeiten für Flüchtlings-Initiativen**  
6 **berlinweit schaffen!**

7 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats wer-  
8 den aufgefordert sich dafür einzusetzen, eine bessere  
9 Vernetzung der in der Flüchtlingshilfe engagierten  
10 Initiativen und dieser mit engagierten BürgerInnen zu  
11 erreichen und dafür insbesondere die bestehenden  
12 Online-Datenbanken zu verbessern.

13

14 **Begründung**

15 Im Zuge der Zuspitzung internationaler Krisen nimmt  
16 in den letzten Jahren auch in Berlin die Zahl der Flücht-  
17 linge immer weiter zu. Im Jahr 2014 allein kamen mehr  
18 als 13000 Flüchtlinge nach Berlin. Während die zu-  
19 ständigen Behörden vor Überforderung tageweise die  
20 Türen schlossen und noch darüber gestritten wird, wo  
21 und wie Flüchtlingsheime entstehen sollen, teilweise  
22 sogar gegen deren Einrichtung demonstriert wird,  
23 nehmen viele engagierte Berliner Bürger die geforderte  
24 „Willkommenskultur“ wörtlich.

25

26 Berlinweit haben sich ehrenamtliche Initiativen, Pro-  
27 jekte, Vereine und Privatpersonen (im Folgenden Initia-  
28 tiven) der Flüchtlingshilfe verschrieben. Sie sammeln  
29 Kleidung, stellen ihren PKW bereit, um Spenden zu  
30 transportieren, geben Deutsch-Kurse, vermitteln Prakti-  
31 ka oder versuchen den Flüchtlingskindern ein bisschen  
32 unbeschwerte Kindheit zu schenken. Dieses Engage-  
33 ment geschieht größtenteils ehrenamtlich und unent-  
34 geltlich.

35

36 Berlin spart dank dieses bürgerschaftlichen Engage-  
37 ments eine Menge Geld. Viele Initiativen kritisieren je-  
38 doch, dass es bisher keine berlinweite Plattform in Form  
39 einer Datenbank gibt, über welche bestehende und zu-  
40 künftige Initiativen in Erfahrung bringen können, was  
41 in diesem Bereich in Berlin bereits getan wird, damit sie  
42 sich besser vernetzen sowie Wissen und Erfahrungen  
43 austauschen können und ihnen die Flüchtlingshilfear-  
44 beit auf diese Weise erleichtert wird.

45

46 Daher fordern wir als die Schaffung einer online-  
47 gestützten, berlinweiten Datenbank, über welche sich  
48 in der Flüchtlingshilfe engagierte Initiativen listen las-  
49 sen und austauschen können. Darüber könnten bereits  
50 bestehende Initiativen und Möglichkeiten zum Engage-  
51 ment sowie sog. best practice-Beispiele verbreitet und  
52 bestehende (behördliche) Informationen zusammenge-  
53 fasst werden. Auch Link-Listen zu Themen wie psycho-  
54 logischer und juristischer Beistand sowie deren Finan-  
55 zierung, Projekt-Finanzierungsmöglichkeiten, Koopera-  
56 tionspartner sowie sozial engagierte Unternehmen und  
57 deren Hilfsangebote könnten über einen solchen Ser-  
58 vice aufgezeigt werden.

Erledigt bei Annahme der Resolution 03/I/2015 (K)



1  
 2 Durch diesen Service können die ihn nutzenden Initia-  
 3 tiven zeitliche und damit auch finanzielle Ressourcen  
 4 sparen, womit ihnen eine effizientere Arbeit ermög-  
 5 licht wird. Zudem würden die Hürden für soziales Enga-  
 6 gement in der Flüchtlingshilfe gesenkt, wodurch noch  
 7 mehr Bürger zu einem solchen motiviert werden könn-  
 8 ten.  
 9  
 10 Wir Sozialdemokraten sollten insbesondere die Ehren-  
 11 amtsarbeit nicht nur in unseren Sonntagsreden hoch-  
 12 preisen, sondern diese auch durch unsere Taten wert-  
 13 schätzen. Die Errichtung der beschriebenen Datenbank  
 14 würde Berlin relativ gesehen wenig kosten, jedoch eine  
 15 Menge zusätzliche Hilfe für die Flüchtlinge in Berlin be-  
 16 deuten.

17 **Antrag 08/1/2015**  
 18 **KDV Mitte**  
 19 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 20  
 21 **Kooperation mit Familienzentren und Gemeinschafts-**  
 22 **/Notunterkünften für Flüchtlinge fördern!**  
 23 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von  
 24 Berlin werden aufgefordert, auf den Abschluss verbind-  
 25 licher Kooperationsvereinbarungen zwischen allen Fa-  
 26 milienzentren und den in ihren jeweiligen Wirkung-  
 27 feldern (ca. 2 km) liegenden Asylbewerberunterkünften  
 28 hinzuwirken.  
 29  
 30 Weiteren werden die sozialdemokratischen Mitglieder  
 31 des Senats aufgefordert, sich für die Gewährung zu-  
 32 sätzlicher finanzieller Mittel für die Berliner Famili-  
 33 enzentren einzusetzen. Mithilfe dieser Mittel sollen  
 34 niedrigschwellige Angebote (wie Familienbildung, Be-  
 35 ratung und Unterstützung, Frühe Hilfen, Begegnung  
 36 und Selbsthilfe, Deutschkurse für Eltern mit Kinder-  
 37 betreuung, Spielgruppen usw.) -insbesondere auch in  
 38 den Unterkünften für Asylbewerber\_innen – ermög-  
 39 licht werden.  
 40  
 41 Für eine langfristige Ausrichtung der Förderung soll die  
 42 verbindliche Kooperation mit Gemeinschafts- und/oder  
 43 Notunterkünften für Flüchtlinge als Ziel der Berliner  
 44 Landespolitik anerkannt werden.  
 45  
 46  
 47 **Begründung**  
 48 Immer mehr Flüchtlingsfamilien mit Kindern kommen  
 49 nach Berlin. Besonders neu zugewanderte Familien, die  
 50 teilweise nur zeitlich begrenzt in den Gemeinschafts-  
 51 und Notunterkünften wohnhaft sind, benötigen drin-  
 52 gend kurzfristige und niedrigschwellige Unterstützung.  
 53  
 54 Familienzentren bieten eine bereits vorhandene Struk-  
 55 tur für entsprechende Angebote, diese müssen stärker  
 56 auch für Flüchtlingsfamilien genutzt werden. Gleichzei-

Erledigt bei Annahme der Resolution 03/1/2015 (K)

1 tig reichen die aktuellen finanziellen Ressourcen der Fa-  
 2 milienzentren hierfür nicht aus. Durch zusätzliche Mit-  
 3 tel für kurzfristige Projektmaßnahmen können die be-  
 4 troffenen Familien durch die Berliner Familienzentren  
 5 vor Ort zu betreuen werden.  
 6  
 7 Mit den Maßnahmen sollen niedrigschwellige Angebo-  
 8 te für diese Zielgruppe bereitgestellt werden. Die Fa-  
 9 milienzentren sollen dabei Unterstützung leisten, diese  
 10 Angebote an die Familien zu vermitteln. Familienz-  
 11 tren können zu einem nachhaltigen Unterstützungs-  
 12 netzwerk für Flüchtlingsfamilien wesentlich beitragen.  
 13  
 14 Abgesehen von kurzfristigen Maßnahmen ist es drin-  
 15 gend erforderlich, dass die Berliner Familienzentren  
 16 auch bei der Betreuung längerfristig Rahmenbedingun-  
 17 gen für die Flüchtlingsfamilien positive gestalten und  
 18 verbindlich unterstützen.  
 19  
 20 Um dies zu unterstützen, soll der Abschluss „verbindli-  
 21 cher Kooperation mit Gemeinschafts- und/oder Notun-  
 22 terkünften für Flüchtlinge“ zu den klaren und anerkannt-  
 23 ten Zielen der Berliner Landesregierung gehören.

24 **Antrag 09/1/2015**  
 25 **AG Migration und Vielfalt**  
 26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

27  
 28 **Vorbereitungskurse für Flüchtlinge**

29 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner  
 30 Senats und die Mitglieder der SPD-Fraktion werden  
 31 aufgefordert, sich für die Einrichtung eines Vorkur-  
 32 ses für Flüchtlinge, die nicht schulpflichtig sind, am  
 33 Berlin-Kolleg einzusetzen, um die Voraussetzung zu  
 34 schaffen, einen in Deutschland anerkannten Abschluss  
 35 (MSA und/oder allgemeine Hochschulreife) erreichen  
 36 zu können.

37  
 38 **Begründung**

39 Zu den Flüchtlingen gehören viele erwachsene junge  
 40 Menschen, die keinen Bildungsabschluss im Heimat-  
 41 land erreichen konnten. Viele andere haben zwar einen  
 42 Abschluss, den das deutsche Bildungssystem aber  
 43 nicht als für die Aufnahme eines Studiums ausreichend  
 44 anerkennt. Hierzu sollen die bereits laufenden Bemü-  
 45 hungen des Berlin-Kollegs für die Einrichtung eines  
 46 Bildungsangebotes für geflüchtete Menschen, die sich  
 47 in Berlin aufhalten, unterstützt werden.

48  
 49 In den Vorkursen werden die Teilnehmer\_innen wieder  
 50 an das schulische Leben und an den Stoff des deutschen  
 51 Schulsystems (Klassen 1 bis 10) herangeführt.

52  
 53 Zusätzlich bekommen die Teilnehmer\_innen durch ei-  
 54 nen erfolgreichen Besuch des Vorkurses die Chance für  
 55 den Erhalt des BAföGs. Die BAföG-Förderung setzt erst  
 56 mit dem Beginn der Einführungsphase ein. Wenn Die

Erledigt bei Annahme der Resolution 03/1/2015 (K)

- 1 Teilnehmer\_innen bei Eintritt in die Einführungsphase  
2 älter als 30 Jahre alt sind, erhalten Sie nur dann BAföG,  
3 wenn Sie vorher den Vorkurs besucht haben. Die Teil-  
4 nehmer\_innen erhalten im Vorkurs kein BAföG.

5 **Antrag 10/I/2015**  
6 **AG Migration und Vielfalt**  
7 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

8  
9 **Fürsprecher\_innen für Flüchtlinge einrichten!**  
10 Die sozialdemokratischen die sozialdemokratischen  
11 Mitglieder der Bezirksparlamenten werden aufge-  
12 fordert, sich dafür einzusetzen, dass in jedem der  
13 Berliner Bezirke Flüchtlingsfürsprecher\_innen über  
14 eine Sondersozialkommission für die Betreuung der  
15 Flüchtlingsunterkünfte eingerichtet werden.

16  
17 Fürsprecher\_innen sollen ähnlich wie bei den Pati-  
18 entenfürsprech\_innen von der Bezirksverordnetenver-  
19 sammlung gewählt werden. Sie sollen – dem örtlichen  
20 Bedarf entsprechend – jeweils für eine Unterkunft oder  
21 für mehrere Unterkünfte in ihrem Bezirk zuständig sein.

22  
23 Die Fürsprecher\_innen arbeiten ehrenamtlich, sind un-  
24 abhängig und nicht weisungsgebunden. Zentrale Auf-  
25 gabe der Flüchtlingsfürsprecher\_innen ist es, Beschwer-  
26 den und Anregungen aufzunehmen, weiterzuleiten, zu  
27 bearbeiten und das Ergebnis nachzuhalten bzw. den  
28 Beschwerdeführern zu kommunizieren. (vgl. Aufgaben-  
29 profil Patientenfürsprecher\_innen) Flüchtlingsfürspre-  
30 cher\_innen machen Vorschläge und geben Anregungen  
31 zu den organisatorischen Abläufen in den Einrichtun-  
32 gen im Speziellen sowie zu den Qualitätsstandards für  
33 die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden  
34 im Allgemeinen.

35  
36 Dem Flüchtlingsfürsprecher\_innen ist bei organisatori-  
37 schen Maßnahmen, die einen wesentlichen Einfluss auf  
38 Bewohner\_innen haben, im Vorfeld zu beteiligen. Hier-  
39 zu zählen insbesondere: Umzüge innerhalb der Einrich-  
40 tung, Änderungen von Aufträgen mit externen Dienst-  
41 leistern wie Cateringunternehmen oder Wachschutz,  
42 zeitliche oder inhaltliche Veränderung von Angeboten  
43 wie Kleiderkammer oder Kinderbetreuung.

44  
45 Bei der Auswahl der Fürsprecher\_innen ist darauf  
46 zu achten, dass diese für den anspruchsvollen Auf-  
47 gabenbereich geeignet und für soziale Anliegen  
48 aufgeschlossen sind. Sie sollen Erfahrungen in der  
49 Flüchtlingsarbeit Erfahrungen vorweisen und sich  
50 bereits in einem der relevanten Themenbereiche fort-  
51 gebildet haben oder Bereitschaft zur entsprechenden  
52 Fortbildung aufweisen.

53  
54 **Begründung**  
55 Nach der Verwaltungsvorschrift besteht die Möglich-  
56 keit eine Sondersozialkommission (Sondersoko) für

Erledigt bei Annahme der Resolution 03/I/2015 (K)

1 bestimmte Bevölkerungsgruppen, Einrichtungen und  
 2 Dienste einzurichten (siehe VV EaD, vom 19. September  
 3 2006). Angesicht der steigenden Flüchtlingszahlen  
 4 besteht hier ein dringender Handlungsbedarf, schnelle  
 5 und unbürokratische Unterstützung vor Ort anzubie-  
 6 ten.  
 7  
 8 Aufgrund des großen Bedarfes an Unterbringungsmög-  
 9 lichkeiten für Flüchtlinge, werden entsprechende Un-  
 10 terkünfte oft innerhalb kürzester Zeit eingerichtet. Das  
 11 ist eine große Herausforderung für alle Beteiligten, für  
 12 die (späteren) Bewohner\_innen, für die Träger\_innen  
 13 aber auch für die Anwohner\_innen.  
 14  
 15 Bei Letzteren besteht oft das Bedürfnis zu helfen. Hier  
 16 fehlen meist jedoch die Informationen über Unterstüt-  
 17 zungsmöglichkeiten. Diese Hilfestrukturen müssen un-  
 18 terstützt werden, damit nachhaltige Netzwerke entste-  
 19 hen.  
 20  
 21 Auch, wenn die meisten der Träger\_innen erfahren sind,  
 22 stehen sie doch oft vor neuen Herausforderungen, die  
 23 ihnen Schwierigkeiten bereiten. Gerade bei der alltäg-  
 24 lichen Arbeit und mit den Bewohner\_innen der Un-  
 25 terkünfte können die unabhängigen Fürsprecher\_innen  
 26 helfen und vermitteln.  
 27 Für die Flüchtlinge selbst können die Fürsprecher\_innen  
 28 Vertrauensperson, direkte Anlaufstelle und Vermitt-  
 29 ler\_in sein.  
 30  
 31 Allen Akteuren sind wir es schuldig, ihnen solch eine  
 32 Unterstützung an die Hand zu geben. Eine strukturel-  
 33 le und mittelfristige Hilfe kann durch die Sondersozial-  
 34 kommission sichergestellt werden.

35 **Antrag 11/I/2015**  
 36 **Jusos Landesvorstand**  
 37 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 38  
 39 **Antrag zur Erweiterung des Resettlement-Programms**  
 40 **des Bundes**  
 41 Um uns herum schwellen die Konflikte in unerträg-  
 42 lichen Ausmaß an: ob in der Ukraine, im Jemen, in  
 43 Syrien, im Irak: Der zivilen Bevölkerung zu helfen ist  
 44 ein Gebot der Menschlichkeit. Die Bundesregierung  
 45 muss hier Verantwortung übernehmen. Die Bundesre-  
 46 gierung hat über das bestehende Asylrecht hinaus die  
 47 souveräne Möglichkeit seine jährlich im Rahmen des  
 48 Resettlement-Programms der UNHCR (Flüchtlingskom-  
 49 missariat der Vereinten Nationen) zur Verfügung ge-  
 50 machten Plätze für Flüchtlinge zu erhöhen.  
 51  
 52 Resettlement ermöglicht die Neuansiedlung von  
 53 Flüchtlingen in einem anderen als ihr Aufnahmeland.  
 54 Im Rahmen des deutschen Resettlement-Programms  
 55 werden hilfsbedürftige Flüchtlinge aufgenommen,  
 56 die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutsch-

Ablehnung (K)

1 land bekommen können. Derzeit nimmt Deutschland  
2 jährlich nur 500 Menschen über das Resettlement-  
3 Programm auf.

4 Es muss den Flüchtlingen nicht nur eine unbürokrati-  
5 sche Einreise, sondern auch eine wirkliche Sicherheit  
6 und Integrationschancen ermöglicht werden.

7

8 Wir fordern daher:

- 9 • eine drastische und dauerhafte Erhöhung der durch  
10 die Bundesregierung zur Verfügung gestellten Plät-  
11 ze im Rahmen des Resettlement-Programms
- 12 • für in Deutschland aufgenommene Resettlement-  
13 Flüchtlinge nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgeset-  
14 zes:
  - 15 – das Recht auf freie Erwerbstätigkeit
  - 16 – Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII
  - 17 – Anspruch auf eine angemessene Unterkunft
  - 18 – Anspruch auf die Teilnahme von Sprach- und  
19 Integrationskursen
  - 20 – Kostenlose Migrationsberatung
- 21 • eine Reform des Resettlement-Verfahrens:
- 22 • Das Resettlement-Auswahlverfahren sollte nicht  
23 nach Bildungsstand, Herkunft oder Religionszuge-  
24 hörigkeit entschieden werden, sondern je nach Not-  
25 lage.
  - 26 – Das Verfahren soll von der vor Ort in den  
27 Flüchtlingslagern funktionierenden Aufnah-  
28 mestellen organisiert werden. Familienmit-  
29 glieder der Flüchtlinge müssen automatisch  
30 auch an dem Programm eingebunden und  
31 bei der Einreise die Familienzusammenfüh-  
32 rung beachtet werden.
  - 33 – Es sollte unmittelbar nach der Ankunft ei-  
34 ne intensive Erstbetreuungsphase mit ge-  
35 sundheitlicher und psychologischer Unter-  
36 stützung stattfinden.

37

38

39

40 **Begründung**

41 Einer der Hauptgründe weshalb Menschen aus ihrer  
42 Heimat fliehen, sind Kriege und bewaffnete Konflik-  
43 te. Um in Deutschland Asyl beantragen zu können,  
44 müssen es Flüchtende jedoch erst einmal hierher  
45 schaffen. Doch die Außengrenzen Europas sind so  
46 stark gesichert, dass es Flüchtenden nicht möglich ist,  
47 die Europäische Union zu erreichen. Da es an legalen  
48 Einreisemöglichkeiten fehlt, haben Menschen keinen  
49 anderen Weg, als ihr Leben Schlepperbanden anzuver-  
50 trauen, die sie für viel Geld auf oft tödlichen Wegen  
51 in die EU bringen. Auch der Weg über Griechenland  
52 ist nahezu ausweglos und die Menschen müssen dort  
53 unter unmenschlichen Bedingungen Monate lang auf  
54 ein Asylverfahren warten.

55 Das Ziel auf lange Sicht ist ein faires und EU-weites ein-  
56 heitliches Asylverfahren sowie die Freizügigkeit für al-  
57 le Menschen innerhalb der EU. Europa muss endlich zu  
58 einer humanen Flüchtlingspolitik finden und möglichst  
59 allen Hilfesuchenden die Einreise gewähren.

1  
 2 Darauf soll die Bundesregierung hinwirken und endlich  
 3 die Verantwortung übernehmen. Die erweiterte Teil-  
 4 nahme Deutschlands am Resettlement-Programm mit  
 5 Hilfe der UNHCR ermöglicht die Neuansiedlung von  
 6 Flüchtlingen in einem anderen als ihr Aufnahmeland.  
 7  
 8 Die meisten Flüchtlinge kommen aus Ländern, wie Syri-  
 9 en, Sri Lanka, Afghanistan, Irak, Somalia, und China, wo  
 10 sie keine Rückkehrperspektive haben.  
 11  
 12 Obwohl das UNHCR 800.000 Resettlement-Plätze be-  
 13 nötigt, werden jährlich weltweit nur 80.000 Flüchtlin-  
 14 ge resettlet. Die meisten von ihnen finden in den USA,  
 15 Kanada und Australien eine neue Heimat, während Eu-  
 16 ropa nur 5000 neu ansiedelt. Großbritannien nimmt  
 17 750, Finnland 750 (bei 5 Mio. Einwohnern!), Norwegen  
 18 1200 und Schweden 1900 Menschen auf. In Deutsch-  
 19 land beträgt diese Zahl 300, die ab 2015 auf 500 erwei-  
 20 tert werden soll. Dies ist immer noch sehr wenig. Das  
 21 Ziel ist die Zahl zu erhöhen und somit die Unverhält-  
 22 nismäßigkeit des Resettlement-Programms auszuglei-  
 23 chen. Durch das Resettlement-Programm kann die Ein-  
 24 reise nach Deutschland für die Flüchtlinge vereinfacht  
 25 und der riskante Weg mit Hilfe von Menschenschmugg-  
 26 lern sicher umgangen werden.  
 27

28 **Antrag 12/I/2015**  
 29 **KDV Reinickendorf**  
 30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31  
 32 **Schnellerer Schuleinstieg für Flüchtlingskinder**  
 33 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufge-  
 34 fordert, sich dafür einzusetzen, dass es Pflichtauf-  
 35 gabe des Landesamtes für Gesundheit und Sozia-  
 36 les (LAGeSo) wird, schulpflichtige Flüchtlingskinder  
 37 bei ihrer Verteilung auf die Bezirke durch das LAGe-  
 38 So direkt an die Schulämter sowie an den Kinder-  
 39 /Jugendgesundheitsdienst (KJGD) der Bezirke zu mel-  
 40 den. Ziel ist eine schnellere Aufnahme der Flüchtlings-  
 41 kinder in den Schulen.

42  
 43 Darüber hinaus soll sich die SPD-Fraktion im Abgeord-  
 44 netenhaus dafür einsetzen, dass standartgemäß eine  
 45 regelmäßige Beratung zum Berliner Schulsystem in  
 46 jeder Flüchtlingsunterkunft stattfindet. Damit soll es  
 47 den Familien erleichtert werden, sich besser im Berliner  
 48 Schulsystem zurechtzufinden.

49  
 50 **Begründung**  
 51 Derzeit ist es die Aufgabe der Träger der Flüchtlings-  
 52 einrichtungen, schulpflichtige Kinder ihrer Einrichtung  
 53 an die Bezirke zu melden, damit diese beschult wer-  
 54 den können. Dies funktioniert in manchen Fällen nur  
 55 mangelhaft, da die Betreiber die Heime oft in sehr  
 56 kurzer Zeit eröffnen müssen und mit vielen Aufgaben

Erledigt bei Annahme der Resolution 03/I/2015 (K)

1 gleichzeitig belastet sind. Dies hat jedoch zur Folge,  
 2 dass teilweise mehrere Wochen bis Monate vergehen,  
 3 bis die Flüchtlingskinder in Schulen aufgenommen  
 4 werden. Für die erfolgreiche Integration der Kinder  
 5 ist es aber wichtig, dass diese so schnell wie möglich  
 6 in die Schulen kommen, dort die Sprache lernen und  
 7 mit Gleichaltrigen zusammen sind. Zudem besteht die  
 8 Schulpflicht und existiert das Recht zum Schulbesuch  
 9 vom ersten Tag an. Es ist daher nicht hinzunehmen,  
 10 dass oftmals so viel Zeit bis zum ersten Schultag  
 11 vergeht.

12  
 13 Da das LAGeSo bei der Erstregistrierung der Flüchtlin-  
 14 ge ihre Daten erfasst und an die entsprechend ausge-  
 15 suchte Flüchtlingseinrichtung weiterleitet, kann es oh-  
 16 ne viel Mehraufwand unkompliziert diese Daten bei  
 17 schulpflichtigen Kindern direkt an die Schulämter wei-  
 18 terleiten.

19  
 20 Die Beratung der Kinder, Jugendliche und Eltern zum  
 21 Berliner Schulsystem in den Flüchtlingseinrichtungen  
 22 ist wichtig, um den Familien eine Chance zu geben, un-  
 23 ser Schulsystem zu verstehen und sich darin zurechtzu-  
 24 finden. Auch dies unterstützt eine erfolgreiche Integra-  
 25 tion.

26 **Antrag 99/II/2014**  
 27 **AG Migration und Vielfalt**  
 28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 29

30 **Verbesserung der Situation von AsylbewerberInnen**  
 31 **und Geduldeten in Berlin**

32 Um die Situation der Asylbewerber\*innen und Gedulde-  
 33 ten in Berlin schnell zu verbessern, fordern wir den Se-  
 34 nat auf, unverzüglich Anpassungen in folgenden Punk-  
 35 ten vorzunehmen bzw. anzustoßen:

36 **1. Die Residenzpflicht**

- 37 • Geduldete, die in Berlin wohnen, dürfen sich ab so-  
 38 fort wie Asylbewerber\*innen frei in Berlin und Bran-  
 39 denburg bewegen.
- 40 • Asylbewerber\*innen ist bei Beginn ihres Asylverfah-  
 41 rens eine Dauerreiseerlaubnis zu erteilen. Dies darf  
 42 für die Asylbewerber\*innen nicht mit Kosten ver-  
 43 bunden sein. Die Regelung behält auch für Gedul-  
 44 dete ihre Gültigkeit.
- 45 • Gleichzeitig muss das Land Berlin auf Kooperatio-  
 46 nen hinsichtlich der Residenzpflicht mit anderen  
 47 Bundesländern hinwirken. Vorbild ist hier die Ko-  
 48 operation zwischen Berlin und Brandenburg.
- 49 • Nur um eine möglichst schnelle Bearbeitung des  
 50 Asylantrags zu sichern und die Kommunikation  
 51 mit den Antragssteller\*innen in den ersten Wo-  
 52 chen nach Ankunft zu vereinfachen, darf es in die-  
 53 sem Zeitraum Einschränkungen für die Asylbewer-  
 54 ber\*innen geben. Modelle wie in Österreich oder in  
 55 Slowenien müssen bei der Umsetzung als Vorbild  
 56 dienen.

Erledigt bei Annahme der Resolution 03/I/2015 (K)

- 1 • Das Land Berlin hat im Bund auf eine bundesweite  
2 Abschaffung der Residenzpflicht hinzuwirken.

3  
4 **2. Wohnsituation der Asylbewerber\*innen**

5 a) Unterbringung in Heimen

6 » Asylbewerber\*innen und Geduldeten müssen Leistungen nach Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) zustehen. Bei  
7 Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft können die im Leistungskatalog veranschlagten Ausgaben  
8 abgezogen werden, sofern diese durch die Unterbringung in dieser Unterkunft gedeckt werden. Außer bei  
9 Strom, Warmwasser, Wohnungsinstandhaltung, Möbeln, Apparaten und Haushaltsgeräten dürfen diese  
10 Leistungen nicht als Sachleistungen erbracht werden.

11  
12  
13  
14  
15  
16 » Voraussetzung für die Auftragsvergabe an einen Träger. Dies gilt auch für gemäß des Landesamtes für  
17 Gesundheit und Soziales (LaGeSo) als „kurzfristige Ausweichkapazitäten ohne Vertrag“ bezeichnete  
18 Unterkünfte. Folgende Kriterien müssen erfüllt sein

- 19  
20  
21 • eine Wohnfläche von mindestens 10m<sup>2</sup> pro Person,  
22 • abschließbare individuelle Wohneinheiten mit eigenem Sanitär- und Küchenbereich,  
23 • Belegung pro Zimmer nicht mehr als zwei Personen  
24 • Gemeinschaftsbereiche, die über PCs mit kostenfreiem Internetzugang, Drucker und Kopierer verfügen,  
25 • eine der Bewohner\*innenzahl angemessene Ausstattung mit Waschmaschinen und Trocknern  
26 • fußläufige Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), eine stadträumliche Lage,  
27 Kinderspielflächen,  
28 • Kinderbetreuung  
29 • Feuermeldeanlagen und unbedingtes Einhalten aller Vorschriften zum baulichen Brandschutz,  
30 • Gebäudestandorte ausschließlich in Wohn- und Mischgebieten,  
31 • Behelfsbauten sind nicht zulässig.

32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40 » Die Einhaltung dieser Standards wird regelmäßig, mindestens jährlich, und unangemeldet durch ein zu  
41 schaffendes, unabhängig vom LaGeSo agierendes und vom Land Berlin voll ausfinanziertes Qualitätsmanagement kontrolliert. Geeignetes Personal ist in für diese  
42 Aufgabe ausreichender Zahl abzustellen. Die Kompetenz für das Qualitätsmanagement ist auf der Bezirksebene angesiedelt. Die Ergebnisse der Kontrollen werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50 **b) Unterbringung in regulären Wohnungen**

51 » Der Aufenthalt in einem Heim ist in jedem Fall zeitlich zu begrenzen. Die schnellstmögliche Unterbringung von Asylbewerber\*innen und Geduldeten in reguläre Wohnungen muss gewährleistet werden.

52  
53  
54  
55

56 Wir fordern

- 57 • Mietkosten müssen entsprechend den Regelungen nach SGB XII übernommen werden.  
58 • Für die Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins  
59



- 1 (WBS) müssen für Asylbewerber\*innen und Gedul-
- 2 dete die gleichen Kriterien gelten wie für andere Be-
- 3 rechtigte.
- 4 • Die Kontingente für Asylbewerber\*innen und Ge-
- 5 duldete bei den landeseigenen Wohnungsbauge-
- 6 sellschaften müssen als kurzfristige Maßnahme er-
- 7 höht werden.
- 8 • Der Senat muss einen öffentlichen Appell an alle
- 9 Vermieter\*innen richten, an Asylbewerber\*innen zu
- 10 vermieten.
- 11 • Asylbewerber\*innen und Geduldete dürfen nicht in
- 12 Obdachlosigkeit entlassen werden.
- 13 • Die Betreiber\*innen der bisherigen Unterkünfte
- 14 müssen qualifizierte Betreuer\*innen in ausreichen-
- 15 der Zahl bereitstellen. Diese Betreuer\*innen unter-
- 16 stützen bei der Wohnungssuche, bei Besichtigungs-
- 17 terminen, stehen insbesondere bei rechtlichen, bü-
- 18 rokratischen und sprachlichen Fragen zur Seite und
- 19 übersetzen bei Gesprächen mit Vermieter\*innen
- 20 und Sachbearbeiter\*innen.
- 21
- 22 » Die Wohnsitzauflage entfällt automatisch mit Ab-
- 23 schluss des Asylverfahrens, gilt also auch nicht für Ge-
- 24 duldete.

25 **3. Soziale Leistungen und Unterstützung**

26 Alle Flüchtlinge, Asylbewerber\*innen und Geduldete

27 haben ab dem Zeitpunkt ihrer Antragsstellung das

28 Recht, an einem kostenfreien Integrations- und Sprach-

29 kurs teilzunehmen.

30

- 31 • Alle Flüchtlinge, Asylbewerber\*innen und Gedul-
- 32 deten sind bei dem Erwerb eines Schulabschlusses
- 33 zu unterstützen. Alle Asylbewerber\*innen und Ge-
- 34 duldete, gleich welchen Alters, die eine Schule be-
- 35 suchen, müssen die Möglichkeit haben, neben der
- 36 Schule noch einen ergänzenden Sprachkurs zu be-
- 37 suchen. Besonders in den Schulferien ist ein ent-
- 38 sprechendes Angebot zu schaffen.
- 39 • Alle Flüchtlinge, Asylbewerber\*innen und Gedul-
- 40 deten müssen in jedem Fall ab dem Zeitpunkt
- 41 ihrer Einreise Zugang zu kostenfreier psychologi-
- 42 scher, psychiatrischer und psychotherapeutischer
- 43 Hilfe haben.
- 44 • Die Schilderung der Erlebnisse und Lebensumstän-
- 45 de in der Erstbefragung durch die Sachbearbei-
- 46 ter\*innen sind ausschlaggebend für die Bewilli-
- 47 gung des Asylantrags. Deshalb müssen Asylbewer-
- 48 ber\*innen das Gespräch mit Sozialarbeiter\*innen
- 49 und Psycholog\*innen vorbereiten.
- 50 • Das Land Berlin schafft eine unabhängige Rechtsbe-
- 51 ratungsstelle für Flüchtlinge, Asylbewerber\*innen
- 52 und Geduldete, die diesen Personenkreis unmittel-
- 53 bar nach dessen Einreise über dessen Möglichkei-
- 54 ten innerhalb und außerhalb des Asylverfahrens
- 55 berät.
- 56 • Bei der Kommunikation mit dem zuständigen Amt
- 57 ist die Unterstützung durch eine\*n Anwalt\*in oder
- 58 eine andere sachkundige Person sowie einer\*s Dol-
- 59 metscher\*in zu gewährleisten.

- 1 • Die Ansprüche auf medizinische Versorgung von  
2 Asylbewerber\*innen und Geduldeten muss denen  
3 gesetzlich krankenversicherter deutscher Staats-  
4 bürger\*innen angeglichen werden. Bisher wird nur  
5 die Behandlung akuter Erkrankungen und Be-  
6 schwerden vom Sozialamt übernommen.  
7 • Die Vorrangregelung bei Arbeitsvermittlung wird  
8 abgeschafft. Diskriminierung am Arbeitsmarkt darf  
9 es auch gegen Asylbewerber\*innen nicht geben.

10 **Antrag 185/I/2015**

11 **KDV Pankow**

12 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

13

14 **Qualifizierte Einwanderung gestalten**

15 Einwanderung nach klaren Kriterien: Die Berliner  
16 SPD soll sich für ein modernes Einwanderungsgesetz  
17 einsetzen

18

19 **Begründung**

20 Deutschland ist zum zweitbeliebteste Einwanderungs-  
21 land der Welt geworden. Zuwanderer bereichern unser  
22 Land kulturell, ökonomisch und menschlich.

23

24 Die bisherigen europa- und bundespolitischen Rege-  
25 lungen zur Einwanderung nach Deutschland sind un-  
26 übersichtlich und teilweise unzureichend, so dass ein  
27 modernes Einwanderungsgesetz, das eindeutige und  
28 transparente Kriterien der Einwanderung definiert, ge-  
29 sellschaftspolitisch überfällig ist.

30

31 Deutschland braucht perspektivisch mehr qualifizierte  
32 Einwanderung. Diese sollte vorrangig an den Bedürf-  
33 nissen des deutschen Arbeitsmarktes orientiert sein.

34

35 *Dabei muss es auch möglich sein, dass der serbischen*  
36 *Krankenschwester oder dem moldawische Ingenieur le-*  
37 *gale Möglichkeiten der Einwanderung nach Deutschland*  
38 *eröffnet werden.*

39

40 Als Volkspartei sollten wir endlich den Mut aufbringen,  
41 Einwanderung positiv steuern zu wollen. Wer, wenn  
42 nicht die SPD sollte dieses Gesetz voranbringen.

Erledigt bei Annahme 186/I/2015 (K)

43 **Antrag 186/I/2015**

44 **KDV Mitte**

45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

46 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

47

48 **Mehr Einwanderung ermöglichen – ja zum Einwande-**  
49 **rungsgesetz!**

50 1. Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Deut-  
51 schen Bundestages werden aufgefordert, sich dafür ein-  
52 zusetzen, dass die derzeitigen Möglichkeiten zur Ar-

Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Mehr Einwanderung ermöglichen – ja zum Einwande-**  
**rungsgesetz!**

1. Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Deut-  
schen Bundestages werden aufgefordert, sich dafür ein-  
zusetzen, dass die derzeitigen Möglichkeiten zur Ar-

1 beitsmigration erweitert werden.  
 2 Dabei werden die Abgeordneten ausdrücklich aufge-  
 3 fordert, die Einwanderungsmöglichkeiten nicht aus-  
 4 schließlich an „Nützlichkeitsaspekten“ auszurichten.  
 5 Neben der Migration, die sich am Bedarf des Arbeits-  
 6 marktes orientiert, sollen Möglichkeiten der Migration  
 7 geschaffen werden, die sich nicht nach Qualifikation,  
 8 bzw. dem hiesigen Fachkräftebedarf richten, sondern  
 9 allen Menschen zur Verfügung stehen.

- 10 • Eine Kommission wird eingesetzt, die die Modalitäten der Einwanderungsmöglichkeiten jährlich evaluiert und anpasst.
- 11
- 12
- 13 • Aufenthaltsrechtlich soll den Bewerber\*innen ein fester Aufenthaltsstatus gewährt werden, der dauerhaft gilt.
- 14
- 15
- 16

17 2. Des Weiteren werden die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die integrativen Maßnahmen nach der Ankunft in Deutschland für alle Neuhinzugewanderten gestärkt werden:

- 22 • qualitativer Ausbau der Integrationskurse, faire Bezahlung der Lehrer\*innen, Öffnung der Integrationskurse auch für Asylsuchende und Geduldete.
- 23
- 24 • Verbesserte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durch Entbürokratisierung und Beschleunigung
- 25
- 26 • Beratungsangebote am Arbeitsmarkt für Neuhinzugewanderte: gezielte Vermittlungsangebote für Asylsuchende, Ausbau der Rechtsberatung nach dem Vorbild von „Faire Mobilität“ (DGB)
- 27
- 28 • Familiennachzug soll erleichtert werden. Unter anderem beinhaltet das die Abschaffung der Sprachprüfung vor Familienzusammenführung.
- 29
- 30 • Außerdem sollen die erforderlichen Behördengänge – am besten im Wege eines systematischen „Vorabsystems“ nach erfolgreicher Bewerbung – gebündelt werden, damit die Neuankömmlinge nicht von Behörde zu Behörde gereicht werden, sondern direkt ins neue Leben starten können.
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43

44 **Begründung**

45 Angesichts der sinkenden Bevölkerungszahlen müssen wir um Einwanderung werben, um unseren Sozialstaat auch künftig leistungsfähig zu halten. Dafür brauchen wir auch gut ausgebildete Zuwanderinnen und Zuwanderer. Zudem muss dem Migrationsbedarf angesichts des wachsenden sozialen Ungleichgewichts und wachsenden Reichtumsgefälles in der Welt Rechnung getragen werden. Beiden Aspekten muss ein modernes und weltoffenes Einwanderungsgesetz gerecht werden. Denn im Bereich der Zuwanderung können wir rechtlich nur eingeschränkt handeln. Zu uns kommen nämlich drei Gruppen von Zuwanderern: Unionsbürger, Asylbewerber und andere Drittstaatsangehörige. Letzteres sind Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die für Arbeit, Studium, Ausbildung oder Familiennachzug

beitsmigration erweitert werden. *Die Berliner SPD soll sich für ein modernes Einwanderungsgesetz einsetzen.*

Dabei werden die Abgeordneten ausdrücklich aufgefordert, die Einwanderungsmöglichkeiten nicht ausschließlich an „Nützlichkeitsaspekten“ auszurichten.

Neben der Migration, die sich am Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert, sollen Möglichkeiten der Migration geschaffen werden, die sich nicht nach Qualifikation, bzw. dem hiesigen Fachkräftebedarf richten, sondern allen Menschen zur Verfügung stehen.

- Eine Kommission wird eingesetzt, die die Modalitäten der Einwanderungsmöglichkeiten jährlich evaluiert und anpasst.
- Aufenthaltsrechtlich soll den Bewerber\*innen ein fester Aufenthaltsstatus gewährt werden, der dauerhaft gilt.

2. Des Weiteren werden die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die integrativen Maßnahmen nach der Ankunft in Deutschland für alle Neuhinzugewanderten gestärkt werden:

- qualitativer Ausbau der Integrationskurse, faire Bezahlung der Lehrer\*innen, Öffnung der Integrationskurse auch für Asylsuchende und Geduldete.
- Verbesserte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durch Entbürokratisierung und Beschleunigung
- Beratungsangebote am Arbeitsmarkt für Neuhinzugewanderte: gezielte Vermittlungsangebote für Asylsuchende, Ausbau der Rechtsberatung nach dem Vorbild von „Faire Mobilität“ (DGB)
- Familiennachzug soll erleichtert werden. Unter anderem beinhaltet das die Abschaffung der Sprachprüfung vor Familienzusammenführung.
- Außerdem sollen die erforderlichen Behördengänge – am besten im Wege eines systematischen „Vorabsystems“ nach erfolgreicher Bewerbung – gebündelt werden, damit die Neuankömmlinge nicht von Behörde zu Behörde gereicht werden, sondern direkt ins neue Leben starten können.

1 einreisen. Bei den ersten beiden Gruppen haben wir  
 2 keinen Spielraum, denn Unionsbürger genießen Frei-  
 3 zügigkeit und Asylbewerber haben Anspruch auf ein  
 4 Asylverfahren, bei Anerkennung auf Aufenthalt. Allein  
 5 darauf, welche Drittstaatsangehörigen zu uns kom-  
 6 men, können wir gesetzlich Einfluss nehmen. Diesen  
 7 müssen wir als weltoffen und bürgerfreundlicher  
 8 Staat gegenübertreten und ihnen alle Schritte zum  
 9 Start in ihr Arbeitsleben bzw. Studium so leicht wie  
 10 möglich machen. Dazu gehört auch selbstverständ-  
 11 lich die Bereitstellung von Integrationskursen wie  
 12 unkomplizierter Familiennachzug und Förderung der  
 13 Familienangehörigen. Auch muss klar sein, dass jede  
 14 und jeder, die bzw. der auf dieser Grundlage zu uns  
 15 kommt, einen langfristig sicheren Aufenthaltsstatus  
 16 erhält nach dem Motto „gekommen, um zu bleiben“.  
 17 All dies soll durch die o.g. Maßnahmen erreicht werden.  
 18

19 **Antrag 187/I/2015**  
 20 **KDV Spandau**  
 21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 22  
 23 **Verfahrensablauf für AsylantragstellerInnen in Berlin**  
 24 **verbessern**  
 25 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeord-  
 26 netenhauses und des Senats werden aufgefordert  
 27 sich dafür einzusetzen, dass die einzelnen Verfah-  
 28 rensschritte bei der Asylantragstellung im Land Berlin  
 29 weitgehend an einer zentralen Stelle zusammengefasst  
 30 werden.  
 31  
 32 **Begründung**  
 33 Der Bürokratieaufwand für die Antragstellung im  
 34 Land Berlin ist für die meisten Flüchtlinge ohne die  
 35 zur Hilfenahme ehrenamtlicher HelferInnen kaum zu  
 36 bewältigen. Gleichzeitig sind die vielen Anlaufstellen  
 37 im Land wie auch in den Bezirken nicht ausreichend  
 38 ausgestattet, um die Vielzahl von Anträgen der Flücht-  
 39 linge aus den unterschiedlichen Staaten angemessen  
 40 zu bearbeiten.  
 41  
 42 Zielsetzung für das Land Berlin sollte eine One-Step-  
 43 Agency für die AsylantragstellerInnen sein, die mög-  
 44 lichst in einem Verwaltungsschritt  
 45 • das Asylbegehren aufnimmt  
 46 • Ersatzausweisdokumente ausstellt  
 47 • die Verteilentscheidung trifft  
 48 • die melderechtliche Anmeldung vornimmt  
 49 • Gesundheitskarten, Fahrscheine und Berlin Pässe  
 50 ausgibt  
 51  
 52 Die derzeitige Praxis, dass die AsylantragstellerInnen  
 53 über die zentrale Aufnahmeeinrichtung (ZAA), außer-  
 54 halb der Öffnungszeiten über die Polizei, zum Bundes-  
 55 amt für Migration und Flüchtlinge und dann über die  
 56 zugewiesene Einrichtung an die bezirklichen Bürgeräm-

Überweisung an Senat (K)

1 ter verwiesen werden, bindet viele verwaltungsinter-  
2 ne Ressourcen, die bei weitem nicht auf die Anzahl der  
3 BewerberInnen und auf die Sprachbarrieren vorbereitet  
4 sind.  
5 Diese Ressourcen wie auch das notwendige ehrenamt-  
6 liche Engagement der BürgerInnen kann sinnvoller für  
7 die Flüchtlinge eingesetzt werden, wenn die Berliner  
8 Verwaltung die einzelnen Schritte im Verfahrensablauf  
9 minimiert.

10 **Antrag 188/I/2015**  
11 **KDV Neukölln**  
12 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
13 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
14  
15 **Mehr Planungssicherheit: Aufstockung der Förderung**  
16 **aus dem Partizipationsprogramm**  
17 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des  
18 Senats und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf,  
19 dafür Sorge zu tragen, die Mittel für das Partizipations-  
20 programm aufzustocken.  
21

Erledigt bei Annahme Antrag 189/I/2015 (K)

22 **Antrag 189/I/2015**  
23 **AG Migration und Vielfalt**  
24 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
25  
26 **Mehr Planungssicherheit: Aufstockung der Förderung**  
27 **aus dem Partizipationsprogramm**  
28 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des  
29 Senats und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus  
30 auf, dafür Sorge zu tragen, das Finanzvolumen des  
31 Partizipationsprogramms auf 3,6 Millionen Euro pro  
32 Jahr zu erhöhen und die strukturelle Förderung von  
33 Migrantenselbstorganisationen zu ermöglichen.  
34  
35 **Begründung**  
36 Ein Wegbrechen von notwendigen Versorgungsange-  
37 boten von Migrant/innenselbstorganisationen (MSO)  
38 ist bereits jetzt zu verzeichnen und hat fatale Auswir-  
39 kungen. Michael Müller hat das erkannt und noch als  
40 Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters  
41 auf der Landesdelegiertenkonferenz der Arbeitsge-  
42 meinschaft Migration und Vielfalt am 6. Oktober 2014  
43 eine entsprechende Erhöhung des Finanzvolumens des  
44 Partizipationsprogramms angekündigt.  
45 Etwa ein Drittel der Menschen in Berlin haben ei-  
46 nen Migrationshintergrund. Die Hauptstadt ist bunt  
47 und vielfältig und das spiegelt sich auch in den  
48 Organisationen der Stadt wider. Damit viele Mi-  
49 grant/innenselbstorganisationen (MSO) ihre wertvolle  
50 Unterstützung von Menschen mit Migrationshinter-  
51 grund durchführen können, bedarf es jedoch einer  
52 Aufstockung der zur Verfügung stehenden Förder-

Überweisung an Senat (K)

1 summe – momentan 1,2 Millionen Euro – aus dem  
 2 Partizipationsprogramm. Von der genannten Summe  
 3 werden bislang 32 MSOs gefördert: Auf jede MSO  
 4 entfällt damit eine durchschnittliche Fördersumme von  
 5 nur 46,875 Euro, die zu gering ist, um zu beraten, zu  
 6 pflegen, zu unterstützen. 142 Organisationen hatten  
 7 sich um die Fördersumme aus dem Partizipations-  
 8 programm im September 2013 beworben, darunter  
 9 haben viele wichtige Organisationen, die zuvor In-  
 10 tegrationsförderung erhielten, keine Zuwendungen  
 11 mehr erhalten. Mit einer Erhöhung der Fördersumme  
 12 können weitere wichtige MSOs in das Partizipations-  
 13 programm aufgenommen werden und bestehende  
 14 Vereine können ihre Arbeit unter besseren Bedingun-  
 15 gen fortführen. Eine strukturelle Förderung könnte  
 16 zudem eine notwendige Sicherheit für MSOs und für  
 17 ihre zahlreichen Versorgungsangebote bringen.

18 **Antrag 190/I/2015**

19 **AG Migration und Vielfalt**

20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

21

22 **Ein „Staatsvertrag“ mit symbolischem Wert**

23 Seit Wochen vergiftet die Rechtsaußen-Bewegung Pegi-  
 24 da die politischen Debatten. Zur Zielscheibe der Pegida-  
 25 Demonstranten wurden Flüchtlinge und Muslime. Da-  
 26 gegen sind wir als Sozialdemokratinnen und Sozialde-  
 27 mokraten auf die Straße gegangen und wir sind stolz,  
 28 dass die Sozialdemokratie in diesen Tagen Solidarität  
 29 und Haltung beweist.

30

31 Gerade in der aktuellen Lage ist die Initiative der SPD  
 32 Fraktion wichtig und richtig, die Diskussion um einen  
 33 „Staatsvertrag“ mit den Berliner Muslimen zu begin-  
 34 nen. Die symbolische Kraft, die nicht nur verbal aus-  
 35 drückt „ihr gehört dazu“, sondern auch eine deutlich  
 36 Perspektive bietet, ist die richtige Antwort auf alle  
 37 Versuche von Gestrigen, Deutschen das Deutsch-sein  
 38 abzustreiten. Mit einem „Staatsvertrag“ mit der Ge-  
 39 meinschaft der Berliner Muslime erkennen wir diese  
 40 als gleichberechtigte Religionsgemeinschaft in unserer  
 41 Mitte an; ein Schritt, der längst fällig ist.

42

43 Wir fordern die SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus und  
 44 die sozialdemokratischen Senatsmitglieder auf, bei den  
 45 weiteren Schritten hin zu einen „Staatsvertrag“ mit den  
 46 Berliner Muslimen folgende Aspekte bei zu bedenken  
 47 und umzusetzen:

- 48 • Die Frage nach den „Verhandlungspartnern“ ist ei-  
 49 ne wichtige Hürde und von zentraler Bedeutung  
 50 vor der Weiterführung von Gesprächen. Es muss  
 51 gewährleistet sein, dass alle Glaubensrichtungen  
 52 durch einige, wenige Dachorganisationen reprä-  
 53 sentiert sind.
- 54 • Mit einem „Staatsvertrag“ erklären wir die Berli-  
 55 ner Muslime auch als Partner auf Augenhöhe. Dies  
 56 ist ein wichtiger Schritt, der mit Bedacht gegang-

**Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Ein „Staatsvertrag“ mit symbolischem Wert**

Wir fordern die SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus und  
 die sozialdemokratischen Senatsmitglieder auf, bei den  
 weiteren Schritten hin zu einen „Staatsvertrag“ mit den  
 Berliner Muslimen folgende Aspekte zu bedenken:

- Die Frage nach den „Verhandlungspartnern“ ist ei-  
 ne wichtige Hürde und von zentraler Bedeutung  
 vor der Weiterführung von Gesprächen. Es muss  
 gewährleistet sein, dass alle Glaubensrichtungen  
 durch einige, wenige Dachorganisationen reprä-  
 sentiert sind.
- Mit einem „Staatsvertrag“ erklären wir die Berli-  
 ner Muslime auch als Partner auf Augenhöhe. Dies  
 ist ein wichtiger Schritt, der mit Bedacht gegang-  
 en werden muss. Wir müssen genau hinsehen,  
 mit wem wir einen „Staatsvertrag“ abschließen,  
 um zu versichern, dass die Vertragspartner die un-  
 verzichtbaren Grundwerte unseres Zusammenle-  
 bens teilen. Dass dies der Fall ist, muss vor Auf-  
 nahme der Verhandlungen gewährleistet sein. Es  
 kann nicht Sinn eines „Staatsvertrages“ sein, die  
 jungen Bemühungen des Wandels bei Verbänden  
 zu belohnen, die in der Vergangenheit deutlich anti-  
 semitisch oder anderweitig gruppenbezogen men-  
 schenfeindlich aufgefallen sind.

1 gen werden muss. Wir müssen genau hinsehen,  
 2 mit wem wir einen „Staatsvertrag“ abschließen,  
 3 um zu versichern, dass die Vertragspartner die un-  
 4 verzichtbaren Grundwerte unseres Zusammenle-  
 5 bens teilen. Dass dies der Fall ist, muss vor Auf-  
 6 nahme der Verhandlungen gewährleistet sein. Es  
 7 kann nicht Sinn eines „Staatsvertrages“ sein, die  
 8 jungen Bemühungen des Wandels bei Verbänden  
 9 zu belohnen, die in der Vergangenheit deutlich anti-  
 10 semitisch oder anderweitig gruppenbezogen men-  
 11 schenfeindlich aufgefallen sind.

- 12 • Generell muss das Ziel sein, alle Religionsgemein-  
 13 schaft gleich zu behandeln. Rechte, die wir einer  
 14 Glaubensgemeinschaft gewähren, müssen wir  
 15 auch allen anderen anerkannten Glaubensgemein-  
 16 schaften zugestehen. Daher ist es wichtig, dass ein  
 17 „Staatsvertrag“ als erster Schritt auf dem Weg zur  
 18 Erlangung der Rechte von Körperschaften des öf-  
 19 fentlichen Rechts verstanden wird. Dies sollte auch  
 20 vertraglich wie im Bremer „Staatsvertrag“ fixiert  
 21 werden.
- 22 • Viele der Details, die beispielsweise im Hamburger  
 23 „Staatsvertrag“ behandelt werden, sind in Berlin  
 24 längst umgesetzt; zuletzt durch das Partizipations-  
 25 und Integrationsgesetz. Ein wichtiges Vorhaben  
 26 wartet in Berlin jedoch noch auf die Umsetzung, die  
 27 in einem „Staatsvertrag“ auf jeden Fall Platz finden  
 28 muss: Lehrstühle in der Hochschulbildung.

29  
 30

31 **Antrag 215/I/2015**  
 32 **AG Selbst Aktiv**  
 33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 34  
 35 **Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen mit Behin-**  
 36 **derungen verbessern!**  
 37 Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses und  
 38 die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden  
 39 aufgefordert, sich für eine schnelle Verbesserung der Si-  
 40 tuation von Flüchtlingen und ihrer Kinder mit einer Be-  
 41 hinderung einzusetzen.  
 42  
 43 Dazu sind folgende Maßnahmen einzuleiten:  
 44  
 45 • Fortsetzung der Förderung für das Berliner Netz-  
 46 werk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge  
 47 oder eine Regelfinanzierung, da es Berlinweit bis-  
 48 her so gut wie keine andere Anlaufstelle gab und  
 49 mit Auslaufen der Förderung Ende 2014 auch die-  
 50 se Möglichkeit entfallen ist (nur noch ehrenamtli-  
 51 che Arbeit).  
 52 • Das Rundschreiben SOZ Nr. 02/2015 über Leistun-  
 53 gen der EU-Richtlinie 2013/33/EU-Mindestnormen  
 54 für die Aufnahme besonders schutzbedürftiger  
 55 Flüchtlinge ist mangelhaft und sollte in Abstim-  
 56 mung mit den Fachstellen des Netzwerkes nachge-

**Überweisung an Senat + Überweisung an AH-Fraktion  
 (K)**

- 1 bessert werden
- 2 • Die von diesen Fachstellen bisher ausgegebenen
- 3 Bescheinigungen über eine Behinderung sind nicht
- 4 verpflichtend. Für Kassenleistungen muss es ein
- 5 Arzt sein, der Verordnungen vornehmen kann. Das
- 6 von der Fraktion angestrebte Bremer Modell ist da-
- 7 her auch aus diesem Grunde unerlässlich.
- 8 • Es muss ein Berlinweit gültiges Feststellungsver-
- 9 fahren für die Leistungsstellen geben (ist jemand
- 10 behindert und gehört damit zu den besonders
- 11 schutzbedürftigen Flüchtlingen, Grad der Behinde-
- 12 rung). Opfer von physischer und psychischer Gewalt
- 13 müssen gesondert erfasst werden. Hier muss das
- 14 Versorgungsamt tätig werden.
- 15 • Das LaGeSo und das Personal der Erstaufnahme-
- 16 stellen müssen entsprechend informieren und An-
- 17 laufstellen benennen (z.B. Fachstelle des Netzwer-
- 18 kes oder Berliner Zentrum für selbstbestimmtes Le-
- 19 ben); durch das LaGeSo müssen auch die Sozialäm-
- 20 ter benachrichtigt werden.
- 21 • Für die Sozialdienste der Bezirke muss es eine Hand-
- 22 reichung geben.
- 23 • Das LaGeSo muss einen Überblick über den Grad
- 24 der Barrierefreiheit der vorhandenen Flüchtlings-
- 25 unterkünfte haben. Bei Neubau muss die Barriere-
- 26 freiheit als Zulassungskriterium gelten (Änderung
- 27 der Heimstättenverordnung). Die Bauämter der Be-
- 28 zirke müssen Standards für die Unterkünfte festle-
- 29 gen
- 30 • Das Vorhalten von Sozialarbeitern muss Pflicht für
- 31 Träger von Flüchtlingsunterkünften werden (Kennt-
- 32 nis der Gesetze / SGB IX, XII, AsylbLG), damit z.B. das
- 33 Stellen von Anträgen für die Betroffenen für die Ein-
- 34 leitung eines Feststellungsverfahrens für das Vorlie-
- 35 gen einer Behinderung ohne Zeitverzug eingeleitet
- 36 werden kann.

37  
38

39 **Begründung**

40 Die Situation von Flüchtlingen oder ihren Kindern mit

41 Behinderungen in Berlin ist nicht akzeptabel. Es gibt

42 Fälle in Berlin, wo Kinder von Flüchtlingen seit längerer

43 Zeit ihre Unterkunft bzw. das Zimmer nicht verlassen

44 könne, weil das Wohnheim nicht einmal annähernd

45 barrierefrei ist. Hier muss dringend Abhilfe geschaf-

46 fen werden, zumindest bei den neu zu errichtenden

47 Aufnahmeeinrichtungen. Auch im Bestand muss ver-

48 sucht werden, Barrierefreiheit wenigstens teilweise

49 herzustellen (WC, Duschen). Das LaGeSo muss eine

50 vorliegende Behinderung (auch wenn sie nicht auf den

51 ersten Blick sichtbar ist) bei der Zuweisung in die Heime

52 für diesen Personenkreis unbedingt berücksichtigen. In

53 Berlin existiert für diese besonders schutzbedürftigen

54 Flüchtlinge bisher keine Regelung für die Beurteilung

55 einer Behinderung bei Ankunft / Erstbegutachtung

56 (Erstaufnahmestellen) und oft auch keine Kenntnis

57 der Mitarbeiter\_innen, wo Leistungen beantragt wer-

58 den können oder wo die Betroffenen Informationen

59 erhalten. Das LaGeSo ist überlastet.



1  
2 Seit 2009 gab es das Berliner Modell: Berliner Netzwerk  
3 für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge. Hier stand  
4 man in mehreren Beratungsstellen für unterschiedliche  
5 Personengruppen (Fachstelle für behinderte Flüchtlinge  
6 u.a.) mit Rat und Tat zur Seite. Selbst die bisher schon  
7 unzureichende Förderung (0,8 Personalstellen) ist Ende  
8 2014 ausgelaufen. Diese verdienstvolle Arbeit muss auf  
9 jeden Fall fortgesetzt werden.  
10  
11 Die Informationen dieser Fachstellen gingen bisher nur  
12 an das LaGeSo und die Bezirke: Die Flüchtlingswohnhei-  
13 me sind aber in der Regel in freier Trägerschaft. Auch  
14 diese müssen informiert werden.  
15  
16 Das Rundschreiben der Senatssozialverwaltung über  
17 die Mindestnormen für die Aufnahme besonders  
18 schutzbedürftiger Flüchtlinge muss so präzisiert wer-  
19 den, dass es der Lebenswirklichkeit gerecht wird. Dabei  
20 wäre es hilfreich, die Erfahrungen des Netzwerkes für  
21 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge und anderer  
22 Träger einzubeziehen.

23 **Antrag 234/I/2015**  
24 **KDV Neukölln**  
25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
26  
27 **Qualitätssicherung in Flüchtlingsheimen**  
28 Der Landesparteitag beschließen:  
29 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des  
30 Abgeordnetenhauses und des Senats auf,  
31 • die Kontrollen der Einhaltung der Qualitätssiche-  
32 rungsstandards in Flüchtlingsunterkünften zu er-  
33 höhen und das LaGeSo entsprechend personell aus-  
34 zustatten,  
35 • zu prüfen, wie die Unterbringung von Flüchtlingen  
36 zukünftig als Dienstleistung der Öffentlichen Da-  
37 seinsfürsorge definiert, überführt und umgesetzt  
38 werden kann.

Erledigt bei Annahme der Resolution 03/I/2015 (K)

## Friedenspolitik

1 **Antrag 246/I/2015**

2 **KDV Mitte**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Friedenspolitik aktiv gestalten!**

7 **1. Einleitung: Die Außenpolitik die wir wollen!**

8 Die Sozialdemokratie hat seit ihrer Gründung vor mehr  
9 als 150 Jahren den Anspruch verfolgt, den Kampf um  
10 eine gerechtere Gesellschaftsordnung nicht nur inner-  
11 staatlich, sondern darüber hinaus im Verbund mit an-  
12 deren auf internationaler Ebene zu führen. Die Sozial-  
13 demokratie war stets zentraler Teil einer internationa-  
14 len Freiheits- aber vor allem auch Friedensbewegung.  
15 Diesem Grundsatz sehen wir Sozialdemokratinnen und  
16 Sozialdemokraten uns bis heute verpflichtet. In die-  
17 sem Geiste steht auch bis heute unser Grundsatzpro-  
18 gramm, nach dem wir unsere internationale Politik an  
19 dem Ziel ausrichten, Konflikte zu verhindern und Frie-  
20 den zu schaffen, indem wir auf Verständigung, inter-  
21 nationale Solidarität und gemeinsame Sicherheit durch  
22 Kooperation setzen – ganz im Sinne der Präambel des  
23 Grundgesetzes, die fordert, dass deutsche Politik “dem  
24 Frieden der Welt zu dienen” habe.

25

26 Aktuelle Konflikte, Krisen und Kriege führen uns dabei  
27 vor Augen, dass Frieden und Sicherheit selbst da wo sie  
28 einmal erreicht und belastbar erscheinen, keineswegs  
29 automatisch von Dauer sind: Frieden und Sicherheit zu  
30 wahren bleibt andauernde Aufgabe. Ziel von Friedens-  
31 politik – nach außen wie nach innen – muss es sein,  
32 in internationaler Kooperation dauerhaft gesellschaft-  
33 liche, politische und rechtliche Rahmenbedingungen zu  
34 schaffen, damit Konflikten zum einen präventiv entge-  
35 gengewirkt wird und zum anderen vorhandene Konflikte  
36 nicht gewaltsam ausgetragen, sondern zivil gelöst  
37 werden.

38

39 Die Größe, die geographische Lage, die historischen Er-  
40 fahrungen, Wiedervereinigung, wieder erlangte Souve-  
41 ränität und die ökonomische Stärke der Bundesrepublik  
42 Deutschland erfordern eine Debatte über die Außen-  
43 und Sicherheitspolitik. Dies gilt vor allem im Verhält-  
44 nis des diesen Begriffen zugeschriebenen Werte-  
45 und Interessenfundaments. Die Bedeutung der außenpoli-  
46 tischen Verantwortung bildet hier den Kernpunkt des  
47 Diskussionsprozesses.

48

49 Nur allzu oft wird ein „mehr“ an außenpolitischem En-  
50 gagement gleichgesetzt mit militärischen Instrumen-  
51 ten oder Einsätzen der Bundeswehr. Viele Sozialdemo-  
52 kratinnen und Sozialdemokraten verstehen jedoch die  
53 Rolle der Bundesrepublik vor allem – nicht zuletzt aus  
54 historischer Verantwortung – als Akteur auf ziviler Ebe-  
55 ne. Zudem lehnt mehr als die Hälfte der deutschen Be-  
56 völkerung ein stärkeres militärisches Engagement als  
57 heute praktiziert ab. In der Debatte um den Begriff der

**Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)**

**Friedenspolitik aktiv gestalten!**

**1. Einleitung: Die Außenpolitik die wir wollen!**

Die Sozialdemokratie hat seit ihrer Gründung vor mehr  
als 150 Jahren den Anspruch verfolgt, den Kampf um  
eine gerechtere Gesellschaftsordnung nicht nur inner-  
staatlich, sondern darüber hinaus im Verbund mit an-  
deren auf internationaler Ebene zu führen. Die Sozial-  
demokratie war stets zentraler Teil einer internationa-  
len Freiheits- aber vor allem auch Friedensbewegung.  
Diesem Grundsatz sehen wir Sozialdemokratinnen und  
Sozialdemokraten uns bis heute verpflichtet. In die-  
sem Geiste steht auch bis heute unser Grundsatzpro-  
gramm, nach dem wir unsere internationale Politik an  
dem Ziel ausrichten, Konflikte zu verhindern und Frie-  
den zu schaffen, indem wir auf Verständigung, inter-  
nationale Solidarität und gemeinsame Sicherheit durch  
Kooperation setzen – ganz im Sinne der Präambel des  
Grundgesetzes, die fordert, dass deutsche Politik “dem  
Frieden der Welt zu dienen” habe.

Aktuelle Konflikte, Krisen und Kriege führen uns dabei  
vor Augen, dass Frieden und Sicherheit selbst da wo sie  
einmal erreicht und belastbar erscheinen, keineswegs  
automatisch von Dauer sind: Frieden und Sicherheit zu  
wahren bleibt andauernde Aufgabe. Ziel von Friedens-  
politik – nach außen wie nach innen – muss es sein,  
in internationaler Kooperation dauerhaft gesellschaft-  
liche, politische und rechtliche Rahmenbedingungen zu  
schaffen, damit Konflikten zum einen präventiv entge-  
gengewirkt wird und zum anderen vorhandene Konflikte  
nicht gewaltsam ausgetragen, sondern zivil gelöst  
werden.

Die Größe, die geographische Lage, die historischen Er-  
fahrungen, Wiedervereinigung, wieder erlangte Souve-  
ränität und die ökonomische Stärke der Bundesrepublik  
Deutschland erfordern eine Debatte über die Außen-  
und Sicherheitspolitik. Dies gilt vor allem im Verhält-  
nis des diesen Begriffen zugeschriebenen Werte-  
und Interessenfundaments. Die Bedeutung der außenpoli-

Nur allzu oft wird ein „mehr“ an außenpolitischem En-  
gagement gleichgesetzt mit militärischen Instrumen-  
ten oder Einsätzen der Bundeswehr. Viele Sozialdemo-  
kratinnen und Sozialdemokraten verstehen jedoch die  
Rolle der Bundesrepublik vor allem – nicht zuletzt aus  
historischer Verantwortung – als Akteur auf ziviler Ebe-  
ne. Zudem lehnt mehr als die Hälfte der deutschen Be-  
völkerung ein stärkeres militärisches Engagement als  
heute praktiziert ab. In der Debatte um den Begriff der

1 außenpolitischen Verantwortung, um den Zusammen-  
 2 hang von Entwicklungspolitik und Konfliktprävention  
 3 und über die Rolle der Bundeswehr stehen wir daher vor  
 4 der Aufgabe, uns als Sozialdemokratie, uns insgesamt  
 5 als Gesellschaft darauf zu einigen, welche Grundsätze  
 6 uns als Akteur aus sozialdemokratischer Perspektive in  
 7 der internationalen Politik leiten.

8  
 9 Zentrale Wegmarken in der Debatte sind für uns, den  
 10 Anspruch auf Gleichheit der Rechte aller Menschen als  
 11 einer Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung und  
 12 den Frieden nicht zu vernachlässigen. Nach unserer Auf-  
 13 fassung müssen gerade in der Außenpolitik Verhand-  
 14 lung, Zusammenarbeit und Diplomatie im Vordergrund  
 15 stehen. Internationale Solidarität muss essenzieller Be-  
 16 standteil deutscher Außenpolitik sein. Auch Entwick-  
 17 lungszusammenarbeit ist als zentrales Instrument der  
 18 Außenpolitik zu begreifen. Diese Eckpfeiler unserer De-  
 19 finition von außenpolitischer Verantwortung bilden da-  
 20 bei einen übergeordneten Rahmen, der im Sinne eines  
 21 ganzheitlichen Ansatzes Handlungsleitfaden und Wert-  
 22 tefundament deutscher Außen- und Sicherheitspolitik  
 23 sein muss.

24  
 25 Angesicht der derzeit geführten Debatte und im Hin-  
 26 blick auf die derzeit sehr komplexen Herausforderun-  
 27 gen durch die Vielzahl an Krisen, Konflikten und Kriegen  
 28 in der Welt befindet sich die deutsche Außenpolitik also  
 29 in einer großen Umbruchphase. Eingerahmt von einem  
 30 vermeintlich allgemeingültigen Narrativ, in dem wirt-  
 31 schaftliche und militärische Stärke einhergehen mit po-  
 32 litischem Einfluss, befinden wir uns in Deutschland in  
 33 einer Debatte um unsere zukünftige Rolle als Akteur in  
 34 der globalen Politik. Wichtig ist dabei, dass Außenpoli-  
 35 tik nicht länger ein „Nischenthema“ unserer Partei sein  
 36 darf, sondern eine zentrale Rolle erhalten muss. Gera-  
 37 de in aktuellen Konfliktlagen können wir zum Teil kein  
 38 einheitliches und klares Konzept erkennen.

39  
 40 Dieser Antrag will einen Beitrag leisten im Diskurs um  
 41 die Bedeutung von Verantwortung der deutschen Poli-  
 42 tik in der internationalen Gemeinschaft. Er will anknüp-  
 43 fen an wegweisende sozialdemokratische Impulse wie  
 44 die Ostpolitik, Wandel durch Annäherung, gemeinsame  
 45 Sicherheit, das Wirken Willy Brandts in der Nord-Süd  
 46 Kommission, das Verständnis von Entwicklungspolitik  
 47 als globale Strukturpolitik und die Etablierung des Po-  
 48 litikfelds der zivilen Krisenprävention. Gleichzeitig for-  
 49 dert der Antrag eine Neujustierung des sozialdemokra-  
 50 tischen außenpolitischen Kompasses: Die europäische  
 51 Integration und das transatlantische Verhältnis bleiben  
 52 für deutsche und europäische Friedenspolitik zentral,  
 53 aber gelingende, globale Friedenspolitik muss neue re-  
 54 gionale und globale Mächte weltweit anders sehen als  
 55 bisher. Nur gemeinsam mit diesen wird eine belastba-  
 56 re und nachhaltige globale Friedensordnung angesichts  
 57 der geschilderten Konflikte und Spannungen Aussicht  
 58 auf Erfolg haben; nicht ohne sie und schon gar nicht ge-  
 59 gen sie. Gerade die deutsche Sozialdemokratie ist gefor-

ausßenpolitischen Verantwortung, um den Zusammen-  
 hang von Entwicklungspolitik und Konfliktprävention  
 und über die Rolle der Bundeswehr stehen wir daher vor  
 der Aufgabe, uns als Sozialdemokratie, uns insgesamt  
 als Gesellschaft darauf zu einigen, welche Grundsätze  
 uns als Akteur aus sozialdemokratischer Perspektive in  
 der internationalen Politik leiten.

Zentrale Wegmarken in der Debatte sind für uns, den  
 Anspruch auf Gleichheit der Rechte aller Menschen als  
 einer Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung und  
 den Frieden nicht zu vernachlässigen. Nach unserer Auf-  
 fassung müssen gerade in der Außenpolitik Verhand-  
 lung, Zusammenarbeit und Diplomatie im Vordergrund  
 stehen. Internationale Solidarität muss essenzieller Be-  
 standteil deutscher Außenpolitik sein. Auch Entwick-  
 lungszusammenarbeit ist als zentrales Instrument der  
 Außenpolitik zu begreifen. Diese Eckpfeiler unserer De-  
 finition von außenpolitischer Verantwortung bilden da-  
 bei einen übergeordneten Rahmen, der im Sinne eines  
 ganzheitlichen Ansatzes Handlungsleitfaden und Wert-  
 tefundament deutscher Außen- und Sicherheitspolitik  
 sein muss.

Angesicht der derzeit geführten Debatte und im Hin-  
 blick auf die derzeit sehr komplexen Herausforderun-  
 gen durch die Vielzahl an Krisen, Konflikten und Kriegen  
 in der Welt befindet sich die deutsche Außenpolitik also  
 in einer großen Umbruchphase. Eingerahmt von einem  
 vermeintlich allgemeingültigen Narrativ, in dem wirt-  
 schaftliche und militärische Stärke einhergehen mit po-  
 litischem Einfluss, befinden wir uns in Deutschland in  
 einer Debatte um unsere zukünftige Rolle als Akteur in  
 der globalen Politik. Wichtig ist dabei, dass Außenpoli-  
 tik nicht länger ein „Nischenthema“ unserer Partei sein  
 darf, sondern eine zentrale Rolle erhalten muss. Gera-  
 de in aktuellen Konfliktlagen können wir zum Teil kein  
 einheitliches und klares Konzept erkennen.

Dieser Antrag will einen Beitrag leisten im Diskurs um  
 die Bedeutung von Verantwortung der deutschen Poli-  
 tik in der internationalen Gemeinschaft. Er will anknüp-  
 fen an wegweisende sozialdemokratische Impulse wie  
 die Ostpolitik, Wandel durch Annäherung, gemeinsame  
 Sicherheit, das Wirken Willy Brandts in der Nord-Süd  
 Kommission, das Verständnis von Entwicklungspolitik  
 als globale Strukturpolitik und die Etablierung des Po-  
 litikfelds der zivilen Krisenprävention. Gleichzeitig for-  
 dert der Antrag eine Neujustierung des sozialdemokra-  
 tischen außenpolitischen Kompasses: Die europäische  
 Integration und das transatlantische Verhältnis bleiben  
 für deutsche und europäische Friedenspolitik zentral,  
 aber gelingende, globale Friedenspolitik muss neue re-  
 gionale und globale Mächte weltweit anders sehen als  
 bisher. Nur gemeinsam mit diesen wird eine belastba-  
 re und nachhaltige globale Friedensordnung angesichts  
 der geschilderten Konflikte und Spannungen Aussicht  
 auf Erfolg haben; nicht ohne sie und schon gar nicht ge-  
 gen sie. Gerade die deutsche Sozialdemokratie ist gefor-

1 dert, diese Einsicht in eine moderne deutsche Außen-  
 2 politik umzusetzen, die alte Stereotype von einer un-  
 3 terentwickelten, "3. Welt" und der globalen Dominanz  
 4 des Westens endlich zu den Akten legt und mit einer ak-  
 5 tualisierten weltpolitischen Landkarte realistische Frie-  
 6 denspolitik betreibt.

7  
 8 Ebenso ist eine Debatte darüber zu führen, inwie-  
 9 weit NATO und EU, die noch aus der Zeit des Kalten  
 10 Kriegs und des Ost-West-Konflikts stammen, für eine  
 11 neue und ausgewogene Sicherheitsarchitektur in Euro-  
 12 pa ausreichen oder ob sie stärker angepasst, fortentwi-  
 13 ckelt oder ergänzt werden müssen.

14  
 15 **2. Zivile Krisenprävention ausbauen!**

16 Als konkreten Ausfluss des unter Ziff. 1 beschriebe-  
 17 nen friedenspolitischen Leitbilds und des überragen-  
 18 den Interesses an einer friedlichen, stabilen und gerech-  
 19 ten Weltordnung in Kombination mit einer besonderen  
 20 Skepsis und Zurückhaltung beim Einsatz militärischer  
 21 Mittel ergibt sich die Notwendigkeit zivile Formen und  
 22 Mittel der Friedensförderung und Krisenprävention ins  
 23 Zentrum der Außenpolitik zu rücken. Während zu Zeiten  
 24 des Kalten Krieges Krisen, Konflikte und Kriege immer  
 25 unter dem Damokles-Schwert einer kriegerischen Kon-  
 26 frontation der beiden Blöcke gesehen wurden, sorgen  
 27 wir uns heute nicht mehr, den einen Frieden zu bewah-  
 28 ren. Wir sorgen uns, an vielen Orten dieser weithin be-  
 29 freiten und doch so unruhigen Welt Frieden überhaupt  
 30 erst wiederherzustellen. Allerdings zeigte dann die Rea-  
 31 lität der Kriege auf dem Balkan, dass vornehmlich ein  
 32 militärisch geprägtes Instrumentarium zur Verfügung  
 33 stand. Die zivilen Mittel, die insbesondere für die Kon-  
 34 solidierung des Friedens benötigt wurden, standen hin-  
 35 gegen kaum zur Verfügung.

36  
 37 Diese Einsicht fand Ausdruck in dem von der rot-  
 38 grünen Bundesregierung verabschiedeten „Gesamt-  
 39 konzept“ (2000) und „ressortübergreifenden Aktions-  
 40 plan (2004) zur "zivilen Krisenprävention, Konfliktlö-  
 41 sung und Friedenskonsolidierung". Diese setzen den  
 42 Rahmen und gaben den Startschuss für die Entwick-  
 43 lung eines neuen Politikfelds und Instrumentariums der  
 44 deutschen Außenpolitik.

45  
 46 Über 10 Jahre nach diesem politischen Aufbruch ist  
 47 die politische Dynamik in dem Politikfeld allerdings  
 48 in weiten Teilen zum Erliegen gekommen. Zudem hat  
 49 sich die Welt in diesem Zeitraum dramatisch verän-  
 50 dert: verändertes Konflikt- und Gewaltgeschehen, eie-  
 51 ner Relativierung des Einflusses des Westens im All-  
 52 gemeinen und der USA im Besonderen, einer welt-  
 53 weiten Finanz- und Wirtschaftskrise, der Schwächung  
 54 der europäischen Integration und der EU sowie dem  
 55 Aufstreben neuer weltpolitischer Mächte. All dies er-  
 56 fordert eine Wiederbelebung und Aktualisierung die-  
 57 ses ur-sozialdemokratischen Politikfelds. Erschwerend  
 58 kommt hinzu, dass die Umsetzung dieses Handlungs-  
 59 feldes durch verschiedene Ministerien erfolgt, was bis

dert, diese Einsicht in eine moderne deutsche Außen-  
 politik umzusetzen, die alte Stereotype von einer un-  
 terentwickelten, "3. Welt" und der globalen Dominanz  
 des Westens endlich zu den Akten legt und mit einer ak-  
 tualisierten weltpolitischen Landkarte realistische Frie-  
 denspolitik betreibt.

Ebenso ist eine Debatte darüber zu führen, inwie-  
 weit NATO und EU, die noch aus der Zeit des Kalten  
 Kriegs und des Ost-West-Konflikts stammen, für eine  
 neue und ausgewogene Sicherheitsarchitektur in Euro-  
 pa ausreichen oder ob sie stärker angepasst, fortentwi-  
 ckelt oder ergänzt werden müssen.

**2. Zivile Krisenprävention ausbauen!**

Als konkreten Ausfluss des unter Ziff. 1 beschriebe-  
 nen friedenspolitischen Leitbilds und des überragen-  
 den Interesses an einer friedlichen, stabilen und gerech-  
 ten Weltordnung in Kombination mit einer besonderen  
 Skepsis und Zurückhaltung beim Einsatz militärischer  
 Mittel ergibt sich die Notwendigkeit zivile Formen und  
 Mittel der Friedensförderung und Krisenprävention ins  
 Zentrum der Außenpolitik zu rücken. Während zu Zeiten  
 des Kalten Krieges Krisen, Konflikte und Kriege immer  
 unter dem Damokles-Schwert einer kriegerischen Kon-  
 frontation der beiden Blöcke gesehen wurden, sorgen  
 wir uns heute nicht mehr, den einen Frieden zu bewah-  
 ren. Wir sorgen uns, an vielen Orten dieser weithin be-  
 freiten und doch so unruhigen Welt Frieden überhaupt  
 erst wiederherzustellen. Allerdings zeigte dann die Rea-  
 lität der Kriege auf dem Balkan, dass vornehmlich ein  
 militärisch geprägtes Instrumentarium zur Verfügung  
 stand. Die zivilen Mittel, die insbesondere für die Kon-  
 solidierung des Friedens benötigt wurden, standen hin-  
 gegen kaum zur Verfügung.

Diese Einsicht fand Ausdruck in dem von der rot-  
 grünen Bundesregierung verabschiedeten „Gesamt-  
 konzept“ (2000) und „ressortübergreifenden Aktions-  
 plan (2004) zur "zivilen Krisenprävention, Konfliktlö-  
 sung und Friedenskonsolidierung". Diese setzen den  
 Rahmen und gaben den Startschuss für die Entwick-  
 lung eines neuen Politikfelds und Instrumentariums der  
 deutschen Außenpolitik.

Über 10 Jahre nach diesem politischen Aufbruch ist  
 die politische Dynamik in dem Politikfeld allerdings  
 in weiten Teilen zum Erliegen gekommen. Zudem hat  
 sich die Welt in diesem Zeitraum dramatisch verän-  
 dert: verändertes Konflikt- und Gewaltgeschehen, eie-  
 ner Relativierung des Einflusses des Westens im All-  
 gemeinen und der USA im Besonderen, einer welt-  
 weiten Finanz- und Wirtschaftskrise, der Schwächung  
 der europäischen Integration und der EU sowie dem  
 Aufstreben neuer weltpolitischer Mächte. All dies er-  
 fordert eine Wiederbelebung und Aktualisierung die-  
 ses ur-sozialdemokratischen Politikfelds. Erschwerend  
 kommt hinzu, dass die Umsetzung dieses Handlungs-  
 feldes durch verschiedene Ministerien erfolgt, was bis

1 heute oft zu einem inkohärenten Gesamtansatz führt.  
 2  
 3 Wir fordern:  
 4 • die Entwicklung einer ressortübergreifenden Strategie für Friedensförderung und Krisenprävention, die den bisherigen Aktionsplan ersetzt und im Gegensatz zu diesem klare, politische Prioritäten setzt und entsprechende Mittelzuweisungen begründet;  
 5  
 6 • die Überprüfung der bisherigen Zusammenarbeit der relevanten Ministerien und Behörden und die Schaffung effektiver ressortübergreifender Strukturen und Instrumente zur Friedensförderung;  
 7  
 8 • eine deutliche Ausweitung des finanziellen, personellen und politischen Engagements für Friedensförderung und Krisenprävention;  
 9  
 10 • eine zeitgemäße Neubestimmung unseres multilateralen Engagements zur Friedensförderung. Dieses muss (a) die Vereinten Nationen endlich wirklich ins Zentrum stellen und diese systematisch stärken und (b) das partnerschaftliche Verhältnis vor allem innerhalb der EU und im Transatlantischen Verhältnis neu beleben. All dies wird hingegen wenig bewirken, wenn deutsche Außenpolitik nicht auch endlich (c) aktiv neue Partnerschaften zur Friedensförderung mit aufstrebenden Mächten weltweit schließt im Sinne einer (hier besteht der aktuell größte Handlungsbedarf im Sinne der unter 1. geforderten) Neujustierung des sozialdemokratischen außenpolitischen Kompasses.  
 11  
 12 • eine Stärkung der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit und ihrer konfliktensiblen Ausrichtung, als zentralem Instrument einer strukturellen Krisenprävention, die an wesentlichen systemischen Konfliktursachen wie Armut, sozioökonomische Disparitäten und mangelnden Zugang zu staatlichen Leistungen der Daseinsvorsorge ansetzen kann. In diesem Sinne muss die Realisierung des Ziels 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, endlich umgesetzt werden.  
 13  
 14 • eine Ausweitung von Forschung und Evaluierung zu Konfliktursachen und -lösungen aus globaler und lokaler Sicht sowie die Einbeziehung der modernen Formen von Gewalt (Terror, hybride Kriege, virtuelle Kriegsführung) in diese Forschungen, um so erfolgreiche friedenspolitische Instrumente entwickeln zu können. Zudem fordern wir die Verstärkung der Regionalstudien an Forschungseinrichtungen zur Erhaltung und Entwicklung unserer Kompetenz in internationalen Fragen.  
 15  
 16 • eine verstärkte Zusammenarbeit der relevanten Bundesministerien und der Bildungsministerien der Länder mit der Friedensbewegung in Deutschland (z.B. mit der Kooperation für den Frieden = Dachverband von über 60 Organisationen und Initiativen) mit dem Ziel, die Arbeit dieser Gruppen zu stärken und für die Entwicklung einer Friedenskultur innerhalb Deutschlands zu nutzen.  
 17  
 18  
 19  
 20  
 21  
 22  
 23  
 24  
 25  
 26  
 27  
 28  
 29  
 30  
 31  
 32  
 33  
 34  
 35  
 36  
 37  
 38  
 39  
 40  
 41  
 42  
 43  
 44  
 45  
 46  
 47  
 48  
 49  
 50  
 51  
 52  
 53  
 54  
 55  
 56  
 57  
 58  
 59

heute oft zu einem inkohärenten Gesamtansatz führt.  
 Wir fordern:  
 • die Entwicklung einer ressortübergreifenden Strategie für Friedensförderung und Krisenprävention, die den bisherigen Aktionsplan ersetzt und im Gegensatz zu diesem klare, politische Prioritäten setzt und entsprechende Mittelzuweisungen begründet;  
 • die Überprüfung der bisherigen Zusammenarbeit der relevanten Ministerien und Behörden und die Schaffung effektiver ressortübergreifender Strukturen und Instrumente zur Friedensförderung;  
 • eine deutliche Ausweitung des finanziellen, personellen und politischen Engagements für Friedensförderung und Krisenprävention;  
 • eine zeitgemäße Neubestimmung unseres multilateralen Engagements zur Friedensförderung. Dieses muss (a) die Vereinten Nationen endlich wirklich ins Zentrum stellen und diese systematisch stärken und (b) das partnerschaftliche Verhältnis vor allem innerhalb der EU und im Transatlantischen Verhältnis neu beleben. All dies wird hingegen wenig bewirken, wenn deutsche Außenpolitik nicht auch endlich (c) aktiv neue Partnerschaften zur Friedensförderung mit aufstrebenden Mächten weltweit schließt im Sinne einer (hier besteht der aktuell größte Handlungsbedarf im Sinne der unter 1. geforderten) Neujustierung des sozialdemokratischen außenpolitischen Kompasses.  
 • eine Stärkung der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit und ihrer konfliktensiblen Ausrichtung, als zentralem Instrument einer strukturellen Krisenprävention, die an wesentlichen systemischen Konfliktursachen wie Armut, sozioökonomische Disparitäten und mangelnden Zugang zu staatlichen Leistungen der Daseinsvorsorge ansetzen kann. In diesem Sinne muss die Realisierung des Ziels 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, endlich umgesetzt werden.  
 • eine Ausweitung von Forschung und Evaluierung zu Konfliktursachen und -lösungen aus globaler und lokaler Sicht sowie die Einbeziehung der modernen Formen von Gewalt (Terror, hybride Kriege, virtuelle Kriegsführung) in diese Forschungen, um so erfolgreiche friedenspolitische Instrumente entwickeln zu können. Zudem fordern wir die Verstärkung der Regionalstudien an Forschungseinrichtungen zur Erhaltung und Entwicklung unserer Kompetenz in internationalen Fragen.  
 • eine verstärkte Zusammenarbeit der relevanten Bundesministerien und der Bildungsministerien der Länder mit der Friedensbewegung in Deutschland (z.B. mit der Kooperation für den Frieden = Dachverband von über 60 Organisationen und Initiativen) mit dem Ziel, die Arbeit dieser Gruppen zu stärken und für die Entwicklung einer Friedenskultur innerhalb Deutschlands zu nutzen.

1 Dazu gehört, der Bevölkerung die Alternativen zu mi-  
 2 litärischen Mitteln und die Potenziale gewaltfreier, zi-  
 3 viler Konfliktbearbeitung besser bekannt zu machen.  
 4 Ein wichtiger Ansatz ist dabei, die Friedenserziehung  
 5 in Schulen und in der Erwachsenenbildung zu för-  
 6 dern. Deshalb sind bei der Gestaltung von Lehrplä-  
 7 nen, der Unterrichtsgestaltung und der Lehreraus- und  
 8 -Fortbildung Friedensorganisationen zu beteiligen.

9  
 10 **3. Internationale Organisationen stärken und strate-**  
 11 **gisch austarieren!**

12 Sozialdemokratische Außenpolitik hat immer ein star-  
 13 kes Bekenntnis zur Einbettung in internationale Organi-  
 14 sationen umfasst. Zu recht! Dieser grundlegende Kons-  
 15 sens ist jedoch bislang noch nicht genügend konkreti-  
 16 siert worden. Insbesondere eine Gewichtung und be-  
 17 wusste Priorisierung des Engagements in den verschie-  
 18 denen Organisationen ist bisher noch nicht erfolgt. Da-  
 19 bei ist dies nicht zuletzt angesichts von Widersprüchen  
 20 hinsichtlich der Funktionsweise der verschiedenen In-  
 21 stitutionen und einer teilweise bestehenden Konkur-  
 22 renz zwischen diesen Organisationen dringend gebo-  
 23 ten. Ein sozialdemokratisch begründeter Institutionen-  
 24 Mix kann hier nur ansatzweise skizziert werden, müs-  
 25 ste aber dringend in einer friedenspolitischen Strategie  
 26 (siehe 2.) ausbuchstabiert werden. Basis für den im Fol-  
 27 genden skizzierten Institutionenmix ist die sozialdemo-  
 28 kratische Leitidee gemeinsamer Sicherheit. Aus ihr er-  
 29 gibt sich, dass es gerade für den Einsatz von notfalls  
 30 zwangs- oder gar gewaltbewehrten Politiken (Sanktio-  
 31 nen, friedensichernde oder gar friedenerzwingende Ein-  
 32 sätze) eine klare Präferenz für UN und OSZE geben  
 33 muss, die hinsichtlich der Zusammensetzung ihrer Mit-  
 34 glieder, einen "übergreifenden" Charakter haben. Dem  
 35 gegenüber handeln sowohl EU als auch NATO bei Ein-  
 36 sätzen außerhalb der Grenzen ihrer Mitgliedstaaten ge-  
 37 rade nicht im Sinne kollektiver Sicherheitssysteme –  
 38 wenngleich die Bedeutung der EU über diesen Aspekt  
 39 hinausgeht, sondern schlicht und ergreifend als externe  
 40 Akteure. Dem entsprechend ist es angezeigt, dass die-  
 41 se Organisationen ihre Fähigkeiten und Ressourcen im  
 42 Rahmen von UN und OSZE zur Verfügung stellen und  
 43 nicht etwa versuchen, ein Pendant hierzu zu bilden.

44  
 45 Eine internationale Sicherheitspolitik muss darüber  
 46 hinaus aber nach wie vor das Ziel haben, eine Welt ohne  
 47 Atomwaffen zu schaffen. Insoweit sind politische Pro-  
 48 zesse die zu einer Reduzierung der Atomwaffen führen,  
 49 grundsätzlich ein richtiger Schritt, können und dürfen  
 50 aber nicht das letztendliche Ziel sein. Die Folgen der  
 51 Atomwaffenpolitik zeigen sich gerade nach dem Ende  
 52 des kalten Krieges deutlich in der stetig wachsenden  
 53 Verbreitung dieser Massenvernichtungswaffen, insbe-  
 54 sondere in Staaten, deren politisches Umfeld als durch-  
 55 aus schwierig anzusehen ist.

56  
 57 Wir fordern:

- 58 • Vereinte Nationen – Sicherheitsrat und Blauhelme:
- 59 Im Kern der globalen Friedens- und Sicherheits-

Dazu gehört, der Bevölkerung die Alternativen zu mi-  
 litärischen Mitteln und die Potenziale gewaltfreier, zi-  
 viler Konfliktbearbeitung besser bekannt zu machen.  
 Ein wichtiger Ansatz ist dabei, die Friedenserziehung  
 in Schulen und in der Erwachsenenbildung zu för-  
 dern. Deshalb sind bei der Gestaltung von Lehrplä-  
 nen, der Unterrichtsgestaltung und der Lehreraus- und  
 -Fortbildung Friedensorganisationen zu beteiligen.

**3. Internationale Organisationen stärken und strate-**  
**gisch austarieren!**

Sozialdemokratische Außenpolitik hat immer ein star-  
 kes Bekenntnis zur Einbettung in internationale Organi-  
 sationen umfasst. Zu recht! Dieser grundlegende Kons-  
 sens ist jedoch bislang noch nicht genügend konkreti-  
 siert worden. Insbesondere eine Gewichtung und be-  
 wusste Priorisierung des Engagements in den verschie-  
 denen Organisationen ist bisher noch nicht erfolgt. Da-  
 bei ist dies nicht zuletzt angesichts von Widersprüchen  
 hinsichtlich der Funktionsweise der verschiedenen In-  
 stitutionen und einer teilweise bestehenden Konkur-  
 renz zwischen diesen Organisationen dringend gebo-  
 ten. Ein sozialdemokratisch begründeter Institutionen-  
 Mix kann hier nur ansatzweise skizziert werden, müs-  
 ste aber dringend in einer friedenspolitischen Strategie  
 (siehe 2.) ausbuchstabiert werden. Basis für den im Fol-  
 genden skizzierten Institutionenmix ist die sozialdemo-  
 kratische Leitidee gemeinsamer Sicherheit. Aus ihr er-  
 gibt sich, dass es gerade für den Einsatz von notfalls  
 zwangs- oder gar gewaltbewehrten Politiken (Sanktio-  
 nen, friedensichernde oder gar friedenerzwingende Ein-  
 sätze) eine klare Präferenz für UN und OSZE geben  
 muss, die hinsichtlich der Zusammensetzung ihrer Mit-  
 glieder, einen "übergreifenden" Charakter haben. Dem  
 gegenüber handeln sowohl EU als auch NATO bei Ein-  
 sätzen außerhalb der Grenzen ihrer Mitgliedstaaten ge-  
 rade nicht im Sinne kollektiver Sicherheitssysteme –  
 wenngleich die Bedeutung der EU über diesen Aspekt  
 hinausgeht, sondern schlicht und ergreifend als externe  
 Akteure. Dem entsprechend ist es angezeigt, dass die-  
 se Organisationen ihre Fähigkeiten und Ressourcen im  
 Rahmen von UN und OSZE zur Verfügung stellen und  
 nicht etwa versuchen, ein Pendant hierzu zu bilden.

Eine internationale Sicherheitspolitik muss darüber  
 hinaus aber nach wie vor das Ziel haben, eine Welt ohne  
 Atomwaffen zu schaffen. Insoweit sind politische Pro-  
 zesse die zu einer Reduzierung der Atomwaffen führen,  
 grundsätzlich ein richtiger Schritt, können und dürfen  
 aber nicht das letztendliche Ziel sein. Die Folgen der  
 Atomwaffenpolitik zeigen sich gerade nach dem Ende  
 des kalten Krieges deutlich in der stetig wachsenden  
 Verbreitung dieser Massenvernichtungswaffen, insbe-  
 sondere in Staaten, deren politisches Umfeld als durch-  
 aus schwierig anzusehen ist.

Wir fordern:

- Vereinte Nationen – Sicherheitsrat und Blauhelme:
- Im Kern der globalen Friedens- und Sicherheits-

1 architektur müssen die Vereinten Nationen ste-  
 2 hen, deren universeller Charakter vor allem für die  
 3 notwendige Neutralität von Friedensmissionen Ge-  
 4 währ bietet. Sie sollten der primäre organisatori-  
 5 sche und legitimatorische Bezugsrahmen für sol-  
 6 che Missionen und alle grundlegenden Fragen von  
 7 Krieg und Frieden bleiben, wenngleich auch re-  
 8 gionale Organisationen eine wichtige Rolle spielen  
 9 sollten. Die Reform der Vereinten Nationen ist von  
 10 zentraler Bedeutung um ihre Legitimität und Ef-  
 11 fektivität zu stärken. Eine ständige Mitgliedschaft  
 12 Deutschlands im Sicherheitsrat sollte nicht länger  
 13 im Zentrum des Reformengagements stehen.

14 • OSZE – Vertrauensbildung und Beobachtermissio-  
 15 nen für gemeinsame Sicherheit: Für die europäi-  
 16 sche Sicherheit würde es als zweites gelten, die  
 17 OSZE wiederzubeleben, so dass sie einen Rahmen  
 18 für gemeinsame Sicherheit bieten kann, der so-  
 19 wohl NATO-Mitglieder, EU-Mitglieder als auch sol-  
 20 che Staaten in Europa umfasst, die in keiner der bei-  
 21 den Organisationen Mitglied sind.

22 • EU – Europäischer Auswärtiger Dienst und Entwick-  
 23 lungszusammenarbeit: Die Europäische Union soll-  
 24 te vor allem ihr ziviles und entwicklungspolitisches  
 25 Instrumentarium im internationalen Konfliktma-  
 26 nagement weiterentwickeln. Im Zentrum sollte der  
 27 EEAS stehen, der eine wirklich gemeinsame Außen-  
 28 und Sicherheitspolitik entwickeln und durchsetzen  
 29 soll. Europäische militärische Fähigkeiten sollten  
 30 primär für UN- oder OSZE Missionen geführte Mis-  
 31 sionen bereitgestellt werden, an Stelle der bisher  
 32 oftmals favorisierten EU-geführten Missionen. Die  
 33 friedenspolitische Kernlogik der EU bleibt aber die  
 34 Sicherung des dauerhaften Friedens zwischen ihren  
 35 Mitgliedstaaten, die uns zwar mittlerweile häufig  
 36 selbstverständlich erscheint, dies aber keineswegs  
 37 ist.

38 • NATO – Risikoversicherung und transatlantische  
 39 Einbettung: Der NATO würde schließlich vor allem  
 40 die Rolle einer Versicherung zukommen, die mög-  
 41 lichst nicht zum Einsatz kommen sollte. Zudem  
 42 könnte sie Fähigkeiten und Know-how für Friedens-  
 43 missionen von OSZE und UN bereitstellen und wä-  
 44 re weiterhin der passende Ort für den intensiven  
 45 transatlantischen Sicherheitsdialog.

46 • Die SPD bekräftigt, dass ein Ziel der internationa-  
 47 len Abrüstungspolitik der globale Verzicht und die  
 48 entsprechende Abschaffung von Atomwaffen sein  
 49 muss. Die Reduzierung von Atomwaffen auf Null ist  
 50 insoweit lediglich der Weg, nicht das Ziel einer sol-  
 51 chen Politik. Der Bundesvorstand der SPD, die SPD-  
 52 Fraktion im Deutschen Bundestag und die sozialde-  
 53 mokratische Mitglieder der Bundesregierung wer-  
 54 den diese Politik im Rahmen ihrer Zuständigkeiten  
 55 und Verantwortung verfolgen.

57 **4. Konfliktursachen bekämpfen: strengere Auflagen für**  
 58 **die Rohstoffpolitik, wirtschaftliche Ungleichheiten glo-**  
 59 **bal abbauen**

architektur müssen die Vereinten Nationen ste-  
 hen, deren universeller Charakter vor allem für die  
 notwendige Neutralität von Friedensmissionen Ge-  
 währ bietet. Sie sollten der primäre organisatori-  
 sche und legitimatorische Bezugsrahmen für sol-  
 che Missionen und alle grundlegenden Fragen von  
 Krieg und Frieden bleiben, wenngleich auch re-  
 gionale Organisationen eine wichtige Rolle spielen  
 sollten. Die Reform der Vereinten Nationen ist von  
 zentraler Bedeutung um ihre Legitimität und Ef-  
 fektivität zu stärken. Eine ständige Mitgliedschaft  
 Deutschlands im Sicherheitsrat sollte nicht länger  
 im Zentrum des Reformengagements stehen.

• OSZE – Vertrauensbildung und Beobachtermissio-  
 nen für gemeinsame Sicherheit: Für die europäi-  
 sche Sicherheit würde es als zweites gelten, die  
 OSZE wiederzubeleben, so dass sie einen Rahmen  
 für gemeinsame Sicherheit bieten kann, der so-  
 wohl NATO-Mitglieder, EU-Mitglieder als auch sol-  
 che Staaten in Europa umfasst, die in keiner der bei-  
 den Organisationen Mitglied sind.

• EU – Europäischer Auswärtiger Dienst und Entwick-  
 lungszusammenarbeit: Die Europäische Union soll-  
 te vor allem ihr ziviles und entwicklungspolitisches  
 Instrumentarium im internationalen Konfliktma-  
 nagement weiterentwickeln. Im Zentrum sollte der  
 EEAS stehen, der eine wirklich gemeinsame Außen-  
 und Sicherheitspolitik entwickeln und durchsetzen  
 soll. Europäische militärische Fähigkeiten sollten  
 primär für UN- oder OSZE Missionen geführte Mis-  
 sionen bereitgestellt werden, an Stelle der bisher  
 oftmals favorisierten EU-geführten Missionen. Die  
 friedenspolitische Kernlogik der EU bleibt aber die  
 Sicherung des dauerhaften Friedens zwischen ihren  
 Mitgliedstaaten, die uns zwar mittlerweile häufig  
 selbstverständlich erscheint, dies aber keineswegs  
 ist.

• NATO – Risikoversicherung und transatlantische  
 Einbettung: Der NATO würde schließlich vor allem  
 die Rolle einer Versicherung zukommen, die mög-  
 lichst nicht zum Einsatz kommen sollte. Zudem  
 könnte sie Fähigkeiten und Know-how für Friedens-  
 missionen von OSZE und UN bereitstellen und wä-  
 re weiterhin der passende Ort für den intensiven  
 transatlantischen Sicherheitsdialog.

• Die SPD bekräftigt, dass ein Ziel der internationa-  
 len Abrüstungspolitik der globale Verzicht und die  
 entsprechende Abschaffung von Atomwaffen sein  
 muss. Die Reduzierung von Atomwaffen auf Null ist  
 insoweit lediglich der Weg, nicht das Ziel einer sol-  
 chen Politik. Der Bundesvorstand der SPD, die SPD-  
 Fraktion im Deutschen Bundestag und die sozialde-  
 mokratische Mitglieder der Bundesregierung wer-  
 den diese Politik im Rahmen ihrer Zuständigkeiten  
 und Verantwortung verfolgen.

**4. Konfliktursachen bekämpfen: strengere Auflagen für**  
**die Rohstoffpolitik, wirtschaftliche Ungleichheiten glo-**  
**bal abbauen**

1 Konflikte haben vielfältige Ursachen. Der Abbau von  
2 Rohstoffen steht dabei häufig nicht im Fokus der Ana-  
3 lyse. Viele Konflikte lassen sich aber auf den Rohstoff-  
4 hunger der modernen globalen Gesellschaft zurückfüh-  
5 ren. Aus diesem Grund und aus sozialer und ökologi-  
6 scher Verantwortung heraus, muss die Rohstoffpolitik  
7 ein wichtiger Eckpfeiler einer erfolgreichen Außenpoli-  
8 tik sein.

9  
10 Die deutsche Wirtschaft ist, wie die der meisten west-  
11 lichen Staaten, bei der Herstellung ihrer Produkte auf  
12 eine Fülle an Rohstoffen aus aller Welt angewiesen. In-  
13 ternationale Konzerne verkaufen dem deutschen Ver-  
14 braucher ihre Produkte, deren Herstellung besonders  
15 im Elektronik- und Kommunikationsbereich von einer  
16 Vielzahl wertvoller Rohstoffe abhängt. Durch die hohe  
17 Nachfrage nach diesen Produkten tragen auch deutsche  
18 Firmen und die Bundesregierung eine unternehmeri-  
19 sche und politische Mitverantwortung für die Folgen  
20 des Abbaus dieser mineralischen und energetischen  
21 Rohstoffe.

22  
23 Im Jahre 2010 formulierte das Bundesministerium für  
24 Wirtschaft und Technologie die eigene Rohstoffstrate-  
25 gie wie folgt: „dass nachhaltige Entwicklung sowie wirt-  
26 schaftlicher und sozialer Fortschritt ohne gute Regie-  
27 rungsführung, ohne Achtung der Menschenrechte und  
28 ohne Beachtung ökologischer und sozialer Standards  
29 nicht möglich ist.“ (BMWi 2010).

30  
31 Daher gilt es, den augenblicklichen Verbrauch ökologi-  
32 scher und sozialer zu gestalten. Das Beispiel eines Mo-  
33 biltelefons, in welchem bis zu 60 verschiedene wert-  
34 volle Rohstoffe verarbeitet werden, von verschiedenen  
35 Kunststoffen bis hin zu Kupfer, Gold und einer großen  
36 Anzahl Seltener Erden, verdeutlicht das Ausmaß der Lie-  
37 ferketten und die Komplexität, mit der man sich kon-  
38 frontiert sieht, wenn es um eine Regulierung und Prü-  
39 fung der Rohstoffe geht.

40  
41 Der Abbau der Seltenen Erden ist in den meisten Fällen  
42 mit gravierenden Folgen für Mensch und Natur verbun-  
43 den. Oft werden die Erze durch Behandlung mit Laugen  
44 oder Säuren aufgeschlossen. Diese und andere Verfah-  
45 ren stellen eine Gefahr für das Grundwasser dar und  
46 können auch zum Austritt von schädlicher radioakti-  
47 ver Strahlung führen. Es bedarf der Einhaltung globaler  
48 Umweltgrenzen des Rohstoffverbrauchs und ein ökolo-  
49 gisches Umsteuern, um Mensch und Natur effektiv zu  
50 schützen.

51  
52 Beispiele aus dem Kongo oder Peru machen die soziale  
53 Komponente der Rohstoffpolitik deutlich. So finanzia-  
54 ren sich die Konfliktparteien im Kongo durch den Ver-  
55 kauf von Tantal (auch Coltan genannt), Wolfram, Zinn  
56 und Gold. In Peru häufen sich die Fälle sozialer Unru-  
57 hen, die teilweise zu schweren Ausschreitungen mit To-  
58 ten führen, da der Abbau von Gold in den umliegen-  
59 den Regionen die lokale Landwirtschaft und die Was-

Konflikte haben vielfältige Ursachen. Der Abbau von  
Rohstoffen steht dabei häufig nicht im Fokus der Ana-  
lyse. Viele Konflikte lassen sich aber auf den Rohstoff-  
hunger der modernen globalen Gesellschaft zurückfüh-  
ren. Aus diesem Grund und aus sozialer und ökologi-  
scher Verantwortung heraus, muss die Rohstoffpolitik  
ein wichtiger Eckpfeiler einer erfolgreichen Außenpoli-  
tik sein.

Die deutsche Wirtschaft ist, wie die der meisten west-  
lichen Staaten, bei der Herstellung ihrer Produkte auf  
eine Fülle an Rohstoffen aus aller Welt angewiesen. In-  
ternationale Konzerne verkaufen dem deutschen Ver-  
braucher ihre Produkte, deren Herstellung besonders  
im Elektronik- und Kommunikationsbereich von einer  
Vielzahl wertvoller Rohstoffe abhängt. Durch die hohe  
Nachfrage nach diesen Produkten tragen auch deutsche  
Firmen und die Bundesregierung eine unternehmeri-  
sche und politische Mitverantwortung für die Folgen  
des Abbaus dieser mineralischen und energetischen  
Rohstoffe.

Im Jahre 2010 formulierte das Bundesministerium für  
Wirtschaft und Technologie die eigene Rohstoffstrate-  
gie wie folgt: „dass nachhaltige Entwicklung sowie wirt-  
schaftlicher und sozialer Fortschritt ohne gute Regie-  
rungsführung, ohne Achtung der Menschenrechte und  
ohne Beachtung ökologischer und sozialer Standards  
nicht möglich ist.“ (BMWi 2010).

Daher gilt es, den augenblicklichen Verbrauch ökologi-  
scher und sozialer zu gestalten. Das Beispiel eines Mo-  
biltelefons, in welchem bis zu 60 verschiedene wert-  
volle Rohstoffe verarbeitet werden, von verschiedenen  
Kunststoffen bis hin zu Kupfer, Gold und einer großen  
Anzahl Seltener Erden, verdeutlicht das Ausmaß der Lie-  
ferketten und die Komplexität, mit der man sich kon-  
frontiert sieht, wenn es um eine Regulierung und Prü-  
fung der Rohstoffe geht.

Der Abbau der Seltenen Erden ist in den meisten Fällen  
mit gravierenden Folgen für Mensch und Natur verbun-  
den. Oft werden die Erze durch Behandlung mit Laugen  
oder Säuren aufgeschlossen. Diese und andere Verfah-  
ren stellen eine Gefahr für das Grundwasser dar und  
können auch zum Austritt von schädlicher radioakti-  
ver Strahlung führen. Es bedarf der Einhaltung globaler  
Umweltgrenzen des Rohstoffverbrauchs und ein ökolo-  
gisches Umsteuern, um Mensch und Natur effektiv zu  
schützen.

Beispiele aus dem Kongo oder Peru machen die soziale  
Komponente der Rohstoffpolitik deutlich. So finanzia-  
ren sich die Konfliktparteien im Kongo durch den Ver-  
kauf von Tantal (auch Coltan genannt), Wolfram, Zinn  
und Gold. In Peru häufen sich die Fälle sozialer Unru-  
hen, die teilweise zu schweren Ausschreitungen mit To-  
ten führen, da der Abbau von Gold in den umliegen-  
den Regionen die lokale Landwirtschaft und die Was-



1 serversorgung der Bevölkerung bedroht. Dass die benö-  
 2 tigten Rohstoffe oft aus Konfliktgebieten kommen, soll-  
 3 te nicht hingenommen werden. Erschwerend kommt  
 4 hinzu, dass Opfer dieser Menschenrechtsverletzungen  
 5 und ökologischen Katastrophen in Europa oft kein Kla-  
 6 gerecht besitzen und es somit in der Verantwortung der  
 7 deutschen Politik liegt, gegen diese Verhältnisse recht-  
 8 lich vorzugehen.

9  
 10 Es gibt durchaus Möglichkeiten die Herkunft von Roh-  
 11 stoffen trotz einer langen Verarbeitungskette nachzu-  
 12 verfolgen. Auf diese Weise können Unternehmen die  
 13 Lieferketten oft bis nach Asien überprüfen und die  
 14 Schmelzen dazu anhalten, keine Rohstoffe aus Konflikt-  
 15 regionen zu verarbeiten. Der Dodd-Frank Wall Street Re-  
 16 form and Consumer Protection Act in den USA macht  
 17 vor, wie die Industrie zu solch einer Selbstüberprüfung  
 18 angehalten werden kann. Zwar regional auf den Kongo  
 19 und seine Nachbarstaaten begrenzt, macht dieser deut-  
 20 lich, wie Unternehmen besonders aus Prestige Gründen  
 21 dazu gebracht werden können, ihren Rohstoffkonsum  
 22 sozialverträglicher zu gestalten.

23  
 24 In Deutschland liegt es in der Hand der Bundesregie-  
 25 rung ihrer Verantwortung gerecht werden. Unterneh-  
 26 men sollten garantieren müssen, dass sie die Men-  
 27 schenrechte bei der Herstellung ihrer Produkte und der  
 28 Beschaffung der benötigten Rohstoffe wahren. In die-  
 29 se und andere Schritte sind nicht nur die Industrie, son-  
 30 dern auch gesellschaftliche Akteure einzubeziehen.

31  
 32 Viele (regionale) Konflikte haben fehlende oder unter-  
 33 schiedliche wirtschaftliche Perspektiven zur Ursache.  
 34 Deutsche Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik müs-  
 35 sen mithelfen, Konfliktursachen zu vermeiden oder zu  
 36 verringern. Mit der "Post 2015-Agenda" wurde der An-  
 37 spruch formuliert, eine nachhaltige Entwicklung mit  
 38 sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Dimension  
 39 für alle Länder global zu gestalten. Dieser Ansatz muss  
 40 sich in allen Politikbereichen widerspiegeln. Die dort  
 41 formulierten Ziele gehen von der Armutsbekämpfung  
 42 über Ernährungssicherheit, Gesundheit, Bildung, Ge-  
 43 schlechtergerechtigkeit, Verfügbarkeit von Wasser und  
 44 Sanitärversorgung, Energiesicherheit bis zu nachhalti-  
 45 gem Wirtschaftswachstum bei Vollbeschäftigung und  
 46 gesicherter guter Arbeit, Infrastruktur mit nachhal-  
 47 tiger Industrialisierung, einem Abbau von Ungleich-  
 48 heit innerhalb und zwischen den Staaten, nachhalti-  
 49 gem Siedlungs- und Städtebau, nachhaltigem Konsum-  
 50 und Produktionsmuster. Bekämpfung des Klimawan-  
 51 dels, nachhaltiger Meeresschutz. Schutz und nachhalti-  
 52 ge Nutzung der Landökosysteme. friedliche und inklu-  
 53 sive Gesellschaftsformen verbunden mit rechtsstaatli-  
 54 chem Schutz sowie globale Partnerschaft für eine nach-  
 55 haltige Entwicklung. Diese Ziele müssen Leitlinie des  
 56 Regierungshandelns sein. Dies schließt mit ein, dass  
 57 Wirtschaftspolitik nicht einseitig auf Wettbewerbsfä-  
 58 higkeit und Standortwettbewerb zulasten anderer Län-  
 59 der und Regionen setzen darf.

serversorgung der Bevölkerung bedroht. Dass die benö-  
 tigten Rohstoffe oft aus Konfliktgebieten kommen, soll-  
 te nicht hingenommen werden. Erschwerend kommt  
 hinzu, dass Opfer dieser Menschenrechtsverletzungen  
 und ökologischen Katastrophen in Europa oft kein Kla-  
 gerecht besitzen und es somit in der Verantwortung der  
 deutschen Politik liegt, gegen diese Verhältnisse recht-  
 lich vorzugehen.

Es gibt durchaus Möglichkeiten die Herkunft von Roh-  
 stoffen trotz einer langen Verarbeitungskette nachzu-  
 verfolgen. Auf diese Weise können Unternehmen die  
 Lieferketten oft bis nach Asien überprüfen und die  
 Schmelzen dazu anhalten, keine Rohstoffe aus Konflikt-  
 regionen zu verarbeiten. Der Dodd-Frank Wall Street Re-  
 form and Consumer Protection Act in den USA macht  
 vor, wie die Industrie zu solch einer Selbstüberprüfung  
 angehalten werden kann. Zwar regional auf den Kongo  
 und seine Nachbarstaaten begrenzt, macht dieser deut-  
 lich, wie Unternehmen besonders aus Prestige Gründen  
 dazu gebracht werden können, ihren Rohstoffkonsum  
 sozialverträglicher zu gestalten.

In Deutschland liegt es in der Hand der Bundesregie-  
 rung ihrer Verantwortung gerecht werden. Unterneh-  
 men sollten garantieren müssen, dass sie die Men-  
 schenrechte bei der Herstellung ihrer Produkte und der  
 Beschaffung der benötigten Rohstoffe wahren. In die-  
 se und andere Schritte sind nicht nur die Industrie, son-  
 dern auch gesellschaftliche Akteure einzubeziehen.

Viele (regionale) Konflikte haben fehlende oder unter-  
 schiedliche wirtschaftliche Perspektiven zur Ursache.  
 Deutsche Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik müs-  
 sen mithelfen, Konfliktursachen zu vermeiden oder zu  
 verringern. Mit der "Post 2015-Agenda" wurde der An-  
 spruch formuliert, eine nachhaltige Entwicklung mit  
 sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Dimension  
 für alle Länder global zu gestalten. Dieser Ansatz muss  
 sich in allen Politikbereichen widerspiegeln. Die dort  
 formulierten Ziele gehen von der Armutsbekämpfung  
 über Ernährungssicherheit, Gesundheit, Bildung, Ge-  
 schlechtergerechtigkeit, Verfügbarkeit von Wasser und  
 Sanitärversorgung, Energiesicherheit bis zu nachhalti-  
 gem Wirtschaftswachstum bei Vollbeschäftigung und  
 gesicherter guter Arbeit, Infrastruktur mit nachhal-  
 tiger Industrialisierung, einem Abbau von Ungleich-  
 heit innerhalb und zwischen den Staaten, nachhalti-  
 gem Siedlungs- und Städtebau, nachhaltigem Konsum-  
 und Produktionsmuster. Bekämpfung des Klimawan-  
 dels, nachhaltiger Meeresschutz. Schutz und nachhalti-  
 ge Nutzung der Landökosysteme. friedliche und inklu-  
 sive Gesellschaftsformen verbunden mit rechtsstaatli-  
 chem Schutz sowie globale Partnerschaft für eine nach-  
 haltige Entwicklung. Diese Ziele müssen Leitlinie des  
 Regierungshandelns sein. Dies schließt mit ein, dass  
 Wirtschaftspolitik nicht einseitig auf Wettbewerbsfä-  
 higkeit und Standortwettbewerb zulasten anderer Län-  
 der und Regionen setzen darf.

- 1  
2 Wir fordern:
- 3 • Die Aufnahme von verbindlichen, international aner-
  - 4 kannte Sozial- und Umweltstandards wie die ILO-
  - 5 Kernarbeitsnormen in sämtliche Handelsabkom-
  - 6 men inklusive des Streikrechts als zentralen Be-
  - 7 standteil der Vereinigungsfreiheit.
  - 8 • Verpflichtende Zertifizierungen für Konflikt-
  - 9 mineralien sowie strenge Sorgfaltsprüfungen
  - 10 der Lieferkette ab der Mine bis zum Verbrau-
  - 11 cher/Verbraucherin.
  - 12 • Für eine gesellschaftsnahe Rohstoffpolitik sollen zi-
  - 13 vilgesellschaftliche Gruppen und NGOs ein Bera-
  - 14 tungsrecht im Rohstoffausschuss der Bundesregie-
  - 15 rung erhalten.
  - 16 • Opfern von Menschenrechtsverletzungen, die deut-
  - 17 sche Unternehmen oder ihre Tochtergesellschaften
  - 18 zu verantworten haben, soll die Möglichkeit gege-
  - 19 ben werden, in Deutschland ihr Recht auf Entschä-
  - 20 digung geltend zu machen.
  - 21 • Eine nachhaltige und strukturierte Umsetzung der
  - 22 in der Post 2015-Agenda formulierten Ziele durch
  - 23 die Bundesregierung.

24  
25 **5. Schutzverantwortung wahrnehmen!**

26 Die Debatte um die Frage, ob und wann von außen in ei-

27 nen anderen Staat militärisch eingegriffen werden darf

28 und kann, beschäftigt seit Ende des Kalten Krieges die

29 öffentliche Debatte. Die Massaker in Srebrenica und Ru-

30 anda werden oft als Beispiele für die Folgen eines militä-

31 rischen Nichteingreifens angeführt. Aber auch aktuelle

32 Konflikte wie der Ukraine-Konflikt oder der militärische

33 Vormarsch des sogenannten "Daesh" im Irak und in Sy-

34 rien werfen diese zentrale Frage auf.

35  
36 Das Völkerrecht und das darin enthaltene Konzept der

37 "Schutzverantwortung" enthält die Möglichkeit im Fal-

38 le eines Scheiterns aller zivilen Bemühungen Zwangs-

39 maßnahmen einzusetzen. Dabei wird auch eine mili-

40 tärische Intervention als letztes Mittel für die Verhin-

41 derung und Beendigung von Völkermord, Kriegsverbre-

42 chen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen

43 die Menschlichkeit ermöglicht. Die Entscheidung über

44 ein Eingreifen obliegt dem UN-Sicherheitsrat, dessen

45 permanente Mitglieder angehalten sind, im Falle der

46 Schutzverantwortung auf ihr Vetorecht zu verzichten.

47 In diesem Zusammenhang fordern wir die Reform der

48 UNO Arbeitsstrukturen.

49  
50 Militärische Interventionen aus anderen Motiven wie

51 etwa zur Sicherung von Ressourcen und Handelswe-

52 gen sieht das Völkerrecht ausdrücklich nicht vor. Die-

53 se strengen Grenzen müssen aus sozialdemokratischer

54 Sicht die Leitlinie für den Einsatz von militärischer Ge-

55 walt bilden.

- 56  
57 Wir fordern:
- 58 • Für die Sozialdemokratie gelten die Grundsät-
  - 59 ze der Diplomatie und der Vorrang des Zivilen.

- Wir fordern:
- Die Aufnahme von verbindlichen, international aner-
  - kannte Sozial- und Umweltstandards wie die ILO-
  - Kernarbeitsnormen in sämtliche Handelsabkom-
  - men inklusive des Streikrechts als zentralen Be-
  - standteil der Vereinigungsfreiheit.
  - Verpflichtende Zertifizierungen für Konflikt-
  - mineralien sowie strenge Sorgfaltsprüfungen
  - der Lieferkette ab der Mine bis zum Verbrau-
  - cher/Verbraucherin.
  - Für eine gesellschaftsnahe Rohstoffpolitik sollen zi-
  - vilgesellschaftliche Gruppen und NGOs ein Bera-
  - tungsrecht im Rohstoffausschuss der Bundesregie-
  - rung erhalten.
  - Opfern von Menschenrechtsverletzungen, die deut-
  - sche Unternehmen oder ihre Tochtergesellschaften
  - zu verantworten haben, soll die Möglichkeit gege-
  - ben werden, in Deutschland ihr Recht auf Entschä-
  - digung geltend zu machen.
  - Eine nachhaltige und strukturierte Umsetzung der
  - in der Post 2015-Agenda formulierten Ziele durch
  - die Bundesregierung.

**5. Schutzverantwortung wahrnehmen!**

Die Debatte um die Frage, ob und wann von außen in ei-

nen anderen Staat militärisch eingegriffen werden darf

und kann, beschäftigt seit Ende des Kalten Krieges die

öffentliche Debatte. Die Massaker in Srebrenica und Ru-

anda werden oft als Beispiele für die Folgen eines militä-

rischen Nichteingreifens angeführt. Aber auch aktuelle

Konflikte wie der Ukraine-Konflikt oder der militärische

Vormarsch des sogenannten "Daesh" im Irak und in Sy-

rien werfen diese zentrale Frage auf.

Das Völkerrecht und das darin enthaltene Konzept der

"Schutzverantwortung" enthält die Möglichkeit im Fal-

le eines Scheiterns aller zivilen Bemühungen Zwangs-

maßnahmen einzusetzen. Dabei wird auch eine mili-

tärische Intervention als letztes Mittel für die Verhin-

derung und Beendigung von Völkermord, Kriegsverbre-

chen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen

die Menschlichkeit ermöglicht. Die Entscheidung über

ein Eingreifen obliegt dem UN-Sicherheitsrat, dessen

permanente Mitglieder angehalten sind, im Falle der

Schutzverantwortung auf ihr Vetorecht zu verzichten.

In diesem Zusammenhang fordern wir die Reform der

UNO Arbeitsstrukturen.

Militärische Interventionen aus anderen Motiven wie

etwa zur Sicherung von Ressourcen und Handelswe-

gen sieht das Völkerrecht ausdrücklich nicht vor. Die-

se strengen Grenzen müssen aus sozialdemokratischer

Sicht die Leitlinie für den Einsatz von militärischer Ge-

walt bilden.

- Wir fordern:
- Für die Sozialdemokratie gelten die Grundsät-
  - ze der Diplomatie und der Vorrang des Zivilen.

1 Zwangsmaßnahmen, die von der internationa-  
 2 len Staatengemeinschaft durchgeführt werden,  
 3 müssen grundsätzlich nicht-militärischer Art sein.  
 4 Wirtschaftliche Sanktionen, zivile friedenssichern-  
 5 de Maßnahmen und polizeiliche Interventionen  
 6 sind zum Schutz der Bevölkerung militärischen Ein-  
 7 sätzen vorzuziehen.

- 8 • Der Einsatz militärischer Mittel ist nur als letztes  
 9 Mittel einer sorgfältig geprüften Einzelfallentscheid-  
 10 ung im engen Rahmen unter strengen Kriterien  
 11 zur Verhinderung gravierendster Menschenrechts-  
 12 verletzung legitim. Jedes Eingreifen in bewaffnete  
 13 Konflikte in einen souveränen Staat bedarf eines  
 14 Mandats der Vereinten Nationen. Der Schutz der Zi-  
 15 vilbevölkerung hat dabei oberste Priorität. Langfris-  
 16 tig soll eine solche Eingreiftruppe direkt der UN un-  
 17 terstellt werden.
- 18 • Das Eingreifen in einen Staat erfordert ein langfris-  
 19 tiges Engagement in der jeweiligen Konfliktregion.  
 20 Die Voraussetzungen für Frieden und Stabilität er-  
 21 fordern Rahmenbedingungen, in denen die Men-  
 22 schenwürde jeden Einzelnen nachhaltig gewähr-  
 23 leistet werden kann. Ohne eine Verpflichtung zur  
 24 Entwicklung der gesamten Region, soll die SPD um  
 25 Bundestag, einem militärischen Einsatz nicht zu-  
 26 stimmen.
- 27 • Am Parlamentsvorbehalt für militärische Auslands-  
 28 einsätze darf nicht gerüttelt werden.

29  
 30 **6. Abrüsten, Abrüsten, Abrüsten!**

31 Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
 32 bildet der Grundsatz von Abrüstung, Rüstungskontrol-  
 33 le und Nichtverbreitung einen tragenden Baustein im  
 34 Wertefundament deutscher Außen- und Sicherheitspo-  
 35 litik.

36  
 37 Im Zweifelsfall ließ sich in den vergangenen Jahren eine  
 38 Zustimmung des Bundestags zu (militärischen) Aus-  
 39 landseinsätzen der Bundeswehr finden. Wir sind uns  
 40 zwar bewusst, dass nicht jeder Einsatz am Rande der Le-  
 41 gitimität steht. Internationale Missionen, wie z.B. dieje-  
 42 nige zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen, leis-  
 43 ten einen wesentlichen Beitrag zur Abrüstung. Doch all  
 44 diese punktuellen Maßnahmen werden ebenso wie die  
 45 zivile Konfliktprävention nicht zuletzt durch die derzei-  
 46 tige Handhabung der Rüstungsexportpolitik konterka-  
 47 riert. Wir sind uns darin einig, dass auch Rüstungsexpor-  
 48 te in einem nicht unerheblichen Maße dazu beitragen,  
 49 Gewalt zu befördern. Wir finden, die SPD muss hier eine  
 50 klarer restriktive Haltung einnehmen.

51  
 52 Wiederholt werden deutsche Rüstungsgeschäfte kri-  
 53 tisch diskutiert. Problematisch sind dabei insbesonde-  
 54 re Lieferungen in Länder, in denen Menschenrechte ver-  
 55 letzt werden oder verletzt werden könnten, wie z.B. die  
 56 Lieferung von Leopard II-Panzern nach Saudi-Arabien.  
 57 Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur der Welt,  
 58 dessen Export zu über 60% an sogenannte Drittstaaten  
 59 geht, ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass Waffen

Zwangsmaßnahmen, die von der internationa-  
 len Staatengemeinschaft durchgeführt werden,  
 müssen grundsätzlich nicht-militärischer Art sein.  
 Wirtschaftliche Sanktionen, zivile friedenssichern-  
 de Maßnahmen und polizeiliche Interventionen  
 sind zum Schutz der Bevölkerung militärischen Ein-  
 sätzen vorzuziehen.

- Der Einsatz militärischer Mittel ist nur als letztes  
 Mittel einer sorgfältig geprüften Einzelfallentscheid-  
 ung im engen Rahmen unter strengen Kriterien  
 zur Verhinderung gravierendster Menschenrechts-  
 verletzung legitim. Jedes Eingreifen in bewaffnete  
 Konflikte in einen souveränen Staat bedarf eines  
 Mandats der Vereinten Nationen. Der Schutz der Zi-  
 vilbevölkerung hat dabei oberste Priorität. Langfris-  
 tig soll eine solche Eingreiftruppe direkt der UN un-  
 terstellt werden.
- Das Eingreifen in einen Staat erfordert ein langfris-  
 tiges Engagement in der jeweiligen Konfliktregion.  
 Die Voraussetzungen für Frieden und Stabilität er-  
 fordern Rahmenbedingungen, in denen die Men-  
 schenwürde jeden Einzelnen nachhaltig gewähr-  
 leistet werden kann. Ohne eine Verpflichtung zur  
 Entwicklung der gesamten Region, soll die SPD um  
 Bundestag, einem militärischen Einsatz nicht zu-  
 stimmen.
- Am Parlamentsvorbehalt für militärische Auslands-  
 einsätze darf nicht gerüttelt werden.

**6. Abrüsten, Abrüsten, Abrüsten!**

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
 bildet der Grundsatz von Abrüstung, Rüstungskontrol-  
 le und Nichtverbreitung einen tragenden Baustein im  
 Wertefundament deutscher Außen- und Sicherheitspo-  
 litik.

Im Zweifelsfall ließ sich in den vergangenen Jahren eine  
 Zustimmung des Bundestags zu (militärischen) Aus-  
 landseinsätzen der Bundeswehr finden. Wir sind uns  
 zwar bewusst, dass nicht jeder Einsatz am Rande der Le-  
 gitimität steht. Internationale Missionen, wie z.B. dieje-  
 nige zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen, leis-  
 ten einen wesentlichen Beitrag zur Abrüstung. Doch all  
 diese punktuellen Maßnahmen werden ebenso wie die  
 zivile Konfliktprävention nicht zuletzt durch die derzei-  
 tige Handhabung der Rüstungsexportpolitik konterka-  
 riert. Wir sind uns darin einig, dass auch Rüstungsexpor-  
 te in einem nicht unerheblichen Maße dazu beitragen,  
 Gewalt zu befördern. Wir finden, die SPD muss hier eine  
 klarer restriktive Haltung einnehmen.

Wiederholt werden deutsche Rüstungsgeschäfte kri-  
 tisch diskutiert. Problematisch sind dabei insbesonde-  
 re Lieferungen in Länder, in denen Menschenrechte ver-  
 letzt werden oder verletzt werden könnten, wie z.B. die  
 Lieferung von Leopard II-Panzern nach Saudi-Arabien.  
 Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur der Welt,  
 dessen Export zu über 60% an sogenannte Drittstaaten  
 geht, ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass Waffen

1 und Waffenlizenzen in den weltweiten Umlauf gelan-  
 2 gen. Dabei ist besonders die Verbreitung von Kleinwaf-  
 3 fen gefährlicher, als es möglicherweise auf den ersten  
 4 Blick den Anschein hat. Diese Waffen verbreiten sich ra-  
 5 scher als andere Waffen und finden vor allem in Bürger-  
 6 kriegern Anwendung. Auch der Verkauf von Waffenlizen-  
 7 zen ist gefährlicher, als gemeinhin angenommen.

8  
 9 Die Genehmigung von Rüstungsexporten orientiert sich  
 10 derzeit an den „Politischen Grundsätzen der Bundesre-  
 11 gierung“. Nach diesen Leitlinien ist die Lieferung unter  
 12 anderem in sogenannte „Spannungsgebiete“ verboten.  
 13 Die dort festgehaltenen Grundsätze werden jedoch von  
 14 den politisch Verantwortlichen extrem weit ausgelegt.  
 15 Die Entscheidungen über Rüstungsexporte werden in  
 16 einem geheimen Gremium – dem Bundessicherheits-  
 17 rat – ohne Mitwirkung des Parlaments getroffen. Eine  
 18 derart wichtige Entscheidung muss aus unserer Sicht  
 19 nicht nur parlamentarisch legitimiert sein, eine solche  
 20 Entscheidung muss zudem transparent diskutiert wer-  
 21 den. Eine gesetzgeberische Initiative, um Rüstungsex-  
 22 porte wirksam einzugrenzen und transparent zu gestal-  
 23 ten, lässt allerdings bis heute auf sich 357 warten. Wir  
 24 sind uns dabei grundsätzlich einig, dass der Erhalt von  
 25 Arbeitsplätzen nicht als Argument dienen darf, um Waf-  
 26 fenexporte zu legitimieren.

27  
 28 Die fünf durch den Atomsperrvertrag anerkannten  
 29 Kernwaffenstaaten (China, Frankreich, Großbritannien,  
 30 Russland und die USA) verfügen nach wie vor über  
 31 schätzungsweise 16.075 einsatzbereite und -fähige  
 32 Nuklearwaffen. Zwar ist seit dem letzten START-  
 33 Abkommen auf Seiten der USA und Russland ein  
 34 dezenter und regelmäßiger Rückgang zu verzeichnen.  
 35 Allerdings gibt es in keinem der mittlerweile neun  
 36 Staaten, die über Nuklearwaffen verfügen, ernsthafte  
 37 Anzeichen für deren umfängliche Abrüstung. Wir fin-  
 38 den, die Krise des atomaren Nichtverbreitungsregimes  
 39 muss überwunden werden.

40  
 41 Wir fordern:

- 42 • Die Einführung eines Waffenkontroll- und Rüs-  
 43 tungsexportgesetzes. Kernpunkte eines solchen  
 44 Gesetzes müssen sein: Die Einführung eines Zu-  
 45 stimmungserfordernisses des Deutschen Bundes-  
 46 tages für die Ausfuhr von Waffen und Rüstungsgü-  
 47 tern außerhalb der EU. Eine wirksame Endverbleibs-  
 48 kontrolle. Die Lieferung, das Zuverfügungstellen  
 49 oder die Ausfuhr militärischer Güter, die in nicht-  
 50 konventionellen Bereichen eingesetzt werden kön-  
 51 nen, von Waffen und Rüstungsgüter in Länder, in  
 52 denen Menschenrechtsverletzungen bekannt sind,  
 53 in denen bewaffnete Auseinandersetzungen dro-  
 54 hen oder bestehende Konflikte durch Waffenlie-  
 55 ferungen verschärft werden, sowie die lizensier-  
 56 te Waffenproduktion außerhalb Deutschlands sind  
 57 verboten. Die Prüfung dokumentierten Menschen-  
 58 rechtsverletzungen und des Bevorstehens bewaff-  
 59 neter Auseinandersetzungen bzw. deren Verschär-

und Waffenlizenzen in den weltweiten Umlauf gelan-  
 gen. Dabei ist besonders die Verbreitung von Kleinwaf-  
 fen gefährlicher, als es möglicherweise auf den ersten  
 Blick den Anschein hat. Diese Waffen verbreiten sich ra-  
 scher als andere Waffen und finden vor allem in Bürger-  
 kriegern Anwendung. Auch der Verkauf von Waffenlizen-  
 zen ist gefährlicher, als gemeinhin angenommen.

Die Genehmigung von Rüstungsexporten orientiert sich  
 derzeit an den „Politischen Grundsätzen der Bundesre-  
 gierung“. Nach diesen Leitlinien ist die Lieferung unter  
 anderem in sogenannte „Spannungsgebiete“ verboten.  
 Die dort festgehaltenen Grundsätze werden jedoch von  
 den politisch Verantwortlichen extrem weit ausgelegt.  
 Die Entscheidungen über Rüstungsexporte werden in  
 einem geheimen Gremium – dem Bundessicherheits-  
 rat – ohne Mitwirkung des Parlaments getroffen. Eine  
 derart wichtige Entscheidung muss aus unserer Sicht  
 nicht nur parlamentarisch legitimiert sein, eine solche  
 Entscheidung muss zudem transparent diskutiert wer-  
 den. Eine gesetzgeberische Initiative, um Rüstungsex-  
 porte wirksam einzugrenzen und transparent zu gestal-  
 ten, lässt allerdings bis heute auf sich 357 warten. Wir  
 sind uns dabei grundsätzlich einig, dass der Erhalt von  
 Arbeitsplätzen nicht als Argument dienen darf, um Waf-  
 fenexporte zu legitimieren.

Die fünf durch den Atomsperrvertrag anerkannten  
 Kernwaffenstaaten (China, Frankreich, Großbritannien,  
 Russland und die USA) verfügen nach wie vor über  
 schätzungsweise 16.075 einsatzbereite und -fähige  
 Nuklearwaffen. Zwar ist seit dem letzten START-  
 Abkommen auf Seiten der USA und Russland ein  
 dezenter und regelmäßiger Rückgang zu verzeichnen.  
 Allerdings gibt es in keinem der mittlerweile neun  
 Staaten, die über Nuklearwaffen verfügen, ernsthafte  
 Anzeichen für deren umfängliche Abrüstung. Wir fin-  
 den, die Krise des atomaren Nichtverbreitungsregimes  
 muss überwunden werden.

Wir fordern:

- Die Einführung eines Waffenkontroll- und Rüs-  
 tungsexportgesetzes. Kernpunkte eines solchen  
 Gesetzes müssen sein: Die Einführung eines Zu-  
 stimmungserfordernisses des Deutschen Bundes-  
 tages für die Ausfuhr von Waffen und Rüstungsgü-  
 tern außerhalb der EU. Eine wirksame Endverbleibs-  
 kontrolle. Die Lieferung, das Zuverfügungstellen  
 oder die Ausfuhr militärischer Güter, die in nicht-  
 konventionellen Bereichen eingesetzt werden kön-  
 nen, von Waffen und Rüstungsgüter in Länder, in  
 denen Menschenrechtsverletzungen bekannt sind,  
 in denen bewaffnete Auseinandersetzungen dro-  
 hen oder bestehende Konflikte durch Waffenlie-  
 ferungen verschärft werden, sowie die lizensier-  
 te Waffenproduktion außerhalb Deutschlands sind  
 verboten. Die Prüfung dokumentierten Menschen-  
 rechtsverletzungen und des Bevorstehens bewaff-  
 neter Auseinandersetzungen bzw. deren Verschär-

1 fung erfolgt im Einzelfall. Die letztendliche Ent-  
 2 scheidung trifft stets der Deutsche Bundestag.  
 3 • Die Bundesregierung wirkt auf EU-Ebene auf eine  
 4 Regelung zur restriktiveren Handhabung von Waf-  
 5 fenexporten sowie deren wirksamer Kontrolle hin.  
 6 Auf UN-Ebene wirkt die Bundesregierung auf die  
 7 wirksame Implementierung des Arms Trade Treaty  
 8 (ATT) sowie auf seine Verschärfung bzw. wenn eine  
 9 solche nicht möglich sein sollte auf einen Waf-  
 10 fenkontrollvertrag hin, der alle Staaten zu restrikti-  
 11 vem Waffenexport sowie einer wirksamen Export-  
 12 kontrolle verpflichtet.  
 13 • Die vollständige Abschaffung und weltweite Äch-  
 14 tung von Atomwaffen. Bis dahin wirkt die Bun-  
 15 desregierung auf allen Ebenen darauf hin, dass  
 16 die Grundsätze und Verpflichtungen des Atomwaf-  
 17 fensperrvertrages (NPT) – insbesondere die Abrüs-  
 18 tungsverpflichtung aus Artikel VI – eingehalten  
 19 werden. Eine umfassende Modernisierung der Ar-  
 20 senale wirkt dem Vertrag aus unserer Sicht eben-  
 21 so entgegen wie der ausbleibende Abzug aller Nu-  
 22 klarwaffen aus Deutschland. Weiterhin muss dar-  
 23 auf hingewirkt werden, dass möglichst alle Staaten  
 24 dem Atomwaffensperrvertrag beitreten. Darüber  
 25 hinaus ist auf den Abschluss des Vertrags über das  
 26 Verbot von spaltbarem Material für Waffenzwecke  
 27 (FMCT) sowie das Inkrafttreten des Atomteststopp-  
 28 Abkommens (CTBT) hinzuwirken.  
 29 • Das Biowaffenübereinkommen (BWC) muss weiter-  
 30 entwickelt werden. Es bedarf hier ähnlich wie im  
 31 Chemiewaffenübereinkommen (CWC) eines effek-  
 32 tiven Überprüfungs- und Kontrollsystems, das mit  
 33 umfassenden Rechten ausgestattete Inspektionen  
 34 ermöglicht.  
 35 • Die Rüstungspolitik ist auf Ebene der Europäischen  
 36 Union zu vereinheitlichen. In diesem Rahmen kön-  
 37 nen notwendig zu erhaltende Verteidigungs- und  
 38 Rüstungsfähigkeiten auf einzelne Mitgliedsstaaten  
 39 verteilt werden, womit es nicht länger notwendig  
 40 wäre, die ganze Bandbreite an Rüstungsprodukti-  
 41 on in jedem einzelnen Mitgliedsstaat zu realisie-  
 42 ren. Dadurch freiwerdende Produktionskapazitäten  
 43 müssen im Rahmen eines geordneten und unter-  
 44 stützten Konversionsprozesses der zivilen Produkti-  
 45 on zugeführt werden.  
 46 • Den Ankauf, den Einsatz oder die Entwicklung von  
 47 Kampfdrohnen lehnen wir ab. Für das als Offen-  
 48 sivwaffe konzipierte Gerät fehlt es nicht nur an einer  
 49 sicherheits- und verteidigungspolitischen Not-  
 50 wendigkeit. Vielmehr ist ein Einsatz von Kampf-  
 51 drohnen in ethisch vertretbarer Weise nicht durch-  
 52 führbar, denn die anwachsende Distanz zwischen  
 53 Steuerungs- und Einsatzort erhöht möglicherwei-  
 54 se das Risiko einer automatisierten Kriegsführung  
 55 und die prinzipielle Einsatzbereitschaft militäri-  
 56 scher Mittel, aufgrund der fehlenden Gefahr für das  
 57 Leben eigener SoldatInnen.  
 58 • Wir fordern die Bundesregierung auf sich dafür ein-  
 59 zusetzen, dass neben der Cyber-Rüstungskontrolle

fung erfolgt im Einzelfall. Die letztendliche Ent-  
 scheidung trifft stets der Deutsche Bundestag.  
 • Die Bundesregierung wirkt auf EU-Ebene auf eine  
 Regelung zur restriktiveren Handhabung von Waf-  
 fenexporten sowie deren wirksamer Kontrolle hin.  
 Auf UN-Ebene wirkt die Bundesregierung auf die  
 wirksame Implementierung des Arms Trade Treaty  
 (ATT) sowie auf seine Verschärfung bzw. wenn eine  
 solche nicht möglich sein sollte auf einen Waf-  
 fenkontrollvertrag hin, der alle Staaten zu restrikti-  
 vem Waffenexport sowie einer wirksamen Export-  
 kontrolle verpflichtet.  
 • Die vollständige Abschaffung und weltweite Äch-  
 tung von Atomwaffen. Bis dahin wirkt die Bun-  
 desregierung auf allen Ebenen darauf hin, dass  
 die Grundsätze und Verpflichtungen des Atomwaf-  
 fensperrvertrages (NPT) – insbesondere die Abrüs-  
 tungsverpflichtung aus Artikel VI – eingehalten  
 werden. Eine umfassende Modernisierung der Ar-  
 senale wirkt dem Vertrag aus unserer Sicht eben-  
 so entgegen wie der ausbleibende Abzug aller Nu-  
 klarwaffen aus Deutschland. Weiterhin muss dar-  
 auf hingewirkt werden, dass möglichst alle Staaten  
 dem Atomwaffensperrvertrag beitreten. Darüber  
 hinaus ist auf den Abschluss des Vertrags über das  
 Verbot von spaltbarem Material für Waffenzwecke  
 (FMCT) sowie das Inkrafttreten des Atomteststopp-  
 Abkommens (CTBT) hinzuwirken.  
 • Das Biowaffenübereinkommen (BWC) muss weiter-  
 entwickelt werden. Es bedarf hier ähnlich wie im  
 Chemiewaffenübereinkommen (CWC) eines effek-  
 tiven Überprüfungs- und Kontrollsystems, das mit  
 umfassenden Rechten ausgestattete Inspektionen  
 ermöglicht.  
 • Die Rüstungspolitik ist auf Ebene der Europäischen  
 Union zu vereinheitlichen. In diesem Rahmen kön-  
 nen notwendig zu erhaltende Verteidigungs- und  
 Rüstungsfähigkeiten auf einzelne Mitgliedsstaaten  
 verteilt werden, womit es nicht länger notwendig  
 wäre, die ganze Bandbreite an Rüstungsprodukti-  
 on in jedem einzelnen Mitgliedsstaat zu realisie-  
 ren. Dadurch freiwerdende Produktionskapazitäten  
 müssen im Rahmen eines geordneten und unter-  
 stützten Konversionsprozesses der zivilen Produkti-  
 on zugeführt werden.  
 • *Für die Bewaffnung von Drohnen, die von der Bun-  
 deswehr bisher nur zu Beobachtungszwecken einge-  
 setzt werden, sehen wir weiterhin keine sicherheits-  
 und verteidigungspolitische Notwendigkeit und leh-  
 nen sie daher ab.*  
*Die SPD fordert*  
 – den Einsatz von bewaffneten Drohnen, inklu-  
 sive Fernsteuerung und direkter Logistik, in  
 Deutschland und von Deutschland aus auch  
 für stationierte Truppen anderer Staaten zu  
 verbieten. Insbesondere ist die Erteilung von  
 Start- und Überflugrechten für bewaffnete  
 Drohnen zu verweigern,  
 – das Verbot der Weitergabe von Daten, die

1 (IT-Waffen und IT-Rüstung) ein internationales Ab-  
 2 kommen zu Cyber-Kriegsführung geschlossen wird.  
 3 Der militärische Einsatz digitaler Technologien er-  
 4 öffnet einen weiten Raum in der militärischen  
 5 Auseinandersetzung. Vor allem die Zivilbevölke-  
 6 rung muss vor dem großen Potenzial und der Zer-  
 7 störungskraft IT-basierter Kriegsführung geschützt  
 8 werden. Rüstung im Cyberspace muss der cyber de-  
 9 fense, nicht dem cyber war dienen.

10  
 11 Die Bundesregierung soll sich für die Erarbeitung  
 12 eines Grundkonzepts einsetzen. Dieses soll einer  
 13 Definition der Begriffe Cyber Warfare, Cyber Crime,  
 14 Cyber Terrorism und Cyber Defense dienen. Auf der  
 15 Grundlage dieser Begriffsdefinition soll anschließend  
 16 ein allgemeines Handlungs- und Reaktionskonzept  
 17 aufgestellt werden, wie auf Akte des Cyber Warfares  
 18 bzw. Terrorisms reagiert werden kann und sollte.“

19  
 20  
 21  
 22  
 23  
 24  
 25  
 26  
 27  
 28  
 29  
 30  
 31  
 32  
 33  
 34  
 35  
 36  
 37  
 38

*der (gezielten) Tötung mittels Kampfdrohnen dienen, und*

- *die öffentliche und private Forschung an bewaffneten Drohnen zu verbieten,*
- *die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, ab sofort keine Mittel für bewaffnete Drohnen zu bewilligen.*

- *Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung fordern wir auf, sich weiter aktiv dafür einzusetzen, dass automatisierte Waffensysteme nach dem Vorbild von B- und C-Waffen international geächtet werden.*

- *Wir bekräftigen die Ablehnung von militärischer Forschung in öffentlichen Einrichtungen und deren Kontrollpflicht insbesondere auch bei Dual Use-Technologien und fordern die Einrichtung entsprechender Datenbanken.*

- *Wir fordern die Bundesregierung auf sich dafür einzusetzen, dass neben der Cyber-Rüstungskontrolle (IT-Waffen und IT-Rüstung) ein internationales Abkommen zu Cyber-Kriegsführung geschlossen wird. Der militärische Einsatz digitaler Technologien eröffnet einen weiten Raum in der militärischen Auseinandersetzung. Vor allem die Zivilbevölkerung muss vor dem großen Potenzial und der Zerstörungskraft IT-basierter Kriegsführung geschützt werden. Rüstung im Cyberspace muss der cyber defense, nicht dem cyber war dienen.*

Die Bundesregierung soll sich für die Erarbeitung eines Grundkonzepts einsetzen. Dieses soll einer Definition der Begriffe Cyber Warfare, Cyber Crime, Cyber Terrorism und Cyber Defense dienen. Auf der Grundlage dieser Begriffsdefinition soll anschließend ein allgemeines Handlungs- und Reaktionskonzept aufgestellt werden, wie auf Akte des Cyber Warfares bzw. Terrorisms reagiert werden kann und sollte.“

**Wahlprogramm**

- 1 **Antrag 14/I/2015**  
 2 **AG Migration und Vielfalt**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5 **Unser Berlin: Pioniermetropole für Zusammenhalt und**  
 6 **Teilhabe**  
 7 **10 Punkte für das Wahlprogramm der SPD Berlin**  
 8 **1. Aufstiegsbarrieren einreißen – Landesantidiskrimi-**  
 9 **nierungsgesetz schaffen**  
 10 Das Landesantidiskriminierungsgesetz kann verschie-  
 11 dene Lücken beim Diskriminierungsschutz schließen  
 12 und somit Barrieren im Zusammenhang mit dem ge-  
 13 sellschaftlichen Aufstiegsversprechen einreißen. Bei-  
 14 spielsweise Schutzlücken bei Fällen zwischen staatli-  
 15 chen Institutionen (Bildung, Polizei etc.) und Individu-  
 16 en, die Ausweitung auf weitere Diskriminierungsmerk-  
 17 male, wie die soziale Herkunft, aber auch positive Maß-  
 18 nahmen. Deshalb werden wir ein Landesantidiskrimi-  
 19 nierungsgesetz beschließen.  
 20  
 21 **2. Ethnische Ökonomie als Motor der Berliner Wirt-**  
 22 **schaft**  
 23 Unternehmerinnen und Unternehmer mit einer Ein-  
 24 wanderungsgeschichte sind eine besondere Bereiche-  
 25 rung für die Berliner Wirtschaft. Das Potential wird je-  
 26 doch unzureichend genutzt und es existieren viele Hür-  
 27 den, die es zu beseitigen gilt. Wir werden das Bera-  
 28 tungsangebot und die Gründungsförderung institutio-  
 29 nell durch ein Gründungszentrum stärken und die An-  
 30 erkennung für diesen wichtigen Wachstumsmotors für  
 31 die Berliner Wirtschaft fördern.  
 32  
 33 **3. Segregation bekämpfen – Die besten Schulen für die**  
 34 **größten Herausforderungen**  
 35 Segregation der Schüler anhand ihrer sozialen oder  
 36 ethnischen Herkunft ist das Kernproblem auf dem  
 37 Weg zu mehr Chancengleichheit im Bildungssystem.  
 38 Um mehr Gerechtigkeit für benachteiligte Schülerinnen  
 39 und Schüler zu erreichen müssen sie vor allem die Mög-  
 40 lichkeit bekommen in gemischten Klassen zur Schule zu  
 41 gehen. Der beste Weg dorthin ist es, in Anlehnung an  
 42 das Bonus-Programm die Schulen in schwieriger Lage  
 43 zu Hochburgen guter Bildung zu machen – wir brau-  
 44 chen die besten Schulen in schwieriger Lage! Besonde-  
 45 re räumliche Schlüssel aber vor allem handfeste Anrei-  
 46 ze für gute Lehrerinnen und Lehrer sind der Grundbau-  
 47 stein, damit vor Ort die Möglichkeit erwächst an attrak-  
 48 tiven Profilen zu arbeiten – und attraktive Profile wer-  
 49 den für alle Familien interessant und damit für mehr  
 50 Durchmischung sorgen.  
 51  
 52 **4. Reformierung des Landesanererkennungsgesetzes**  
 53 Das Landesanererkennungsgesetz trat im Februar 2014 in  
 54 Kraft. Wir wollen weiterhin uns dafür einsetzen, dass  
 55 das Beratungsangebot besser wird, insbesondere mit  
 56 Blick auf die Nachqualifizierung von Personen, deren  
 57 Abschlüsse nicht vollends anerkannt werden. Hier set-

Überweisung an Steuerungsgruppe Wahlprogramm (K)

1 zen wir uns auch dafür ein, dass die Nachqualifizierung  
 2 von Personen und die damit einhergehenden Kosten  
 3 durch ein Landesförderprogramm übernommen wer-  
 4 den.

5  
 6 **5. Vielfaltsorganisationen fördern**

7 Migrant(en)organisationen (MSO) sind wichti-  
 8 ge Pfeiler des Berliner Versorgungsangebots. In einer  
 9 Stadt, in der fast eine Millionen Menschen mit Migrati-  
 10 onshintergrund leben, ist das Finanzvolumen des beste-  
 11 henden Partizipationsprogramms unzureichend. Des-  
 12 halb werden wir uns dafür einsetzen, dass das Förde-  
 13 rungsvolumen deutlich angehoben wird. Das Partizipa-  
 14 tionsprogramm ist zudem nicht transparent genug: Die  
 15 Kriterien für die Auswahl der geförderten Projekte müs-  
 16 sen deshalb in Zusammenarbeit mit MSOs und den An-  
 17 sprüchen einer vielfältigen und bunten Stadt neu erar-  
 18 beitet werden. Darüber hinaus werden wir uns dafür  
 19 einsetzen, dass MSOs auch strukturell gefördert wer-  
 20 den.

21  
 22 **6. BürgerInnen-Demokratie für alle Berlinerinnen und  
 23 Berliner**

24 Das kommunale Wahlrecht und die Teilnahme von Aus-  
 25 länderinnen und Ausländer bei verbindlichen Volksent-  
 26 scheidungen sind rechtlich umstritten. Hierzu könnte man  
 27 einen Vorstoß auf Landesebene wagen, die Erfolgsaus-  
 28 sichten sind jedoch mäßig. Politisch spannender könn-  
 29 te es sein, die Diskussion über die politische Teilhabe  
 30 von Ausländern in die Diskussionen über mehr direk-  
 31 te Demokratie einzubetten und darüber zu diskutieren,  
 32 ob ein Konsens unter den Parteien im Parlament herge-  
 33 stellt werden kann, dass unverbindliche Befragungen,  
 34 bei denen ausländische BürgerInnen teilnehmen kön-  
 35 nen, als politisch verbindlich festgelegt werden.

36  
 37 **7. Ausländerbehörde abschaffen – Willkommensbehör-  
 38 de aufbauen**

39 Die Berliner Ausländerbehörde hat heute andere Auf-  
 40 gaben zu erfüllen, als in den Jahrzehnten zuvor. Längst  
 41 sind es nicht mehr nur aufenthaltsrechtliche und frem-  
 42 denpolizeiliche Angelegenheiten, sondern vermehrt  
 43 Fragen der Integration, der professionellen Beratung  
 44 und der Hilfe zur Selbsthilfe ihrer Klienten. Diesen Auf-  
 45 gaben ist die Berliner Ausländerbehörde derzeit nicht  
 46 gewachsen. Daher ist dringend ein institutioneller Um-  
 47 bau der Behörde nötig. Ziel des Umbaus muss eine Will-  
 48 kommenskultur sein, die den Anforderungen einer mo-  
 49 dernen Zuwanderungsstadt gerecht wird. Die unmittel-  
 50 baren nächsten Schritte auf diesem Wege sind eine Her-  
 51 auslösung der Behörde aus dem Innenressort und Ein-  
 52 gliederung in eine Senatsverwaltung mit Schwerpunkt  
 53 Integration, Arbeit und/oder Soziales; weiterhin eine  
 54 ehrliche Bestandsaufnahme der derzeitigen Vergabe-  
 55 praxis von Aufenthaltstiteln der Behörde und ein sich  
 56 daraus ergebener institutioneller und personeller Um-  
 57 bau der Behörde.

58  
 59 **8. Bundesrat für ein modernes Deutschland treiben**



1 Die Abschaffung der Optionsregelung und die aufent-  
 2 haltsrechtliche Vereinfachung (Abschaffung der Ket-  
 3 tenduldung etc.) waren wichtige Schritte auf dem Weg  
 4 in eine offene und moderne Republik, die bisher in der  
 5 Großen Koalition durch die Initiative der SPD erreicht  
 6 wurden. Die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse im Bun-  
 7 desrat ermöglichen aber weitere Initiativen, die diesen  
 8 richtigen Weg weiterverfolgen. Berlin als Metropole der  
 9 Vielfalt wird daher Initiativen unterstützen, die die ge-  
 10 nerelle Akzeptanz von Mehrstaatlichkeit in Deutsch-  
 11 land unterstützt.

12

### 13 **9. Solidarität mit Flüchtlingen**

14 Der Zusammenhalt in der Gesellschaft zeigt sich am  
 15 deutlichsten am Umgang mit denjenigen, die der Hil-  
 16 fe und Unterstützung besonders bedürfen. Wir werden  
 17 weitere Verbesserungen vornehmen, damit Geflüchte-  
 18 te sich in ihrer ersten Zeit in Berlin gut angekommen  
 19 und willkommen fühlen.

20 Vor allem werden wir uns für eine menschenwürdi-  
 21 ge Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ein-  
 22 setzen. Klare Kriterien für Flüchtlingsunterkünfte und  
 23 regelmäßige Kontrollen sollen für einheitlichere Stan-  
 24 dards in der Unterbringung sorgen. Wir setzen außer-  
 25 dem wieder verstärkt auf dezentrale Unterbringung in  
 26 Wohnungen.

27 Die Menschen müssen nicht nur angemessen unterge-  
 28 bracht sein. Zur Integration ist es notwendig, dass die  
 29 Teilhabe an der Gesellschaft möglich ist. Öffnung der In-  
 30 tegrationskurse auch für Asylsuchende wird einen frü-  
 31 hen Spracherwerb und damit bessere Integration er-  
 32 ermöglichen. Die Willkommensklassen für Flüchtlingskin-  
 33 der werden weiterhin an Regelschulen eingesetzt sein.  
 34 Wir wollen des Weiteren einen Kontingent an Plätzen in  
 35 Kindertagesstätten, der für Flüchtlingskinder reserviert  
 36 ist, damit die Eltern eine gleichberechtigte Chance auf  
 37 Kitaplätze erhalten. Wir setzen uns außerdem für einen  
 38 Ausbau an gezielten Vermittlungsinitiativen für Auszu-  
 39 bildende nach dem Vorbild von "arrivo" ein, damit Ju-  
 40 gendliche eine frühzeitige Chance auf eine Berufsaus-  
 41 bildung und eine Integration in den Arbeitsmarkt be-  
 42 kommen.

43 Die Gesundheitsversorgung der Asylsuchenden muss  
 44 verbessert werden. Hierbei wird sich das neu einzufüh-  
 45 rende System nach dem "Bremer Modell" richten. Für  
 46 Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus wollen wir  
 47 den Zugang zur medizinischen Notversorgung vereinfach-  
 48 en nach dem Münchener Vorbild.

49 Die Härtefallkommission soll unter die Obhut des Regie-  
 50 renden Bürgermeisters oder unter die Leitung der Inte-  
 51 grationsverwaltung gestellt werden.

52 Wir wollen UnterstützerInneninitiativen und Willkom-  
 53 mensbündnisse angemessen fördern und sie durch  
 54 hauptamtliche Koordinierungsstellen unterstützen.

55

### 56 **10. Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremis-** 57 **mus, Rassismus und Antisemitismus fortführen und** 58 **ausbauen**

59 Wir fordern beim Ausbau mehr staatliche Unterstüt-

1 zung für die Opfer rechter Gewalt, zum Beispiel beim  
2 Umzug/Wohnortswechsel. Darüber hinaus bedarf  
3 es uneingeschränkter Versorgungsansprüche für al-  
4 le Opfer rechtsextremer Gewalttaten, unabhängig  
5 von der Staatsangehörigkeit und Aufenthaltszeit in  
6 Deutschland. Dafür ist eine Änderung des Bundes-  
7 Opferentschädigungsgesetzes (OEG) notwendig.  
8

---

Arbeit / Wirtschaft

1 **Antrag 14/II/2014**  
 2 **AGS Berlin, Abt. 9 | Spandau**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5 **Spielhallengesetz evaluieren**  
 6 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-  
 7 tenhauses und des Senats von Berlin werden aufgefor-  
 8 dert, das 2011 in Kraft getretene Spielhallengesetz im  
 9 Hinblick auf seinen Inhalt und seine Wirkungen hin zu  
 10 evaluieren und es ggf. zu novellieren.  
 11 Insbesondere ist zu untersuchen, inwieweit das an der  
 12 Zahl der in der Stadt aufgestellten Spielgeräte (in Spiel-  
 13 hallen, Gaststätten, Vereinen und bei der Spielbank Ber-  
 14 lin) und den aus der Spielgerätesteuer generierten Ein-  
 15 nahmen für den Landeshaushalt indirekt messbare Aus-  
 16 maß des legalen Betriebs von Spielgeräten das vorran-  
 17 gige Ziel des Gesetzes, die Spielsucht zu bekämpfen, er-  
 18 reicht hat oder nicht.  
 19  
 20  
 21 **Begründung**  
 22 Die Zahl der Geld-Gewinnspielgeräte in Spielhallen ist  
 23 von 2011 bis 2013 um 226 Einheiten zurückgegangen.  
 24 Allein von 2011 auf 2012 ist ihre Zahl in Gaststätten  
 25 jedoch um 209 Einheiten gestiegen. Zwar sind Angaben  
 26 zu ihnen für 2013 noch nicht veröffentlicht, doch deutet  
 27 das erneute Wachstum an Einnahmen an „Automaten-  
 28 steuer“ im Jahre 2013 ggü. 2012 (um 2,5 Millionen Euro  
 29 oder 6,8 %), dass das Glücksspiel in der Stadt weiter  
 30 zugenommen hat. Die Zielstellungen des Spielhallen-  
 31 gesetzes scheinen damit klar verfehlt worden zu sein,  
 32 zumal zusätzlich zu den Spielgeräten in Spielhallen  
 33 und Restaurants an mehreren Standorten im Auftrag  
 34 des Landes Berlin von einem Privatunternehmen die  
 35 „Spielbank Berlin“ betrieben wird, bei der auch an  
 36 Automaten Geld verspielt werden kann.  
 37 Der Bundesgerichtshof hat den Europäischen Gerichts-  
 38 hof angerufen, damit dieser klärt, ob die Neuregelung  
 39 des Glücksspielrechts in Deutschland mit dem Uni-  
 40 onsrecht, insbesondere mit der Dienstleistungsfreiheit,  
 41 vereinbar ist (BGH, Beschluss vom 24.01.2013, Az. I ZR  
 42 171/10).  
 43 Dies kann im Erfolgsfall bewirken, dass auf das Land  
 44 Berlin erhebliche Schadenersatzforderungen zukom-  
 45 men. Auch diesbezüglich ist die Wirkung des Gesetzes  
 46 zu überprüfen.  
 47  
 48

Annahme (K)

1 **Antrag 15./I/2015**

2 **KDV Spandau**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Erfolgreiches Berliner Spielhallengesetz weiter verschärfen**

6  
7 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-  
8 tenhauses und des Senats von Berlin werden aufgefor-  
9 dert, das 2011 in Kraft getretene erfolgreiche Berliner  
10 Spielhallengesetz weiter zu verschärfen.

11

12 Mit dem auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossenen  
13 strengsten Spielhallengesetz Deutschlands ist Berlin  
14 Vorreiter im Kampf gegen die Spielhallen-Flut. Spiel-  
15 hallen müssen zunehmend schließen, gegen illegales  
16 Glücksspiel gibt es regelmäßig Razzien und Kontrollen,  
17 Spielsüchtige erhalten vielfältige Hilfsangebote und  
18 die Prävention wird weiter ausgebaut. Nach einer  
19 Übergangsfrist von 5 Jahren erlöschen am 31. Juli 2016  
20 alle Genehmigungen für bestehende Hallen, dann gilt  
21 nur noch neues Recht. Mehrfachkomplexe und von  
22 Spielhallen geprägte Straßenzüge werden dann aus  
23 dem Stadtbild verschwinden. Um das entscheidende  
24 Datum 31. Juli 2016 rechtssicher zu gestalten, ist das  
25 Berliner Spielhallengesetz in diesem Punkt kurzfristig  
26 zu novellieren. Ziel muss es sein, den Vollzug der  
27 Landes- und Bezirksverwaltungen durch handhabbare  
28 und rechtlich durchsetzbare gesetzliche Regelungen zu  
29 unterstützen.

30

Erledigt bei Annahme Antrag 14/II/2014 (K)

31 **Antrag 16/I/2015**

32 **KDV Neukölln**

33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

35

36 **Praktikumsvergütungen**

37 Die BT-Fraktion wird beauftragt, Regelungen für die  
38 Vergütung von solchen Praktika zu erarbeiten, welche  
39 gemäß dem „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“  
40 § 22 Abs. (1), Punkt 1 vom Mindestlohn ausgeschlossen  
41 werden.

42

Annahme (K)

1 **Antrag 17/I/2015**

2 **KDV Reinickendorf**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Stärkung der Tarifverträge**

6 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Minister  
7 in der Bundesregierung werden aufgefordert, sich  
8 für eine Stärkung von Flächentarifverträgen und die  
9 Verhinderung von Tarifflicht einzusetzen. D. h., das  
10 bei Gründung einer Tochtergesellschaft weiterhin der  
11 gültige Tarifvertrag der Muttergesellschaft bzw. der  
12 Stammgesellschaft gilt.

13

14 **Begründung**

15 Die Zersplitterung der Tariflandschaft nimmt immer  
16 weiter zu. Ein großes Problem stellt hierbei die stetige  
17 Schwächung des Flächentarifvertrages, insbesondere  
18 durch Möglichkeiten von Mitgliedschaft ohne Tarifbin-  
19 dung bei Arbeitgeberverbänden und der Ausgründung  
20 von Tochtergesellschaften.

21

22 • 613 a Abs. 1 S. 2 BGB sieht einen zeitlichen Bestands-  
23 schutz von einem Jahr vor, innerhalb dessen Ände-  
24 rungen des Vertrages nicht erfolgen dürfen.

25

26 Dieser Bestandsschutz gilt aber nur dann, wenn die  
27 arbeitsvertraglichen Regelungen beim bisherigen Be-  
28 triebsinhaber (unmittelbar) durch Tarifvertrag oder Be-  
29 triebsvereinbarung geregelt waren. Für die Fälle, in de-  
30 nen nur Einzelverträge bestanden oder tarifvertragliche  
31 Regelungen nur einzelvertraglich in Bezug genommen  
32 wurden, gilt diese Schutzfrist also gerade nicht.

33

34 Denkbar ist weiterhin, dass die Arbeitsbedingungen  
35 beim alten Arbeitgeber (unmittelbar) durch Tarifvertrag  
36 geregelt waren, beim neuen Arbeitgeber aber eine Tarif-  
37 bindung nicht mehr besteht. Hier folgt aus der Formu-  
38 lierung des § 613 a Abs. 1 S. 2 BGB, dass diese Tarifverträ-  
39 ge nicht mehr als Kollektivrecht weitergelten, sondern  
40 ihre Rechtsnatur als Tarifvertrag verlieren und in Indivi-  
41 dualrecht „herabsinken“. Das ehemals unmittelbar gel-  
42 tende Tarifrecht wird also zum Gegenstand des Einzel-  
43 arbeitsvertrages, aber eben auch nur als Einzelarbeits-  
44 vertrag und nicht mehr als Tarif.

45

46 Die Vorschrift, ist für juristische Verhältnisse eher  
47 schlicht und damit auch für Laien nachvollziehbar for-  
48 muliert. Genau dies mag jedoch das größte Problem  
49 der Vorschrift sein: Die einfache Formulierung und die  
50 in den Köpfen herumspukenden Vorstellungen von ei-  
51 nem (nur) einjährigen Bestandsschutz verführen dazu,  
52 die Probleme der Vorschrift, die erst beim zweiten Hin-  
53 sehen sichtbar werden, sträflich zu unterschätzen.

54

55 Dies führt in der Praxis vielfach zu katastrophalen Feh-  
56 lern und verbunden damit zu entsprechenden Frustra-  
57 tionen auf Seiten von den ArbeitnehmerInnen.

Erledigt bei Annahme Antrag 18/I/2015 (K)

1 **Antrag 18/I/2015**  
 2 **AfA-Landesvorstand**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5 **Stärkung der Tarifverträge**  
 6 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion und die SPD-  
 7 Senatoren werden aufgefordert, sich für eine Stärkung  
 8 von Flächentarifverträgen und die Verhinderung von  
 9 Tarifflicht einzusetzen, d. h., das bei Gründung einer  
 10 Tochtergesellschaft weiterhin der gültige Tarifvertrag  
 11 der Muttergesellschaft bzw. der Stammgesellschaft  
 12 gilt.  
 13  
 14 **Begründung**  
 15 Die Zersplitterung der Tariflandschaft nimmt immer  
 16 weiter zu. Ein großes Problem stellt hierbei die stetige  
 17 Schwächung des Flächentarifvertrages, insbesondere  
 18 durch Möglichkeiten von Mitgliedschaft ohne Tarifbin-  
 19 dung bei Arbeitgeberverbänden und der Ausgründung  
 20 von Tochtergesellschaften.  
 21  
 22 § 613 a Abs. 1 S. 2 BGB sieht einen zeitlichen Bestands-  
 23 schutz von einem Jahr vor, innerhalb dessen Änderun-  
 24 gen des Vertrages nicht erfolgen dürfen.  
 25  
 26 Dieser Bestandsschutz gilt aber nur dann, wenn die  
 27 arbeitsvertraglichen Regelungen beim bisherigen Be-  
 28 triebsinhaber (unmittelbar) durch Tarifvertrag oder Be-  
 29 triebsvereinbarung geregelt waren. Für die Fälle, in de-  
 30 nen nur Einzelverträge bestanden oder tarifvertragliche  
 31 Regelungen nur einzelvertraglich in Bezug genommen  
 32 wurden, gilt diese Schutzfrist also gerade nicht.  
 33  
 34 Denkbar ist weiterhin, dass die Arbeitsbedingungen  
 35 beim alten Arbeitgeber (unmittelbar) durch Tarifvertrag  
 36 geregelt waren, beim neuen Arbeitgeber aber eine Tarif-  
 37 bindung nicht mehr besteht. Hier folgt aus der Formu-  
 38 lierung des § 613 a Abs. 1 S. 2 BGB, dass diese Tarifverträ-  
 39 ge nicht mehr als Kollektivrecht weitergelten, sondern  
 40 ihre Rechtsnatur als Tarifvertrag verlieren und in Indivi-  
 41 dualrecht „herabsinken“. Das ehemals unmittelbar gel-  
 42 tende Tarifrecht wird also zum Gegenstand des Einzel-  
 43 arbeitsvertrages, aber eben auch nur als Einzelarbeits-  
 44 vertrag und nicht mehr als Tarif.  
 45  
 46 Die Vorschrift, ist für juristische Verhältnisse eher  
 47 schlicht und damit auch für Laien nachvollziehbar for-  
 48 muliert. Genau dies mag jedoch das größte Problem  
 49 der Vorschrift sein: Die einfache Formulierung und die  
 50 in den Köpfen herumspukenden Vorstellungen von ei-  
 51 nem (nur) einjährigen Bestandsschutz verführen dazu,  
 52 die Probleme der Vorschrift, die erst beim zweiten Hin-  
 53 sehen sichtbar werden, sträflich zu unterschätzen.  
 54 Dies führt in der Praxis vielfach zu katastrophalen Feh-  
 55 lern und verbunden damit zu entsprechenden Frustra-  
 56 tionen auf Seiten von den Arbeitnehmerinnen und Ar-  
 57 beitnehmer.

Annahme (K)

1 **Antrag 19/I/2015**  
 2 **KDV Reinickendorf**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4  
 5 **Prekäre Arbeit**  
 6 Die SPD-Abgeordnetenfraktion, die Senatoren der SPD  
 7 und der SPD-Landesvorstand werden aufgefordert,  
 8 dem Antrag 35/1/2014 (zudem den Anträgen: 24/1/2012,  
 9 03/1/2013, 13/1/2013, 92/1/2014 und 158/II/2014) nach-  
 10 zukommen und den Bericht zur „prekären Arbeit im  
 11 Verantwortungsbereich des Landes Berlin“ spätestens  
 12 einen Monat vor dem übernächsten Landespartei-  
 13 tag parteiintern zu veröffentlichen, so dass er auf dem  
 14 Landesparteitag im Herbst 2015 diskutiert werden kann.

15  
 16 **Begründung**  
 17 Trotz mehrerer Parteitagsbeschlüsse zum Thema  
 18 „prekäre Arbeit im Verantwortungsbereich des Landes  
 19 Berlin“ (u.a. 24/1/2012, 03/1/2013, 13/1/2013, 92/1/2014  
 20 und 158/II/2014), sind noch immer bei zahlreichen  
 21 Betrieben und in vielen Bereichen Strukturen prekärer  
 22 Arbeit anzutreffen. Um hierbei eine innerparteiliche  
 23 Diskussion zu ermöglichen, ist es sinnvoll, wenn der  
 24 im Antrag 35/1/2014 geforderte Bericht der inner-  
 25 parteilichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt  
 26 wird.  
 27

Überweisung an AH-Fraktion + Überweisung an Lan-  
 desvorstand (K)

28 **Antrag 20/I/2015**  
 29 **AfA Landesvorstand**  
 30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31  
 32 **Prekäre Arbeit**  
 33 Die SPD-Abgeordnetenfraktion, die Senatoren der SPD  
 34 und der SPD-Landesvorstand werden aufgefordert,  
 35 dem Antrag 35/1/2014 (zudem den Anträgen: 24/1/2012,  
 36 03/1/2013, 13/1/2013, 92/1/2014 und 158/II/2014) nach-  
 37 zukommen und den Bericht zur „prekären Arbeit im  
 38 Verantwortungsbereich des Landes Berlin“ spätes-  
 39 tens ein Monat vor dem nächsten Landesparteitag  
 40 parteiintern zu veröffentlichen, so dass er auf dem  
 41 kommendem Landesparteitag diskutiert werden kann.

42  
 43 **Begründung**  
 44 Trotz mehrerer Parteitagsbeschlüsse zum Thema  
 45 „prekäre Arbeit im Verantwortungsbereich des Landes  
 46 Berlin“ (u.a. 24/1/2012, 03/1/2013, 13/1/2013, 92/1/2014  
 47 und 158/II/2014), sind noch immer bei zahlreichen  
 48 Betrieben und in vielen Bereichen Strukturen prekärer  
 49 Arbeit anzutreffen. Um hierbei eine innerparteiliche  
 50 Diskussion zu ermöglichen, ist es sinnvoll, wenn der im  
 51 Antrag 35/1/2014 beschlossene und zu erstellende Be-  
 52 richt der innerparteilichen Öffentlichkeit zur Verfügung  
 53 gestellt wird.

Überweisung an AH-Fraktion + Überweisung an Lan-  
 desvorstand (K)

1 **Antrag 24/1/2015**

2 **KDV Neukölln**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Öffnung der Einreise für nichtakademische Fachkräfte**  
 7 **zum Zweck der Arbeitsplatzsuche**

8 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür  
 9 einzusetzen, dass nachweisbar qualifizierten nichtaka-  
 10 demischen Fachkräften in Engpassberufen die Einreise  
 11 nach Deutschland für sechs Monate zur Arbeitsplatz-  
 12 suche ermöglicht wird – mit ähnlichen Bedingung wie  
 13 in § 18c Aufenthaltsgesetz für akademische Fachkräfte.

14

15 **Begründung**

16 Laut § 18c Aufenthaltsgesetz kann ein Nicht-EU-Bürger,  
 17 der über einen anerkannten Hochschulabschluss  
 18 verfügt, nach Deutschland einreisen und für sechs  
 19 Monate einen Arbeitsplatz suchen. Diese Regelung ist  
 20 ein Meilenstein in der deutschen Einwanderungsge-  
 21 schichte und sollte auf nichtakademische Fachkräfte  
 22 ausgeweitet werden, um den Fachkräftemangel in  
 23 nichtakademischen Berufen –insbesondere im Gesund-  
 24 heitssektor –zu vermindern.

Erledigt bei Annahme Resolution 03/1/2015 (K)

25 **Antrag 25/1/2015**

26 **AG Migration und Vielfalt**

27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

29

30 **Öffnung der Einreise für nichtakademische Fachkräfte**  
 31 **zum Zweck der Arbeitsplatzsuche**

32 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür  
 33 einzusetzen, dass qualifizierten nichtakademischen  
 34 Fachkräften in Engpassberufen die Einreise nach  
 35 Deutschland für sechs Monate zur Arbeitsplatzsuche  
 36 ermöglicht wird – mit ähnlichen Bedingung wie in § 18c  
 37 Aufenthaltsgesetz für akademische Fachkräfte.

38

39 **Begründung**

40 Laut § 18c Aufenthaltsgesetz kann ein „Ausländer“,  
 41 der über einen anerkannten Hochschulabschluss  
 42 verfügt, nach Deutschland einreisen und für sechs  
 43 Monate einen Arbeitsplatz suchen. Diese Regelung ist  
 44 ein Meilenstein in der deutschen Einwanderungsge-  
 45 schichte und sollte auf nichtakademische Fachkräfte  
 46 ausgeweitet werden, um den Fachkräftemangel  
 47 in nichtakademischen Berufen – insbesondere im  
 48 Gesundheitssektor – zu vermindern.

Erledigt bei Annahme Antrag 03/1/2015 (K)



1 **Antrag 26/I/2015**

2 **KDV Neukölln**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Beschwerde Arbeitsschutz**

6 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und  
7 die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden  
8 gebeten, sich für die Schaffung eines niedrighschwel-  
9 ligen Zugangs für Beschwerden von Mitarbeiterinnen  
10 und Mitarbeitern

11

- 12 • über Nichteinhaltung von Regeln des Gesundheits-
- 13 schutzes am Arbeitsplatz und
- 14 • über grobe Verletzung einer ordnungsgemäßen Ar-
- 15 beitsorganisation

16

17 einzusetzen.

18

19 **Begründung**

20 Die Kontrollen zur Einhaltung der gesetzlichen Regeln  
21 zum Arbeitsschutz stellen Stichproben dar, welche  
22 auch eklatante Verstöße oft nicht aufklären.

23 Die verlässlichste Information haben die betroffenen  
24 Beschäftigten, die aber aus Angst vor Repressalien oder  
25 Entlassung vor einer offiziellen Meldung bei Behörden  
26 oder vor einer Klage zurückschrecken. Darum sind leicht  
27 zugängliche Beschwerdestellen erforderlich.

28

29 Ebenso müssen Leiharbeiter, welche nur kurze Zeit den  
30 kritikwürdigen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind  
31 und Beschäftigte, welche vom Jobcenter in derartige Tä-  
32 tigkeiten gewiesen werden, eine leicht zugängliche Be-  
33 schwerdestelle vorfinden.

34

35 Problematisch erscheint die Ansiedlung der Verant-  
36 wortlichkeit der Gefährdungseinschätzung beim Ar-  
37 beitgeber, während die Belegschaftsvertretung igno-  
38 riert und nur ein individuelles Recht der Beschäftigten  
39 informiert zu werden eingeräumt wird. Den positiven  
40 Beispielen stehen vielerorts leider auch negative Erfah-  
41 rungen gegenüber.

42

**Annahme (K)**

43 **Antrag 27/I/2015**

44 **KDV Neukölln**

45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

46 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

47

48 **Beschwerde Arbeitsschutz II**

49 Die BT-Fraktion, wird beauftragt, sich für die Schaffung  
50 eines niedrighschwelligen Zugangs für Beschwerden von  
51 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

52

- 53 • über Nichteinhaltung von Regeln des Gesundheits-
- 54 schutzes am Arbeitsplatz und

**Annahme (K)**

- 1 • über grobe Verletzung einer ordnungsgemäßen Ar-  
 2 beitsorganisation  
 3  
 4 in allen Bundesländern einzusetzen.  
 5  
 6 **Begründung**  
 7 Die Kontrollen zur Einhaltung der gesetzlichen Regeln  
 8 zum Arbeitsschutz stellen Stichproben dar, welche  
 9 auch eklatante Verstöße oft nicht aufklären.  
 10 Die verlässlichste Information haben die betroffenen  
 11 Beschäftigten, die aber aus Angst vor Repressalien oder  
 12 Entlassung vor einer offiziellen Meldung bei Behörden  
 13 oder vor einer Klage zurückschrecken. Darum sind leicht  
 14 zugängliche Beschwerdestellen erforderlich.  
 15  
 16 Ebenso müssen Leiharbeiter, welche nur kurze Zeit den  
 17 kritikwürdigen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind  
 18 und Beschäftigte, welche vom Jobcenter in derartige Tä-  
 19 tigkeiten gewiesen werden, eine leicht zugängliche Be-  
 20 schwerdestelle vorfinden.  
 21  
 22 Problematisch erscheint die Ansiedlung der Verant-  
 23 wortlichkeit der Gefährdungseinschätzung beim Ar-  
 24 beitgeber, während die Belegschaftsvertretung igno-  
 25 riert und nur ein individuelles Recht der Beschäftigten  
 26 informiert zu werden eingeräumt wird. Den positiven  
 27 Beispielen stehen vielerorts leider auch negative Erfah-  
 28 rungen gegenüber.  
 29

- 30 **Antrag 28/I/2015**  
 31 **KDV Neukölln**  
 32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 33 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
 34  
 35 **Befristung von Arbeitsverhältnissen**  
 36 Die BT-Fraktion wird aufgefordert, gesetzliche Regelun-  
 37 gen zur sinnvollen Einschränkung befristeter Arbeits-  
 38 verhältnisse zu erarbeiten.  
 39  
 40 Dabei soll insbesondere die Zulässigkeit einer Befris-  
 41 tung in folgenden Situationen revidiert werden:  
 42 • „wenn die Befristung im Anschluss an eine Ausbil-  
 43 dung oder ein Studium erfolgt, um den Übergang  
 44 der Arbeitnehmerin / des Arbeitnehmers in eine  
 45 Anschlussbeschäftigung zu erleichtern“ (§14, 1 (2)  
 46 TzBfG) ist zu ändern in „wenn die Befristung im An-  
 47 schluss an eine Ausbildung oder ein Studium erfolgt  
 48 und der Betrieb/die Einrichtung über seinen/ihren  
 49 eigenen Bedarf hinaus ausbildet.“  
 50 • „wenn die Befristung zur Erprobung erfolgt“ (§14, 1  
 51 (5) TzBfG) ist zu streichen, da die Gelegenheit zur  
 52 gegenseitigen Erprobung durch eine übliche Pro-  
 53 bezeit gegeben ist, welche durch eine zusätzliche  
 54 Befristungs-Zeit unbillig erhöht würde.  
 55 • „wenn die Befristung auf einem gerichtlichen Ver-  
 56 gleich beruht“ (§14, 1 (8) TzBfG) ist zu ergänzen um

Annahme (K)

1 „oder auf Wunsch der Arbeitnehmerin / des Arbeit-  
2 nehmers erfolgt“.  
3  
4 Die Befristung einer Einstellung „ohne sachlichen  
5 Grund“ (§14, Absatz 2, 2a, 3 und 4 TzBfG) sollte generell  
6 ausgeschlossen sein.  
7  
8 Ferner ist die betriebliche Mitbestimmung nach BetrVG  
9 so zu erweitern, dass die Zustimmung des Betriebsrates  
10 auch bei der Befristung einer Einstellung eingeholt  
11 werden muss.  
12  
13 **Begründung**  
14 Die exzessive Anwendung befristeter Arbeitsverhält-  
15 nisse schafft eine unbillige Existenz- und Einkommens-  
16 Unsicherheit der Beschäftigten. Indem eine unbefrist-  
17 tete Weiterbeschäftigung – mehr oder weniger vage  
18 – in Aussicht gestellt wird, werden die Betroffenen  
19 diszipliniert und zu „freiwilligen“ Zusatzleistungen  
20 angespornt.  
21  
22 Mit einer vor dem Betriebsurlaub (oder bei Lehrern:  
23 Schulferien) endenden Befristung werden Sozialleis-  
24 tungen (Urlaubsgeld, Boni o.ä.) vorenthalten.  
25  
26 Ohne ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte kön-  
27 nen Regeln, welche die Dauer von mehrmaligen Be-  
28 fristungen begrenzen sollen, durch das hin-und-her-  
29 Schieben von Beschäftigten in großen, verzweigten Un-  
30 ternehmen umgangen werden.

31 **Antrag 29/I/2015**  
32 **KDV Lichtenberg**  
33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
34  
35 **Gehälter der Erzieherinnen und Erzieher aufwerten**  
36 Der Landesparteitag begrüßt die Initiative der Genossin  
37 Schwesig, die Gehälter der Erzieherinnen und Erzieher  
38 an die Gehälter der Grundschullehrerinnen und Grund-  
39 schullehrer anzunähern.  
40 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-  
41 tenhauses und des Senats werden aufgefordert, als Ein-  
42 stieg in eine solche Regelung, für die Forderungen der  
43 Gewerkschaften Ver.di und GEW einzutreten.  
44  
45

Überweisung an FA IV – Kinder, Jugend, Familie + FA V  
– Stadt des Wissens (K)

1 **Antrag 30/I/2015**  
 2 **KDV Neukölln**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5  
 6 **Mitbestimmung Betrieb**  
 7 Die BT-Fraktion wird aufgefordert, sich dafür einzu-  
 8 setzen, dass die betriebliche Mitbestimmung durch  
 9 Betriebsräte so ausgeweitet wird, dass die Betriebsräte  
 10 umfassend über die Beschäftigungsbedingungen im  
 11 Betrieb – auch von Leiharbeitern, Praktikanten, Befris-  
 12 tungen – mitzubestimmen haben.  
 13

Annahme (K)

14 **Antrag 31/I/2015**  
 15 **KDV Marzahn-Hellersdorf**  
 16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 17 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

18  
 19 **Änderung des Teilzeitbefristungsgesetzes §9**  
 20 Das Teilzeitbefristungsgesetz §9 soll dahin gehend  
 21 geändert werden, dass Beschäftigte die ihre Voll-  
 22 zeitbeschäftigung in eine Teilzeitbeschäftigung aus  
 23 persönlichen Gründen geändert haben, ein echtes  
 24 Recht auf Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung erhal-  
 25 ten.  
 26

Annahme (K)

27 **Antrag 32/I/2015**  
 28 **KDV Neukölln**  
 29 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 30 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

31  
 32 **Leiharbeit**  
 33 Die BT-Fraktion wird aufgefordert, folgende gesetzliche  
 34 Regelungen zur Regulierung von Leiharbeit zu erarbei-  
 35 ten.  
 36 a) Leiharbeitnehmer sind der Stammebelegschaft mate-  
 37 riell gleichzustellen, indem  
 38 • ihnen mindestens der gleiche Lohn gewährt wird  
 39 • für sie die gleichen Regeln hinsichtlich der Arbeits-  
 40 und Pausenzeiten gelten,  
 41 • ihnen die gleichen Prämien, Zuschläge, sozialen  
 42 Vergünstigungen usw. zukommen  
 43  
 44 b) Grundsätzlich sind alle Leiharbeiter allen für das ent-  
 45 leihende Unternehmende bindenden tariflichen Rege-  
 46 lungen gleichzustellen.  
 47  
 48 c) Leiharbeitnehmer sind der Stammebelegschaft inso-  
 49 fern gleichzustellen,  
 50 • dass die Belegschaftsvertretung auch über ihre Be-  
 51 schäftigung mitbestimmt,

Überweisung an FA VII – Wirtschaft und Arbeit (K)

- 1 • dass ihre durchschnittliche Anzahl der Zahl der Be-
- 2 schäftigten zugerechnet wird,
- 3 • dass das entleihende Unternehmen die Belange des
- 4 Arbeitsschutzes gleichberechtigt verantwortet,
- 5 • dass sie der Ordnung im entleihenden Betrieb
- 6 unterliegen und in dessen organisatorisch-
- 7 disziplinarische Struktur eingegliedert werden. Bei
- 8 Meinungsverschiedenheiten ist das verleihende
- 9 Unternehmen in die Klärung einzubeziehen.

10

11

12

13 **Begründung**

14 Die Leiharbeit (Arbeitnehmerüberlassung) hat sich

15 in Folge diverser Schritte der Deregulierung zu ei-

16 nem Verfahren von Lohnsenkung, Umgehung von

17 Belegschaftsrechten und Spaltung von Belegschaften

18 entwickelt. So sind ungesicherte Arbeitsverhältnisse

19 zur Massenerscheinung geworden und gewachsene

20 Traditionen der betrieblichen Mitbestimmung zerstört

21 worden.

22

23 Die materielle Gleich- oder Besserstellung der Leihar-

24 beit (a), die Eingliederung in tarifliche Regelungen (b)

25 und die Einbeziehung und die Strukturen der Mitbe-

26 stimmung (c) soll die Leiharbeit auf die Rolle zurückfüh-

27 ren, Flexibilität im Arbeitsmarkt zu gewährleisten, ohne

28 dabei Arbeitnehmerrecht zu schwächen und die Preka-

29 risierung von Arbeitsverhältnissen weiter voranzutrei-

30 ben.

31 **Antrag 33/I/2015**

32 **AfA-Landesvorstand**

33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

35

36 **Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit ein-**

37 **schränken**

38 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages

39 werden aufgefordert, in Umsetzung des Koalitions-

40 vertrages geeignete Maßnahmen und gesetzliche Re-

41 gelungen zu treffen, die den Umgang mit Werkver-

42 trägen und Leiharbeiterinnen und Leiharbeitneh-

43 mern neu regeln.

44

45 Hierzu sollen sich die Abgeordneten des Bundestages

46 an einer Studie des Ministeriums für Arbeit, Integra-

47 tion und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen mit

48 dem Titel „Missbrauch von Werkverträgen und Leihar-

49 arbeit verhindern“ orientieren. Diese sieht insbesondere

50 vor, dass:

51

- 52 • Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern
- 53 nur noch auf Arbeitsstellen eingesetzt werden, an
- 54 denen von vornherein nur ein vorübergehender
- 55 Bedarf beim Entleiher besteht,

56

Überweisung an FA VII – Wirtschaft und Arbeit (K)

- 1 • die Beweislast, dass eine Arbeitsstelle vorüberge-
- 2 henden Charakter hat, ab 6 Monaten Dauer der
- 3 Überlassung auf den Entleiher übergeht,
- 4
- 5 • ab 12 Monaten geplanter Dauer vom Entleiher
- 6 nachgewiesen werden muss, dass die Arbeitsstelle
- 7 nicht mit einer regulär befristeten Beschäftigung zu
- 8 besetzen war,
- 9
- 10 • Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter
- 11 grundsätzlich nach dem (Haus-) Tarifvertrag eines
- 12 vergleichbaren, unbefristet beim Entleiher neu ein-
- 13 gestellten Arbeitnehmers bezahlt werden, sofern
- 14 ihre Anstellung bei dem Leiharbeitgeber befristet
- 15 ausschließlich für die konkrete Entleiher erfolgte,
- 16
- 17 • Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter
- 18 grundsätzlich ab 9 Monaten Überlassungszeit das
- 19 gleiche Stundenentgelt erhalten, das dem ver-
- 20 gleichbarer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- 21 des Entleihers entspricht,
- 22
- 23 • der Nachweis, ob jemand im Rahmen eines Dienst-
- 24 , Werk- oder Leiharbeitsverhältnisses tätig ist, aus-
- 25 schließlich anhand der real im Betrieb gelebten Ab-
- 26 läufe erfolgt,
- 27
- 28 • Vergütungen im Rahmen von Werk- und Dienstver-
- 29 trägen die branchenüblichen Löhne und gesetzliche
- 30 Mindestlöhne von vergleichbaren Arbeitnehmerin-
- 31 nen und Arbeitnehmer nicht unterschreiten dürfen,
- 32
- 33 • Arbeitgeber gegenüber den Betriebs- und Personal-
- 34 räten bzgl. solchen Personen jederzeit auskunfts-
- 35 pflichtig sind, die gegenwärtig und zukünftig in
- 36 die Betriebsorganisation eingebunden sind, aber in
- 37 keinem direkten Arbeitsverhältnis zum Arbeitgeber
- 38 stehen.
- 39
- 40 • Betriebs- und Personalräte sind für Leiharbeiter zu-
- 41 ständig
- 42
- 43

44 **Begründung**

45 Die Anzahl der Normalarbeitsverhältnisse in Deutsch-

46 land nimmt ab, die Anzahl der prekären Beschäftigung

47 nimmt zu. Vielfach werden die Instrumente der Leihar-

48 arbeit und der Werkverträge sachfremd eingesetzt, um

49 Personalkosten zu sparen und den Kündigungsschutz

50 zu umgehen.

51

52 Mit der Neuregelung soll erreicht werden, dass die miss-

53 bräuchliche Nutzung von Scheinwerkverträgen und

54 Scheindienstverträgen zur illegalen Arbeitnehmerüber-

55 lassung und zur Scheinselbständigkeit durch gesetzli-

56 che Regelungen besser verhindert werden können. Der

57 Missbrauch legaler Leiharbeit zur bloßen Lohnsenkung

58 soll verhindert werden. Werkverträge und Leiharbeit

59 sollen nur noch in einem engen, sachorientierten Rah-

1 men angewandt werden.  
 2  
 3 Die beiden wichtigsten Instrumente sind hier die Be-  
 4 weislastumkehr und der verpflichtend vorübergehen-  
 5 de Charakter der Arbeitsstelle. Zukünftig sollen sich  
 6 im Rahmen eines Werkvertrages beschäftigte Perso-  
 7 nen in ein reguläres Arbeitsverhältnis einklagen kön-  
 8 nen, wenn der Leistungsempfänger den Werkvertrag-  
 9 scharakter anhand der realen Arbeitsabläufe im Unter-  
 10 nehmen nicht nachweisen kann. Leiharbeitsverhältnis-  
 11 se dürfen nur geschlossen werden, wenn von vornher-  
 12 ein beweisbar dargelegt werden kann, dass die Stellen  
 13 nur vorübergehend notwendig sind. Damit soll Leihar-  
 14 arbeit zukünftig nur noch den Zweck erfüllen, für die sie  
 15 ursprünglich gedacht war: als sozial abgesichertes Fle-  
 16 xibilisierungsinstrument.

17 **Antrag 34/I/2015**  
 18 **KDV Lichtenberg**  
 19 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 20 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
 21  
 22 **Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit ein-**  
 23 **schränken**  
 24 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages  
 25 werden aufgefordert, in Umsetzung des Koalitionsver-  
 26 trages geeignete Maßnahmen und gesetzliche Regelun-  
 27 gen zu treffen, die den Umgang mit Werkverträgen und  
 28 LeiharbeiterInnen neu regeln.  
 29  
 30 Mit der Neuregelung soll erreicht werden, dass die miss-  
 31 bräuchliche Nutzung von Scheinwerkverträgen und  
 32 Scheindienstverträgen zur illegalen Arbeitnehmerüber-  
 33 lassung und zur Scheinselbständigkeit durch gesetzli-  
 34 che Regelungen besser verhindert werden können. Der  
 35 Missbrauch legaler Leiharbeit zur bloßen Lohnsenkung  
 36 soll verhindert werden. Werkverträge und Leiharbeit  
 37 sollen nur noch in einem engen, sachorientierten Rah-  
 38 men angewandt werden.  
 39  
 40 Hierzu sollen sich die Abgeordneten des Bundestages  
 41 an einer Studie des Ministeriums für Arbeit, Integra-  
 42 tion und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen mit  
 43 dem Titel „Missbrauch von Werkverträgen und Leihar-  
 44 arbeit verhindern“ orientieren. In Anlehnung an die Stu-  
 45 die fordern wir:  
 46 • LeiharbeiterInnen nur noch auf Arbeitsstel-  
 47 len eingesetzt werden, an denen von vornherein  
 48 nur ein vorübergehender Bedarf beim Entleiher be-  
 49 steht,  
 50 • die Beweislast, dass eine Arbeitsstelle vorüberge-  
 51 henden Charakter hat, ab 6 Monaten Dauer der  
 52 Überlassung auf den Entleiher übergeht,  
 53 • ab 12 Monaten geplanter Dauer vom Entleiher  
 54 nachgewiesen werden muss, dass die Arbeitsstelle  
 55 nicht mit einer regulär befristeten Beschäftigung zu  
 56 besetzen war,

Überweisung an FA VII – Wirtschaft und Arbeit (K)

- 1 • LeiharbeiterInnen grundsätzlich nach dem  
 2 (Haus-)Tarifvertrag eines vergleichbaren, unbefristet  
 3 beim Entleiher neu eingestellten Arbeitnehmers  
 4 bezahlt werden, sofern ihre Anstellung bei dem  
 5 Leiharbeitgeber befristet ausschließlich für die konkrete  
 6 Entleiherung erfolgte,  
 7 • LeiharbeiterInnen grundsätzlich ab 9 Monaten  
 8 Überlassungszeit das gleiche Stundenentgelt  
 9 erhalten, das dem vergleichbarer ArbeitnehmerInnen  
 10 des Entleihers entspricht,  
 11 • der Nachweis, ob jemand im Rahmen eines Dienst-,  
 12 Werk- oder Leiharbeitsverhältnisses tätig ist, ausschließlich  
 13 anhand der real im Betrieb gelebten Abläufe erfolgt,  
 14 • der Entleiher selbstschuldnerisch für die Arbeitsentgelte  
 15 der bei ihm beschäftigten LeiharbeiterInnen haftet,  
 16 • bei Verstoß gegen die Vorschriften werden LeiharbeiterInnen  
 17 rückwirkend in eine reguläre Stelle beim Entleiher  
 18 überführt, die auf die ursprünglich tatsächlich vorgesehene  
 19 Entleihdauer befristet ist,  
 20 – Vergütungen im Rahmen von Werk- und Dienstverträgen  
 21 die branchenüblichen Löhne und gesetzliche Mindestlöhne  
 22 von vergleichbaren Arbeitnehmern nicht unterschreiten dürfen,  
 23 – Arbeitgeber gegenüber den Betriebs- und Personalräten  
 24 bzgl. solchen Personen jederzeit auskunftspflichtig sind,  
 25 die gegenwärtig und zukünftig in die Betriebsorganisation  
 26 eingebunden sind, aber in keinem direkten Arbeitsverhältnis  
 27 zum Arbeitgeber stehen.  
 28 – Betriebs- und Personalräte sind für Leiharbeiter  
 29 zuständig.  
 30  
 31  
 32  
 33  
 34  
 35  
 36

37 Die beiden wichtigsten Instrumente sind hier die  
 38 Beweislastumkehr und der verpflichtend vorübergehende  
 39 Charakter der Arbeitsstelle. Zukünftig sollen sich im  
 40 Rahmen eines Werkvertrages beschäftigte Personen in ein  
 41 reguläres Arbeitsverhältnis einklagen können, wenn der  
 42 Leistungsempfänger den Werkvertragscharakter anhand der  
 43 realen Arbeitsabläufe im Unternehmen nicht nachweisen  
 44 kann. Leiharbeitsverhältnisse dürfen nur geschlossen werden,  
 45 wenn von vornherein beweisbar dargelegt werden kann,  
 46 dass die Stellen nur vorübergehend notwendig sind.  
 47 Damit soll Leiharbeit zukünftig nur noch den Zweck  
 48 erfüllen, für die sie ursprünglich gedacht war: als sozial  
 49 abgesichertes Flexibilisierungsinstrument.  
 50  
 51



1 **Antrag 35/I/2015**  
2 **AfA-Landesvorstand**  
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
4

5 **Stiftungsräte**

6 Die SPD-Fraktion und die SPD-Senatoren werden  
7 aufgefordert, bei der Besetzung der Stiftungsräte der  
8 landeseigenen Stiftungen auch Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Gegebenenfalls sind die rechtlichen Grundlagen soweit zu ändern, dass eine Arbeitnehmervertretung auch in den Stiftungsräten vorgesehen ist.  
12

13

14 **Begründung**

15 In den Stiftungsräten werden entscheidende Weichen  
16 für die Belange der Betriebe der Stiftung und damit  
17 auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
18 gestellt, sie sind auch vergleichbar mit Aufsichtsräten.  
19 Daher ist es notwendig, dass auch in den Stiftungsräten  
20 Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitnehmerinnen  
21 und Arbeitnehmer ihren Sitz haben.

Überweisung an Senat (K)

---

22 **Antrag 36/I/2015**  
23 **KDV Reinickendorf**  
24 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
25

26 **ArbeitnehmerInnenvertretung in Stiftungsräten**

27 Die SPD-Fraktion und die SPD-Senatoren werden  
28 aufgefordert, bei der Besetzung der Stiftungsräte der  
29 Landeseigenen Stiftungen auch VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen zu berücksichtigen. Gegebenenfalls sind die rechtlichen Grundlagen soweit zu ändern, dass eine Arbeitnehmervertretung auch in den Stiftungsräten vorgesehen ist.  
33

34

35 **Begründung**

36 In den Stiftungsräten werden entscheidende Weichen  
37 für die Belange der Betriebe der Stiftung und damit  
38 auch für die ArbeitnehmerInnen gestellt, sie sind auch  
39 vergleichbar mit Aufsichtsräten. Daher ist es notwendig,  
40 dass auch in den Stiftungsräten VertreterInnen der  
41 ArbeitnehmerInnen ihren Sitz haben.  
42

Erledigt bei Annahme Antrag 35/I/2015 (K)

1 **Antrag 37/I/2015**

2 **Jusos LDK**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Gute Erwerbsarbeit für Berlin!**

6 **I. Grundlagen**

7 Menschen wollen einer Beschäftigung nachgehen, die  
8 sinnvoll und nützlich erscheint. Nützlich für einen  
9 selbst, nützlich für andere Menschen oder nützlich für  
10 die Gesellschaft. So entsteht gesellschaftliche Teilha-  
11 be, indem man gemeinsam mit anderen oder auch für  
12 andere arbeitet. Sei es in Form von Erwerbsarbeit, der  
13 selbstständigen oder abhängigen Beschäftigung, oder  
14 auch der ehrenamtlichen sowie der Reproduktionsar-  
15 beit. Was all diesen Formen von Entlohnung oft ge-  
16 meinsam fehlt, ist eine dieser Arbeit gegenüberstehen-  
17 de Form der Anerkennung und Wertschätzung. Insbe-  
18 sondere Arbeit in Form von Erwerbsarbeit bietet jedoch  
19 einen grundsätzlichen Identifikationsrahmen und be-  
20 fördert soziale Inklusion und Teilhabe. Dies erreicht Er-  
21 werbsarbeit aufgrund der durch diese Form der Arbeit  
22 vermittelten Teilhabe an einem Prozess, der wichtige Le-  
23 bensgrundlagen schafft und bessere Lebensbedingun-  
24 gen anstrebt – ein Prozess, durch den somit die eigene  
25 Reproduktion und gesellschaftlicher Fortschritt ermög-  
26 licht wird.

27

28 Klar ist dabei auch: im derzeitigen kapitalistischen Sys-  
29 tem ist es nicht allen Menschen möglich, stets der Ar-  
30 beit nachzugehen, der sie nachgehen wollen. Dies hat  
31 mit der ungleichen Verteilung von Produktionsmitteln  
32 aber auch von gesellschaftlichen Voraussetzungen zu  
33 tun. In unserer heutigen Gesellschaft bestimmt in vie-  
34 len Bereichen die soziale Herkunft – Bildung, Ausbil-  
35 dung, Existenz von gesellschaftlichen Netzwerken – die  
36 Möglichkeiten, sich die eigenen Arbeitsbedingungen  
37 so zu wählen, dass sie den eigenen Vorstellungen am  
38 ehesten entspricht. Damit fehlt dem heutigen System  
39 bereits die Grundvoraussetzung für eine ausschließ-  
40 lich freie Entscheidung über Produktion und Arbeits-  
41 einsatz. Die kapitalistische Produktion koordiniert sich  
42 über Konkurrenz und Profit; sie ist dabei niemals stabil,  
43 sondern krisenanfällig. Diese Krisen werden sich auch  
44 in Zukunft auf den Arbeitsmarkt auswirken. Sie werden  
45 immer wieder die Arbeitsperspektiven der Menschen  
46 einschränken oder behindern, dessen regelmäßige Fol-  
47 ge die gesellschaftliche Stigmatisierung und materielle  
48 Unterversorgung aufgrund von Erwerbsarbeitslosigkeit  
49 ist. Erwerbsarbeit als Grundlage zur Teilhabe am gesell-  
50 schaftlichen Leben kann somit zugleich ein Abhängig-  
51 keitsverhältnis mit Auswirkungen auf die eigenen Vor-  
52 stellungen der Menschen sein. Diejenigen, die aus dem  
53 Arbeitsprozess ausgeschlossen werden, müssen daher  
54 ihren individuellen und den gesellschaftlichen Bedürf-  
55 nissen entsprechend durch den Sozialstaat unterstützt  
56 werden.

57

58 Ein gutes Arbeitsleben qualifiziert sich daher für uns

**Überweisung an Steuerungsgruppe Wahlprogramm  
(Kein Konsens)**

1 auch dadurch, dass den Menschen ein gutes und  
 2 selbstbestimmtes Leben, Planungssicherheit sowie  
 3 auch Sinnstiftung ermöglicht wird. Die Menschen, die  
 4 an den bestehenden Arbeitsprozessen teilnehmen,  
 5 sind an der Gestaltung dieser Prozesse und der Rah-  
 6 menbedingungen angemessen zu beteiligen. Für uns  
 7 steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen und seinem  
 8 Wunsch nach Emanzipation im Zentrum.

9  
 10 Innerhalb dieses Rahmens ist und bleibt Erwerbsar-  
 11 beit für uns ein wesentliches Element des Widerspruchs  
 12 zwischen Kapital und Arbeit. In der Tradition der Ar-  
 13 beiter\*innenbewegung kommt ihr für unser politisches  
 14 Handeln daher eine besonders gewichtige Rolle zu. Un-  
 15 ser politisches Ziel bleibt die Aufhebung dieses Grund-  
 16 widerspruchs!

17  
 18 **II. Gute Ausbildung für Berlin**

19  
 20 **Ausgangslage**

21 Der Berliner Ausbildungsmarkt ist durch eine Vielzahl  
 22 von verschiedenen Problemfeldern und Herausforde-  
 23 rungen geprägt. In der Darstellung dieser Felder stellt  
 24 der DGB Ausbildungsreport 2014 die hohe Anzahl von  
 25 1.505 unversorgten Jugendlichen heraus, die in diesem  
 26 Jahr keinen Ausbildungsplatz bekommen haben.

27  
 28 Diese Jugendlichen verharren nun im sogenannten  
 29 Übergangssystem zwischen Schule und Beruf und ab-  
 30 solvieren berufs- oder ausbildungsvorbereitende Maß-  
 31 nahmen bis sie eine Anschlussmöglichkeit finden. Die  
 32 Erfahrung zeigt jedoch, dass dieses Übergangssystem  
 33 von einem Maßnahmenschunzel geprägt ist, in dem  
 34 die meisten Jugendlichen nur schwer wieder heraus-  
 35 finden. In der Konsequenz befinden sich aktuell circa  
 36 7.000 Jugendliche in diese Maßnahmenschunzel. Wei-  
 37 tere 7.307 Jugendliche werden von der Bundesagentur  
 38 für Arbeit als „andere ehemalige Bewerber ohne Anga-  
 39 be eines Verbleibs“ geführt.

40  
 41 Aber auch mit dem erfolgreichen Antritt einer Ausbil-  
 42 dungsstelle kommt es oft zu Komplikationen, wodurch  
 43 circa 33,3 Prozent aller geschlossenen Ausbildungsver-  
 44 träge frühzeitig wieder gelöst werden. Auch hierbei  
 45 steht Berlin an "erster" Stelle. Im Vergleich liegt der Bun-  
 46 desdurchschnitt bei 24,4 Prozent.

47 In der Konsequenz ergibt sich somit eine Jugendarbeits-  
 48 losigkeit von aktuell 10,3 Prozent (Februar 2015). Im Ver-  
 49 gleich besteht im Bundesdurchschnitt eine Jugendar-  
 50 beitslosigkeit von 5,7 Prozent.

51 Die Ursachen für die vergleichsweise doppelt so hohe  
 52 Quote sind vielfältig. Berlin hat z.B. eine hohe Schulab-  
 53 brecher\*innenquote von 9,3 Prozent und belegt damit  
 54 den zweiten Platz bundesweit. Der Bundesdurchschnitt  
 55 liegt bei 6 Prozent.

56  
 57 Zudem stellt die geringe Anzahl an ausbildenden Be-  
 58 trieben in Berlin eine untragbare Konkurrenzsituation  
 59 zwischen den Jugendlichen dar. Gerade einmal 13,5 Pro-

1 zent aller Betriebe in Berlin bilden diesbezüglich aus.  
 2 Berlin liegt hierbei an letzter Stelle im Bundesvergleich.  
 3 Der Bundesdurchschnitt liegt bei 21,7 Prozent. Zugleich  
 4 muss auch die Berliner Betriebsstruktur beachtet wer-  
 5 den, in der mehrheitlich kleinere Unternehmen mit  
 6 nur geringen Ausbildungspotenzialen vorhanden sind.  
 7 Durch die knappen Ausbildungsmöglichkeiten wird vie-  
 8 len Jugendlichen somit der Weg zu einer nachhaltigen  
 9 Berufsqualifikation verwehrt. Darüber hinaus muss an  
 10 dieser Stelle auch betont werden, dass nachweislich Ju-  
 11ugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu  
 12 Jugendlichen ohne Migrationshintergrund es generell  
 13 schwerer haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.  
 14 Von dieser insgesamt verbesserungswürdigen Integra-  
 15 tion in den Ausbildungsmarkt ist natürlich auch die  
 16 Wirtschaft negativ betroffen.

17  
 18 Wenn Jugendliche eine Ausbildungsplatz bekommen  
 19 haben wird dieser wie aufgezeigt in Berlin zu 33,3 Pro-  
 20 zent frühzeitig wieder gelöst. Gründe hierfür sind oft-  
 21 mals eine mangelnde berufliche Orientierung der Ju-  
 22 gendlichen, was sie bei der Ausbildung erwartet, wo-  
 23 durch falsche Erwartungshaltungen aufgebaut werden.  
 24 Zudem werden nach DGB-Jugend Ausbildungsreport  
 25 oft auch Konflikte innerhalb des Betriebs und eine feh-  
 26 lende Team-Chemie angegeben.

27  
 28 Ein weiteres erschwerendes Hemmnis vieler Auszubil-  
 29 denden\* für die erfolgreiche Beendigung ihrer Ausbil-  
 30 dung betrifft ihre Ausbildungsvergütung. Laut DGB-  
 31 Jugend Ausbildungsreport liegt der Verdienst von 43,6  
 32 Prozent der Auszubildenden\* (betrieblich) gerade ein-  
 33 mal zwischen 251 und 500 Euro (brutto). Daraus können  
 34 existenzsichernde Probleme erwachsen, die innerhalb  
 35 der Betriebe zu Konflikten führen bzw. eine erfolgreiche  
 36 Beendigung der Ausbildung unmöglich machen.

37  
 38 Trotz allem sollen an dieser Stelle aber beispielhaft  
 39 auch Förderprogramme aus dem Arbeitsmarktrahmen-  
 40 programm "BerlinArbeit" aufgezeigt werden, die sehr  
 41 erfolgreich sind, um Jugendliche nachhaltig in den  
 42 Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren.

43  
 44 Zur Bekämpfung der hohen Schulabbre-  
 45 cher\*innenquote ist das Duale Lernen bzw. das  
 46 Praxislernen hervorzuheben. Hierdurch werden  
 47 Schüler\*innen mit Schwierigkeiten in der Schule ein  
 48 praxisorientiertes Lernumfeld geboten und ihnen  
 49 somit ein alternativen Zugang zur Institution Schule  
 50 ermöglicht. Zudem führt eine vertiefte Praxisorientie-  
 51 rung auch zu einer besseren Ausbildungsentscheidung,  
 52 wodurch Ausbildungsabbrüche auf dieser Ebene vor-  
 53 gebeugt werden kann. Leider gibt es zu wenig Stellen  
 54 und keine systematische Vermittlung von Praxis-  
 55 stellen für Schüler\*innen. Hierdurch stützt sich das  
 56 Angebot zumeist auf das Engagement von einzelnen  
 57 Lehrer\*innen sowie Eltern. Als Folge besteht eine große  
 58 Angebotsdiskrepanz zwischen den einzelnen Berliner  
 59 Schulen. Generell gibt es nur wenig berufs- bzw. praxis-

1 sowie zukunftsorientierten Unterricht in Regelschulen.  
 2 Um diesen Zustand zu ändern, wäre die Einführung  
 3 mehrerer Praktika in der Oberschule sowie ein weitere-  
 4 res, freiwilliges Kurzpraktikum in dem Oberstufenkurs  
 5 Studium und Beruf, angebracht.

6  
 7 Im Bereich der Ausbildungsförderung ist die explizite  
 8 Förderung von Jugendlichen mit Migrationshinter-  
 9 grund herauszustellen. Sind die Programm "Ausbildung  
 10 in Sicht" und "Berlin braucht dich". Letzteres stellt ei-  
 11 ne spezielle Integrationsförderung für die Ausbildung  
 12 im öffentlichen Dienst dar. Darüber hinaus ist aber  
 13 insbesondere das Berliner Ausbildungsprogramm BAPP  
 14 hervorzuheben, wodurch die kleinteilige Betriebsland-  
 15 schaft aufgegriffen und im Verbundssystem gefördert  
 16 wird. Auch diese strukturelle Fördermaßnahme, in der  
 17 Zusammenführung und Unterstützung von Betrieben  
 18 ist weiter auszubauen.

19  
 20 Während der Ausbildung und zur Vorbeugung von Aus-  
 21 bildungsabbrüchen stellen diverse Mentoring- und Me-  
 22 diationsansätze eine gute Möglichkeit dar. Hierbei wer-  
 23 den Jugendliche individuell und in allen Lebenslagen  
 24 bei der Ausbildung unterstützt sowie bei Konflikten ein  
 25 konstruktiver Dialog zwischen allen Parteien ermög-  
 26 licht.

27  
 28 **Forderungen und Konsequenzen**  
 29 In der Gesamtbetrachtung der vorgestellten Ausgangs-  
 30 lage, der Ursachen sowie der bestehenden Förderung  
 31 ergeben sich folgende Forderungen:

- 32
- 33 • Die praktische Berufsorientierung soll durch einen  
 34 systematischen Ansatz zur Vermittlung von Part-  
 35 ner\*innen zur Akquise von Praktikums- und ande-  
 36 ren praxisnahen Lernstätten unterstützt werden.  
 37 Vorstellbar wäre hier eine zentrale Vermittlungs-  
 38 stelle auf Landes sowie Bezirksebene. Für eine ganz-  
 39 heitliche Verbesserung des praxisnahen Lernens  
 40 sollte es dort auch für Jugendliche die Möglichkeit  
 41 geben, ihre besuchten Lernstätten sowie absolvier-  
 42 ten Praktika zentral zu evaluieren. Wir fordern die  
 43 Abgeordneten\* der SPD-Fraktion im Berliner Abge-  
 44 ordnetenhaus dazu auf einen entsprechenden An-  
 45 trag einzubringen.
  - 46 • Jedes Konzept zur Ausbildungsförderung kann noch  
 47 so gut sein, wenn letztendlich nicht genug Ausbil-  
 48 dungsplätze vorhanden sind. Zugleich ruft die Wirt-  
 49 schaft stets laut nach hoch qualifizierten Fachkräf-  
 50 ten, ist aber nicht bereit diese selber auszubilden. Es  
 51 ist daher notwendig, eine Ausbildungsplatzumlage  
 52 einzuführen, um entsprechende Anreize zu setzen  
 53 bzw. die Wirtschaft konsequent in die Verantwor-  
 54 tung zur Fachkräfteausbildung zu nehmen. Die Um-  
 55 lagefinanzierung soll so ausgestaltet sein, dass al-  
 56 le Betriebe einen gewissen Prozentsatz (nach DGB  
 57 2 Prozent) ihrer Bruttolohnsumme in eine gemein-  
 58 same Kasse einzahlen. Die Bereitschaft zur Ausbil-  
 59 dung wird unterstützt bzw. wer nicht oder zu we-

- 1 nig ausbildet, unterstützt andere Betriebe bei ihrer  
 2 Ausbildung. In ähnlicher Form wird dies beispiels-  
 3 weise in Frankreich schon seit Jahren praktiziert.  
 4 Wir fordern die Abgeordneten\* der SPD-Fraktion  
 5 im Berliner Abgeordnetenhaus dazu auf, einen ent-  
 6 sprechenden Antrag zur Konzeption einer Ausbil-  
 7 dungsplatzumlage für Berlin einzubringen.
- 8 • Zugleich sollen bestehende gute Instrumente der  
 9 Ausbildungsplatzakquise wie das BAPP ausgebaut  
 10 werden. Wir fordern die Abgeordneten\* der SPD-  
 11 Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus dazu auf  
 12 entsprechende Anträge zur Konzeption neuer Aus-  
 13 bildungsplatzakquisemöglichkeiten bzw. den Aus-  
 14 bau bestehender Förderungselemente einzubrin-  
 15 gen.
  - 16 • Es wird oft gesagt, Berlin ist eine wachsende Stadt  
 17 für jede und jeden. Trotz allem haben es Jugendli-  
 18 che mit Migrationshintergrund sehr viel schwerer  
 19 einen Ausbildungsplatz zu bekommen als Jugend-  
 20 liche ohne Migrationshintergrund. Wir fordern die  
 21 Abgeordneten\* der SPD-Fraktion im Berliner Abge-  
 22 ordnetenhaus daher dazu auf entsprechende An-  
 23 träge zur Einrichtung neuer Instrumente bzw. zum  
 24 Ausbau bestehender Förderungen zur Verbesse-  
 25 rung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund  
 26 am Ausbildungsmarkt einzubringen.
  - 27 • Im System der Dualen Ausbildung sind Frauen\* ge-  
 28 nerell unterrepräsentiert. Zudem lässt sich in ei-  
 29 nem Vergleich der Branchen untereinander, immer  
 30 noch eine „traditionelle“ Verteilung auf die un-  
 31 terschiedlichen Berufe erkennen. Frauen\* sind sel-  
 32 tener in Handwerksberufen anzutreffen, bilden je-  
 33 doch den größten Anteil im sozialen Bereich. Hier  
 34 gilt es bestehende Projekte weiter auszubauen und  
 35 neue Maßnahmen zu entwickeln.
  - 36 • Wenn Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhal-  
 37 ten haben, wird dieser aber zu circa 33,3 Prozent  
 38 der Fälle wieder frühzeitig gelöst. Eine Verstär-  
 39 kung von objektiven Konfliktschlichtungsinstanzen  
 40 in Form von bspw. Ausbildungsassistenzen und  
 41 ausbildungsbegleitenden Maßnahmen sind hierbei  
 42 unbedingt zu empfehlen. Alle Auszubildenden\* so-  
 43 wie alle Ausbildungsbetriebe sollten einen garan-  
 44 tierten Anspruch auf solche Leistungen haben. Wir  
 45 fordern die Abgeordneten\* der SPD-Fraktion im Ber-  
 46 liner Abgeordnetenhaus dazu auf, einen entspre-  
 47 chenden Antrag zur verstärkten Förderung von Aus-  
 48 bildungsassistenzen und ausbildungsbegleitenden  
 49 Maßnahmen einzubringen.
  - 50 • Neben einer bedarfsgerechten Unterstützung bei  
 51 der Ausbildung, muss eine bedarfsgerechten Ent-  
 52 lohnung der Auszubildenden\* realisiert werden.  
 53 Eine sichere Entlohnung darf nicht nur für den  
 54 Arbeitsmarkt, sondern muss auch für den Aus-  
 55 bildungsmarkt gelten. Die Einführung einer Min-  
 56 destausbildungsvergütung ist daher unumgäng-  
 57 lich. Diese soll sich am Bafög-Höchstsatz orien-  
 58 tieren. Wir fordern die Abgeordneten\* der SPD-  
 59 Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sowie im

- 1 Bundestag dazu auf, einen entsprechenden Antrag  
 2 einzubringen.
- 3 • Berufsorientierung muss in der Schule anfangen  
 4 und daher braucht es eine gezielte Integration in  
 5 den Schulalltag an Oberschulen anhand von meh-  
 6 reren Pflichtpraktika und einem integrierten frei-  
 7 willigen Kurzpraktikum im Oberstufenkurs Studi-  
 8 um und Beruf. Wir fordern die Abgeordneten der  
 9 SPD im Berliner Abgeordnetenhaus auf, einen ent-  
 10 sprechenden Antrag zu stellen.
  - 11 • Die Organisation vieler gewerblicher Ausbildungen  
 12 in Lernfeldern ist nicht praktikabel. Entweder muss  
 13 die Ausbildung wieder in Fächern stattfinden oder  
 14 die Lernfelder müssen so umstrukturiert werden,  
 15 dass die logische Reihenfolge der Lerninhalte wie-  
 16 der Sinn macht. Wir fordern die SPD- Fraktion dazu  
 17 auf, in dem Sinne über den Senat eine Initiative in  
 18 der Kultusministerkonferenz anzustoßen.

19  
 20 **III. Gute Arbeit für Berlin**

21  
 22 **Analyse**

23 Berlins Arbeitsmarkt boomt seit Jahren. In Berlin wer-  
 24 den überdurchschnittlich viele Jobs geschaffen, was vor  
 25 allem an den vielen Neugründungen im Bereich der  
 26 Startup–Unternehmen und an der überdurchschnitt-  
 27 lich starken Berliner Kreativwirtschaft liegt. Aber auch  
 28 das industrielle Gewerbe ist in den letzten Jahren wie-  
 29 der stark gewachsen und ist mittlerweile für über  
 30 100.000 Jobs unmittelbar verantwortlich. Jedoch haben  
 31 davon diesen überaus positiven Trends lange Zeit nur  
 32 gut qualifizierte Menschen profitiert, die häufig für ih-  
 33 re neuen Jobs aus anderen Bundesländern nach Berlin  
 34 zogen. Die Arbeitslosenstatistik – insbesondere die Sta-  
 35 tistik der Langzeitarbeitslosen – hat sich dabei kaum  
 36 bewegt. Zwar sind in den letzten Monaten auch unter  
 37 den Langzeitarbeitslosen positive Trends zu beobach-  
 38 ten, wie nachhaltig sich diese auswirken ist aber nicht  
 39 klar.

40 Trotz aller positiver Trends bleibt festzuhalten: Berlin ist  
 41 leider immer noch die Hauptstadt der prekären Beschäf-  
 42 tigung. Seit den 90er Jahren ist das sozialversicherungs-  
 43 pflichtige Normalarbeitsverhältnis vor allem in der In-  
 44 dustrie und im Öffentlichen Dienst auf dem Rückzug.  
 45 Dies ist gerade in der Industrie und im Öffentlichen  
 46 Dienst zu spüren. Im Gegenzug ist ein rasanter Anstieg  
 47 von prekären Beschäftigungsformen bei abhängig Be-  
 48 schäftigten ebenso wie bei Selbstständigen zu verzeich-  
 49 nen. Diese Arbeitsverhältnisse sind vor allem im Nied-  
 50 riglohnsektor und in mehr oder minder erzwungener  
 51 Selbstständigkeit zu finden. In Berlin leisten die Men-  
 52 schen die meisten Jahresarbeitsstunden und bekom-  
 53 men dafür im Vergleich zu anderen deutschen (Groß-  
 54 )Städten den geringsten Stundenlohn. Ein Drittel der ar-  
 55 beitenden Berliner Bevölkerung muss sein Gehalt auf-  
 56 stocken lassen, weil es trotz Arbeit nicht über das so-  
 57 genannte Existenzminimum kommt. Geringfügige Be-  
 58 schäftigung in Gestalt von Minijobs sowie Leiharbeit  
 59 und Solo-Selbstständigkeit sind in Berlin weiter ver-

1 breitet als in anderen Großstädten. Viele existierende  
 2 Jobs – gerade in der Kreativ- und Startupbranche – sind  
 3 zu dem in hohem Maße von arbeitsmarktspezifischen  
 4 Risiken betroffen und zudem unzureichend versichert.  
 5 Gute Arbeit sieht anders aus!

6

7 **Forderungen**

8 **Prekäre Beschäftigung bekämpfen**

- 9 • Da gerade Berlin von prekärer Beschäftigung beson-  
 10 ders schwer betroffen ist, fordern wir unsere Mit-  
 11 glieder des Berliner Senats auf, sich spätestens in  
 12 der nächsten Legislatur mit hoffentlich anderem  
 13 Koalitionspartner für Bundesratsinitiativen zu fol-  
 14 genden Punkten einzusetzen:
- 15 • Die Möglichkeiten zur Befristung ohne Sachgrund  
 16 im Teilzeit- und Befristungsgesetz sollen gestrichen  
 17 werden.
- 18 • Die Leiharbeit muss rereguliert werden. Dabei sol-  
 19 len die Leiharbeiter\*innen von Tag eins an  
 20 den gleichen Lohn gezahlt bekommen wie die  
 21 Stammbeschafteten. Weiterhin soll die Höchstüber-  
 22 lassungsdauer von Leiharbeiter\*innen in einem Be-  
 23 trieb ein Jahr betragen und ein Wiedereinstellungs-  
 24 verbot hieran anschließen.
- 25 • Es muss eine gesetzliche Regelung geschaffen wer-  
 26 den, die nach einer Reduzierung auf eine Teilzeit-  
 27 stelle ein Recht auf Wiederaufstockung auf eine  
 28 Vollzeitstelle einräumt.
- 29 • Eine Mindestvergütung für Praktika während der  
 30 Ausbildung muss auf Mindestlohn festgesetzt wer-  
 31 den. Absolvent\*innenpraktika nach dem ersten  
 32 Master-, Diplom- und Magisterabschluss sollen un-  
 33 tersagt werden.
- 34 • Geringfügige Beschäftigung in Gestalt von Mini-  
 35 jobs muss grundsätzlich abgeschafft werden.
- 36 • Bei subventionierten kulturellen Einrichtungen  
 37 muss es einen Haustarif für die dort auftretenden  
 38 Künstler\*innen geben.
- 39 • Der Mindestlohn muss auch für die Arbeit in Behin-  
 40 dertenwerkstätten gelten.
- 41 • Weiterhin fordern wir unsere Mitglieder des Senats  
 42 auf, mit gutem Beispiel voran zu gehen und dafür  
 43 Sorge zu tragen, dass:
- 44 • sachgrundlose Befristungen im Berliner Öffentli-  
 45 chen Dienst nicht mehr vorgenommen werden.
- 46 • der Stellenabbau im Berliner Öffentlichen Dienst  
 47 gestoppt und langfristig wieder mehr Jobs geschaf-  
 48 fen werden.

49

50 **Langzeitarbeitslosen helfen – ÖBS wieder aufbauen**

51 Der rot-rote Senat war mit der Etablierung des Berliner  
 52 öffentlichen Beschäftigungssektors ein Vorreiter. Zwi-  
 53 schen 2006 und 2011 wurden im ÖBS rund 7500 sozi-  
 54 alversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Langzeiter-  
 55 werbslose geschaffen. Sie verdienten dort nach Tarif  
 56 bzw. wurden ortsüblich bezahlt, erhielten aber mindes-  
 57 tens 1.300,- Euro, also mindestens 7,50 Euro die Stun-  
 58 de. Die Tätigkeitsfelder lagen vor allem auf gemein-  
 59 wohlorientierter Arbeit und stärkten somit das sozio-



1 kulturelle Miteinander zusätzlich. Beschäftigten, die zu-  
 2 vor als auf dem ersten Arbeitsmarkt unvermittelbar ein-  
 3 gestuft worden waren, erhielten neue berufliche Per-  
 4 spektiven und einige von ihnen haben aus dem ÖBS so-  
 5 gar den Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt geschafft.  
 6 Dieses Programm wurde von dem rot-schwarzen Senat  
 7 wieder zerschlagen. Das halten wir für einen Fehler.

- 8
- 9 • Wir fordern die Abgeordnet\*innen unserer Frakti-  
 10 on des Abgeordnetenhauses und die Mitglieder des  
 11 Senates auf, sich für die erneute Errichtung eines  
 12 Berliner Öffentlichen Beschäftigungssektors einzu-  
 13 setzen und diese spätestens in der nächsten Legis-  
 14 latur auch umzusetzen!
- 15 • Dabei sollen die zur Verfügung gestellten Mittel  
 16 aufgestockt werden, um noch mehr Langzeitar-  
 17beitslosen die Möglichkeit auf Partizipation zu ver-  
 18schaffen.
- 19 • Auch soll der neue ÖBS ein andere Konzeption er-  
 20halten: Der ÖBS darf nicht lediglich als Sprungbrett  
 21auf den ersten Arbeitsmarkt erachtet werden. Ein-  
 22nige Teilnehmer\*innen werden zwar während oder  
 23nach ihrer Tätigkeit in den ersten Arbeitsmarkt ver-  
 24mittelt werden können, doch das kann nicht für alle  
 25Teilnehmenden der Anspruch sein.
- 26 • Vielmehr soll der ÖBS gerade jene Menschen, die  
 27vom ersten Arbeitsmarkt als "arbeitsunfähig" er-  
 28achtet werden, eine langfristig Planungssicherheit  
 29gebende Erwerbsarbeit bieten. Hierfür muss der  
 30gezahlte Lohn selbstverständlich mindestens dem  
 31Mindestlohn entsprechen. Die Tätigkeitsfelder soll-  
 32ten sich an jenen der gemeinwohlorientierten, eh-  
 33renamtlichen Arbeit orientieren und diese durch eine  
 34Finanzierung durch den ÖBS zu bezahlter Arbeit  
 35machen.

36

37 **Besser versichern und weiterbilden – Risiken im Er-**  
 38 **werbsleben minimieren**

39 Wir müssen versuchen, die Risiken und Brüche im Er-  
 40 werbsleben der Menschen wieder aufzufangen, um ih-  
 41 nen Zukunftsängste zu nehmen und Planungssicher-  
 42 heit wieder zurückzugeben. Die Wiederherstellung so-  
 43 zialer Absicherung, die durch die Agenda 2010 zum  
 44 Teil verloren gegangen ist, muss dabei eine zentra-  
 45 le Rolle einnehmen. Dies möchten wir Jusos durch  
 46 die Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung in eine  
 47 Arbeitsversicherung erreichen. Die Arbeitsversiche-  
 48 rung soll Phasen von Arbeitslosigkeit, Weiterbildung,  
 49 Arbeitszeitverkürzung, Verlängerung von Carearbeits-  
 50 zeiten und Sabbaticals finanziell abfangen. Die per-  
 51 sönliche und berufliche Weiterbildung soll dabei durch  
 52 betriebliche Fonds und individuell angesparte Weiter-  
 53 bildungskonten neu organisiert werden. Die Finanzie-  
 54 rung soll paritätisch zwischen Arbeitnehmer\*innen und  
 55 Arbeitgeber\*innen erfolgen, wobei die Beitragsbemes-  
 56 sungsgrenze entfallen soll und Bund darüber hinaus für  
 57 sozial- und beschäftigungspolitisch sinnvolle Maßnah-  
 58 men und in Krisenzeiten eine Steuerfinanzierung bei-  
 59 seite stellen kann. Vor allem für Berlin ist an dem Instru-

1 ment der Arbeitsversicherung besonders wichtig, dass  
2 auch (Solo-)Selbstständige, wie es sie in Berlin beson-  
3 ders häufig gibt, endlich hinreichend versichert wären.

- 4 • Wir fordern deshalb unsere Mitglieder des Berliner  
5 Senats auf, die von den Jusos entwickelte Konzep-  
6 tion der Arbeitsversicherung auf der Bundesebene  
7 zu stützen und darauf hinzuwirken, diese auch um-  
8 zusetzen.

9  
10 **IV. Für eine bessere Arbeitsvermittlung – und die Kritik**  
11 **der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik in Berlin**

12  
13 **Analyse**

14  
15 Mit der Einsetzung der sog. Hartz-Kommission 2002  
16 sollte in der Bundesrepublik Deutschland ein Wandel  
17 hin zu einer „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“ vollzo-  
18 gen werden. Herzstück der daraus folgenden Gesetz-  
19 gebung war das sog. „Hartz IV“-Gesetz. Dadurch soll-  
20 te die Eigenverantwortung des Einzelnen gefördert und  
21 gefordert werden, um durch diesen Druck und die In-  
22 dividualisierung von „Schuld“ eine höhere Beteiligung  
23 am Erwerbsarbeitsmarkt zu erreichen. Die Schuld für  
24 Erwerbslosigkeit sollte auf die Betroffenen abgewälzt  
25 werden.

26 Berlin verbleibt mit einer Arbeitslosenquote von 11,7%  
27 (2013) im Bundesländervergleich im obersten Viertel.  
28 Die Unterbeschäftigtenquote von 15,6% (2013) offen-  
29 bart das volle Ausmaß der nach wie vor großen struk-  
30 turellen Schwäche des Berliner Arbeitsmarktes. Hinzu  
31 kommt der hohe Anteil prekärer Beschäftigung in Ber-  
32 lin, der immer weiter expandiert.

33  
34 Außerdem weist Berlin seit Einführung von „Hartz IV“  
35 konstant hohe SGB-II-Quoten, also den Anteil von Per-  
36 sonen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölke-  
37 rung von 15 bis unter 65 Jahren, auf. Mit 20,7% im Jahr  
38 2012 war die SGB-II-Quote trotz guter wirtschaftlicher  
39 Entwicklung kaum besser als im Jahr 2006 (21,7%). Da-  
40 mit ist hat Berlin sowohl unter den 15 größten Städ-  
41 ten als auch unter den 16 Bundesländern den höchsten  
42 Wert.

43  
44 Insgesamt ist die „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ in  
45 ihrer derzeitigen Form sehr kritisch zu bewerten. Sie lei-  
46 det an grundlegenden Widersprüchen. Ihre Logik folgt  
47 einer negativen Aktivierung, d.h. der Fokus liegt auf  
48 einer angedrohten Bestrafung, sofern eine Erwerbsbe-  
49 teiligung, auch unter sehr unvorteilhaften Bedingun-  
50 gen für die Betroffenen, nicht eingegangen wird. Dies  
51 wird durch Sanktionen bis hin zur Vollsanktionierung  
52 und durch verschärfte Zumutbarkeitskriterien herge-  
53 stellt. Auf der anderen Seite ist die finanzielle Ausstat-  
54 tung für Weiterbildungsmaßnahmen sowie deren Qua-  
55 lität unzureichend, von psychosozialen Beratungsange-  
56 boten ganz zu schweigen.

57  
58 Mit dieser Herangehensweise wird hauptsächlich Angst  
59 geschürt, während die positiven motivationalen Grund-

1 lagen der Individuen untergraben werden. Dadurch pro-  
 2 duziert die Aktivierungspolitik ein Paradoxon, indem sie  
 3 jene subjektiven Ressourcen zu zerstören droht, auf die  
 4 sie eigentlich angewiesen ist und sich damit gleicher-  
 5 maßen jedes emanzipatorischen Gehalts beraubt.

6  
 7 Ein weiterer zentraler Widerspruch bleibt das enor-  
 8 me Missverhältnis zwischen gemeldeten Arbeitsstel-  
 9 len und der Anzahl der Arbeitslosen. Bspw. waren in  
 10 Berlin im Februar 2015 20.995 freie Arbeitsstellen bei  
 11 205.079 Arbeitslosen gemeldet. Selbst wenn man ei-  
 12 ne Erwerbsbeteiligung für unverzichtbar für die Lebens-  
 13 qualität eines Menschen hielte, ist eine auf Druck basie-  
 14 rende Arbeitsvermittlung nicht geeignet dieses Grund-  
 15 problem aufzulösen und degeneriert damit in ein absur-  
 16 des Schikane-System. Mehr noch, der klassische mar-  
 17 xistische Reservearmee Mechanismus wird durch diese  
 18 Form der Arbeitsvermittlung wieder verstärkt und sorgt  
 19 besonders im Bereich des Niedriglohnssektors für eine  
 20 Verschlechterung von Arbeitsbedingungen. Die Effek-  
 21 te schlagen also auf einen Großteil der Erwerbstätigen  
 22 voll durch und äußern sich in Abstiegsängsten. Auch ei-  
 23 ne Förderung der Weiterbildung kann dieses Grundpro-  
 24 blem nicht auflösen.

25 Aus diesen Gründen sind grundlegende Reformmaß-  
 26 nahmen bei der Arbeitsvermittlung notwendig.

27

## 28 **Forderungen**

### 29 **Sanktionen abschaffen**

30 Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die hauptsächlich  
 31 durch das Androhen negativer Sanktionen Arbeitslose  
 32 auch zur Annahme sehr unvorteilhafter Arbeitsstellen  
 33 zwingt bzw. zwingen möchte, ist grundsätzlich falsch.  
 34 Sie bringt Arbeitslose in eine äußerst prekäre Situation  
 35 und unterhöhlt die Voraussetzungen, das eigene Leben  
 36 selbstbewusst zu gestalten. Eine nachhaltige Integrati-  
 37 on in den Arbeitsmarkt ist so nicht möglich und nicht  
 38 wünschbar. Das zentrale politische Ziel bleibt die voll-  
 39 ständige Abschaffung von Sanktionen in der Arbeitsver-  
 40 mittlung.

41

42 • Der Berliner Senat wird aufgefordert, sich bundes-  
 43 politisch für die vollständige Abschaffung der Sank-  
 44 tionen aus dem SGB II und III einzusetzen.

45 • Der Berliner Senat wird aufgefordert, sich bun-  
 46 despolitisch für die Anhebung der ALGII-Sätze auf  
 47 eine Grundsicherung, die mindestens eine sozio-  
 48 kulturelle Teilnahme gewährleistet, einzusetzen.

49

50 Solange dies politisch nicht durchsetzbar ist, hat der  
 51 Berliner Senat bundespolitisch Initiativen zu ergreifen,  
 52 um die Sanktionspraxis abzuschwächen und den Be-  
 53 troffenen größere Spielräume einzuräumen. Besonders  
 54 sozialpolitisch völlig unhaltbare Regelungen sind un-  
 55 verzüglich zu korrigieren. Dazu gehören Wohnungslo-  
 56 sigkeit und der Entzug der Versicherung in der staatli-  
 57 chen Krankenversicherung, die Konsequenz der Sankti-  
 58 onspraxis sein können. Auch weiterhin bleiben die ver-  
 59 schärften Sanktionen für Menschen unter 25 Jahren ein

- 1 nicht zu rechtfertigbarer Fehler.  
 2  
 3 Solange der Berliner Senat eine vollständige Abschaf-  
 4 fung von Sanktionen bundespolitisch nicht durchsetzen  
 5 kann, wird er zu folgenden bundespolitischen Initiati-  
 6 ven aufgefordert:
- 7 • die Übernahme der Kosten für die Unterkunft sollen
  - 8 in Zukunft in keiner Weise mehr durch Sanktionen
  - 9 gekürzt werden dürfen
  - 10 • die Beiträge für die gesetzliche Krankenversiche-
  - 11 rung sollen ebenfalls nicht mehr gekürzt werden
  - 12 können
  - 13 • eine ungleiche Behandlung von unter 25jährigen
  - 14 Menschen gegenüber älteren Menschen bei den
  - 15 Sanktionen ist abzuschaffen
  - 16 • Sanktionszeiträume dürfen nicht länger überlap-
  - 17 pen
  - 18 • die Anwendung von Sanktionen aufgrund von Vor-
  - 19 schriften wird zur Ermessensentscheidung der Fall-
  - 20 manager und nicht mehr automatische Rechtsfolge
  - 21 • ein Konzept vorzulegen, welches geringere Sankti-
  - 22 onsbeträge vorsieht und eine vollständige Sanktio-
  - 23 nierung des Regelbedarfs ausschließt,
  - 24 • die mit dem Arbeitslosen vereinbarten Pflichten in
  - 25 der Eingliederungsvereinbarung sind stärker zu in-
  - 26 dividualisieren, d.h. es steht nicht mehr allein die
  - 27 Erforderlichkeit der Eigenbemühungen im Fokus,
  - 28 sondern auch die Geeignetheit für die Situation
  - 29 des/der Arbeitslosen
  - 30 • Sanktionen, die sich aus Pflichtverletzungen auf-
  - 31 grund einer per Verwaltungsakt erlassenen Ein-
  - 32 gliederungsvereinbarung ergeben, müssen gerin-
  - 33 ger ausgestaltet sein, als solche, die aufgrund ei-
  - 34 ner Eingliederungsvereinbarung mit Einverständ-
  - 35 nis des/der Arbeitslosen begründet sind
  - 36 • Arbeitsverhältnisse, die nicht den ortsüblichen bzw.
  - 37 tariflichen Bedingungen vergleichbarer Tätigkeiten
  - 38 entsprechen sind nicht länger zumutbar

39  
 40 **Öffentliche Weiterbildung besser ausfinanzieren**

41 Der Arbeitsmarkt hat sich stark dynamisiert. Anfor-  
 42 derungen und Berufsprofile wandeln sich in immer  
 43 kürzeren Zeitabständen. Durch diese Beschleunigung  
 44 strukturellen Wandels verschärft sich das *mismatch*-  
 45 Problem, wonach die Qualifikationen Arbeitssuchender  
 46 und angebotener Stellen nicht zusammenpassen. Da-  
 47 her wurde die Bedeutung lebenslangen Lernens als poli-  
 48 tisches Ziel ausgegeben. Menschen sollen im Laufe ihres  
 49 Lebens, auch in späteren Lebensphasen, immer Zugang  
 50 zu Weiterbildungsmaßnahmen haben. Der politischen  
 51 Rhetorik folgten bisher aber kaum Taten, ganz im Ge-  
 52 genteil.

53  
 54 Im Bereich der Weiterbildung für Erwachsene existieren  
 55 zwei Klassen, während die betriebliche Weiterbildung  
 56 ausreichend ausfinanziert ist und dem Weiterbildungs-  
 57 personal weitgehend gute Arbeitsbedingungen bieten  
 58 kann, sehen sich diejenigen, die nur Zugang zu öffent-  
 59 lichen Weiterbildungsmöglichkeiten haben, einem völ-

1 lig unterfinanzierten System gegenüber. Das wirkt sich  
2 gleichermaßen negativ auf die Qualität der Angebote  
3 aus.

4  
5 Die Ausgaben für die Erwachsenenbildung in Berlin  
6 sind unzureichend. Die Bundesländer sollten mindes-  
7 tens 1% ihrer Bildungsausgaben für die Erwachsenenbil-  
8 dung ausgeben, ein Stand, der in den 1970er Jahren be-  
9 reits von vielen Bundesländern erreicht wurde und seit-  
10 dem systematisch verringert wurde. Dies ist ein völlig-  
11 er Widerspruch zur Forderung nach dem „lebenslan-  
12 gen Lernen“. Gemäß einer GEW-Studie kam Berlin im  
13 Jahr 2014 nur auf einen Anteil von 0,33%.

14 • Der Berliner Senat und die Abgeordnetenhausfrak-  
15 tion der SPD wird daher aufgefordert, den Anteil  
16 der Ausgaben für die Erwachsenenbildung gemes-  
17 sen an den gesamten Bildungsausgaben des Landes  
18 auf 1% zu steigern, ohne absolute Kürzungen in an-  
19 deren Bereichen vorzunehmen.

20  
21 Auch die Mittel für die Aus- und Weiterbildung, die nach  
22 Sozialgesetzbuch II und III finanziert werden, wurden in  
23 den letzten zehn Jahren stark gekürzt. Die BA vergibt da-  
24 bei Aufträge für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen  
25 an freie Träger. Seit 2004 begann sie, die Maßnahmen  
26 zentral auf der Basis der „Vergabe- und Vertragsordnun-  
27 gen“ (VOL/A) auszuschreiben. Das ist eine Rechtsvor-  
28 schrift, die die Vergabe öffentlicher Aufträge an private  
29 Firmen regelt. Sie kann bspw. beim Kauf von Ausstat-  
30 tungsgegenständen oder Straßensanierungen sinnvoll  
31 sein, ist für Bildungsmaßnahmen aber kaum geeignet.  
32 Da der BA hier eine Monopolstellung zukommt, wur-  
33 den die Stundensätze bei den freien Trägern für die Trai-  
34 ner\*innen weit nach unten gedrückt. Der für die Bran-  
35 che eingeführte Mindestlohn kann vielfach durch Ho-  
36 norarkräfte und die 50%-Regelung umgangen werden,  
37 wonach ein Träger den Mindestlohn nur zahlen muss,  
38 wenn mehr als 50% seiner Angebote aus SGB II und III-  
39 Maßnahmen bestehen. In der Folge ist der Weiterbil-  
40 dungssektor der BA hoch prekär, mit überarbeiteten Ar-  
41 beitskräften. Darunter leidet die Qualität der Maßnah-  
42 men und damit auch die Teilhabemöglichkeiten der in-  
43 teressierten Arbeitssuchenden.

44  
45 • Der Berliner Senat wird daher aufgefordert, sich  
46 bundespolitisch dafür einzusetzen, die Maßnah-  
47 men nach SGB II und III besser auszufinanzieren  
48 als auch eine Veränderung der Vergabepaxis zu er-  
49 wirken. Neben einem angemessenen Mindestlohn  
50 muss auch ein angemessenes Mindesthonorar fest-  
51 gelegt (Stundensatz von mind. 30,21€) werden. Ge-  
52 winnt ein Anbieter eine Ausschreibung aufgrund ei-  
53 nes geringeren Stundensatzes, so ist, dem österrei-  
54 chischem Modell nachempfunden, eine „vertiefte  
55 Angebotsprüfung“ vorzunehmen.

56  
57 **Instrumentenreform von 2012 untersuchen**  
58 Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung hat im  
59 Jahr 2012 die sog. Instrumentenreform durchgeführt.

1 Dabei wurden die Anzahl der Arbeitsmarktmaßnahmen  
 2 stark reduziert. Abgesehen von der neuerlichen Initiati-  
 3 ve von Arbeitsministerin Nahles für Langzeitarbeitslose  
 4 gibt es keine Möglichkeiten der öffentlich geförderten  
 5 Beschäftigung mehr.

6  
 7 • Das unter Führung von Andrea Nahles stehen-  
 8 de Bundesarbeitsministerium soll von der Landes-  
 9 gruppe der Berliner Abgeordneten aufgefordert  
 10 werden, eine Evaluation der Reform zu erarbeiten.  
 11 Dabei ist besonders zu untersuchen, wie sich die Re-  
 12 form auf Menschen mit starken und multiplen Ver-  
 13 mittlungshemmnissen ausgewirkt hat. Der Berliner  
 14 Senat wird aufgefordert, Stellungnahmen dazu aus  
 15 den Berliner Jobcentern einzuholen.

16

17 **Arbeitsweise der BA überprüfen**

18 Im Jahr 2013 kam es zu einem neuerlichen Skandal bei  
 19 der Arbeitsvermittlung durch die BA. Nach Prüfung von  
 20 sieben Arbeitsagenturen und sieben Regionaldirektio-  
 21 nen kritisierte der Bundesrechnungshof das System der  
 22 Zielsteuerung der BA und warf ihr Manipulationen bei  
 23 der Vermittlungsstatistik vor. Die Zielsteuerung kon-  
 24 zentriert sich demnach auf die Vermittlung „potenzi-  
 25 alstarker Kunden“, bei denen eine Vermittlung schnell  
 26 und leicht erfolgen könnte. Menschen mit großen Ver-  
 27 mittlungshemmnissen würden hingegen zu wenig be-  
 28 rücksichtigt. Der Vermittlungsskandal hat weit weni-  
 29 ger öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt als jener im  
 30 Jahr 2002, der zur Reform der Bundesanstalt hin zur  
 31 Bundesagentur für Arbeit führte. Bis heute ist weit-  
 32 gehend unklar, inwieweit der Vorstand der BA Konse-  
 33 quenzen daraus gezogen hat und den versprochenen  
 34 Umbau des Zielsteuerungs- und Prämiensystems vor-  
 35 genommen hat. Diese mangelnde Transparenz bei ei-  
 36 nem politisch hochrelevanten Thema offenbart, dass  
 37 die vollzogene starke Trennung zwischen Vorstand und  
 38 dem Verwaltungsrat zu überdenken ist.

39

40 • Der Berliner Senat soll über die Mitglieder der öf-  
 41 fentlichen Körperschaften im Verwaltungsrat sowie  
 42 über die eigenen Mitglieder der Selbstverwaltungs-  
 43 ausschüsse in den Arbeitsagenturen in Berlin Re-  
 44 chenschaft von den Vorständen einholen, inwie-  
 45 weit das Prämien- und Zielsteuerungssystem der  
 46 BA nach dem Vermittlungsskandal 2013 umgebaut  
 47 wurde. Besonders ist zu prüfen, inwieweit Vermitt-  
 48 lungsleistungen auch für Menschen mit großen  
 49 und multiplen Vermittlungshemmnissen ein an-  
 50 gemessenes Gewicht im Zielsteuerungssystem be-  
 51 kommen haben. Die Zielsteuerung ist auch darauf  
 52 hin zu überprüfen, inwieweit sie Vermittlungen in  
 53 Arbeitsstellen mit angemessenen Arbeitsstandards  
 54 (bspw. Normalarbeitsverhältnis, Tariflohn etc.) ein  
 55 höheres Gewicht gibt.

56

57 **Struktur der Bundesagentur für Arbeit – Sozialpart-**  
 58 **ner\*innen re-integrieren**

59 Die bereits kritisierte Intransparenz bzw. die Ermange-

1 lung eines breiten Diskurses zur Zielsteuerung der BA  
 2 ist auch der allgemeinen Struktur der Bundesagentur  
 3 geschuldet. Im Zuge der Umgestaltung der Bundesan-  
 4 stalt für Arbeit zur Bundesagentur für Arbeit wurde die  
 5 allgemeine Tripartität der operativen Geschäftsführung  
 6 bestehend aus den Sozialpartner\*innen und öffentli-  
 7 chen Vertreter\*innen aufgehoben. Anstelle dessen wur-  
 8 de auf oberster Bundesebene eine Geschäftsführung  
 9 mit drei Geschäftsführer\*innen (real alle männlich) und  
 10 einem Verwaltungsrat geschaffen. Allen in diesem Ver-  
 11 waltungsrat sind die Sozialpartner\*innen integriert und  
 12 können beratend an der Steuerung der Ziele sowie de-  
 13 ren Umsetzung mitwirken. An der operativen Ausge-  
 14 staltung der Arbeit sind sie jedoch nicht mehr beteiligt.

15  
 16 In ähnlicher Weise durchzieht dieses Prinzip des Aus-  
 17 schlusses der Sozialpartner\*innen alle nachgeordneten  
 18 Organisationsbereiche von der Bundeszentrale, zu den  
 19 Regionaldirektionen, den Agenturen für Arbeit und den  
 20 gemeinsamen Einrichtungen (vgl. Jobcenter).

21  
 22 Um die Arbeit der Bundesagentur und ihren Organen  
 23 wieder transparenter und diskursiver zu gestalten, ist  
 24 eine Re-Integration der Sozialpartner\*innen unbedingt  
 25 von Nöten. Eine qualitativ hochwertige und bedarfsge-  
 26 rechte Arbeitsvermittlung sowie qualifikationsfördern-  
 27 de Maßnahmen bedürfen der Integration relevanter Re-  
 28 präsentant\*innen der Arbeitswelt.

- 29  
 30 • Die SPD auf Landesebene ist somit aufgefordert  
 31 auf die Landesgruppe Berlin im Bundestag hin-  
 32 zuwirken, einen entsprechenden Antrag zur Re-  
 33 Integration der Sozialpartner\*innen auf allen ope-  
 34 rativen Ebenen der Bundesagentur für Arbeit einzu-  
 35 bringen.

36  
 37 Zudem ist die Ausgestaltung der gemeinsamen Einrich-  
 38 tung bzw. Jobcenter in Berlin durch eine Vereinbarung  
 39 nach § 44 b Abs. 2 SGB II zwischen dem Land, vertre-  
 40 ten durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit  
 41 und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit, ver-  
 42 treten durch die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg,  
 43 geregelt. Hierdurch ergeben sich auf Berliner Landes-  
 44 ebene direkte politische Handlungsmöglichkeiten zur  
 45 Re-Integration der Sozialpartner\*innen in die operative  
 46 Steuerung der Berliner Jobcenter.

- 47  
 48 • Der Landesparteitag der SPD soll daher die Ab-  
 49 geordnet\*innen der SPD-Fraktion im Berliner Abge-  
 50 ordnetenhaus dazu auffordern einen entspre-  
 51 chenden Antrag zur Re-Integration der Sozialpart-  
 52 ner\*innen in die operative Steuerung der Berliner  
 53 Jobcenter einzubringen.

54  
 55

1 **Antrag 38/I/2015**  
 2 **KDV Reinickendorf**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5 **Durchsetzung des Prinzips der Guten Arbeit im Verant-**  
 6 **wortungsbereich des Landes Berlin**  
 7 Die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und die Fraktion  
 8 der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin werden auf-  
 9 gefordert die Landesparteitagsbeschlüsse 03/I/2013,  
 10 13/I/2013 und 158/II/2014 um- und durchzusetzen.  
 11

Erledigt (K)

12 **Antrag 39/I/2015**  
 13 **KDV Marzahn-Hellersdorf**  
 14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 15 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
 16  
 17 **Selbstausbeutung und Lohndumping von Kleinstunter-**  
 18 **nehmern verhindern**  
 19 Die Fraktion im Bundestag wird aufgefordert, folgen-  
 20 den Missstand durch geeignete Regelungen zu unter-  
 21 binden.  
 22  
 23 Die Lohndumpingspirale durch die Selbstausbeutung  
 24 der Kleinstunternehmer/Selbständigen muss gestoppt  
 25 werden.  
 26  
 27 Deshalb ist der in Rechnung gestellte Stundensatz  
 28 so zu bemessen, dass der Arbeitgeber bzw. der Al-  
 29 leinunternehmer damit in die Lage versetzt wird, den  
 30 entsprechenden Arbeitnehmer-Brutto-Stundenlohn  
 31 zuzüglich aller Lohnnebenkosten und Versicherungen  
 32 bezogen auf eine Vollzeitbeschäftigung zu zahlen.  
 33

Ablehnung (K)

34 **Antrag 40/I/2015**  
 35 **KDV Lichtenberg**  
 36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 37  
 38 **Honorarregelungen im Land Berlin an den Mindestlohn**  
 39 **anpassen**  
 40 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-  
 41 tenhauses und des Senats werden aufgefordert, die  
 42 Bandbreiten in den Honorarordnungen der Berliner Ver-  
 43 waltung für freie Mitarbeiter/innen dem Wesen nach  
 44 mit dem Landesmindestlohngesetz in Einklang zu brin-  
 45 gen. Dabei sollen die Bandbreiten für die Vergütung der  
 46 Honorarkräfte zukünftig bei mindestens 12,75 Euro pro  
 47 Zeitstunde beginnen und an die Entwicklung des Lan-  
 48 desmindestlohnes gekoppelt werden.  
 49  
 50 Vom Landesmindestlohn von 8,50 € aus gesehen ent-  
 51 spricht dies eine Erhöhung um 50%. Diese begründet

Erledigt durch tätiges Handeln (K)



1 sich wie folgt:  
2  
3 • 21% sind die Differenz für die Arbeitgeberanteile an  
4 der Sozialversicherung;  
5 • 20% sind die Differenz für 52 Arbeitswochen eines  
6 Selbständigen statt 42 Arbeitswochen eines Arbeit-  
7 nehmers (Urlaub, Feiertage, etc.) und  
8 • 9% pauschal zum Ausgleich von höheren Kosten  
9 (z.B. Vorbereitungszeiten, Weiterbildungen, Kos-  
10 ten für Verbrauchsmaterialien, Ausstattung von  
11 Arbeitsräumen, Verwaltungsaufgaben, Steuerbera-  
12 ter, Verdienstausfälle, Auftragsakquise...).

15 **Antrag 41/I/2015**  
16 **KDV Neukölln**  
17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
18 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
19  
20 **Umgehung Mindestlohn**  
21 Die Bundestagsfraktion wird gebeten, Möglichkeiten  
22 der Umgehung des Mindestlohns zu unterbinden.  
23 Eine ausreichende personelle Ausstattung der Kontroll-  
24 organe muss gesichert werden.  
25

Annahme (K)

26 **Antrag 42/I/2015**  
27 **KDV Reinickendorf**  
28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
29 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
30 **Der Parteikonvent möge beschließen:**  
31  
32 **Aufhebung der Vorrangprüfung**  
33 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich  
34 nachdrücklich dafür einzusetzen, das Aufenthaltsgesetz  
35 und die Beschäftigungsverordnung mit dem Ziel zu  
36 ändern, die Vorrangprüfung der Bundesagentur für Ar-  
37 beit bei der Prüfung der Zustimmung zur Ausübung ei-  
38 ner Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern  
39 aufzuheben.  
40  
41 Darüber hinaus werden die sozialdemokratischen Mit-  
42 glieder des Berliner Senats aufgefordert, sich für eine  
43 Bundesratsinitiative einzusetzen, die die Aufhebung  
44 der Vorrangprüfung zum Ziel hat.  
45  
46 **Begründung**  
47 Nach geltendem Recht darf die Bundesagentur für  
48 Arbeit der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zur  
49 Ausübung einer Beschäftigung eines Ausländers  
50 grundsätzlich nur zustimmen, wenn für die Beschäf-  
51 tigung deutsche Arbeitnehmer sowie Ausländer, die  
52 diesen gleichgestellt sind, nicht zur Verfügung stehen

Annahme (K)

1 (Vorrangprüfung nach § 39 Abs. 2 AufenthG). Diese  
 2 Bevorzugung deutscher Arbeitnehmerinnen und Ar-  
 3 beitnehmer soll der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit  
 4 dienen. Die Benachteiligung ausländischer Arbeitneh-  
 5 merinnen und Arbeitnehmer führt jedoch in der Praxis  
 6 häufig dazu, dass Ausländerinnen und Ausländer keiner  
 7 Beschäftigung nachgehen dürfen, obwohl sie ihren  
 8 Lebensunterhalt durch eigene Arbeit bestreiten wollen  
 9 und die freien Beschäftigungsstellen unbesetzt blei-  
 10 ben. Ausländerinnen und Ausländer sind über Monate  
 11 oder Jahre auf öffentliche Sozialleistungen angewiesen  
 12 und können sich wirtschaftlich und sozial nicht in die  
 13 Lebensverhältnisse in Deutschland integrieren.

14  
 15 Arbeit ist eine wesentliche Integrationschance. Jeder  
 16 Mensch sollte die Chance haben, seinen Lebensunter-  
 17 halt in Würde durch eigene Arbeit bestreiten zu können  
 18 und nicht als Arbeitnehmer zweiter Klasse zu gelten.

19  
 20 Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist aufgrund der  
 21 demografischen Entwicklung dringend auf zusätzliche  
 22 ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Dies gilt nicht  
 23 nur für hochqualifizierte Fachkräfte. Daher ist die Vor-  
 24 rangprüfung überholt und in einem Einwanderungs-  
 25 land wie Deutschland nicht mehr zeitgemäß.

26

27 **Antrag 43/I/2015**  
 28 **KDV Steglitz-Zehlendorf**  
 29 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

30

31 **Mehr Personal für die Steuerverwaltung**

32 Der Senat wird aufgefordert, dem bestehenden und  
 33 weiteren Personalmangel in der Steuerverwaltung  
 34 durch die Schaffung neuer Stellen und deren Besetzung  
 35 durch entsprechende attraktive Rahmenbedingungen  
 36 entgegenzuwirken und insbesondere mehr Ausbil-  
 37 dungsplätze zu schaffen.

38

Überweisung an Senat (K)

39 **Antrag 44/I/2015**  
 40 **KDV Spandau**  
 41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 42 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

43

44 **Öffentliche Investitionen statt Privatisierung!**

45 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesre-  
 46 gierung und des Deutschen Bundestages werden  
 47 aufgefordert, sich weiterhin für eine Ausweitung der  
 48 öffentlichen Investitionen in Bund, Ländern und Kom-  
 49 munen einzusetzen. Allen Überlegungen, öffentliche  
 50 Infrastruktur ganz oder teilweise mit privaten Mitteln  
 51 zu finanzieren, sind eine klare Absage zu erteilen.

52

Erledigt durch Beschlusslage (K)

1 **Antrag 45/1/2015**

2 **AfA-Landesvorstand**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Wachdienstleistungen Asylunterkünfte**

6 Die SPD-Mitglieder des Abgeordnetenhauses und die  
7 Senatoren der SPD setzen sich dafür ein, dass bei  
8 der Vergabe von Wachdienstleistungen insbesondere  
9 für Asylunterkünfte, auch über Dritte, das Berliner  
10 Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) strikt  
11 angewandt wird. Somit müssen Ausschreibungen  
12 erfolgen und hierbei ist auf die Zahlung des Mindest-  
13 bzw. Tariflohns sowie die Eignung des eingesetzten  
14 Personals stringent zu achten. Dies schließt Kontrollen  
15 von Sicherheitspersonal in Asylunterkünften ein.

16

17 **Begründung**

18 Gute Arbeit und eine positive Willkommenskultur  
19 bedingen einander. Nur wenn bei der Ausschreibung  
20 der Wachdienstleistungen bereits auf die o. g. Min-  
21 deststandards geachtet wird, sind Misshandlungen  
22 von Flüchtlingen durch Mitarbeiter von privaten  
23 Wachdiensten – wie in Asylunterkünften in Nordrhein-  
24 Westfalen und Hamburg geschehen – zu vermeiden.  
25 Die Kolleginnen und Kollegen in den Wach- und Si-  
26 cherheitsdiensten sind für ihre Tätigkeiten häufig  
27 nicht genügend qualifiziert. In der Regel absolvieren  
28 die Kolleginnen und Kollegen kurze Einweisungskurse  
29 bei den Industrie- und Handelskammern. Diese sind  
30 für spezielle Aufgaben wie den Dienst in Flüchtlings-  
31 heimen nicht ausreichend. Es liegt auch bei einer  
32 indirekten Vergabe in der Verantwortung der Auf-  
33 traggeber, von den Wachdiensten entsprechende  
34 Qualifikationen einzufordern. Vor allem muss daran  
35 anschließend kontrolliert werden, ob das Personal  
36 für den Einsatz in Asylunterkünften auch geeignet  
37 ist. Geeignet bedeutet mindestens den Nachweis der  
38 Unterweisung und Sachkunde nach § 34a GewO und  
39 ein polizeiliches Führungszeugnis. Diese Mindestanfor-  
40 derungen müssen bei allem Verständnis für die derzeit  
41 besondere Situation der Stadt durch die Menge der zu  
42 betreuenden Flüchtlinge mittels einer Ausschreibung  
43 und einem transparenten Vergabeverfahren unbedingt  
44 sichergestellt werden.

45

46 Der Staat darf die Verantwortung für die Flüchtlinge  
47 nicht einfach delegieren und dann wegschauen.

Rücküberweisung an Antragsteller (K)

1 **Antrag 46/1/2015**  
 2 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5 **Berlin stärkt die Stimmen der öffentlichen Wasserwirt-**  
 6 **schaft**  
 7 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des  
 8 Abgeordnetenhauses und des Senats dazu auf, die Mit-  
 9 gliedschaft der Berliner Wasserbetriebe in der Allianz  
 10 der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) durchzu-  
 11 setzen.  
 12 Die Berliner Wasserbetriebe sollen als nunmehr wieder  
 13 eine zu hundert Prozent in öffentlicher Hand gehaltene  
 14 Anstalt öffentlichen Rechts Mitglied in der Interessen-  
 15 vertretung der öffentlichen Wasserwirtschaft, der AöW  
 16 werden. Damit wird der öffentlich rechtliche Charakter  
 17 herausgestellt und die Stimme der öffentlichen Was-  
 18 serwirtschaft in Deutschland und Europa gestärkt.  
 19  
 20 **Begründung**  
 21 Die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbesei-  
 22 tigung genießen in Deutschland bei der Bevölkerung  
 23 ein großes Vertrauen. Der hohe qualitative Standard  
 24 ist durch die kommunale Anbindung und durch das  
 25 Engagement von Wissenschaft, Fachpersonal und dem  
 26 Austausch in Fachverbänden in der Wasserwirtschaft  
 27 erreicht worden.  
 28  
 29 Insgesamt ist das Interesse der Bevölkerung in Deutsch-  
 30 land und auch in Berlin an der Sicherung einer guten  
 31 und günstigen Wasserversorgung, den positiven Aus-  
 32 wirkungen einer hygienischen Abwasserentsorgung  
 33 und einer integrierten den Wasserkreislauf und Gewäs-  
 34 serschutz beachtenden Wasserpolitik gestiegen. Zu-  
 35 rückzuführen ist dies sicher auch darauf, dass sich die  
 36 öffentliche Wasserwirtschaft in den letzten Jahren stär-  
 37 ker zu Wort gemeldet hat und die besonderen Aspek-  
 38 te dieses existenziellen Bereichs der Daseinsvorsorge  
 39 stärker ins Blickfeld gerückt wurden. Die Bevölkerung  
 40 hat mit dem 1. erfolgreichen Berliner Wasservolksbe-  
 41 gehren "Wir Berliner wollen unser Wasser zurück" deut-  
 42 lich gemacht, welchen hohen Stellenwert die öffentli-  
 43 che Wasserver- und Entsorgung für sie hat. Der SPD ge-  
 44 führte Senat hat dem Volksentscheid mit dem Rückkauf  
 45 der Anteile von RWE und Veolia in den Jahren 2012 und  
 46 2013 Rechnung getragen.  
 47  
 48 Seit 2007 gibt es in der Allianz der öffentlichen Wasser-  
 49 wirtschaft e.V. (AöW) einen speziell auf diese Themen-  
 50 felder und die öffentliche Wasserwirtschaft ausgerich-  
 51 teten Interessenverband, der in der Bundespolitik und  
 52 zunehmend auf EU-Ebene erfolgreich agiert.  
 53  
 54 Zu den Gründungsmitgliedern der AöW zählen: un-  
 55 ter anderen die Stadtentwässerungsbetriebe von Stutt-  
 56 gart, Nürnberg, München, Erfurt, Freiburg, Hagen,  
 57 Frankfurt a.M., Kassel, die Sondergesetzlichen was-  
 58 serwirtschaftlichen Verbände in NRW, der Deutsche

Ablehnung (K)

1 Bund der verbandlichen Wasserwirtschaft e.V. sowie  
 2 seine Landesverbände. Vom Deutschen Städtetag wur-  
 3 de die Gründung ebenso unterstützt. Mittlerweile hat  
 4 die AöW Mitglieder aus allen Teilen Deutschlands (von  
 5 Großstädten bis zu kleinen Kommunen, Zweckverbän-  
 6 den usw.). Mitglieder können Kommunen und nur was-  
 7 serwirtschaftliche Unternehmen, Betriebe oder Verbän-  
 8 de sein, die zu hundert Prozent in öffentlicher Hand  
 9 sind.  
 10  
 11 Die AöW artikuliert sehr konkret und praxisnah die In-  
 12 teressen der „öffentlichen Wasserwirtschaft“ und ver-  
 13 tritt diese in Öffentlichkeit und Politik mit Nachdruck.  
 14 Nachvollziehen lässt sich das in den letzten Jahren in  
 15 den Auseinandersetzungen über die EU-Vergabe- und  
 16 Konzessionsrichtlinien, die Positionen zur Umsetzung  
 17 des Menschenrechts auf Zugang zu sauberem Wasser  
 18 und sanitärer Grundversorgung, zu den Verhandlungen  
 19 über Freihandelsabkommen, zur Novellierung des EEG,  
 20 zu Regelungen zum Fracking und weiteren Themen.  
 21 In Veranstaltungen zu Bürgerbeteiligung und Transpa-  
 22 renz, kürzlich zu Ethik in Unternehmen greift die AöW  
 23 vorwärtsweisende Diskussionen auf und trägt sie in die  
 24 Mitgliedschaft und die Branche.  
 25  
 26 Die alleinige Ausrichtung auf die Wasserwirtschaft und  
 27 Wasserpolitik sowie auf die öffentliche Verantwortung  
 28 im Sinne des Gemeinwohls sind das spezielle Pro-  
 29 fil dieses Verbandes. Diese Orientierung sollte durch  
 30 die Mitgliedschaft der Berliner Wasserbetriebe gestärkt  
 31 und vorangetrieben werden. Die Berliner Wasserbetrie-  
 32 be können wiederum durch die Mitarbeit in diesem  
 33 Verband in diesem Sinne gestärkt werden und einen  
 34 Imagegewinn erreichen.

35 **Antrag 47/1/2015**  
 36 **KDV Steglitz-Zehlendorf**  
 37 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 38 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

39  
 40 **Bürgeranleihen**

41 Die SPD lehnt jede weitere Privatisierung öffentlicher  
 42 Aufgaben insbesondere durch das PPP, wie sie von der  
 43 „Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen“  
 44 vorgeschlagen wird, ab. Unter anderem sollte geprüft  
 45 werden, in welcher Art und Weise „Bürgeranleihen“  
 46 aufgelegt werden können, um die Finanzierung vor  
 47 allem der kommunalen Infrastruktur zu unterstützen.  
 48

49 **Begründung**

50 Presseberichten zufolge soll die vom Bundeswirt-  
 51 schaftsinister eingesetzte „Expertenkommission zur  
 52 Stärkung von Investitionen“ nach einem vorliegenden  
 53 Entwurf des Abschlussberichtes -Vorlage im April d.J.  
 54 geplant- vorschlagen, Bau und Betrieb der staatlichen  
 55 Infrastruktur von privaten Investoren durchführen zu  
 56 lassen. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass

**Annahme (K)**

1 Großanleger (Banken, Versicherungen) kaum mehr  
 2 Möglichkeiten einer rentierlichen Kapitalanlage finden.  
 3 Eine solche Privatisierung öffentlicher Aufgaben lässt  
 4 sich nur realisieren, wenn sie für die Investoren deutli-  
 5 che Gewinne abwirft. Nach aller Erfahrung wird dies zu  
 6 Lasten der Bürgerinnen und Bürgern gehen.  
 7  
 8 Der Bundesverband der Verbraucherzentralen und an-  
 9 dere haben vorgeschlagen, Fonds Bürgeranleihen auf-  
 10 zulegen, die – mit bescheidenen Renditen – Kleinan-  
 11 leger zeichnen könnten. Vorbilder dazu gibt es in der  
 12 Schweiz und in Österreich.

13 **Antrag 48/I/2015**  
 14 **KDV Neukölln**  
 15 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 16 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

17  
 18 **Deutsche Post AG**  
 19 Die Bundestagsfraktion der SPD möge auf die Bun-  
 20 desregierung einwirken, um sie dazu zu bewegen, als  
 21 Anteilseigner der Deutschen Post AG zu verhindern,  
 22 dass ein großer Teil der bislang zum Haustarif befristet  
 23 angestellten Beschäftigten in deutlich niedriger tari-  
 24 fierte neu gegründete Firmen abgeschoben wird.  
 25

Annahme (K)

26 **Antrag 49/I/2015**  
 27 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**  
 28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 29 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

30  
 31 **Nein zum Fracking in Deutschland**  
 32 Fracking muss in Deutschland vollständig ausgeschlos-  
 33 sen und verboten sein. Die Mitglieder der SPD-Fraktion  
 34 des Bundestages sowie die SPD-Mitglieder des Bun-  
 35 desrates werden aufgefordert, ein vollständiges Verbot  
 36 von Fracking durchzusetzen.  
 37

38 **Begründung**  
 39 Fracking als Methode zur Förderung weiterer Gas-  
 40 Vorkommen ist in keiner Weise ausreichend erforscht.  
 41 Die Risiken und Nebenwirkungen für die Umwelt,  
 42 insbesondere für das Grundwasser, sind nicht über-  
 43 schaubar. Selbst in den USA, wo das Fracking intensiv  
 44 betrieben wird, mehren sich die wissenschaftlichen  
 45 Stimmen, die vor den unüberschaubaren Risiken  
 46 warnen.  
 47 Zugleich ist der Nutzen einer Förderung dieser Gas-  
 48 Vorkommen minimal. Wir streben den Ausstieg aus der  
 49 Verbrennung fossiler Energieträger an, nicht deren wei-  
 50 tere Förderung. Effizientere Verbrennungsanlagen wür-  
 51 den daneben zu einer weiteren Reduzierung des Gas-  
 52 verbrauchs führen.

Erledigt durch Beschlusslage (K)

1 **Antrag 50/I/2015**  
 2 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5 **Vertragslaufzeiten für Betreiber von Flüchtlingsheimen**  
 6 **verlängern**  
 7 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Se-  
 8 nats sowie der Abgeordnetenhausfraktion werden auf-  
 9 gefordert, sich für eine Verlängerung der Vertrags-  
 10 laufzeiten mit bewährten und sorgfältigen Betreibern  
 11 von Flüchtlingsunterkünften einzusetzen. Dies erlaubt  
 12 mehr Kontinuität in der Betreuung der bedürftigen  
 13 Menschen. Außerdem können die Betreiber ihren Ange-  
 14 stellten eine langfristige Arbeitsperspektive bieten so-  
 15 wie nachhaltig in die zum Teil seit Jahrzehnten beste-  
 16 henden Unterkünfte investieren.  
 17  
 18 Der Berliner Senat wird außerdem aufgefordert, Stan-  
 19 dards für Einrichtungen für Flüchtlinge in Abstimmung  
 20 mit den Betreibern einzuführen.  
 21  
 22

Erledigt bei Annahme Resolution 03/I/2015 (K)

23 **Antrag 233/I/2015**  
 24 **KDV Steglitz-Zehlendorf**  
 25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 26  
 27 **Endlich eine strukturelle Lösung für die Haftpflichtver-**  
 28 **sicherungsproblematik freiberuflicher Hebammen her-**  
 29 **beiführen**  
 30 Die SPD-Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die von  
 31 der SPD entsendeten Mitglieder im Senat, die SPD-  
 32 Mitglieder des deutschen Bundestages und die SPD-  
 33 Mitglieder der Bundesregierung sollen sich dafür ein-  
 34 setzen, dass eine strukturelle Lösung für die Haftpflicht-  
 35 versicherungsproblematik freiberuflicher Hebammen  
 36 in der Geburtshilfe herbei geführt wird.  
 37  
 38 Es ist die Einrichtung eines Bundesmittelzuschusses  
 39 zu prüfen, der eintritt, sobald die Haftungssumme  
 40 einen bestimmten Betrag erreicht. Die Höhe dieser  
 41 Haftungs-höchstgrenze soll sich an der Höhe der durch-  
 42 schnittlichen Kosten pro Personenschaden orientieren.  
 43  
 44 **Begründung**  
 45 Die Haftpflichtprämien für freiberuflich arbeitende  
 46 Hebammen sind in den letzten Jahren stark gestiegen  
 47 und bedrohen die berufliche Existenz vieler freiberufli-  
 48 cher Hebammen.  
 49 In den letzten Jahren kam es regelmäßig zu mit den  
 50 Krankenkassen verhandelten Lohnsteigerungen, wel-  
 51 che die steigenden Beitragszahlungen nur teilweise  
 52 ausgleichen konnten. Dies ist ein für alle Seiten unbe-  
 53 friedigender Zustand, der für die Hebammen und Kran-  
 54 kenkassen eine wirtschaftliche Unsicherheit bedeutet

Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)

**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
**Endlich eine strukturelle Lösung für die Haftpflichtver-**  
**sicherungsproblematik freiberuflicher Hebammen her-**  
**beiführen**

Die von der SPD entsendeten Mitglieder im Senat, die  
 SPD-Mitglieder des deutschen Bundestages und die  
 SPD-Mitglieder der Bundesregierung sollen sich dafür  
 einsetzen, dass eine strukturelle Lösung für die Haft-  
 pflichtversicherungsproblematik freiberuflicher Heb-  
 ammen in der Geburtshilfe herbei geführt wird.

Es ist die Einrichtung eines Bundesmittelzuschusses zu  
 prüfen, der eintritt, sobald die Haftungssumme einen  
 bestimmten Betrag erreicht. Die Höhe dieser Haftungs-  
 höchstgrenze soll sich an der Höhe der durchschnittli-  
 chen Kosten pro Personenschaden orientieren.

1 und die flächendeckende Versorgung mit hochqualita-  
2 tiver Hebammenarbeit sowie die Wahlfreiheit der Fami-  
3 lien gefährdet.  
4 Hinzu kommt, dass es auf Grund der Unkalkulierbarkeit  
5 der zu versichernden Risiken zu einem Marktversagen  
6 kommt und sich immer mehr Versicherungen aus die-  
7 sem Bereich zurückziehen. Die Einrichtung einer Haf-  
8 tungshöchstgrenze würde das versicherte Risiko für die  
9 Haftpflichtversicherungen wieder kalkulierbar machen  
10 und diesen Zustand beenden.

---



**Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung**

1 **Antrag 53/I/2015**  
 2 **Abt. 15 | Pankow**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5 **Pilotprojekt für sozialen Wohnungsneubau**  
 6 Der Senat wird aufgefordert, modellhaft zu prüfen, ob  
 7 und wie privates Kapital zur Schaffung von preiswerten  
 8 Sozialwohnungen eingesetzt werden kann.  
 9  
 10 Angesichts der Zinssituation suchen Vermögende nach  
 11 eigenen Angaben nach sicheren Geldanlagen. Wohnun-  
 12 gen werden oftmals als eine derartige Anlage gese-  
 13 hen. Allerdings entstehen zur Zeit fast ausschließlich  
 14 Wohnungen im hochpreisigen Segment, wenn sie pri-  
 15 vat durchgeführt werden.  
 16  
 17 Nicht alle Vermögenden und Erben sind nach eigenen  
 18 Bekundungen rein renditeorientiert. Vor allem die Er-  
 19 bengeneration sucht laut Presseberichten und eigenen  
 20 Angaben nach "ethischen Anlage". Anhand eines Mo-  
 21 dellprojektes sollte daher geprüft werden, ob es mög-  
 22 lich ist, privates Kapital für den Bau von preiswerten  
 23 Sozialwohnungen zu gewinnen. Dabei sollten folgende  
 24 Kriterien angelegt werden:  
 25 • dauerhafte Sicherung der Sozialwohnungen  
 26 • minimale Verzinsung des eingesetzten Kapitals im  
 27 Bereich von Staatsanleihen  
 28 • langfristige Bindung des eingesetzten Kapitals  
 29 (mindestens 30 Jahre)  
 30  
 31 Der Vorteil eines derartigen Modells liegt auf der Hand  
 32 – anders als bei einer Bankenfinanzierung muss keine  
 33 Tilgung aufgebracht werden, Daher gibt es die Möglich-  
 34 keit, die Mieten deutlich zu senken, da in den Jahren der  
 35 Kapitalbindung nur die niedrigen Zinsen, die Instand-  
 36 haltung, die Verwaltungs- und die Betriebskosten von  
 37 den Mietern bezahlt werden müssen.  
 38  
 39 Selbstverständlich sollten in diesem Modellprojekt  
 40 auch ausschließlich barrierefreie Wohnungen im  
 41 Plus-Energie-Standard gebaut werden.  
 42  
 43 Es ist offen, ob von den Vermögenden bzw. der Erben-  
 44 generation tatsächlich Gelder für derartige Projekte  
 45 eingezahlt werden oder ob nicht doch der Renditege-  
 46 danke im Vordergrund steht. Daher sollte zunächst ein  
 47 Modellprojekt mit 40 bis 100 Wohnungen angegangen  
 48 werden.  
 49

Überweisung an FA VIII – Soziale Stadt (K)

1 **Antrag 54/I/2015**

2 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Öffentlichen Freiraum vor Verwahrlosung schützen und**  
6 **wiedergewinnen**

7 Der Öffentliche Raum ist für alle da.

8 Er hat große Bedeutung für das gesellschaftliche Zu-  
9 sammenleben. Hier darf nicht das Recht des Stärkeren  
10 gelten, dürfen Schwächere nicht verdrängt oder unter-  
11 drückt werden. In einer wachsenden, sich verdichten-  
12 den Stadt werden die Gestalt- und Aufenthaltsqualität  
13 sowie die Pflege und die Sicherung der Naherholungs-  
14 und Sozialraumfunktion des Öffentlichen Freiraums im-  
15 mer wichtiger.

16

17 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und der Senat  
18 von Berlin werden aufgefordert, dort, wo der Öffent-  
19 liche Raum durch erhebliche Verwahrlosung, Drogen-  
20 handel und andere Kriminalität beeinträchtigt wird, in  
21 Zusammenarbeit mit den betroffenen Bezirken Konzep-  
22 te und Strategien gegen die Verwahrlosung, Krimina-  
23 lität und Drogenhandel in Grünanlagen zu erarbeiten  
24 und umzusetzen.

25

26 Der Öffentliche Raum darf nicht preisgegeben werden,  
27 Sicherheit und Qualität des Öffentlichen Raums sind  
28 unverzichtbar. Für den Görlitzer Park sowie die Revaler  
29 Straße und ihre Umgebung sind daher geeignete Strate-  
30 gien zu entwickeln. Das Land muss den Bezirken dabei  
31 helfen, ausufernde Problemlagen durch ganzheitliches  
32 Herangehen in den Griff zu bekommen.

33

34 Der Görlitzer Park bedarf eines Neuanfangs, entspre-  
35 chende bauliche Anlagen und Weiterentwicklung  
36 sowie eine Neuorganisation der Bewirtschaftung in  
37 Form eines professionellen Park-Managements.

38

**Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Öffentlichen Freiraum vor Verwahrlosung schützen und**  
**wiedergewinnen**

Der Öffentliche Raum ist für alle da.

Er hat große Bedeutung für das gesellschaftliche Zu-  
sammenleben. Hier darf nicht das Recht des Stärkeren  
gelten, dürfen Schwächere nicht verdrängt oder unter-  
drückt werden. In einer wachsenden, sich verdichten-  
den Stadt werden die Gestalt- und Aufenthaltsqualität  
sowie die Pflege und die Sicherung der Naherholungs-  
und Sozialraumfunktion des Öffentlichen Freiraums im-  
mer wichtiger.

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und der Senat  
von Berlin werden aufgefordert, dort, wo der Öffent-  
liche Raum durch erhebliche Verwahrlosung, Drogen-  
handel und andere Kriminalität beeinträchtigt wird, in  
Zusammenarbeit mit den betroffenen Bezirken Konzep-  
te und Strategien gegen die Verwahrlosung, Krimina-  
lität und Drogenhandel in Grünanlagen zu erarbeiten  
und umzusetzen.

39 **Antrag 55/I/2015**

40 **Abt. 98 | Charlottenburg-Wilmersdorf**

41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42

43 **Private Spielplätze**

44 In § 8 Absatz 2 Satz 1 der Bauordnung für Berlin (BauO  
45 Bln) wird das Wort „sechs“ durch „vier“ ersetzt. Der Text  
46 lautet dann:

47 Bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als vier  
48 Wohnungen ist ein Spielplatz für Kinder anzulegen und  
49 instand zu halten (notwendiger Kinderspielplatz); Ab-  
50 weichungen können gestattet werden, wenn nach der  
51 Zweckbestimmung des Gebäudes mit der Anwesenheit  
52 von Kindern nicht zu rechnen ist.

53

54 **Begründung**

**Überweisung an AH-Fraktion (K)**

1 Berlin wächst. Junge Familien mit Kinder und / oder  
 2 Kinderwunsch sind dabei ein Zukunftspotenzial. Der  
 3 private Wohnungsneubau boomt. Die Preise steigen.  
 4 Was nicht steigt sind notwendige Freizeitangebote  
 5 für Kinder, d.h. Spiel- und Kommunikationsplätze,  
 6 die gleichzeitig notwendige Begegnungsorte für  
 7 Familien sind.  
 8  
 9 Die Bezirke sind schon heute nicht mehr in der Lage,  
 10 genügend Spiel- und Bewegungsflächen für Kinder und  
 11 Jugendliche bereitzustellen. Der Senat genehmigt ei-  
 12 ne wachsende Anzahl von Betreuungseinrichtungen für  
 13 Kinder im Vorschulalter, ohne dass diese über Außen-  
 14 spielfläche verfügen. Das Spielen auf der Strasse ist in  
 15 Berlin nicht angesagt.  
 16  
 17 Kinder haben ein Recht auf Spiel. So steht es in der  
 18 UN-Kinderrechtskonvention. Doch nicht für alle Kinder  
 19 ist Spielen eine Selbstverständlichkeit. Dabei ist die Er-  
 20 fahrung des Spielens für die kindliche Entwicklung von  
 21 großer Bedeutung: Spielen kann Kindern helfen, ihre  
 22 Lebenssituation besser zu meistern. Durch gemeinsa-  
 23 mes Spielen lernen Kinder, dass es Regeln gibt, die al-  
 24 len nützen und Konflikte verhindern, oder dass ein Team  
 25 dann erfolgreich ist, wenn es die Stärken aller seiner  
 26 Mitspieler zur Geltung bringt.  
 27 Kinder, die spielen und Sport treiben können, haben es  
 28 auch in der Schule leichter, denn ihre Lernfähigkeit ver-  
 29 bessert sich nachweislich. Spiel als therapeutische Me-  
 30 thode kann sogar helfen, traumatische Erfahrungen zu  
 31 überwinden.  
 32 Sport- und Spielaktivitäten sind ein wichtiges Instru-  
 33 ment, Stärkung von Kindern zu fördern.  
 34  
 35 Bauträger / Wohnungsbaugesellschaften / Eigentü-  
 36 mer von Mehrfamilienhäusern sind schon bisher ver-  
 37 pflichtet, ein wohnungsnahes Spielangebot anzubieten  
 38 oder – falls dies nicht möglich ist – durch öffentlich-  
 39 rechtlichen Vertrag mit der Bauaufsichtsbehörde zu  
 40 vereinbaren, dieser Verpflichtung durch Zahlung eines  
 41 Geldbetrags an das Land Berlin zu erfüllen.  
 42 In familienfreundlichen Städten wie München, Ham-  
 43 burg ist eine konsequente Überwachung dieses An-  
 44 spruchs auf private Spielplätze fester Teil der örtlichen  
 45 Kinder- und Familienpolitik. Dies nicht nur bei Neubau-  
 46 ten sondern auch bezogen auf den Altbaubestand (vor  
 47 allem bei Sanierung). Bei immer geringer zur Verfügung  
 48 stehenden öffentlichen Flächen zum Bau von Spiel- und  
 49 Sportflächen, sinkenden Haushaltsmitteln für die Pfl-  
 50 ge / Sanierung des Angebots und gleichzeitig steigen-  
 51 der „Verdichtung“ der Wohngebiete kann – zum Woh-  
 52 le der Kinder – nicht auf die Verpflichtung Privater aus  
 53 § 8 Abs. 2 BauO Bln verzichtet werden. Vielmehr muss  
 54 Berlin seine Bauordnung den heutigen Anforderungen  
 55 anpassen, will sie noch als „familienfreundliche Stadt“  
 56 konkurrenzfähig sein.  
 57  
 58 Eine Anpassung in § 8 Abs. 2 BauO Bln notwendig.  
 59 Andernfalls wäre das Land Berlin verpflichtet, den jetzt

1 schon bestehenden Mangel an funktionsfähigen Spiel-  
 2 plätzen selber auszugleichen.  
 3

4 **Antrag 56/I/2015**  
 5 **KDV Reinickendorf**  
 6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7  
 8 **Bezirkliche Heimatmuseen als gesetzliche Pflichtauf-**  
 9 **gabe regionale Heimatarchive erhalten**

10 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates und  
 11 der Abgeordnetenfraktion werden aufgefordert, sich  
 12 dafür einzusetzen, dass nach dem Berliner Landesar-  
 13 chivgesetz weiterhin für die Bezirke die Möglichkeit  
 14 besteht Heimatarchive bzw. Dokumentationsstellen  
 15 für die Geschichte des Bezirks einzurichten bzw. be-  
 16 stehende Heimatarchive, welche bei Inkrafttreten des  
 17 Landesarchivgesetzes im Jahre 1993 bereits bestanden,  
 18 ihre Aufgaben im bisherigen Umfang weiter wahrneh-  
 19 men können.  
 20

21 **Begründung**

22 In der Novelle des Landesarchivgesetzes ist geplant die  
 23 Heimatmuseen der Bezirke als Archive und Dokumen-  
 24 tationsstellen aufzugeben.  
 25

26 Die bezirklichen Heimatmuseen leisten einen unver-  
 27 zichtbaren kulturellen Beitrag zu regionalen Stadtge-  
 28 schichte in den jeweiligen Bezirken. Berlin hat eine  
 29 polyzentrische Stadtstruktur. Heimatmuseen sammeln  
 30 u.a. wichtige Zeugnisse der Entstehungsgeschichte der  
 31 jeweiligen Bezirke bzw. der in ihnen aufgegangenen  
 32 Städte und Gemeinden im Rahmen der Eingemeindung  
 33 nach Berlin. Des Weiteren stellen sie wichtige kulturel-  
 34 le Anlaufstellen dar, um insbesondere jüngeren Bezirks-  
 35 bewohner/innen die Geschichte des jeweiligen Bezirkes  
 36 zu vermitteln. Die Aufgabe einer gesetzlichen Grundla-  
 37 ge für die Heimatmuseen stellt ihre Existenz in Frage  
 38 und bedroht somit die jeweilige bezirkliche Identität.

Überweisung an FA XII Kulturpolitik (K)

39 **Antrag 57/I/2015**  
 40 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**  
 41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42  
 43 **Sportflächen auf den historischen Orten des NS-**  
 44 **Verbrechens auf dem Tempelhofer Feld**

45 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-  
 46 tenhauses von Berlin und des Senats von Berlin werden  
 47 aufgefordert, den Sachstandsbericht des Runden  
 48 Tisches „Historische Markierung Tempelhofer Feld“,  
 49 der unter der Leitung von Prof. Nachama tagt, in die  
 50 Umsetzung zu bringen, welche die Einrichtung eines  
 51 „Erinnerungs- und Informationsortes Tempelhofer  
 52 Feld“ an den historischen Orten vorsieht.

Nichtbefassung (Kein Konsens)

1  
 2 Es ist notwendig, dass das Land Berlin zügig ein Kon-  
 3 zept zum Gedenken, zur wissenschaftlichen Aufarbei-  
 4 tung und für eine dauerhafte Dokumentation der Ver-  
 5 brechen auf dem Tempelhofer Feld während der Zeit des  
 6 Naziregimes erstellt und umsetzt. Das noch laufende  
 7 Bürger/innenbeteiligungsverfahren Entwicklungs- und  
 8 Pflegeplan (EPP) für das Tempelhofer Parkgelände steht  
 9 dem nicht entgegen, zumal ein Teil der historischen Flä-  
 10 chen wie beispielsweise das Flughafengebäude nicht  
 11 unter das Tempelhofer Feld-Gesetz (THFG) fällt.

12  
 13 Solange das Beteiligungsverfahren läuft, dürfen auf  
 14 dem Gelände, das unter das THFG fällt, keine neuen  
 15 Fakten durch Veränderungen jeglicher Art geschaffen  
 16 werden.

17  
 18 **Begründung**  
 19 Am Columbiadamm zwischen Friedhofsmauer und  
 20 dem Flughafengebäude befanden sich Zwangsarbei-  
 21 terlager. Alles was wir dort heute sehen, wurde im  
 22 Wesentlichen von der US-Army gestaltet. Sie planier-  
 23 ten die Lager und bauten dort Sportanlagen für ihre  
 24 Soldaten sowie Infrastruktureinrichtungen. Damit pla-  
 25 nierten sie Geschichte. Es ist unsere heutige Aufgabe,  
 26 diese Geschichte wieder erlebbar zu machen. Archäo-  
 27 logische Grabungen haben ergeben, dass vieles unter  
 28 der Oberfläche erhalten ist. Dies ist in der Form von  
 29 Bodendenkmälern an sämtlichen historischen Orten zu  
 30 zeigen, damit das Ausmaß des Geländes für die breite  
 31 Bevölkerung sichtbar und erfahrbar wird. . Bislang fehlt  
 32 es zudem an einer umfassenden wissenschaftlichen  
 33 Aufarbeitung des Tempelhofer Flughafengeländes.  
 34 Daher ist der Erforschung der Nutzung des Geländes  
 35 während der nationalsozialistischen Herrschaft eine  
 36 hohe Priorität einzuräumen.

37  
 38 Die bestehenden Anlagen sollen bis zur Einrichtung des  
 39 Gedenk- und Informationsortes weiterhin wie bisher  
 40 genutzt werden können. Veränderungen beispielsweise  
 41 in Form von Erweiterungen von bestehenden Sportflä-  
 42 chen sind während des laufenden Beteiligungsverfah-  
 43 rens EPP zu unterlassen. In der Antwort auf die schrift-  
 44 liche Frage des Abgeordneten Zeelen vom 30. März 2015  
 45 (Drs. 17/158200) erwähnt die Senatsverwaltung die flä-  
 46 chenmässige Erweiterung eines Baseballfeldes.

47  
 48 Es bedarf eines Konzeptes der sportlichen Nutzung des  
 49 äußeren Ringes, das nicht dem notwendigen Konzept  
 50 zum Gedenken an und zur Aufarbeitung der Naziverbre-  
 51 chen auf dem Tempelhofer Flughafengelände zuwider-  
 52 läuft. Dafür hat das Land Berlin Sorge zu tragen.

53  
 54 Die Umsetzung eines solchen Konzeptes der sportlichen  
 55 Nutzung muss sich dann in der Investitionsplanung des  
 56 Landes Berlin und des Bezirks Tempelhof-Schöneberg  
 57 wiederfinden. Denkbar sind Kooperationsvereinbarun-  
 58 gen mit den Bezirken Neukölln und Friedrichshain-  
 59 Kreuzberg.

1 **Antrag 59/I/2015**  
 2 **Abt. 15 | Pankow**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
 5  
 6 **Schaffung eines bürgerschaftlich getragenen**  
 7 **Deutschland-Fonds**  
 8 **Infrastruktur modernisieren – bürgerschaftliches**  
 9 **Engagement einbeziehen – PPPs verhindern**  
 10 Um den gewaltigen Modernisierungs- und Erhaltungs-  
 11 stau zu überwinden, gleichzeitig aber die öffentlichen  
 12 Finanzen zu schonen und staatsbürgerliche Verantwor-  
 13 tung zu stärken, setzt die SPD bei Erhalt, Ausbau und Er-  
 14 neuerung der öffentlichen Infrastruktur auf die Schaf-  
 15 fung eines bürgerschaftlich getragenen Deutschland-  
 16 Fonds.  
 17  
 18 So lassen sich Investitionsmittel zu einem angemesse-  
 19 nen Zinssatz (zum Beispiel 1 % p.a.) bei Bürgerinnen  
 20 und Bürgern einwerben, um damit öffentliche Infra-  
 21 strukturmaßnahmen zu finanzieren ohne die öffentli-  
 22 che Verschuldung weiter zu erhöhen. Ziel ist die Schaf-  
 23 fung moderner öffentlicher Infrastruktur und die Ein-  
 24 bindung verantwortungsbewusster StaatsbürgerInnen.  
 25 Deshalb ist dieser Fonds am besten genossenschaftlich  
 26 zu organisieren und sind unterhalb eines landesweiten  
 27 Deutschland-Fonds auch regionale Fonds ansiedeln.  
 28  
 29 Ein entsprechender Antrag für ein solches bürger-  
 30 schaftliches Engagement soll von der SPD- Bundes-  
 31 tagsfraktion schnell ins Parlament eingebracht und  
 32 vom Bundestag beschlossen werden. Um damit die  
 33 Finanzierung und Durchführung dringender Reparatur-  
 34 und Modernisierungsmaßnahmen zu beschleunigen.  
 35 Vorstände dieser Genossenschaften / Fonds sind da-  
 36 bei aus allen gesellschaftlichen Feldern zu besetzen.  
 37 Damit soll ein fairer und den realen Bedürfnissen  
 38 entsprechender Erhalt und Ausbau gesellschaftlicher  
 39 Infrastruktur ermöglicht werden –allen Ebenen: von  
 40 lokalen, über regionale bis hin zu Bundesprojekten für  
 41 Infrastruktur.  
 42  
 43 **Begründung**  
 44 Deutschlands Straßen, Brücken, Stromtrassen, Bahn-  
 45 linien, Schulgebäude, Kliniken, Kanäle und Datenlei-  
 46 tungen sind vielerorts in einem maroden Zustand.  
 47 Jahrelang wurde auf Verschleiß gefahren. So schiebt  
 48 die Bundesrepublik seit Jahren einen Stau an Erneue-  
 49 rungen, Ausbau, Erhalt, Reparatur und Modernisierung  
 50 öffentlicher Infrastruktur vor sich her. Ohne moderne  
 51 Infrastruktur aber gibt es keinen zukunftsfähigen Staat  
 52 und keine sozial wachsende Wirtschaft. Deshalb ist  
 53 diese Modernisierungslücke dringend zu schließen.  
 54  
 55 Zugleich setzt die Schuldenbremse der öffentlichen  
 56 Hand finanziell enge Grenzen. Deutschland gerät in ei-  
 57 nen Modernisierungs-Engpass. Zugleich ist es aber sinn-  
 58 voll, weder die Staatsverschuldung in immer neue Hö-

Annahme (K)

1 hen zu treiben noch viel zu teure andere Finanzierungen  
 2 – wie privat-öffentliche Partnerschaften (PPP) als Finan-  
 3 zierungsmodelle anzustreben.  
 4  
 5 Diese verschlingen nach bisherigen Erkenntnissen und  
 6 Renditeerwartungen privater Investoren etwa 4% Fi-  
 7 nanzierungskosten, also weit mehr als der Staat am Ka-  
 8 pitalmarkt bezahlen müsste.  
 9 Es reicht aber für eine moderne sozialdemokratische Po-  
 10 litik nicht aus, einfach nur PPP und andere Modelle ab-  
 11 zulehnen. Mit dem Deutschland-Fonds benennen wir  
 12 eine gangbare und sinnvolle Alternative – zur Finanzie-  
 13 rung und zur Beteiligung bewusster Bürgerinnen und  
 14 Bürger für die Infrastruktur ihres Staates. In dem Ab-  
 15 schlussbericht der von Bundeswirtschaftsminister Sig-  
 16 mar Gabriel eingesetzten Expertenkommission und ins-  
 17 besondere auch im abweichenden Votum der Gewerk-  
 18 schaften ist ein solches Modell ebenfalls angedacht  
 19 – allerdings nur als eine mehrerer Alternativen. Wir  
 20 wollen als SPD Deutschland-Fonds und BürgerInnen-  
 21 Beteiligung in den Mittelpunkt der Debatte rücken.  
 22 Denn ein solcher Deutschland-Fonds würde also sowohl  
 23 eine günstige Alternative zu PPP sein, als auch engagier-  
 24 te Bürgerinnen und Bürger in die Finanzierung öffentli-  
 25 cher Aufgaben einbinden und dem wachsenden Staats-  
 26 verdruss entgegenwirken.

27 **Antrag 60/1/2015**  
 28 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**  
 29 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 30 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
 31  
 32 **Miete nach Modernisierungsmaßnahmen gestalten**  
 33 Vermieter dürfen bei Mieterhöhungen nach Moderni-  
 34 sierungsmaßnahmen gemäß §§ 559 ff. BGB lediglich  
 35 10% der anrechenbaren Kosten auf den Mieter umlegen.  
 36  
 37 Die Miete wird nicht um diesen Betrag erhöht. Statt-  
 38 dessen wird die 10%ige Umlage im Rahmen eines  
 39 gesondert auszuweisenden Betrages für eine Höchst-  
 40 dauer von 5 Jahren auf die Miete aufgerechnet. Dieser  
 41 fällt nach Ablauf der Höchstumlagedauer automatisch  
 42 fort und wird bei der Bestimmung der ortsüblichen  
 43 Vergleichsmieten nicht berücksichtigt.  
 44  
 45 **Begründung**  
 46 Zwar ist im Rahmen der Mietpreisbremse geplant, die  
 47 Mieterhöhung nach Modernisierungsmaßnahmen zu  
 48 begrenzen, doch muss diese Begrenzung deutlicher  
 49 ausfallen.  
 50  
 51 Die Miete darf nach einer Modernisierung nicht erhöht  
 52 werden, sondern es muss eine Umlage in Form eines  
 53 gesondert auszuweisenden Betrages für eine klar defi-  
 54 nierte Zeitdauer erfolgen. Dieser Betrag darf bei Miet-  
 55 spiegelerhebungen keine Berücksichtigung finden, weil  
 56 andernfalls mit Modernisierungen ein weiterer erhebli-

Überweisung an FA VIII – Soziale Stadt (K)

1 cher Anstieg der Mieten verbunden wäre.  
2  
3 Warum alleine die Mieter die Kosten für die Moderni-  
4 sierung tragen sollten, bleibt selbst unter Berücksichti-  
5 gung der Ziele der Energiewende unklar. Nach fünf Jah-  
6 ren ist die Hälfte der Modernisierungsmaßnahme refi-  
7 nanziert, und die Kosten sind gerecht verteilt.

8 **Antrag 61/I/2015**  
9 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**  
10 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
11 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
12  
13 **Modernisierungsmaßnahmen nachhaltig gestalten**  
14 Bei den Modernisierungsmaßnahmen im Sinne der §§  
15 555b BGB muss eine klarere gesetzliche Definition der  
16 „nachhaltigen“ Einsparung von Endenergie bei energe-  
17 tischen Modernisierungsmaßnahmen erfolgen.  
18  
19 Insbesondere muss die staatliche Förderung der Wär-  
20 medämmung auch unter Berücksichtigung ökologi-  
21 scher Zukunftsbelange konkretisiert werden. Wärme-  
22 dämmung darf nur dann staatlich gefördert werden  
23 und zu einer Umlage der Modernisierungskosten auf  
24 den Mieter berechtigen, wenn dadurch – sachverständig  
25 festgestellt – mindestens 30% des Heizenergiebe-  
26 darfs eingespart werden. Fördermittel müssen auf sinn-  
27 vollere Modernisierungsmaßnahmen gelenkt werden,  
28 wie die Erneuerung alter Heizanlagen und Fenster.  
29  
30 Vermieter müssen die Kosten der zukünftigen Ent-  
31 sorgung der Wärmedämmung auf eigene Rechnung  
32 tragen, ohne dass sie berechtigt wären, diese auf die  
33 Mieter abzuwälzen.  
34  
35 **Begründung**  
36 Immer mehr Vermieter dämmen ihre Häuser und  
37 legen dann die zum Teil erheblichen Kosten für diese  
38 Maßnahme auf die Mieter um. Dabei ist das „Einpacken  
39 von Häusern“ nicht immer sinnvoll. So bringt es z. B.  
40 bei Altbauten mit gemauerten Wandstärken von zum  
41 Teil mehr als 50 cm eine zu vernachlässigende Energie-  
42 ersparnis mit sich, die sich für den Mieter im Verhältnis  
43 zur Erhöhung der Miete nie rechnen wird. Stattdes-  
44 sen werden solche „Modernisierungsmaßnahmen“  
45 missbraucht, um Mietshäuser zu entmieten.  
46 Gänzlich unberücksichtigt ist bislang die Frage der Ent-  
47 sorgung der Wärmedämmung, die aus Kunststoffen be-  
48 steht und eine prognostizierte Lebensdauer von 20 Jah-  
49 ren hat.  
50 Um dies nicht der Rechtsprechung zu überlassen, muss  
51 der Gesetzgeber klare Definitionen einer Mindest-  
52 Energieeinsparung festlegen.

Überweisung an FA VIII – Soziale Stadt (K)



**Kultur**

1 **Antrag 34/II/2014**  
 1 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**  
 2 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

3  
 4 **Bibliothekskonzept für das Land Berlin und seine Bezirke**

5  
 6 Wir fordern die SPD Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf, sich beim Senat für die Bildung einer Kommission aus Senat und Bezirken einzusetzen, die ein Bibliothekskonzept für das Land Berlin und seine Bezirke vorlegt. Es sollen in der Kommission die inhaltlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit und Entwicklung der Berliner Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtungen für die folgenden Jahre erarbeitet werden.

15  
 16 Zum Bibliothekskonzept soll gehören: die Definition der Aufgaben der jeweiligen Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtungen vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen, technologischen Entwicklungen, der Veränderung des Dienstleistungsangebots durch den Medienwandel und der Anforderungen von gesellschaftlicher Inklusion.

- 23  
 24 Elementar sind darüber hinaus:
- 25 • Eine Verständigung zwischen dem Land und den Bezirken über quantitative und qualitative Mindeststandards für die Bibliotheksprodukte sowie deren künftige Ausfinanzierung
  - 26 • Der gemeinsame Umgang mit und die Förderung von Ehrenamt in den Berliner Bibliotheken (datenschutzrechtlich und abrechnungstechnisch/KLR)
  - 27 • Die Verortung der Bibliotheken unter sozialräumlichen Aspekten
  - 28 • Ansätze zur Diversifizierung der Bibliotheksarbeit als Antwort auf die heterogenen Bedürfnisse der Bevölkerung (erweiterte Öffnungszeiten an den Wochenenden und Abendstunden)
  - 29 • Die personelle Sicherung der Bibliotheksarbeit.

**Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Bibliothekskonzept für das Land Berlin und seine Bezirke**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, ein Bibliothekskonzept für das Land Berlin und seine Bezirke vorzulegen.

Das Bibliothekskonzept soll inhaltliche, organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen für die Arbeit und Entwicklung der Berliner Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtungen festlegen.

Bibliotheken sollen als Bildungseinrichtungen (Lernorte), ebenso wie als kulturelle Treffpunkte, für alle Bevölkerungsgruppen da sein

- den sich wandelnden Mediennutzungen entsprechen (digitalisierte Gesellschaft),
- Orte des sozialen Ausgleichs sein (gesellschaftliche Inklusion) und
- den Anforderungen der wachsenden und sich wandelnden Stadt mit ihren vielfältigen Bewohner\*innen (Diversität) gerecht werden.

Unsere städtischen Bibliotheken müssen mit qualifiziertem Personal ausgestattet sein, um

- Öffnungszeiten in den Abendstunden und am Wochenende zu ermöglichen,
- einheitliche Qualitätsstandards (u.a. Bestandsgröße und Ausstattung) zu gewährleisten,
- eine regionale Ausgestaltung mit einem spezifischem Profil für die jeweiligen Bewohner\*innen zu garantieren.

39 **Antrag 35/II/2014**  
 40 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**  
 41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42  
 43 **AGB als erweiterter Standort für die ZLB**

44 Die sozialdemokratischen Mitglieder von Senat und Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, die Amerika Gedenkbibliothek (AGB) als um einen Neubau erweiterten Standort der Zentral- und Landesbibliothek vorzusehen.

49

**Erledigt bei Annahme Antrag 34/II/2014 (K)**

- 1 **Antrag 51/I/2015**  
 2 **KDV Tempelhof-Schöneberg**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5 **Neubau der Zentral- und Landesbibliothek am Standort**  
 6 **der Amerika-Gedenk-Bibliothek prüfen, Kriterien auf-**  
 7 **stellen**  
 8 Die sozialdemokratischen Mitglieder von Senat und Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, die Zentral- und Landesbibliothek nicht im ICC zu realisieren. Ferner sollen Kriterien für die Realisierung erarbeitet werden und Standorte, wie der der AGB für einen Neubau geprüft werden.  
 14  
 15  
 16 **Begründung**  
 17 Nach dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld muss nun eine Standortalternative für die ZLB entwickelt werden. Ziel muss es sein, die in verschiedenen Gebäuden untergebrachte ZLB an einem zentralen Ort zusammenzuführen.  
 22  
 23 Der Neubau der ZLB in unmittelbarer Nachbarschaft der Amerika-Gedenk-Bibliothek am Halleschen Tor ist hierfür der am besten geeignete Standort.  
 26  
 27 Die AGB ist als zentraler Bibliotheksstandort eingeführt und wird von den Bürger/innen sehr gut angenommen. Die Bibliotheksnutzer/innen spiegeln in etwa die Stadtgesellschaft wider, alle Altersgruppen sind vertreten, der Migrantanteil entspricht mindestens dem Anteil an der Bevölkerung.  
 33  
 34 Der Blücherplatz ist für alle Besucher/innen gut erreichbar. Der Standort liegt zentral in der Nähe zu zwei U-Bahnlinien und zu weiteren Kultureinrichtungen (Jüdisches Museum und Berlinische Galerie).  
 38  
 39 In der unmittelbaren Umgebung der AGB sind ausreichend landeseigene Flächen für Erweiterungsbauten vorhanden. Die Ansiedlung der ZLB an diesem Ort kann zudem eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Südlichen Friedrichstadt spielen.  
 44  
 45 Darüber hinaus hat die denkmalgeschützte Amerika-Gedenk-Bibliothek eine wichtige historische Bedeutung für die Stadt.  
 48

Erledigt bei Annahme Antrag 34/II/2014 (K)

1 **Antrag 52/I/2015**  
 2 **Abt. 8 | Tempelhof-Schöneberg**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4

5 **Kein Outsourcing des Lektorates in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin in die EKZ Gütersloh**

6  
 7 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des  
 8 Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats dazu auf,  
 9 das Outsourcing in der Zentralen Landesbibliothek ZLB  
 10 zu verhindern und zu beschließen, das Lektorat und  
 11 die Buchanschaffung in der Zentral- und Landesbibliothek  
 12 Berlin zu belassen, um die bundesweite Einzigartigkeit  
 13 und das berlinspezifische Profil als sowohl wissenschaftliche  
 14 als auch öffentliche Bibliothek zu erhalten.  
 15

16  
 17 Die Arbeit des Lektorates soll weiterhin von Beschäftigten  
 18 des öffentlichen Dienstes in der ZLB geleistet werden.  
 19 Der Bucheinkauf soll wie bisher im Berliner Buchhandel  
 20 verbleiben, um den lokalen Buchhandel zu stützen und  
 21 nicht in Gütersloh gemacht werden. Die Lektorinnen  
 22 und Lektoren der Zentral- und Landesbibliothek Berlin  
 23 (ZLB) sollen auch weiterhin für die qualifizierte  
 24 Bestandsauswahl zuständig sein, die eng auf den Bedarf  
 25 der Benutzerinnen und Benutzer ausgerichtet ist.  
 26

27  
 28 **Begründung**

29 Die Zentral- und Landesbibliothek ist ihrem Charakter  
 30 als öffentliche-wissenschaftliche Bibliothek absolut  
 31 Berlin-spezifisch und in Ihrem Charakter deutschlandweit  
 32 einmalig. Mit ihrem eigenen Lektorat kann die ZLB  
 33 jederzeit auf die Spezifika des Bedarfes einer Metropole  
 34 zu aktuellen Themen eingehen. So ist sie in der Lage,  
 35 Hintergrundinformationen zeitnah zur Verfügung zu  
 36 stellen. Die Bücher werden über den Berliner Buchhandel  
 37 bezogen. Die Absicht des Managements der ZLB, die  
 38 Buchauswahl und –in der ZLB zukünftig zum größten  
 39 Teil an eine private Agentur, die ekz.bibliotheksservice  
 40 GmbH in Reutlingen abzugeben, würde für Berlin in  
 41 vielerlei Hinsicht Nachteile bringen.

- 42 • Die beabsichtigten Outsourcingmaßnahmen
- 43 schwächen auch den Berliner Buchhandel, indem
- 44 für die ZLB aufgewendete Steuergelder zukünftig
- 45 nach Reutlingen fließen.
- 46 • Außerdem werden öffentliche hochqualifizierte
- 47 Tätigkeiten nach Reutlingen verlagert und verbleiben
- 48 nicht in Berlin.

49 Die rein betriebswirtschaftlich motivierte und willkürliche  
 50 Festlegung, dass zukünftig 24.000 Medien in standardisierten  
 51 Paketen regalfertig durch Fremddienstleister bezogen werden  
 52 müssen, verkennt die besondere Funktion, dass die ZLB in  
 53 einem dreistufigen Bibliothekssystem mit ca. 80 Bezirksbibliotheken,  
 54 davon 12 Bezirkshauptbibliotheken, als übergeordnete Bibliothek  
 55 eines eigenständigen Bundeslandes einen speziellen und  
 56 ergänzenden Bedarf befriedigen muss. Dies ist mit  
 57 standardisierten Medienpaketen in bisheriger  
 58 Qua-

Erledigt bei Annahme Antrag 34/II/2014 (K)

1 lität nicht möglich. Negative Auswirkungen eines Out-  
 2 sourcings des Bucherwerbs wären unvermeidbar. Be-  
 3 lastbare Gründe werden nicht vorgebracht, welche die  
 4 Abschaffung des Herzstücks der Bibliothek, die quali-  
 5 fizierte Bestandauswahl durch die Lektorate, rechtfer-  
 6 tigen könnten. Zum Vorlauf der Entscheidung: Im Au-  
 7 gust 2014 wurde den Professoren Umlauf und Von-  
 8 hof der eng umrissene Auftrag erteilt, ein Konzept da-  
 9 für zu entwickeln, wie der Bestandsaufbau der ZLB in  
 10 ein kennzahlengestütztes „Massengeschäft“ mit einem  
 11 „Höchstmaß an wirtschaftlichem Einsatz von Fremd-  
 12 dienstleistungen“ umorganisiert werden kann. In die-  
 13 sem Konzeptentwurf, der rein betriebswirtschaftlich  
 14 orientiert ist und eine enge Zusammenarbeit mit der  
 15 ekz.bibliotheksservice GmbH in Reutlingen vorsieht, oh-  
 16 ne weitere Alternativen zu prüfen, heißt es zur bisheri-  
 17 gen Arbeit der Lektorinnen und Lektoren der ZLB: „Die  
 18 außerordentlich hohen Ausleihzahlen und die vielfälti-  
 19 gen Informationsmittel, auf die die Auswahl sich grün-  
 20 det, stehen für einen bemerkenswert differenzierten  
 21 und umsichtigen Bestandsaufbau. Das Bestandsprofil  
 22 unterscheidet sich deutlich einerseits vom Bestands-  
 23 profil von Hochschulbibliotheken,... andererseits vom  
 24 Bestandsprofil von Zentralbibliotheken deutscher Me-  
 25 tropolen...“ Dieses besondere Angebot der ZLB sollte in  
 26 seiner Qualität für die Bevölkerung Berlins erhalten blei-  
 27 ben. Einige konkrete Beispiele für die negativen Auswir-  
 28 kungen eines Outsourcings des Bucherwerbs:

- 29 • Die ZLB hat den besten und umfassendsten Bestand  
 30 an Sprachkursen in der Stadt. Viele an Fremdspra-  
 31 chen Interessierte kommen nur wegen der Sprach-  
 32 kurse in die ZLB. Das betrifft vor allem auch die vie-  
 33 len Ausländer, die Deutsch lernen wollen und Kurse  
 34 in den verschiedenen Sprachniveaus suchen.
- 35 • Die ZLB ist die einzige Bibliothek in Berlin mit einem  
 36 ausgebauten Medizinbestand, der für alle öffent-  
 37 lich zugänglich ist. Er wird vor allem von den vie-  
 38 len Auszubildenden in den nichtakademischen Me-  
 39 dizinberufen wie Arzthelferinnen, Krankenschwes-  
 40 tern oder Altenpflegern genutzt.
- 41 • Die ZLB pflegt eine große Pädagogikabteilung. Sie  
 42 wird u.a. stark von vielen auch älteren Umschülern  
 43 benutzt, die in den Erzieherberuf einsteigen wollen,  
 44 für den es ja einen großen Bedarf in Berlin gibt.
- 45 • Fächer zu gesellschaftlichen Fragen wie Politik, So-  
 46 zialwissenschaften und auch das Fach Geschichte  
 47 würden durch die Übergabe des Großteils der Buch-  
 48 auswahl an den Dienstleister ekz.bibliotheksservice  
 49 GmbH stark eingeschränkt werden. Die vielfältige  
 50 Informationsmöglichkeit für das allgemeine Publi-  
 51 kum gäbe es dann nicht mehr.

52



Bezirke

1 **Antrag 62/I/2015**  
 1 **Jusos Landesvorstand**  
 2 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 3  
 4 **Bürger\*innenämter endlich richtig ausstatten!**  
 5 Auf der Website des Landes Berlin findet sich un-  
 6 ter der Überschrift Bürger\*innenservice und Bür-  
 7 ger\*innendienste, der Verweis auf die Berliner  
 8 Bürger\*innenämter. Wochenlange Wartezeiten für  
 9 Terminvergaben, lange Warteschlangen und über-  
 10 arbeitetes Personal in den entsprechen jedoch nicht  
 11 unserem Verständnis und Anspruch für einen echten  
 12 Bürger\*innenservice. Daher fordern wir die sozialde-  
 13 mokratischen Mitglieder des Berliner Senats dazu auf  
 14 den Worten der vergangenen Jahre Taten folgen zu  
 15 lassen und sich dafür einzusetzen, dass die Berliner  
 16 Bürger\*innenämter wieder mit ausreichend Personal  
 17 ausgestattet werden. Das bedeutet umgehend, sowohl  
 18 für die Bereitstellung der finanziellen Mittel, als auch  
 19 für die dazugehörigen Personalstellen zu sorgen.  
 20  
 21 Weiterhin fordern wir dazu auf, neben dem eta-  
 22 blierten Online Terminvergabesystem auch wieder  
 23 eine terminlose Bedienung der Bürger\*innen in den  
 24 Bürger\*innenämtern vor Ort zu ermöglichen da nicht  
 25 jede Bürgerin\* und jeder Bürger\* Zugang zur Online  
 26 Terminvereinbarung hat.  
 27

Erledigt bei Annahme Leitantrag 01/I/2015 (K)

28 **Antrag 63/I/2015**  
 29 **KDV Neukölln**  
 30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 31  
 32 **Bürgerämter personell besser ausstatten und Termin-**  
 33 **bindung aufheben**  
 34 Wir fordern  
 35 1. alle Bezirksämter Berlins auf, mindestens an ei-  
 36 nem Bürgeramts-Standort Kund\*innen ohne vor-  
 37 herige Terminvergabe zu bedienen (sog. Spontan-  
 38 kund\*innen) und dies auch so in ihren Informati-  
 39 onsmaterialien auszuschreiben.  
 40 2. alle Bezirksämter Berlins auf, daraufhin zu wirken,  
 41 dass kein\*e Kund\*in an Bürgerämter anderer Be-  
 42 zirke verwiesen wird, die bereits heute Spontan-  
 43 kund\*innen bedienen.  
 44 3. Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und den  
 45 Senat auf, eine weitere personelle Verstärkung  
 46 der Bürgerämter zu beschließen, um die Kapazitä-  
 47 ten der Bürgerämter ausbauen zu können und so  
 48 schneller und effizienter Kund\*innen bedienen zu  
 49 können.  
 50  
 51  
 52 **Begründung**  
 53 Die Situation der Berliner Bürgerämter ist besorgnis-

Erledigt bei Annahme Leitantrag 01/I/2015 (K)

1 erregend. In 10 von 12 Bezirken werden Kund\*innen  
 2 offiziell nur mit Termin bedient. Allerdings ist eine  
 3 zeitnahe Terminvergabe oftmals aufgrund mangelnder  
 4 personeller Ausstattung nicht möglich, so dass wichtige  
 5 Anliegen wie Anmeldung des Wohnortes, Reisepas-  
 6 sausstellung u.v.m. nicht zeitnah erfolgen können, was  
 7 teils zu erheblichen Schwierigkeiten und Ärger bei  
 8 den Betroffenen führen kann. Grundsätzlich halten  
 9 wir es daher für nötig, die personelle Ausstattung der  
 10 Bürgerämter insgesamt zu erhöhen.

11  
 12 Die Situation wird durch ausschließliche Bedienung mit  
 13 vorherigem Termin führt zu einem unangenehmen Ne-  
 14 beneffekt. Um die zu langen Wartezeiten zu umge-  
 15 hen, entschließen sich viele Bürger\*innen die Bürger-  
 16 ämter jener Bezirke aufzusuchen, die diese obligatori-  
 17 sche Terminbindung nicht haben: Lichtenberg und Neu-  
 18 kölln. Noch verschärft wird die Situation, wenn die An-  
 19 gestellten der Bürgerämter den Kund\*innen den Hin-  
 20 weis geben, in diese beiden Bezirke zu fahren, um ih-  
 21 nen so vermeintlich zu helfen. Dies führt beispiels-  
 22 weise in Neukölln zu einem dramatischen Anstieg der  
 23 Besucher\*innen in den Neuköllner Bürgerämtern, der  
 24 nicht durch die Sachbearbeiter\*innen bewältigt werden  
 25 kann. Aus dieser scheinbaren Ablehnung von amtlicher  
 26 Seite erwächst bei vielen Menschen Frust und Wut, der  
 27 sich teils in Gewalt niederschlägt, so dass inzwischen  
 28 die Sicherheit der Angestellten in den Bürgerämtern  
 29 nicht mehr vollständig gewährleistet werden kann. Es  
 30 ist daher dringend notwendig, dass alle Bezirke und der  
 31 Senat sich dieses Problems annehmen. Die Lösung kann  
 32 nur darin bestehen, die Qualität der Bürgerämter wie-  
 33 der zu erhöhen, in dem das Personal aufgestockt wird  
 34 und **alle** Bezirke Kund\*innen ohne vorherige Terminver-  
 35 gabe bedienen.

36 **Antrag 64/I/2015**  
 37 **KDV Marzahn-Hellersdorf**  
 38 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

39  
 40 **Unbefristete Stellen für das Bezirksamt**

41 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-  
 42 Mitglieder im Senat werden aufgefordert, sich für die  
 43 Aufstockung von unbefristeten Stellen im Bezirksamt  
 44 für die Umsetzung der Investitionen in Infrastruktur  
 45 einzusetzen.

46  
 47 Der Senat wird aufgefordert zuzulassen, dass die  
 48 notwendigen Stellen im Bezirk eingerichtet werden.  
 49

Erledigt bei Annahme Leitantrag 01/I/2015 (K)

1 **Antrag 65/I/2015**  
 2 **KDV Reinickendorf**  
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 4  
 5 **Modernisierungs- und Innovationskonzept für die**  
 6 **Berliner Verwaltung**  
 7 Der Senat wird aufgefordert, ein umfassendes  
 8 Modernisierungs- und Innovationskonzept für die  
 9 gesamte Berliner Verwaltung (Senatsverwaltungen,  
 10 Bezirksämter und Landesämter) vorzulegen und mit  
 11 einem konkreten Stufenplan umzusetzen.  
 12  
 13 Das Konzept beinhaltet organisatorische und infra-  
 14 strukturelle Bereiche, Strukturfragen zwischen den ein-  
 15 zeln Verwaltungsebenen sowie den Personalbereich.  
 16  
 17 Ziel des Konzeptes ist es, den vielfältigen Anforderun-  
 18 gen einer wachsenden Stadt und dem gestiegenen Be-  
 19 dürfnissen und Anforderungen der Menschen in Berlin  
 20 durch eine effektive und effiziente öffentliche Verwal-  
 21 tung gerecht zu werden.  
 22  
 23 Dabei sind die Beschäftigten und die Bürgerinnen und  
 24 Bürger einzubeziehen.  
 25  
 26 **Begründung**  
 27 Noch immer arbeiten Beschäftigte mit XP-Rechnern,  
 28 obwohl Microsoft bereits vor einem Jahrzehnt angekün-  
 29 digt hat, die Pflege einzustellen. Anträge auf Elterngeld  
 30 bleiben wochenlang liegen, weil das Personal fehlt.  
 31 Haushaltsmittel zur Sanierung von öffentlicher In-  
 32 frastruktur verfallen, weil die Ausschreibungen nicht  
 33 durchgeführt werden können, Verkehrsteilnehmer  
 34 stehen im Stau, weil die Verkehrslenkung Berlin ar-  
 35 beitsunfähig ist. Bürgerämter können Dienstleistungen  
 36 nur mit Terminvergaben erfüllen. Die Berliner Verwal-  
 37 tung landet in einer deutschlandweiten Umfrage zur  
 38 Qualität der Verwaltung regelmäßig auf einem der  
 39 letzten Plätze.  
 40  
 41 Dies sind nur einige der Überschriften aus den vergan-  
 42 genen Monaten, die die Berliner Verwaltung betreffen.  
 43 Die Menschen erwarten (für ihr Steuergeld) vernünf-  
 44 tige öffentliche Dienstleistungen. Deshalb ist ein gut  
 45 funktionierender öffentlicher Dienst kein Selbst-  
 46 zweck, sondern ein Grundbedürfnis der Bevölkerung.  
 47 Ein schlecht funktionierender öffentlicher Dienst wird  
 48 von den Menschen derjenigen Partei angelastet, die seit  
 49 Jahrzehnten den Regierenden Bürgermeister stellt.  
 50  
 51 Die Erwartungshaltung der Menschen, auch gerade der  
 52 Neuberlinerinnen und -berliner, an die Verwaltung ist  
 53 in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, wie in  
 54 Deutschland insgesamt.  
 55  
 56 Dem muss die SPD Rechnung tragen und dafür sor-  
 57 gen, dass die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen  
 58 deutlich verbessert wird. Die anstehende Ruhestands-

Überweisung an Senat (K)



1 welle in der Berliner Verwaltung muss dazu genutzt  
2 werden, sich strukturell, organisatorisch und personell  
3 neu aufzustellen.  
4  
5 Dazu braucht es ein Konzept aus einem Guss: Personal-  
6 management inkl. Gesundheitsmanagement, Verwal-  
7 tung 4.0 für internetbasierte Dienstleistungen, Infra-  
8 strukturmanagement, angemessene Bezahlung, Aufga-  
9 ben und Organisationskritik zwischen den verschiede-  
10 nen Verwaltungsebenen.  
11  
12